



KRIMINOLOGISCHES
FORSCHUNGSINSTITUT
NIEDERSACHSEN E.V.

Forschungsbericht Nr. 117

Kriminalitätsfurcht, Strafbedürfnisse und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung

Ergebnisse von bevölkerungsrepräsentativen
Befragungen aus den Jahren 2004, 2006 und 2010

**Dirk Baier, Stefanie Kemme, Michael Hanslmaier,
Bettina Doering, Florian Rehbein, Christian Pfeiffer**

2011



FORSCHUNGSBERICHT Nr. 117

Kriminalitätsfurcht, Strafbedürfnisse und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung

Ergebnisse von bevölkerungsrepräsentativen
Befragungen aus den Jahren 2004, 2006 und 2010

**Dirk Baier, Stefanie Kemme, Michael Hanslmaier,
Bettina Doering, Florian Rehbein, Christian Pfeiffer**

2011

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)
Lützerodestraße 9, 30161 Hannover
Tel. (05 11) 3 48 36-0, Fax (05 11) 3 48 36-10
E-Mail: kfn@kfn.uni-hannover.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Entwicklung der Kriminalität in Deutschland	11
3. Die Stichproben	25
4. Trends zur eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung, zur Kriminalitätsfurcht und zu Strafbedürfnissen	31
4.1. Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung	31
Exkurs: Einschätzung der zukünftigen Kriminalitätsentwicklung	43
4.2. Kriminalitätsfurcht	45
4.3. Strafbedürfnisse.....	54
4.4. Beziehungen zwischen eingeschätzter Kriminalitätsentwicklung, Kriminalitätsfurcht und Strafbedürfnissen	63
Exkurs: Waffenbesitz	69
5. Demographie und Status	73
5.1. Demographische Variablen	73
5.2. Sozialer Status	77
6. Viktimisierung	85
6.1. Opfererfahrungen und Anzeigeverhalten	86
6.2. Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht, Strafhärte sowie eingeschätzte Kriminalitätsentwicklung	92
7. Erziehung und Familie	97
7.1. Elterliche Erziehung	98
7.2. Gewalterfahrungen in der Beziehung.....	104
8. Persönlichkeitsfaktoren	109
8.1. Werthaltungen	109
8.2. Autoritäre Einstellungen	115
8.3. Politische Orientierungen	118
9. Medienkonsum	125
9.1. Fernseh- und Zeitungsnutzung	127
9.2. Internetnutzung und Gewaltmedienexposition.....	133
Exkurs: Subjektives Erleben von Medienabhängigkeit	140
10. Zusammenfassung	145
10.1. Entwicklungstrends der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen	145
10.2. Bedingungsfaktoren der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung	150

1. Einleitung

Jedes Jahr im Frühjahr wird die Polizeiliche Kriminalstatistik öffentlich vorgestellt. Jedes Jahr im Frühjahr wird dabei der Bevölkerung mitgeteilt, wie sich die objektive Kriminalitätslage in Deutschland darstellt. Der Bevölkerung wird zudem darüber informiert, wie sich im Vergleich zum Vorjahr die Kriminalität entwickelt hat. Längere Zeiträume werden in der Regel nicht betrachtet. Andere Quellen, um sich über das objektive Ausmaß an Kriminalität in Deutschland zu informieren, gibt es nicht. Dunkelfeldstudien, die auch jenen Teil der Straftaten erfassen, die nicht zur Anzeige kommen und damit nicht in den Kriminalstatistiken registriert werden, sind auf bestimmte Altersgruppen bzw. auf bestimmte regionale Gebiete begrenzt und stellen damit kein deutschlandweit gültiges Bild der Kriminalitätslage zur Verfügung.

Werden die Polizeilichen Kriminalstatistiken der letzten Jahre betrachtet, so ergibt sich ein eher positives Lagebild, das detailliert im zweiten Abschnitt dieses Berichts vorgestellt wird. Die Gesamtzahl der Straftaten sinkt, die Aufklärungsquote steigt. Mit der Ausnahme einiger Deliktsbereiche (z.B. Gewaltdelikte, Internetkriminalität) kann gesagt werden, dass Deutschland von Jahr zu Jahr sicherer wird. Bezüglich der gegenläufigen Trends in Bereichen wie der Gewaltkriminalität ist zudem unklar, ob dies tatsächlich für eine erhöhte Bereitschaft zum Begehen dieser Taten steht oder vielmehr für einen veränderten Umgang der Bevölkerung mit den Taten, bspw. für eine gestiegene Anzeigebereitschaft.

Kriminalität hat aber nicht nur diese eine objektive Seite. Kriminalität gehört zu jenen sozialen Phänomenen, über die sich die Menschen große Sorgen machen, vergleichbar mit Phänomenen wie der Arbeitslosigkeit oder der Umweltverschmutzung. Die Sorge ist darin begründet, dass die persönliche Betroffenheit von kriminellen Übergriffen das eigene Wohlbefinden entscheidend reduzieren kann, ebenso wie die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit oder einer Krankheit. Aus dieser Perspektive betrachtet erscheint es daher geboten, sich den Sorgen, d.h. der subjektiven Sicht der Kriminalität, aus wissenschaftlicher Perspektive zu widmen.

In der Vergangenheit wurde dies wiederholt getan, wobei im Wesentlichen der Aspekt der Kriminalitätsfurcht im Fokus stand. Auch im Rahmen eines am Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) durchgeführten, deutschlandweiten Viktimisierungssurveys aus dem Jahr 1992 wurden, neben den tatsächlichen Kriminalitätserfahrungen, Informationen zur Verbreitung und den Ursachen von Kriminalitätsfurcht erhoben (Bilsky et al. 1992). Die Untersuchung der subjektiven Sicht der Kriminalität hat seitdem zu verstärkter Forschungsaktivität geführt, was mindestens zwei Ursachen hat: Einerseits interessiert sich eine moderne Sicherheitspolitik nicht mehr allein dafür, wie sich die Anzahl an Straftaten entwickelt. Es ist nicht mehr nur das Ziel, die Zahl der Straftaten zu reduzieren, sondern es geht auch darum, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern. Andererseits gilt es, wenn die subjektive Seite der Kriminalität zum Bestandteil der Sicherheitspolitik wird, zu untersuchen, in welchem Verhältnis die Wahrnehmungen, Gefühle und Einstellungen der Bevölkerung zur objektiven Kriminalität stehen. Wenn sich die Sicherheitspolitik auch an der Sicht der Bevölkerung über die Kriminalität ausrichtet, ist es umso entscheidender, die Bedingungen zu identifizieren, unter denen die individuellen Ansichten zustande kommen.

Naheliegender ist, dass die subjektiven, kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen, Gefühle und Einstellungen nicht allein durch persönliche Erfahrungen mit der Kriminalität geprägt sind, sondern durch den Kontakt mit verschiedenen, im Alltag relevanten Informationsquellen. Unsere These, die wir erstmals im Rahmen einer Befragung im Jahr 2004 getestet haben, war, dass die Medienberichterstattung und der eigene Medienkonsum von besonderer Relevanz für diese individuelle Sicht der Kriminalität sind (vgl. Pfeiffer et al. 2004). Mindestens zwei Gründe sprechen für diese Annahme: Erstens sind moderne Gesellschaften durch eine zunehmende Medialisierung gekennzeichnet. Die wesentlichen Informationen, gerade wenn es sich um das Thema Kriminalität handelt, gelangen über Medien zu uns. Zweitens führen die verschiedenen Medien diese Aufgabe der Informationsvermittlung nicht in objektiver Weise aus. Die Medien haben einen Filter, der zwischen berichtenswerten und nicht berichtenswerten Informationen unterscheidet. Berichtenswert sind jene Informationen, die die Aufmerksamkeit der Zuschauer, Zuhörer oder Leser¹ garantieren. In dem Maße, in dem sich Medieninhalte am (vermuteten) Geschmack des Publikums ausrichten, steigt die Konzentration auf Themenbereiche, die eine hohe Zuwendung versprechen. Zu diesen Themenbereichen gehört die Kriminalität. Insofern sich die Medienlandschaft u.a. durch private Anbieter in den letzten Jahrzehnten verändert hat, ist eine verstärkte Ausrichtung am Geschmack des Publikums und damit eine verstärkte Zuwendung zu kriminalitätsbezogenen Inhalten festzustellen. Die Allgegenwart von Kriminalität in den Medien kann dann die persönliche Sicht über die Kriminalität beeinflussen. Unter diesen Bedingungen kann die Ausrichtung der Sicherheitspolitik an der subjektiven Kriminalitätswahrnehmung problematisch sein, wenn nämlich objektive und subjektive Realität zunehmend auseinanderklaffen.

Auf Basis der Befragung 2004 konnte empirisch gezeigt werden, dass der Konsum von Nachrichten privater Sender u.a. negative Auswirkungen darauf hat, wie die Entwicklung der Kriminalität eingeschätzt wird. Ein häufiger Konsum verstärkt die Ansicht, dass Kriminalität zunimmt; die Realität ist aber eine andere. Der Konsum von Nachrichten öffentlich-rechtlicher Sender oder das Lesen der Niveaupresse wirkt derartigen Fehleinschätzungen entgegen. Im Jahr 2006 erfolgte zudem eine zweite Befragung, in der die Beziehungen längsschnittlich untersucht werden konnten (Windzio et al. 2007). Mittlerweile war es möglich, im Jahr 2010 zum dritten Mal eine Befragung durchzuführen, die sich der subjektiven Sicht der Kriminalität widmet. Dieser Bericht stellt die wesentlichen Ergebnisse dieser dritten Befragung vor, wobei sich zwei zentralen Leitfragen gewidmet wird: 1. Wie haben sich die kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen, Gefühle und Einstellungen seit 2004 entwickelt? 2. Welche Bedingungsfaktoren lassen sich für diese identifizieren?

Bei der ersten Frage geht es um die Identifikation von Entwicklungstrends. Dabei sollen, wie bereits in den Vorgängerstudien, sowohl kognitive als auch affektive Bewertungen verschiedener kriminalitätsbezogener Gegenstände betrachtet werden. Zu den affektiven Bewertungen zählt die Befürchtung, selbst Opfer von Kriminalität zu werden (Kriminalitätsfurcht). Ein Teilaspekt der Kriminalitätsfurcht ist, inwieweit bewusst darauf verzichtet wird, bestimmte Verhaltensweisen auszuführen, um das Risiko einer Opferschaft zu verringern (Vermeidungsverhalten bzw. konative Kriminalitätsfurcht). Als eher kognitive Bewertungen werden die Strafbedürfnisse sowie die Einschätzungen zur wahrgenommenen Entwicklung der Straftaten

¹ Aus Gründen der einfacheren Darstellung wird im Folgenden meist die männliche Form verwendet, obwohl in diesen Fällen regelmäßig sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sind. Wenn sich Aussagen nur auf männliche oder weibliche Personen beziehen, wird dies kenntlich gemacht.

betrachtet. Bezüglich der letztgenannten Wahrnehmung ist die Klärung der Frage von besonderer Relevanz, ob die Menschen einen Anstieg oder einen Rückgang der sich in Deutschland ereignenden Straftaten vermuten. Die Strafbedürfnisse beinhalten eine Einstellung darüber, wie mit Straftätern umzugehen ist, d.h. ob eine eher harte (punitiv) oder eine eher milde Bestrafung sinnvoll ist. Mit dieser Auswahl an Indikatoren der subjektiven Einschätzung werden ganz unterschiedliche Ebenen betrachtet: die individuelle Ebene (Kriminalitätsfurcht), die gesellschaftliche Ebene (eingeschätzte Entwicklung der Kriminalität) und die Ebene der Rechtsprechung (Strafbedürfnisse). Wir können die Entwicklung der subjektiven Sicht der Kriminalität damit recht breit nachzeichnen. Nach der ausführlichen Vorstellung der genutzten Stichproben im dritten Abschnitt, werden die Trendauswertungen zu diesen verschiedenen Indikatoren im vierten Abschnitt dieses Berichts vorgestellt.

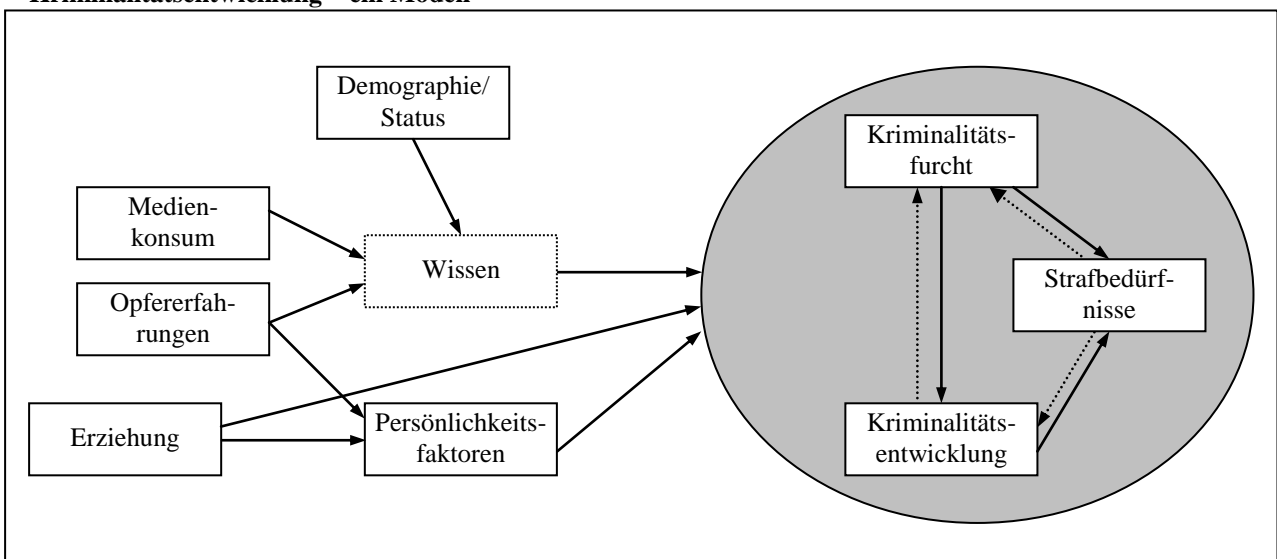
Bezüglich der zweiten Frage, mit der sich der Bericht auseinandersetzt, der Frage nach den Bedingungsfaktoren der Wahrnehmungen, Gefühle und Einstellungen, gilt erneut die Aufmerksamkeit dem Einfluss des Medienkonsums. Zudem wurde die Befragung des Jahres 2010 genutzt, den Stellenwert weiterer Einflussfaktoren zu prüfen. Hierzu haben wir uns an einem Einflussmodell orientiert, das in Abbildung 1.1 dargestellt ist. Angenommen wird, dass die verschiedenen Indikatoren im Wesentlichen durch zwei Bedingungsfaktoren beeinflusst werden: Der erste ist das Wissen um das Thema Kriminalität, der zweite sind Persönlichkeitseigenschaften, die spezifische Weltansichten (und damit auch Kriminalitätsansichten) nahe legen. Das tatsächlich vorhandene Wissen bzgl. der Kriminalität haben wir nicht erfragt. Wir gehen aber davon aus, dass dieses Wissen von mindestens drei Faktoren abhängt: Erstens wird, wie ausgeführt, durch die Medien kriminalitätsbezogenes Wissen an die Bevölkerung weitergegeben. Dies kann explizit oder implizit geschehen. Explizit bedeutet, dass bspw. in Nachrichtensendungen oder anderen Formaten die exakte Zahl an Straftaten bzw. die objektive Entwicklung der Kriminalstatistik oder aber auch wissenschaftliche Befunde zu Ursachen der Kriminalität berichtet werden. Implizit bedeutet, dass bestimmte fiktionale Formate ebenfalls Folgerungen zur Entwicklung, zu den Ursachen, zu Prävention- und Interventionsmaßnahmen usw. zulassen. Eine Brückenannahme dabei ist, dass private und öffentliche Medien, die Boulevard- und die Qualitätspresse explizit wie implizit in unterschiedlicher Weise über Kriminalität berichten und damit unterschiedliches Wissen vermitteln, das wiederum zu unterschiedlichen Wahrnehmungen, Gefühlen und Einstellungen führt. Im neunten Abschnitt des Berichts soll sich intensiver mit diesen Zusammenhängen beschäftigt werden.

Das Wissen über Kriminalität wird zweitens durch persönliche Opfererfahrungen verändert. Wer selbst Opfer geworden ist, hat am eigenen Leib erfahren, dass es Kriminalität gibt und was dies für den Einzelnen bedeutet. Dieses Wissen kann wiederum die Furcht vor der Kriminalität ansteigen lassen oder zu der Ansicht führen, Kriminalität nehme weiter zu und müsse gerade über härtere Strafen eingedämmt werden (sechster Abschnitt des Berichts). Angenommen werden kann drittens, dass das kriminalitätsbezogene Wissen durch Faktoren wie den Bildungsstand („Demographie/Status“) beeinflusst wird. Eine höhere Bildung dürfte mit einem größeren Bedürfnis einhergehen, detailliert über gesellschaftliche Phänomene informiert zu sein. Dies kann zu einer realistischeren Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung führen sowie zu der Ansicht, dass milde Strafen unter dem Aspekt der Resozialisierung deutlich effektiver sind als harte Strafen. Auch für andere demographische Variablen lassen sich plausible Zusammenhangsannahmen mit den Wahrnehmungen, Gefühlen und Einstellungen formulieren (fünfter Abschnitt des Berichts).

Der siebente Abschnitt widmet sich dem Einfluss von Erziehungserfahrungen. Wiederholt konnte gezeigt werden, dass positive und negative Erfahrungen in der Kindheit und Jugend folgenreich für spätere Einstellungen und Verhaltensweisen sind; dies ist ebenso für kriminalitätsbezogene Wahrnehmungen und Einstellungen zu vermuten. Von besonderem Interesse sind für uns dabei die Erfahrungen elterlicher Gewalt und anderer Übergriffsformen. Derartige Übergriffe verändern einerseits die Persönlichkeit, andererseits können sie direkt Ansichten zu kriminalitätsbezogenen Themen verändern. So kann sich unter geschlagenen Kindern bspw. die Auffassung durchsetzen, dass Verfehlungen hart zu sanktionieren sind; sie selbst haben dies so erlebt.

Schließlich ist zu vermuten, dass verschiedene Persönlichkeitseigenschaften Zusammenhänge mit spezifischen Wahrnehmungen, Gefühlen und Einstellungen aufweisen. So unterscheiden sich Menschen bspw. hinsichtlich ihrer Ängstlichkeit; eine allgemeine Ängstlichkeit könnte sich auf die Furcht vor kriminellen Übergriffen auswirken. Im achten Abschnitt des Berichts soll sich entsprechenden Fragestellungen gewidmet werden, wobei wir nur eine kleine Auswahl an Persönlichkeitsfaktoren in die Prüfung einbeziehen können. Im Zentrum der Analysen steht der Einfluss von Werthaltungen, autoritären Einstellungen und politischen Orientierungen.

Abbildung 1.1: Einflussfaktoren der Kriminalitätsfurcht, der Strafbedürfnisse und der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung – ein Modell



Das Modell macht im Gegensatz zum Einfluss der Bedingungsfaktoren keine Annahme dazu, wie die verschiedenen Indikatoren untereinander in Zusammenhang stehen. Die Beziehungen zwischen ihnen sind durch Pfeile in beide Richtungen gekennzeichnet. Theoretisch plausible Annahmen lassen für die eine wie für die andere Kausalrichtung finden. Aus diesem Grund soll sich der Frage nach dem Zusammenhang der Kriminalitätsfurcht, der Strafbedürfnisse und der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung empirisch gewidmet werden.

2. Entwicklung der Kriminalität in Deutschland

Die Entwicklung der Kriminalität kann in Deutschland bislang weitestgehend nur anhand offizieller Kriminalstatistiken nachgezeichnet werden. Grundlage dieser Statistiken sind von der Polizei registrierte Straftaten. Eine Registrierung hängt davon ab, ob eine Tat von einem Opfer oder einer anderen Person angezeigt wird bzw. ob die Polizei bei Ermittlungsarbeiten eine Straftat aufdeckt. Die polizeilich registrierte Kriminalität wird als Hellfeld-Kriminalität bezeichnet. Der Begriff des Hellfelds verweist darauf, dass nur ein Teil aller strafbaren Handlungen den Strafverfolgungsbehörden zur Kenntnis gelangt und damit in den Kriminalstatistiken erfasst wird. Ein, je nach Delikt unterschiedlich großer Anteil an strafbaren Handlungen verbleibt im Dunkelfeld. Problematisch ist, dass das Verhältnis zwischen dem Hell- und dem Dunkelfeld nicht nur mit dem Delikttyp variiert, sondern auch über die Zeit bzw. über bestimmte geographische Einheiten hinweg. Ansteigende oder rückläufige Entwicklungen in Kriminalstatistiken ebenso wie Unterschiede zwischen Städten, Regionen oder Bundesländern können deshalb sowohl tatsächliche Veränderungen bzw. Unterschiede markieren; sie können aber auch auf Veränderungen bzw. Unterschieden im Anzeigeverhalten, in den polizeilichen Ermittlungsaktivitäten, in der Registrierungspraxis, in gesetzlichen Rahmenbedingungen usw. basieren (vgl. Lamnek 1998, S. 384ff). Die wichtigste Statistik zur Hellfeld-Kriminalität ist die Polizeiliche Kriminalstatistik, in der alle der Polizei bekannt gewordenen Straftaten erfasst und in der – soweit die Straftaten aufgeklärt werden – auch Angaben zu den Tatverdächtigen ausgewiesen werden. Der Tatverdacht kann sich im weiteren Verlauf des Strafverfahrens als unrichtig erweisen, weshalb auch die Strafverfolgungs- und Strafvollzugstatistik wichtige Ergänzungen der Polizeilichen Kriminalstatistik darstellen.

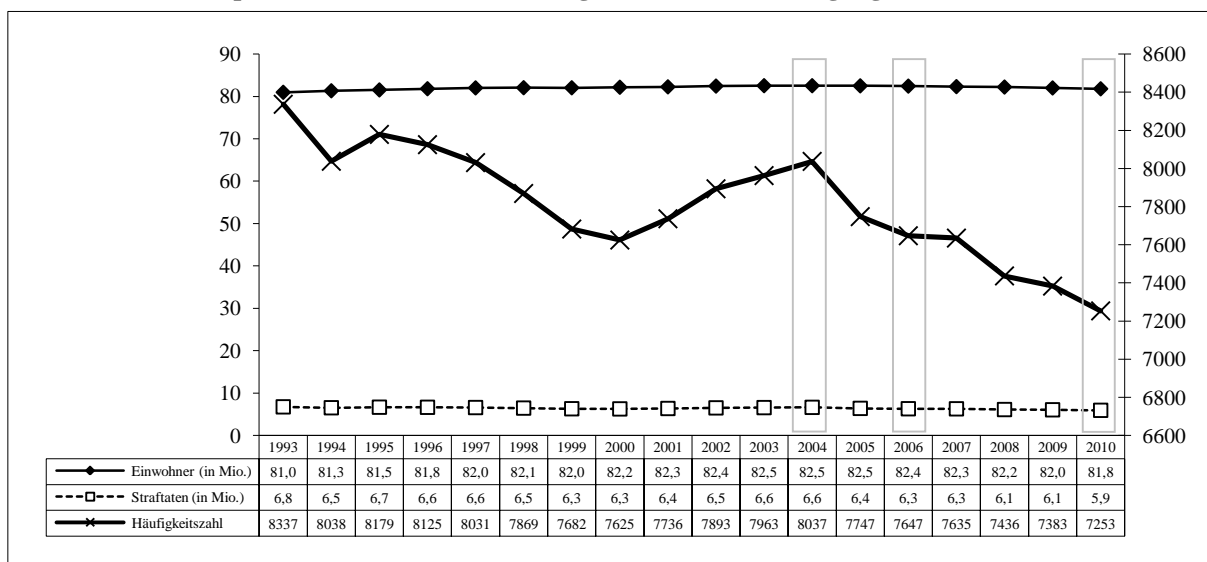
Eine andere mögliche Quelle, um sich über die Entwicklung der Kriminalität zu informieren, sind Dunkelfeldstudien. Die Bezeichnung ist etwas irreführend, weil diese Studien nicht nur beanspruchen, den nicht der Polizei zur Kenntnis gelangten Anteil der Kriminalität zu erfassen, sondern sowohl die Hell- als auch die Dunkelfeldkriminalität. Dunkelfeldstudien sind i.d.R. so angelegt, dass eine repräsentative Auswahl der Bevölkerung bzw. einer Bevölkerungsgruppe über ihre Erlebnisse mit kriminellen Verhaltensweisen befragt wird. Zu unterscheiden sind dabei Opfer- und Täterbefragungen. Die letzte, umfassende, für die Erwachsenenbevölkerung Deutschlands repräsentative Studie zu Opfererfahrungen liegt einige Jahre zurück (vgl. Bilsky et al. 1992); eine repräsentative Täterbefragung existiert für diese Personengruppe bislang nicht. Die Opferbefragungen wurden auch nicht, wie das u.a. in den USA oder Großbritannien der Fall ist², kontinuierlich wiederholt. Nur mit Blick auf Jugendliche existieren für einige Städte Deutschlands wiederholt durchgeführte Befragungen (vgl. Baier 2008).

Nachfolgend kann die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland deshalb nur anhand von Hellfeld-Statistiken beschrieben werden. Dabei konzentrieren wir uns auf die Polizeiliche Kriminalstatistik, die umfassende und differenzierte Auswertungen erlaubt und die auch als Grundlage einiger Fragen im Fragebogen diente.

² In den USA wird seit 1973 der „National Crime Victimization Survey“ durchgeführt, in Großbritannien seit 1982 der „British Crime Survey“.

In Abbildung 2.1 ist zunächst dargestellt, wie viele Straftaten insgesamt im Zeitraum 1993 bis 2010 von der Polizei registriert worden sind. Das Jahr 1993 wurde zum Ausgangspunkt gewählt, weil seitdem eine bundesweit einheitliche Polizeiliche Kriminalstatistik geführt wird. Erkennbar ist, dass in diesem Zeitraum die Anzahl an registrierten Straftaten deutlich von 6,8 auf 5,9 Millionen gefallen ist. Eine solche Entwicklung wäre dann nicht überraschend, wenn im gleichen Zeitraum die Bevölkerungsanzahl zurückgegangen wäre. Dies ist aber nicht der Fall: Bis zum Jahr 2003 nimmt die Bevölkerungsanzahl zu, um danach bis 2010 auf 81,8 Millionen leicht zu sinken, wobei sie noch immer über dem Wert von 1993 liegt. Der Rückgang der registrierten Straftaten fällt, relativiert an der zunehmenden Bevölkerung, damit noch deutlicher aus. Um dies zu veranschaulichen, wird in Abbildung 2.1 auch die Häufigkeitszahl abgebildet. Diese stellt eine relative Zahl dar, die angibt, wie viele Straftaten pro 100.000 Einwohnern polizeilich registriert worden sind. Im Jahr 1993 waren dies noch 8.337 Straftaten, 2010 nur mehr 7.253 Straftaten; dies entspricht einem Rückgang um 13,0 %. Die Entwicklung verläuft allerdings nicht kontinuierlich. Zwischen 2000 und 2004 hat es einen Anstieg der Häufigkeitsziffer gegeben, danach nimmt diese wieder ab. Dieser Anstieg, der sich auch in der absoluten Anzahl der Straftaten zeigt, könnte für die Ergebnisse zur eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung, die im dritten Abschnitt berichtet werden, folgenreich sein: Die Befragten der ersten Erhebung im Jahr 2004 sind in den Jahren direkt vor der Befragung mit einer ansteigenden Kriminalität konfrontiert gewesen; bei den Befragten der anderen beiden Erhebungen hat es in den Jahren vorher einen Rückgang der Kriminalität gegeben. Wenn sich die eingeschätzten Entwicklungen zu den verschiedenen Befragungen unterscheiden, könnte dies mit den differenziellen Kriminalitätstrends in Zusammenhang stehen.

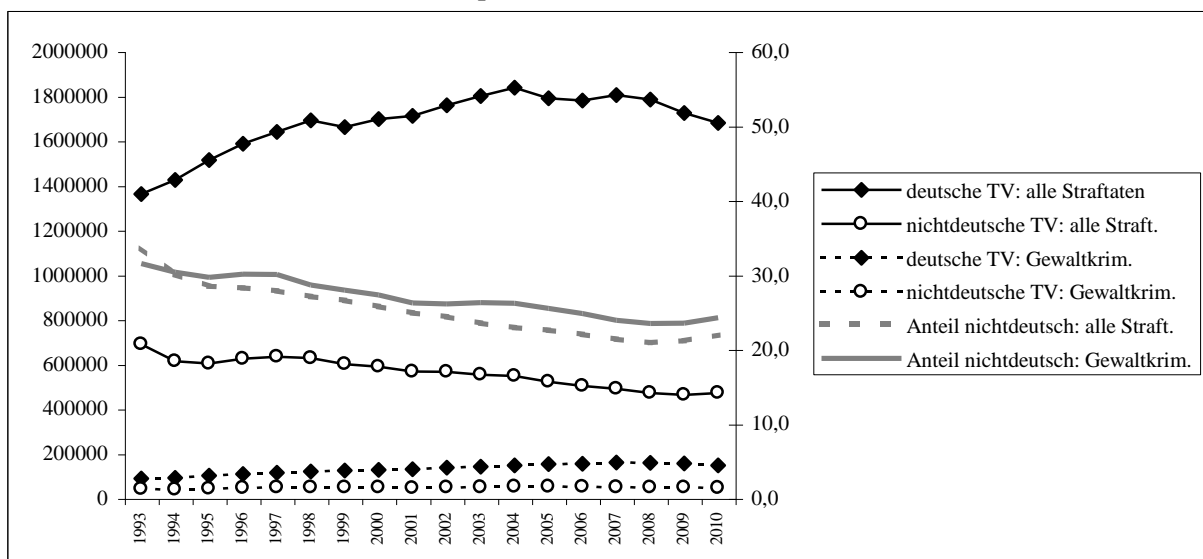
Abbildung 2.1: Entwicklung der Anzahl aller Straftaten, der Bevölkerungsanzahl sowie der Häufigkeitszahl in der Bundesrepublik Deutschland seit 1993 (grau: Jahre der Befragung)



Im betrachteten Zeitraum ist nicht nur die Anzahl an Straftaten rückläufig, es zeigt sich auch, dass die Aufklärungsquote gestiegen ist. Die weniger werdenden Täter werden also häufiger ermittelt und der Justiz zugeführt. Im Jahr 1993 lag die Aufklärungsquote bei 43,8 %, 2010 bereits bei 56,0 %. Mehr als jede zweite Tat wird mittlerweile aufgeklärt. Dies wiederum hat zur Folge, dass die Angaben zu den Tatverdächtigen über die Zeit hinweg verlässlicher werden. In der Polizeilichen Kriminalstatistik finden sich u.a. Angaben zum Geschlecht, zum Alter und zur Nationalität von Tätern. In Abbildung 2.2 ist die Entwicklung der Anzahl der

deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen dargestellt. In Bezug auf alle Straftaten zeigt sich dabei, dass die Anzahl deutscher Täter von 1,4 Millionen auf 1,7 Millionen gestiegen, die der nichtdeutschen Täter hingegen von 0,7 auf 0,5 Millionen gefallen ist. Dementsprechend sinkt der Anteil nichtdeutscher Täter an allen Straftaten von 33,6 % im Jahr 1993 auf 21,9 % im Jahr 2010. Ein entsprechender Trend zeichnet sich für die Gewaltkriminalität ab, d.h. für jenen Kriminalitätsbereich, dem in der medialen Berichterstattung eine besondere Aufmerksamkeit entgegen gebracht wird. Im Bereich der Gewaltkriminalität, welche die Delikte Mord/Totschlag, Vergewaltigung, Raub und schwere/gefährliche Körperverletzung beinhaltet, ist der Anteil nichtdeutscher Täter von 31,5 auf 24,3 % gefallen.³ Allerdings ist die Anzahl an Tatverdächtigen sowohl bei den Deutschen als auch bei den Nichtdeutschen gestiegen (bei Deutschen um 65,7 %, bei Nichtdeutschen um 15,2 %). Bei der Gewaltkriminalität handelt es sich um einen der wenigen Kriminalitätsbereiche, in dem es – in Teilen – zu Anstiegen in den letzten Jahren gekommen ist (s.u.). Dass der Anteil nichtdeutscher Täter rückläufig ist, dürfte einerseits eine echte Entwicklung einer rückläufigen Kriminalitätsbereitschaft von Nichtdeutschen widerspiegeln. Andererseits ist zu beachten, dass die Erfassungsmodalitäten eine Rolle spielen könnten: Als „nichtdeutsch“ werden Täter in der Polizeilichen Kriminalstatistik dann eingestuft, wenn sie keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 ist es für Migranten einfacher geworden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen. Die seltenere Registrierung nichtdeutscher Tatverdächtiger könnte daher auch bedeuten, dass sich in der Gruppe der deutschen Tatverdächtigen mittlerweile mehr Personen befinden, die einen Migrationshintergrund aufweisen, aber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und früher als Nichtdeutsche gezählt worden wären.

Abbildung 2.2: Entwicklung der Anzahl deutscher und nichtdeutscher Täter sowie Entwicklung des Anteils nichtdeutscher Täter in der Bundesrepublik Deutschland seit 1993

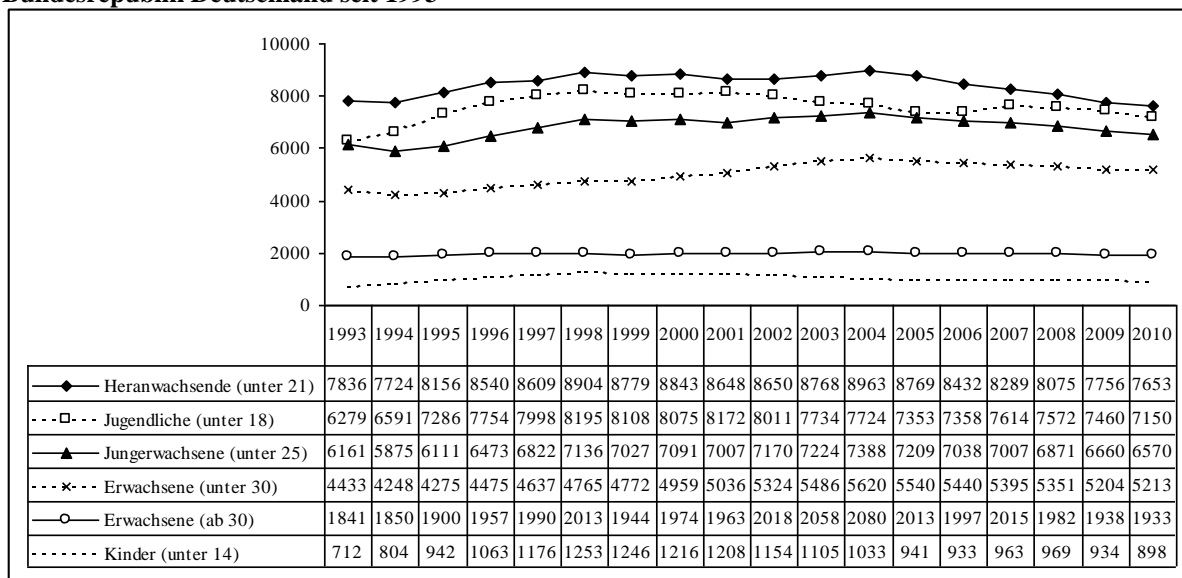


Betrachten wir die Entwicklung der Kriminalität für verschiedene Altersgruppen, so zeigt sich das in Abbildung 2.3 dargestellte Bild. Auch hierbei wird sich auf die aufgeklärten Taten beschränkt, bei denen ein Alter der Täter ermittelt werden konnte. Dabei wird die Tatverdächtigenbelastungszahl betrachtet, die angibt, wie viele Täter eines bestimmten Alters pro 100.000

³ Der in 2010 ausgewiesene Anteil an ausländischen Straftätern von 21,9 % (alle Straftaten) bzw. 24,3 % (Gewaltkriminalität) liegt deutlich über dem ausländischen Bevölkerungsanteil von 8,7 %; d.h. Ausländer treten ca. 2,5mal häufiger als Täter in Erscheinung als es ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung erwarten ließe.

Personen in diesem Alter polizeilich registriert worden sind. Die Abbildung macht dabei einerseits deutlich, dass Heranwachsende in allen Jahren am häufigsten als Tatverdächtige irgend eines Delikts in Erscheinung getreten sind: Im Jahr 2010 wurden bspw. 7.653 Personen von 100.000 Personen im Alter zwischen 18 und unter 21 Jahren als Tatverdächtige registriert; d.h. 7,7 % aller Heranwachsenden waren im diesem Jahr polizeiauffällig. Jugendliche stellen die am zweithöchsten belastete Gruppe, Kinder unter 14 Jahren die am geringsten belastete Gruppe dar. Andererseits ergibt sich für alle Altersgruppen über die Zeit hinweg ein Anstieg der Tatverdächtigenbelastungszahl. Dieser erfolgt aber nicht kontinuierlich, sondern kurvilinear; d.h. die Zahlen steigen bis ca. zum Jahr 2000 an, um danach zu fallen. Sehr deutlich ist dies bei den Kindern: Zwischen 1993 und 1998 steigt die Tatverdächtigenbelastungszahl von 712 auf 1.253 um 76,0 %; im Jahr 2010 liegt sie aber nur mehr 26,1 % über dem Niveau von 1993. Bei Jugendlichen ist ein Anstieg zwischen 1993 und 1998 um 30,5 % festzustellen; 2010 liegt die Zahl hingegen nur noch 13,9 % über dem Ausgangsniveau. Bei den 25- bis unter 30jährigen Erwachsenen ist ein Anstieg der Belastungszahl bis 2004 festzustellen, aber auch danach geht die Zahl zurück. Die Trends für die einzelnen Altersgruppen folgen damit weitestgehend dem Gesamttrend. Eine sinkende Kriminalitätsbereitschaft ist damit zumindest in einer kurzfristigen Betrachtungsweise bei allen Altersgruppen zu beobachten.

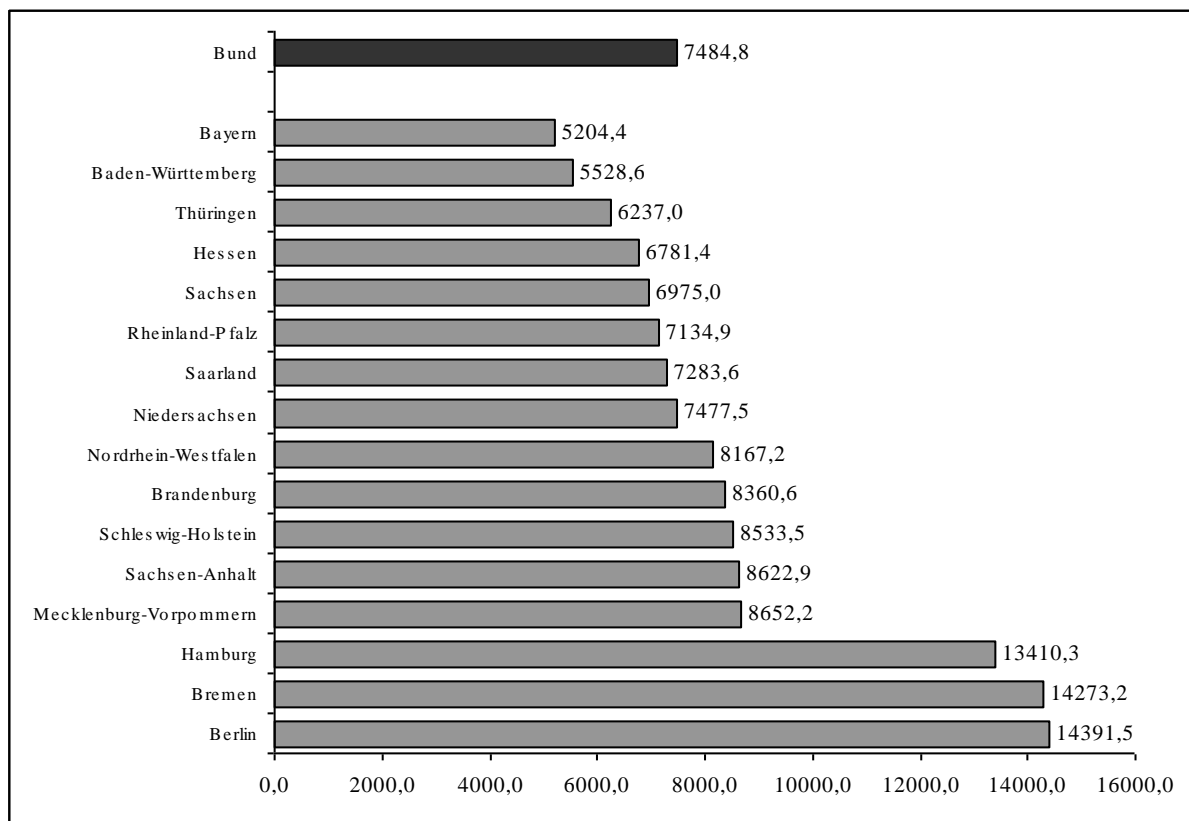
Abbildung 2.3: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl für alle Straftaten nach Täteralter in der Bundesrepublik Deutschland seit 1993



Bevor die Trends zu einzelnen Straftaten betrachtet werden, gibt Abbildung 2.4 darüber Auskunft, inwieweit sich die 16 Bundesländer der Bundesrepublik in ihrem Kriminalitätsaufkommen unterscheiden. Dargestellt ist der Durchschnitt der Häufigkeitszahl für die Jahre 2007 bis 2009; der Durchschnitt wurde gewählt, damit einzelne Ausreißerwerte nicht ein zu hohes Gewicht erhalten. Sichtbar wird erstens ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: Die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg weisen pro 100.000 Einwohnern teilweise doppelt so viele Straftaten auf wie die Flächenländer. Im West- wie im Ostteil Deutschlands zeigt sich zweitens ein Nord-Süd-Gefälle: In den südlicher gelegenen Ländern werden weniger Straftaten pro 100.000 Einwohnern registriert als in den norddeutschen Ländern. Im Westteil bilden dabei Bayern und Schleswig-Holstein die Gebiete mit der niedrigsten bzw. höchsten Belastung, im Ostteil die Bundesländer Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Auf Basis von

Dunkelfeldstudien wird das Nord-Süd-Gefälle allerdings in Zweifel gezogen (vgl. Pfeiffer/Wetzels 1994, Baier et al. 2009, S. 42). Ausschlaggebend für dieses Gefälle ist nicht die geringere Kriminalitätsbereitschaft im Süden, sondern die geringere Bereitschaft, ein erlebtes Delikt bei der Polizei anzuzeigen. Dies wiederum könnte mit Mentalitätsunterschieden in Zusammenhang stehen, nach denen im Süden Konflikte häufiger informell geschlichtet werden; das Einschalten der Polizei ist dann nicht nötig. Auch die Stadt-Land-Unterschiede dürften teilweise anzeigebedingt sein: Aufgrund der höheren Anonymität und des geringeren sozialen Zusammenhalts in Großstädten wird hier häufiger angezeigt als auf dem Land (Baier et al. 2009, S. 42). Gleichwohl ist auch zu beachten, dass in Großstädten ein höherer Anteil der Einwohner sozial benachteiligt ist oder einen Migrationshintergrund aufweist, beides Faktoren die mit einer höheren Kriminalitätsbereitschaft in Zusammenhang stehen. Das Stadt-Land-Gefälle in der Kriminalitätsstatistik dürfte damit in Teilen auch die Realität widerspiegeln.

Abbildung 2.4: Häufigkeitszahl für alle Straftaten für die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland, Mittelwert 2007 bis 2009



Bislang standen im Wesentlichen die Verteilung und die Entwicklung der Gesamtkriminalität im Zentrum der Betrachtung. Für einzelne Deliktbereiche ergeben sich teilweise abweichende Trends. Im Folgenden soll daher die Entwicklung einiger ausgewählter Delikte vorgestellt werden, Delikte, die auch im Rahmen der Befragung gesondert betrachtet worden sind. In Abbildung 2.5a ist zunächst die Entwicklung der Anzahl an Straftaten dargestellt, die verschiedene Straftaten gegen das Leben beinhalten. Im Jahr 1993 gab es demnach 666 Fälle des vollendeten Mordes in Deutschland. Für dieses Delikt ist bis 2010 ein kontinuierlicher Rückgang auf 293 Fälle zu beobachten; dies entspricht einem relativen Rückgang um 56,0 %. Noch stärker sinken die Fallzahlen beim vollendeten Raubmord (-77,1 %) und beim vollendeten Mord in Zusammenhang mit Sexualdelikten (-87,5 %). Bei diesen beiden Delikten ist aber

die grundsätzlich niedrige Fallzahl zu beachten. Vollendete vorsätzliche Tötungen an Kindern (unter 6 Jahre) sind ebenfalls rückläufig (-49,5%). Die Entwicklung dieses Delikts kann nicht anhand der Fall-, sondern nur anhand der Opferzahlen untersucht werden, da hier gleichzeitig ein bestimmtes Merkmal (das Alter) berücksichtigt wird. Bundesweit einheitliche Opfertabellen weist die Polizeiliche Kriminalstatistik erst seit 1995 aus, weshalb die Entwicklung für dieses Delikt im Gegensatz zu den anderen Straftaten erst seit 1995 dargestellt ist.

Abbildung 2.5a: Entwicklung der Anzahl verschiedener Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1993

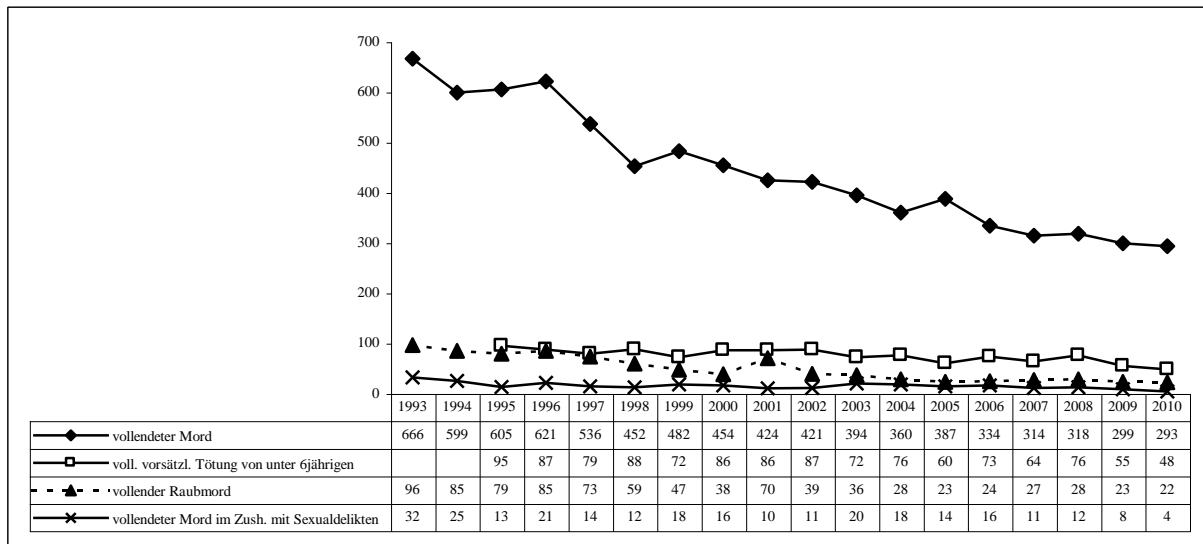
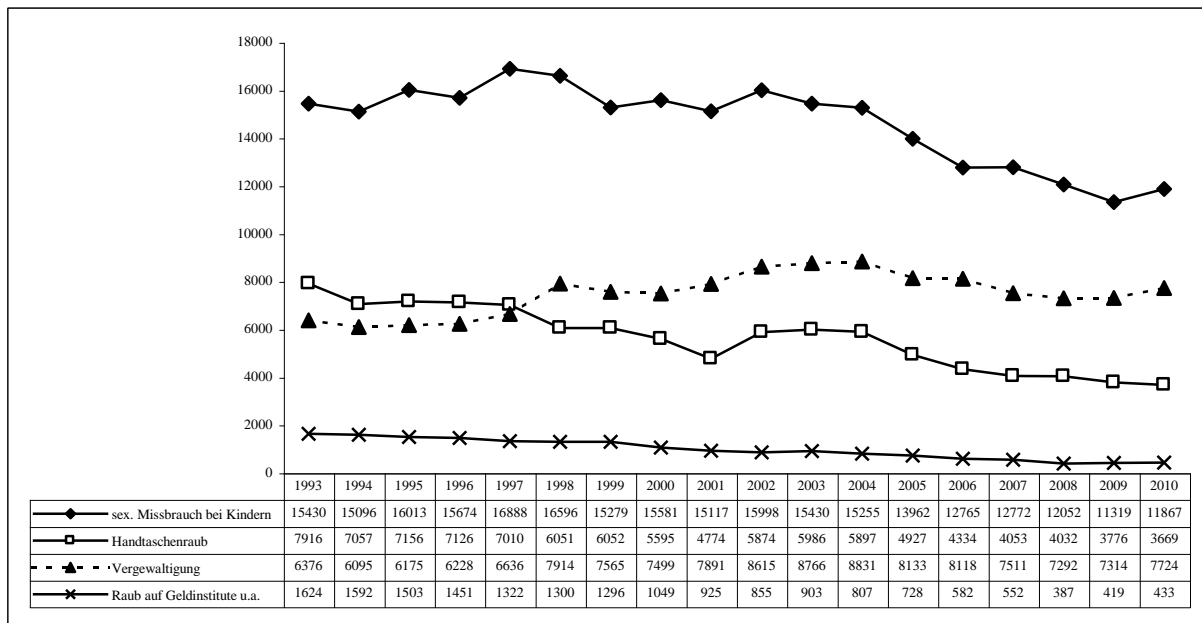


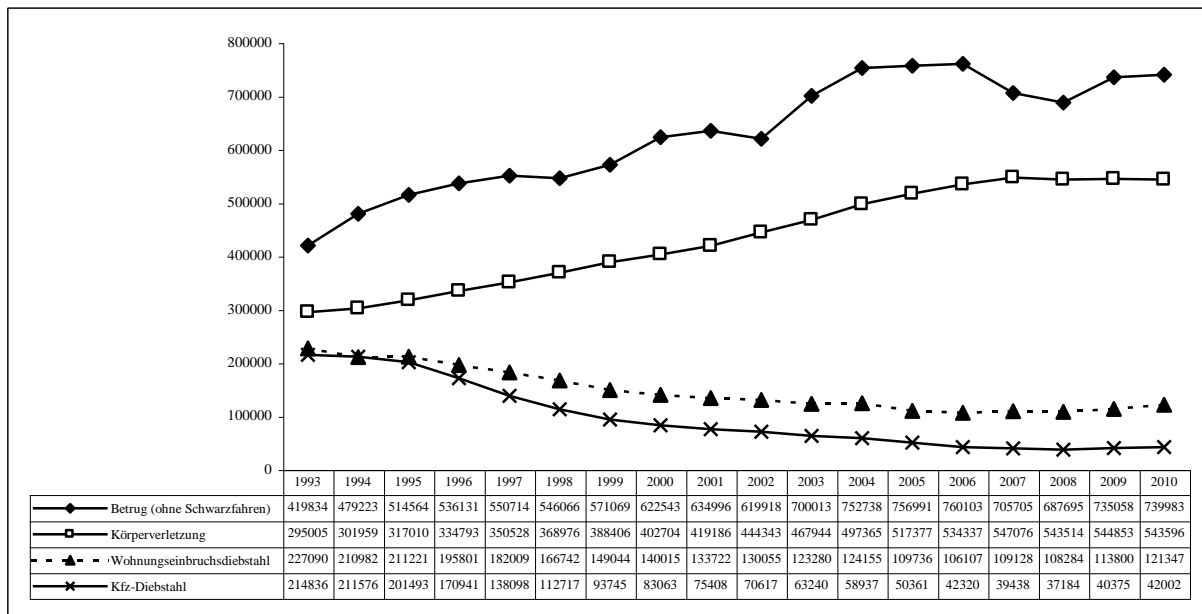
Abbildung 2.5b stellt die Entwicklung weiterer Gewalttaten vor. Für drei der vier Delikte ergibt sich ebenfalls ein sinkender Trend: Die Anzahl an sexuellen Missbrauchsfällen bei Kindern ist um fast ein Viertel gefallen (-23,1%), die Anzahl an Fällen von Handtaschenraub um über die Hälfte (-53,7 %), die Anzahl an Fällen von Raubtaten auf Geldinstitute etc. („Banküberfall“) um drei Viertel (-73,3%). Diese Veränderungen finden mehr oder weniger kontinuierlich statt. An dieser Stelle ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass rückläufige Bevölkerungszahlen keine Erklärung für diese Trends darstellen: Im Jahr 2010 liegt die Bevölkerungsanzahl über der Bevölkerungszahl von 1993, wie bereits gezeigt wurde. Ein gegenläufiger Trend ist hingegen bei den Vergewaltigungen festzustellen. Diese sind von 6.376 Fällen im Jahr 1993 auf 7.724 Fälle im Jahr 2010 um 21,1 % gestiegen. Gleichwohl liegt die höchste Zahl an Vergewaltigungen im Beobachtungszeitraum im Jahr 2004 mit 8.831 Fällen; in den letzten Jahren ist also die Anzahl an Vergewaltigungen ebenfalls gesunken.

Abbildung 2.5b: Entwicklung der Anzahl verschiedener Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1993



Für zwei Deliktsbereiche ergeben sich aber auch nach 2004 noch Anstiege, wie Abbildung 2.5c zeigt. Körperverletzungsdelikte sind zwischen 1993 und 2007 um 85,4 % gestiegen; in den letzten Jahren verharrt die Anzahl auf einem gleichbleibend hohen Niveau. Betrugsdelikte haben bis 2006 um 81,0 % zugenommen; danach sinken sie leicht um seit 2009 erneut anzusteigen. Bei den Betrugsdelikten wurde die Anzahl an Fällen von Schwarzfahren heraus gerechnet, da es sich hierbei in erster Linie um ein Kontrolldelikt handelt; d.h. Zu- bzw. Abnahme des Schwarzfahrens hängen in erster Linie mit einer Zu- bzw. Abnahme der Kontrollintensität zusammen. Bei den zwei weiteren, ebenfalls in Abbildung 2.5c dargestellten Delikten ergeben sich aber erneut rückläufige Zahlen. So haben Fälle von Wohnungseinbrüchen zwischen 1993 und 2010 um 46,6 %, Fälle von Kfz-Diebstählen („Autodiebstahl“) um 80,4 % abgenommen. Bei beiden Delikten ist aber auch im Vergleich der Jahre 2008 bis 2010 eine leichte Zunahme feststellbar, wobei abzuwarten bleibt, ob dies tatsächlich auf eine Trendumkehr hinweist.

Abbildung 2.5c: Entwicklung der Anzahl verschiedener Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1993



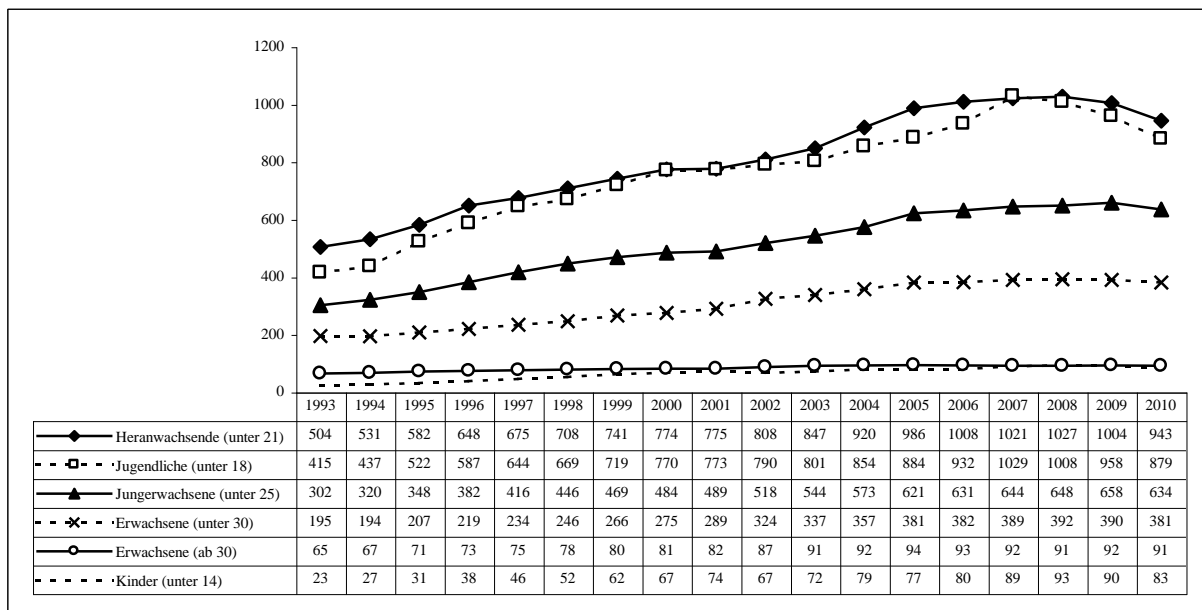
Die Entwicklung von zwei weiteren Deliktskategorien soll an dieser Stelle noch erwähnt werden, da sie auch in der Befragung eine Rolle spielen, aber nicht in die obigen Abbildungen integriert werden konnten: Drogenhandel und Diebstahl insgesamt. Fälle von Drogenhandel haben zwischen 1993 und 2010 um 26,4 % zugenommen (von 37.212 auf 47.034 Fälle). Die höchste Anzahl an Fällen wurde aber bereits im Jahr 2001 beobachtet (73.162 Fälle); insbesondere seit 2005 sinkt die Anzahl an Fällen von Drogenhandel wieder deutlich. Zu beachten ist auch bei diesem Delikt, dass es sich um ein Kontrolldelikt handelt. Die Intensität der Ermittlungsaktivitäten der Polizei wirkt sich also auf die Anzahl registrierter Fälle weit stärker aus als Veränderungen in der Häufigkeit der Ausübung dieses Deliktes.

Der Diebstahl insgesamt ist zwischen 1993 und 2010 um 44,5 % zurück gegangen. Im Jahr 1993 wurden noch 4,2 Millionen Diebstähle registriert, 2010 waren es nur noch 2,3 Millionen. Die Entwicklung erfolgt vergleichbar mit der des Wohnungseinbruchs oder des Kfz-Diebstahls kontinuierlich, wobei es in den letzten beiden Jahren keinen erneuten Anstieg der Fallzahlen gegeben hat.

Mit Ausnahme der Körperverletzungen und der Betrugsdelikte ist in Deutschland zumindest in den letzten fünf Jahren also ein deliktsübergreifender Kriminalitätsrückgang festzustellen. Der Anstieg der Körperverletzungen ist dabei von besonderem Interesse, da er auf einen Anstieg der Gewaltbereitschaft hindeuten könnte, der sich allerdings im Bereich des Mords/Totschlags und des Raubs so nicht zeigt. In Abbildung 2.6 ist die Veränderung der Tatverdächtigenbelastungszahlen für schwere/gefährliche Körperverletzungen noch einmal getrennt für verschiedene Altersgruppe dargestellt. Schwere/gefährliche Körperverletzungen liegen vor, wenn ein Übergriff mit einer Waffe/einem Gegenstand oder aus einer Gruppe heraus ausgeführt wurde bzw. wenn er zu besonders schweren Verletzungen geführt hat. Etwas mehr als ein Viertel aller registrierten Körperverletzungen sind schwere Körperverletzungen, etwa zwei Drittel vorsätzliche/leichte Körperverletzungen. Da schwere/gefährliche Körperverletzungen auf ein brutaleres Vorgehen hinweisen und da der Trend zu vorsätzlichen/leichten Körperverletzungen im Wesentlichen dem Trend zu schweren/gefährlichen

Körperverletzungen gleicht (vgl. Baier et al. 2009, S. 21), konzentrieren wir uns auf letztgenanntes Delikt. Deutlich wird in Abbildung 2.6, dass sich ein Anstieg der Tatverdächtigenbelastungszahlen für alle Altersgruppen abzeichnet. Am stärksten, freilich auf dem niedrigsten Niveau, gilt dies für Kinder unter 14 Jahren, bei denen die Belastungszahl zwischen 1993 und 2010 um 254,5 % gestiegen ist, sich also mehr als verdreifacht hat. Bei Jugendlichen ist der zweithöchste Anstieg festzustellen (+111,7 %), bei ab 30jährigen Erwachsenen der schwächste Anstieg (+39,5 %). Im Vergleich aller Altersgruppen weisen erneut die Jugendlichen und die Heranwachsenden die höchsten Belastungszahlen auf; diese beiden Altersgruppen treten also besonders häufig als Täter von schweren/gefährlichen Körperverletzung in Erscheinung.

Abbildung 2.6: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl für schwere/gefährliche Körperverletzungen nach Täteralter in der Bundesrepublik Deutschland seit 1993



Die Folgerung, ein Anstieg der Gewaltbereitschaft würde insbesondere die Kinder und Jugendlichen betreffen, ist in dieser Allgemeinheit jedoch nicht haltbar. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass gerade bei den Jugendlichen seit 2007 eine Trendumkehr einsetzt: Die Belastungszahl bei schweren/gefährlichen Körperverletzungen liegt im Jahr 2010 immerhin 14,5 % unterhalb der Belastungszahl von 2007. Zudem findet sich für den Bereich der Raubtaten und des Mords bzw. des Totschlags, beides ebenfalls als Gewaltkriminalität einzustufende Delikte, ein rückläufiger Trend. So ist die Tatverdächtigenbelastungszahl beim Raub bei Jugendlichen zwar zwischen 1993 und 1997 gestiegen, seitdem sind die Zahlen aber wieder rückläufig (vgl. Baier et al. 2009, S. 21). Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass andere Studien keinen Anstieg, z.T. sogar einen Rückgang im Gewaltverhalten von Jugendlichen berichten. So zeigen die Daten der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, dass Raufunfälle an Schulen, die in Frakturen geendet haben, zwischen 1998 und 2008 je 1.000 Schüler von 1,2 auf 0,8 gefallen sind. Baier (2008, S. 27) berichtet auf Basis wiederholter Dunkelfeldbefragungen von Schülern der neunten Jahrgangsstufe in vier deutschen Städten aus den Jahren 1998 bzw. 2005/2006, dass der Anteil an Jugendlichen, die mindestens eine Körperverletzung in den zurückliegenden Monaten begangen haben, von 18,4 auf 15,8 % gefallen ist. Diese sinkenden Raten sind auch bei anderen Gewaltdelikten zu beobachten und werden durch die Opferangaben bestätigt. Die Opferangaben liefern auch eine Erklärung dafür, warum die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik und die Daten der Dunkelfeldbefragungen voneinander abweichen:

Die Bereitschaft, ein erlebtes Delikt zur Anzeige zu bringen, ist gestiegen. So wurden im Jahr 1998 nur 16,1 % der Körperverletzungen von den Jugendlichen Opfern zur Anzeige gebracht, 2005/2006 bereits 20,2 % (Pfeiffer/Baier 2010, S. 77); bei sexuellen Gewaltdelikten ist die Anzeigebereitschaft sogar von 9,8 auf 17,3 % gestiegen (Baier 2008, S. 19). Die Ursachen der gestiegenen Anzeigebereitschaft sind vielfältig: Zum einen dürfte sich darin die verbesserte Zusammenarbeit von Polizei und Schule widerspiegeln, die dazu geführt hat, dass Direktoren immer häufiger dazu übergehen, Gewalt im Schulkontext der Polizei zur Kenntnis zu bringen. Zum anderen ist darin eine ansteigende Sensibilisierung für Fragen der Gewalt erkennbar; Gewaltverhalten wird weniger toleriert und häufiger einer institutionellen Bearbeitung zugeführt.

Das Beispiel der Jugendgewalt illustriert damit, dass ansteigende Fall- oder Belastungszahlen nicht ohne Weiteres auch einen Anstieg des Kriminalitätsaufkommens bedeuten, sondern dass andere Faktoren wie das Anzeigeverhalten die in den Hellfeld-Statistiken berichteten Trends maßgeblich mit beeinflussen. Rückläufige Trends dürften demgegenüber zumindest in Kriminalitätsbereichen, die weniger stark von den Kontrollaktivitäten der Polizei beeinflusst sind, einen echten Rückgang des Kriminalitätsaufkommens indizieren, da es wenig plausibel ist, dass Opfer von Delikten wie Diebstahl, Raub oder Wohnungseinbruch heute häufiger auf eine Anzeige verzichten als noch vor zehn oder 15 Jahren. Dies wäre nur dann erwartbar, wenn das Vertrauen in die Polizei und in deren Ermittlungsarbeit sinken würde, die Anzeigerstattung also nur eine Handlung mit ungewissem Ausgang wäre. Für solch eine Entwicklung gibt es aber keine Hinweise: Das Vertrauen der Jugendlichen in die Polizei steigt entsprechend neuerer Studien an (Schneekloth 2010, S. 140), gemessen an der Aufklärungsquote verbessert sich die Arbeit der Polizei, die zunehmende Versicherung von Wertgegenständen macht die Anzeigerstattung notwendig, damit ein Schaden reguliert werden kann.

Die Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik belegen damit zusammengefasst einen sinkenden Kriminalitätstrend. Die Anzahl an Straftaten in Deutschland nimmt ab; dies gilt für die meisten Kriminalitätsbereiche. Wenn es der Fall ist, wie im Bereich der Körperverletzungen, dass ein Anstieg in der Kriminalstatistik ausgewiesen wird, dann bestehen unter Rückgriff auf andere Untersuchungen berechtigte Zweifel an der Verlässlichkeit dieser Trends. Eine Erhöhung der Sensibilität für Gewaltvorfälle und ein Abbau von Schwellenängsten führen dazu, dass erlebte Straftaten häufiger angezeigt werden; dies gilt für Körperverletzungen ebenso wie für sexuelle Gewaltdelikte. Einzig im Bereich der Betrugsdelikte dürfte diese Erklärung nicht ausreichen, um den deutlichen Anstieg seit 1993 zu erklären. Hier spielen sicher die veränderten technischen Möglichkeiten eine zentrale Rolle: Gerade durch das Internet haben sich die Tatgelegenheiten verbessert; zudem kann mit relativ wenig Aufwand eine sehr große Anzahl an Personen geschädigt werden.

Welche Erklärungen lassen sich aber für den Rückgang der meisten Straftaten finden? Eine Erklärung wurde bereits ausgeschlossen: Es handelt sich nicht um einen Rückgang, der deshalb zustande kommt, weil hier weitestgehend die Fallzahlen im Mittelpunkt der Betrachtung standen und diese Fallzahlen von der Bevölkerungsanzahl abhängig sind. Die Bevölkerungsanzahl hat sich im Zeitraum 1993 bis 2010 leicht erhöht; eine Zunahme der Bevölkerungsanzahl kann nicht für einen Rückgang der Kriminalitätszahlen verantwortlich sein. Die Gründe für den Rückgang liegen damit in anderen Bereichen. Folgende Erklärungen dürften von besonderer Bedeutung sein:

1. *Deutschland altert*: Zwischen 1993 und 2010 ist der Anteil an Personen in der deutschen Bevölkerung, die mindestens 60 Jahre alt sind, von 20,4 auf 25,9 % angestiegen, der Anteil an Personen im Alter zwischen 14 und unter 21 Jahren liegt aktuell mit 7,4 % genauso hoch wie 1993. Sowohl 1993 als auch 2010 liegt die Tatverdächtigenbelastungszahl für alle Straftaten der ab 60jährigen elfmal über der Belastungszahl der 14 bis unter 21jährigen. Es ändert sich also nicht die Bevölkerungsanzahl, sondern die Bevölkerungszusammensetzung. Der Anteil älterer Menschen, die generell weniger Straftaten begehen, nimmt zu, der Anteil jüngerer, kriminalitätsaffinerer Menschen, bleibt konstant. In Zukunft wird dieser sogar abnehmen, der Anteil älterer Menschen wird noch weiter zunehmen, weshalb ein noch stärkerer Rückgang der Kriminalität zu erwarten ist.

2. *Die Immigration geht zurück*: Im Jahr 1993 sind 1,3 Millionen Menschen nach Deutschland zugewandert, im Jahr 2008 waren es nur noch 0,7 Millionen Menschen. Die Anzahl der Fortzüge lag in beiden Jahren etwa gleich hoch (1993: 0,8 Millionen, 2008: 0,7 Millionen), weshalb der Wanderungssaldo im Jahr 2008 erstmals negativ war, d.h. mehr Menschen fort- als zugezogen sind (vgl. Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2008, S. 18). Der hohe Zustrom an Menschen Anfang der 1990er Jahre betraf im Wesentlichen (Spät-)Aussiedler und Asylsuchende, u.a. aus Kriegsgebieten wie dem ehem. Jugoslawien. Nicht nur die Anzahl, auch die Zusammensetzung der Zuwanderer hat sich mittlerweile gewandelt; der überwiegende Teil der Zuwanderer des Jahres 2008 kommt aus Ländern der Europäischen Union. Aus GUS-Staaten stammen nur mehr 5,3 % der Zuwanderer, aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien 4,4 % (ebd. S. 21). Als Asylbewerber kamen 2008 nur noch 22.000 Menschen nach Deutschland (1993: 323.000), als (Spät-)Aussiedler 4.400 (1993: 219.000). Da sowohl Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik als auch Auswertungen von Dunkelfelduntersuchungen belegen, dass Zuwanderer eine höhere Kriminalitätsbereitschaft aufweisen (vgl. u.a. Baier/Pfeiffer 2007), geht ein Rückgang der Zuwanderung mit rückläufigen Kriminalitätsraten einher. Allerdings sind diesbezüglich mindestens zwei Aspekte zu beachten: Erstens zeigen Migranten nicht in allen Kriminalitätsbereichen eine höhere Kriminalitätsbereitschaft. Bei Jugendlichen gilt dies im Wesentlichen nur für den Bereich des Gewaltverhaltens. Die höhere Gewaltbereitschaft hat ihre Gründe u.a. in der schlechteren sozialen Lage der Migrantenfamilien (höhere Armutsquote, geringere Bildungschancen), der höheren innerfamiliären Gewalt und der Akzeptanz von Gewaltnormen. Mit einer besseren Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft sinkt die Gewaltbereitschaft. Zweitens überschätzen die Polizeilichen Kriminalstatistiken i.d.R. die Höherbelastung von Ausländern, korrekte Schätzungen erlauben nur Dunkelfeldbefragung. Die Überschätzung kommt u.a. dadurch zustande, dass nichtdeutsche Täter deutlich häufiger angezeigt werden als deutsche Täter, insbesondere dann, wenn das Opfer deutscher Herkunft ist (vgl. Baier et al. 2009, S. 43ff). Zudem werden Durchreisende oder Touristen, die in Deutschland Straftaten begehen, der Gruppe der ausländischen Täter zugewiesen; in die Bevölkerungsstatistik werden diese aber nicht mitgezählt. Einige Straftaten können per se nur von Ausländern begangen werden; Straftaten, die nur von Deutschen begangen werden können, gibt es nicht.

3. *Die höhere Aufklärungsquote schreckt ab:* Es gehört zum Grundbestand kriminologischen Wissens, dass nicht Strafen bzw. die Höhe von Strafen abschreckend wirken, sondern das Risiko, nach einer Tat gefasst zu werden. Ist dieses Risiko gering, fällt zumindest ein Teil der Verhaltenskosten niedrig aus; der Nutzen des kriminellen Verhaltens kann überwiegen und das entsprechende Verhalten wird ausgeführt. In den letzten Jahren sind die Kosten kriminellen Verhaltens angestiegen, da sich, wie bereits erwähnt, der Anteil aufgeklärter Taten von 43,8 % (1993) auf 56,0 % erhöht hat. Ein solcher Anstieg der Aufklärungsquote zeigt sich in verschiedenen Deliktsbereichen: Beim Mord findet sich ein Anstieg von 84,5 auf 96,1 %, beim Diebstahl (insgesamt) von 27,2 auf 30,0 %. Der Rückgang der Straftaten hat zur Folge, dass die Ermittlungsaktivitäten erhöht werden können, mit der Folge, dass häufiger Tatverdächtige gefasst werden. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass sich das Risiko des Gefasstwerdens nicht nur aufgrund der häufigeren Aufklärung erhöht hat. Wie wiederholt durchgeführte Schülerbefragungen zeigen (Baier 2008), ist auch die Bereitschaft der Opfer gestiegen, ein erlebtes Gewaltdelikt (und damit den oder die Täter) zur Anzeige zu bringen. Damit wird die Grundlage geschaffen, dass die Polizei Ermittlungen aufnehmen kann, die sie immer häufiger auch mit einem Ergebnis abschließt.

4. *Technische Vorkehrungen verhindern Kriminalität:* Vor allem das Beispiel des Diebstahls und hier insbesondere die Beispiele des Wohnungseinbruchdiebstahls und des Kfz-Diebstahls geben Anlass zu der Vermutung, dass es verschiedene technische Systeme zunehmend erschweren, Diebstähle durchzuführen. Im Bereich des Ladendiebstahls sind hier die Warensicherungssysteme zu nennen, im Bereich der Wohnungen verschiedene Tür-, Fenster- und Balkontürverriegelungssysteme, im Bereich der Autos Wegfahrsperrern o.ä. Ebenfalls zu erwähnen ist die Zunahme von Überwachungsanlagen (z.B. Videoüberwachung). Obwohl die direkte Abschreckungswirkung dieser Überwachungsanlagen im Gegensatz zu den anderen erwähnten technischen Vorkehrungen zweifelhaft ist, helfen sie nicht selten dabei, Vorfälle aufzuklären, insofern sie Bilder von Tätern liefern. Indirekt könnten sie damit durchaus der Abschreckung dienen, da sie das Risiko des Gefasstwerdens erhöhen.

5. *Kultur des Gewaltverzichts setzt sich weiter durch:* Eine häufig zu hörende Klage ist, dass der soziale Zusammenhalt unter der Menschen zurückgeht; demgegenüber würde die rücksichtslose Selbstdurchsetzung zunehmen, was u.a. bei Jugendlichen dazu führt, dass sie immer häufiger immer brutālere Gewaltübergriffe ausführen. Empirisch ist diese Diagnose zum Verhalten der Jugendlichen falsch: Ein Anstieg des Gewaltverhaltens oder eine Brutalisierung lässt sich mit den vorhandenen Daten nicht belegen. Auch die Klage einer gesamtgesellschaftlich zunehmenden Rücksichtslosigkeit ist in Frage zu stellen. Mit wiederholt durchgeführten Schülerbefragungen lässt sich stattdessen eine Gegenthese formulieren: Eine Kultur des Gewaltverzichts und des Hinschauens setzt sich immer weiter durch; dies könnte zugleich ein Hinweis darauf sein, dass zivile Umgangsformen eine immer weitere Verbreitung finden. Festgestellt werden kann anhand von Schülerbefragungen, dass in der Kindererziehung mittlerweile seltener zu Gewalt gegriffen wird, dass Eltern, Lehrer oder andere Personen im näheren sozialen Umfeld von Jugendlichen den Gewalteininsatz zunehmend missbilligen und dass sich auch die Jugendlichen selbst vom Gewalteininsatz häufiger distanzieren

(vgl. Baier et al. 2009, S. 94ff). Diese kulturellen Veränderungen dürften für die Bereitschaft der Menschen, sich kriminell zu verhalten, wichtig sein: Die Veränderungen führen zu einem höheren Maß an informeller Sozialkontrolle; der Druck, sich normenkonform zu verhalten, wächst. Gleichwohl gibt es auch Hinweise darauf, dass dieser Prozess nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erfasst. In einigen sozialen Milieus wird die Gewalt im Speziellen, die Kriminalität im Allgemeinen u.a. aufgrund mangelnder Verhaltensalternativen weiterhin ausgeführt. Gesellschaftliche Polarisierungstendenzen z.B. zwischen armen und reichen Familien oder Migranten und Nicht-Migranten könnten diese Milieus weiter stabilisieren. Hier bleibt abzuwarten, ob es in Zukunft gelingt, den Polarisierungstendenzen gesamtgesellschaftlich entgegen zu wirken bzw. diese Milieus noch stärker als bisher in kriminalpräventive Maßnahmen einzubeziehen.

3. Die Stichproben

In den drei Erhebungsjahren 2004, 2006 und 2010 erfolgte in weitestgehend vergleichbarer Weise eine Befragung einer bevölkerungsrepräsentativen Stichprobe zu den verschiedenen kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen sowie zu deren Bedingungsfaktoren. Die Durchführung der Befragung oblag in den Jahren 2004 und 2006 TNS Infratest, im Jahr 2010 der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). Die wichtigsten Informationen zu diesen Befragungen sind in Tabelle 3.1 festgehalten.

In jedem Jahr wurde eine postalische Befragung durchgeführt, d.h. die Befragten erhielten einen persönlich adressierten Fragebogen per Post zugesandt und wurden gebeten, diesen auszufüllen und zurückzuschicken. Basis der Stichprobenziehung war jeweils ein sogenanntes „Access-Panel“. Hierbei handelt es sich um einen Pool an Haushalten bzw. Personen, deren Adressen und deren wichtigste soziodemographische Angaben vom Meinungsforschungsinstitut gespeichert sind und die sich bereit erklärt haben, in bestimmten Abständen an Befragungen teilzunehmen. Da also grundsätzlich die Bereitschaft von Access-Panel-Mitgliedern besteht, an Befragungen teilzunehmen und da auf eine größtmögliche Heterogenität der Mitglieder geachtet wird (mit der versucht wird, sicherzustellen, dass das Panel ein Abbild der Grundgesamtheit der Bevölkerung Deutschlands darstellt), gewährleisten derartige Panels eine hohe Rücklaufquote und eine hohe Verlässlichkeit der Befragungsergebnisse. In 2004 und 2006 wurden die Haushalts-Access-Panels von TNS Infratest der Stichprobenziehung zugrunde gelegt, in denen ca. 70.000 bzw. 110.000 Personen registriert waren. Im Jahr 2010 wurde auf das Panel der GfK zurückgegriffen, das ca. 10.000 Personen enthält.

Die Befragungen der Jahre 2004 und 2010 waren reine Querschnittsbefragungen. Dies gilt für die Befragung des Jahres 2006 nur zum Teil: Die eine Hälfte dieser Befragung setzt sich ebenfalls aus einmalig befragten Personen zusammen, die andere Hälfte hingegen aus wiederholt befragten Personen. Es wurde also der Versuch unternommen, die Befragten des Jahres 2004 erneut zu erreichen. Ein solches Vorgehen hat den Vorteil, dass kausale Aussagen möglich sind, da die Ursachen zeitlich vor den Folgen erfasst werden. Basis dieser Längsschnittstudie sind damit die Befragten des Jahres 2004; leider konnten aber nur etwa drei Viertel der Befragten erneut angeschrieben werden, da ein Teil zwischenzeitlich aus dem Access-Panel ausgeschieden war. Die Ergebnisse dieser Längsschnittstudie sind der Veröffentlichung von Windzio et al. (2007) zu entnehmen.

Die Querschnittsbefragungen beziehen sich auf die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik ab 16 Jahren. Die Erhebungen selbst fanden jeweils zu Anfang eines Jahres statt, wobei die meisten Personen im Januar befragt wurden. Dieser Zeitraum wurde gewählt, um auszuschließen, dass sich die Befragten über die Anzahl an Straftaten im Jahr vor der Befragung in der Polizeilichen Kriminalstatistik informieren können. Diese Statistik wird jeweils erst im Frühjahr in Bezug auf das Jahr vorher veröffentlicht.

Die Rücklaufquoten sind, wie für dieses Vorgehen zu erwarten, sehr hoch. Im Jahr 2004 beteiligten sich 64 % der angeschriebenen Personen an der Befragung, 2006 waren es 70 %, 2010 86 %. Als Resultat dieses Rücklaufs liegen Angaben von 2.017, 1.110 und 3.255 Personen vor. Im Jahr 2010 wurden die ausgefüllten Fragebögen nicht am beauftragten Meinungs-

forschungsinstitut, sondern direkt am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in einer Datenbank erfasst. Die Prüfung der Fragebögen führte zu dem Ergebnis, dass zehn Fragebögen nicht in die Auswertungen einbezogen werden können, weil die Befragten nur einen kleinen Teil aller Fragen beantworteten.⁴ Für 2010 beträgt die Anzahl auswertbarer Fälle insofern 3.245 Personen.⁵

Tabelle 3.1: Methode und Rücklauf der Befragungen

	2004	2006		2010
		Querschnitt	Längsschnitt	
Befragungsmethode	postalisch	postalisch	postalisch	postalisch
Stichprobenbasis	Access-Panel (70000 Personen)	Access-Panel (110000 Personen)	Panel (~1580 Personen)	Access-Panel (10000 Personen)
Altersgruppe	ab 16jährige	ab 16jährige	ab 18jährige	ab 16jährige
Erhebungszeitraum	8.1.-6.2.2004	5.1.-2.2.2006		7.1.-1.2.2010
Rücklaufquote in %	64	70	81	86
erreichte Anzahl Befragte	2017	1110	1278	3255
Befragte für Auswertungen	2017	1110	1206	3245
Gewichtung	- regional (Bundesländer, Gemeindegrößenklasse) - demographisch (Alter, Geschlecht, Erwerbstätigkeit, Bildung)	- regional (Bundesländer, Gemeindegrößenklasse) - demographisch (Alter, Geschlecht, Erwerbstätigkeit, Bildung)		- Haushalts- in Personenstichprobe - regional (Bundesländer) - demographisch (Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße)

Die Personen, die sich zu den Erhebungszeitpunkten an der Befragung beteiligten, stellen z.T. eine selektive Gruppe dar. So haben in 2004 anteilmäßig weniger Männer im Alter von 16 Jahren oder älter an der Befragung teilgenommen als es in der Grundgesamtheit (Bundesrepublik) gibt (siehe Tabelle 3.2). Diese Ist-Soll-Diskrepanzen werden über Gewichtungsfaktoren korrigiert. Am Beispiel des Geschlechts bedeutet dies, dass Männer des Jahres 2004 nicht mit dem Wert 1, sondern mit einem Wert über 1 in die Auswertungen eingehen (entsprechend Frauen mit einem Wert unter 1). Jede Antwort eines Mannes wird also hoch-, jede Antwort einer Frau herunter gewichtet. Über eine solche Gewichtungsprozedur lassen sich die Stichproben hinsichtlich verschiedener, in der Grundgesamtheit bekannter Verteilungen exakt an diese anpassen. Die Faktoren wurden von den Meinungsforschungsinstituten konstruiert, wobei sowohl eine Anpassung an regionale, als auch an demographische Verteilungen erfolgte. Die Gewichtungsfaktoren der drei Erhebungswellen wurden jeweils vergleichbar konstruiert; nur 2010 geschah dies in leicht veränderter Weise, da statt des Erwerbsstatus (berufstätig vs. nicht berufstätig) die Haushaltsgröße berücksichtigt wurde. Zudem wurde die Haushalts- in eine Personenstichprobe umgewandelt. Personen aus großen Haushalten erhielten dabei ein etwas geringeres Gewicht als Personen aus kleinen Haushalten. Ein Großteil der in den folgenden Abschnitten dargestellten Ergebnisse basiert auf gewichteten Daten, weil meist der Anspruch besteht, Aussagen über die Häufigkeit des Vorkommens bestimmter Einstellungen oder Verhaltensweisen zu treffen (Prävalenzschätzungen).

⁴ Auch in der Längsschnittstudie des Jahres 2006 weicht die erreichte Anzahl an Befragten und die Anzahl an für Auswertungen zur Verfügung stehenden Befragten voneinander ab. Dies ist damit zu begründen, dass sich bei den Auswertungen gezeigt hat, dass zu 72 Befragten keine Vergleichsdaten aus 2004 vorlagen, sie also fälschlicherweise als Längsschnittfälle klassifiziert wurden (vgl. Windzio et al. 2007, S. 15).

⁵ In den Befragungen der Jahre 2004 und 2006 erfolgte der Ausschluss nicht verwertbarer Fragebögen durch das Meinungsforschungsinstitut; erst danach wurden die aufbereiteten Daten ans KFN geschickt.

Tabelle 3.2 berichtet neben der Verteilung des Geschlechts auch die Verteilung anderer Variablen für die verschiedenen Erhebungszeitpunkte. Gleichzeitig werden die ursprünglichen, ungewichteten Anteile bzw. Mittelwerte und die gewichteten Anteile bzw. Mittelwerte gegenübergestellt. Teilweise liegen diese recht nah beieinander, teilweise ergeben sich aber deutliche Veränderungen durch die Gewichtung. Dies ist vor allem dann problematisch, wenn die Stärke der Veränderung mit dem Erhebungsjahr variiert, wie dies für den Bildungshintergrund der Fall ist. Um die Bildung zu ermitteln, haben wir danach gefragt, welchen höchsten Bildungsabschluss eine Person hat. Personen ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss wurden der Gruppe „niedrige Bildung“, Personen mit Realschulabschluss der Gruppe „mittlere Bildung“ und Personen mit Abitur, Fachabitur oder Hochschulabschluss zur Gruppe „hohe Bildung“ zugeordnet.⁶ In 2004 hatten 34,8 % der Befragten eine niedrige Bildung (ungewichtet), in 2010 26,7 %. Beide Male ist der Anteil deutlich geringer als in der Grundgesamtheit, weshalb die Angaben niedrig gebildeter hoch gewichtet werden. Nach der Gewichtung entspricht der Anteil dem der Grundgesamtheit. Allerdings ist die Diskrepanz zwischen dem ungewichteten Stichprobenanteil und dem Anteil in der Grundgesamtheit in 2010 höher als in 2004, in 2010 fiel die Bereitschaft niedrig gebildeter Befragter, an der Befragung teilzunehmen, also noch geringer aus als bereits 2004. Durch die Gewichtung wird dies zwar kompensiert, zu beachten ist aber Folgendes: Es lassen sich nur die Antworten von Personen gewichten, die auch an der Befragung teilgenommen haben. Über die nicht befragten Personen wissen wir nichts. Es kann durchaus sein, dass über die Erhebungsjahre hinweg ein Trend hin zu einem selektiven Ausfall existiert, also bestimmte Gruppen niedrig gebildeter Bürger schlechter erreicht wurden als noch 2004. Dies lässt sich nicht prüfen. Um fehlerhafte Schlüsse bzgl. der zu berichtenden Trendentwicklungen auszuschließen, haben wir uns deshalb entschlossen, in den nachfolgenden Abschnitten Trends zur Entwicklung bestimmter Wahrnehmungen, Einstellungen oder Verhaltensweisen jeweils zunächst deskriptiv mittels der gewichteten Daten darzustellen. Daran schließt sich die multivariate Analyse unter Kontrolle verschiedener demographischer Variablen an. So lässt sich sicherstellen, dass ein Trend unabhängig von den Veränderungen in der Stichprobenszusammensetzung ist. Werden die Trends durch die multivariate Auswertung bestätigt, kann von einem stabilen Trend ausgegangen werden.⁷

Ein solches Vorgehen ist auch deshalb angeraten, weil sich zwischen 2004 und 2010 demographische Veränderungen in der bundesdeutschen Gesellschaft ergeben haben, die Veränderungen im Bereich der kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen erwarten lassen, die aber nicht als echte Trends interpretiert werden sollten. Wie die Auswertungen zum Durchschnittsalter und zum Beschäftigungsstatus zeigen, altert die deutsche Gesellschaft. Während das Durchschnittsalter 2004 noch 47,9 Jahre betrug (gewichtet), lag es 2010 bereits bei 49,3 Jahre. In 2004 gab es 24,3 % Rentner (gewichtet), in 2010 29,4 %. Ältere

⁶ Personen, die in der ehemaligen DDR einen Abschluss in der Polytechnischen Oberschule bzw. der Erweiterten Oberschule erworben haben, wurden der entsprechenden Gruppe zugewiesen. Personen, die als aktuelle Beschäftigung „Schüler“ angegeben haben und gleichzeitig noch keinen Schulabschluss besitzen, wurden als fehlende Werte behandelt.

⁷ Hierzu ein Beispiel: Wenn sich für die Kriminalitätsfurcht zwischen 2004 und 2010 sinkende Zustimmungswerte ergeben (die Furcht also sinkt), könnte dies ein Resultat davon sein, dass in 2010 noch weniger niedrig Gebildete erreicht worden sind, die höhere Furchtwerte aufweisen als hoch Gebildete. Wird in einer multivariaten Analyse des Trends zur Kriminalitätsfurcht die Bildung nun mit einbezogen, könnte der Zusammenhang zwischen dem Erhebungsjahr und der Furcht verschwinden. Dies bedeutet nichts anderes, als ob für jede Bildungsgruppe separat der Trend untersucht würde und in solch einer differenzierten Analyse für keine Bildungsgruppe ein Trend erkennbar wäre.

Menschen unterscheiden sich aber in ihren kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen von jüngeren Menschen. Sie sind bspw. etwas furchtsamer. Vor diesem Hintergrund ließe sich ein Anstieg der Kriminalitätsfurcht erwarten. Auswertungen zu Trendentwicklungen, die das Alter von Befragten berücksichtigen, können die Frage beantworten, ob ein Trend nur durch die Alterung bedingt ist oder auch unabhängig vom steigenden Durchschnittsalter existiert, d.h. alle Altersgruppen umfasst.

Die Notwendigkeit solch multivariater Tests ergibt sich zuletzt daraus, dass die Stärke der demographischen Veränderung mit unseren Stichproben überschätzt wird: Ungewichtet beträgt das Durchschnittsalter in der Befragung 2010 51,3 Jahre, liegt also zwei Jahre über dem gewichteten Durchschnittsalter (Anteil Rentner: ungewichtet 32,6 %). In 2010 mussten aufgrund der demographischen Veränderungen mehr ältere Menschen befragt werden, wir haben aber überproportional viele ältere Menschen erreicht. Erneut ist darauf hinzuweisen, dass wir zwar jüngere Menschen in der Stichprobe haben, deren Antworten wir hoch gewichten können; die nicht erreichten, für eine repräsentative Stichprobe aber eigentlich notwendig zu erreichenden jüngeren Menschen lassen sich hingegen nicht gewichten. Die Gewichtungszusammenfassung ist ein Weg, die Zusammensetzung der Stichprobe an die Grundgesamtheit anzugleichen. Es ist aber immer nur der zweitbeste Weg. Der beste Weg wäre, eine Stichprobe zu gewinnen, die exakt den Randverteilungen der Grundgesamtheit entspricht. Ein Test auf Existenz eines Trends über die Befragungszeitpunkte hinweg sollte daher immer multivariat unter Kontrolle der Besonderheiten der demographischen Zusammensetzung der Stichproben erfolgen. In den meisten Fällen beschränken wir uns dabei auf die Berücksichtigung des Geschlechts, der Bildung, des Alters und der regionalen Herkunft (West- vs. Ostdeutschland).

Bezüglich des Anteils westdeutscher Befragter (inkl. Befragter aus Berlin) zeigt sich, dass dieser in den verschiedenen Jahren sehr ähnlich ausfällt, zugleich aber ein leicht ansteigender Trend existiert (Tabelle 3.2). Im Jahr 2004 waren 81,7 % westdeutsche Befragte in der Stichprobe (gewichtet), im Jahr 2010 83,5 %. Aufgrund des Bevölkerungsschwundes in Ostdeutschland ist ein solcher Trend zu erwarten. Ein Blick auf die Haushaltsgröße bestätigt zudem, dass hier rückläufige Entwicklungen zu verzeichnen sind: 2004 betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,9 (gewichtet), 2010 nur noch 2,5 Personen.

Tabelle 3.2: Vergleich ungewichteter und gewichteter Daten nach Erhebungsjahr (in % bzw. Mittelwerte)

	2004	2006 ¹	2010	Signifikanz
Anteil männlich ungewichtet	45,5	46,9	48,9	V = .031*
Anteil männlich gewichtet	48,0	48,1	48,6	V = .006 ²
Anteil Bildung: niedrig ungewichtet	34,8	27,2	26,7	V = .066*** V = .065***
Anteil Bildung: niedrig gewichtet	53,1	46,5	44,8	
Anteil Bildung: mittel ungewichtet	33,5	32,0	33,7	
Anteil Bildung: mittel gewichtet	27,8	29,6	27,9	
Anteil Bildung: hoch ungewichtet	31,7	40,8	39,6	F = 28.533*** F = 3.391*
Anteil Bildung: hoch gewichtet	19,1	23,9	27,4	
Durchschnittsalter ungewichtet	48.33	47.56	51.33	F = 28.533*** F = 3.391*
Durchschnittsalter gewichtet	47.91	48.91	49.25	
Anteil Westdeutschland (inkl. Berlin) ungewichtet	82,7	83,1	81,4	V = .019
Anteil Westdeutschland (inkl. Berlin) gewichtet	81,7	81,8	83,5	V = .023
Anteil vollzeit/teilzeit berufstätig ungewichtet	47,5	53,9	46,2	V = .089*** V = .053***
Anteil vollzeit/teilzeit berufstätig gewichtet	52,6	51,2	46,3	
Anteil arbeitslos ungewichtet	6,3	3,9	3,5	
Anteil arbeitslos gewichtet	4,8	3,4	4,1	
Anteil Rentner ungewichtet	24,0	22,2	32,6	
Anteil Rentner gewichtet	24,3	25,8	29,4	
Anteil in Ausbildung ungewichtet	9,4	10,0	8,1	
Anteil in Ausbildung gewichtet	8,4	9,4	10,8	
durchschnittliche Haushaltsgröße ungewichtet	2.79	2.75	2.42	F = 67.863***
durchschnittliche Haushaltsgröße gewichtet	2.85	2.73	2.49	F = 49.458***

¹ nur Querschnittsbefragung, ² der erste Cramers-V- bzw. F-Wert bezieht sich auf die ungewichtete, der zweite auf die gewichtete Stichprobe; * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Der Trend zur geringeren Haushaltsgröße korrespondiert mit Veränderungen im Familienstand, wie Abbildung 3.1 belegt. Im Jahr 2004 waren 60,8 % der Befragten verheiratet, 23,5 % ledig (gewichtete Daten); sechs Jahre später betragen die Quoten 56,3 bzw. 31,1 %. Abbildung 3.1 zeigt zudem, dass sich die Befragungen aller drei Erhebungsjahre im Wesentlichen auf deutsche Staatsangehörige beschränkt haben. Der Anteil an Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit bzw. mit einer zweiten Staatsangehörigkeit neben der deutschen beträgt jeweils nur ca. ein Prozent.

Abbildung 3.1: Familienstand und Staatsangehörigkeit nach Erhebungsjahr (in %; gewichtete Daten)

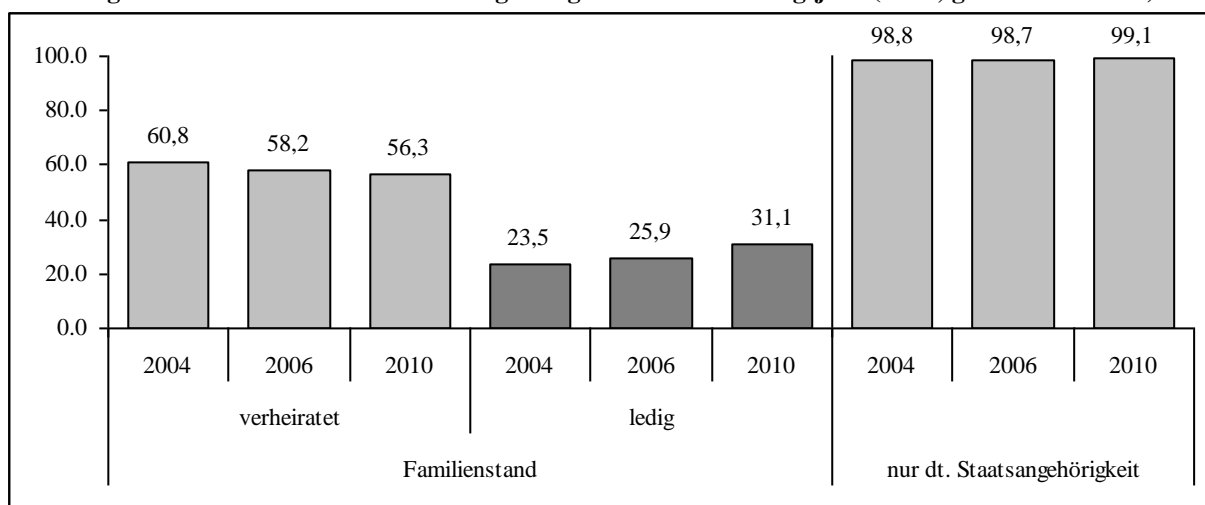
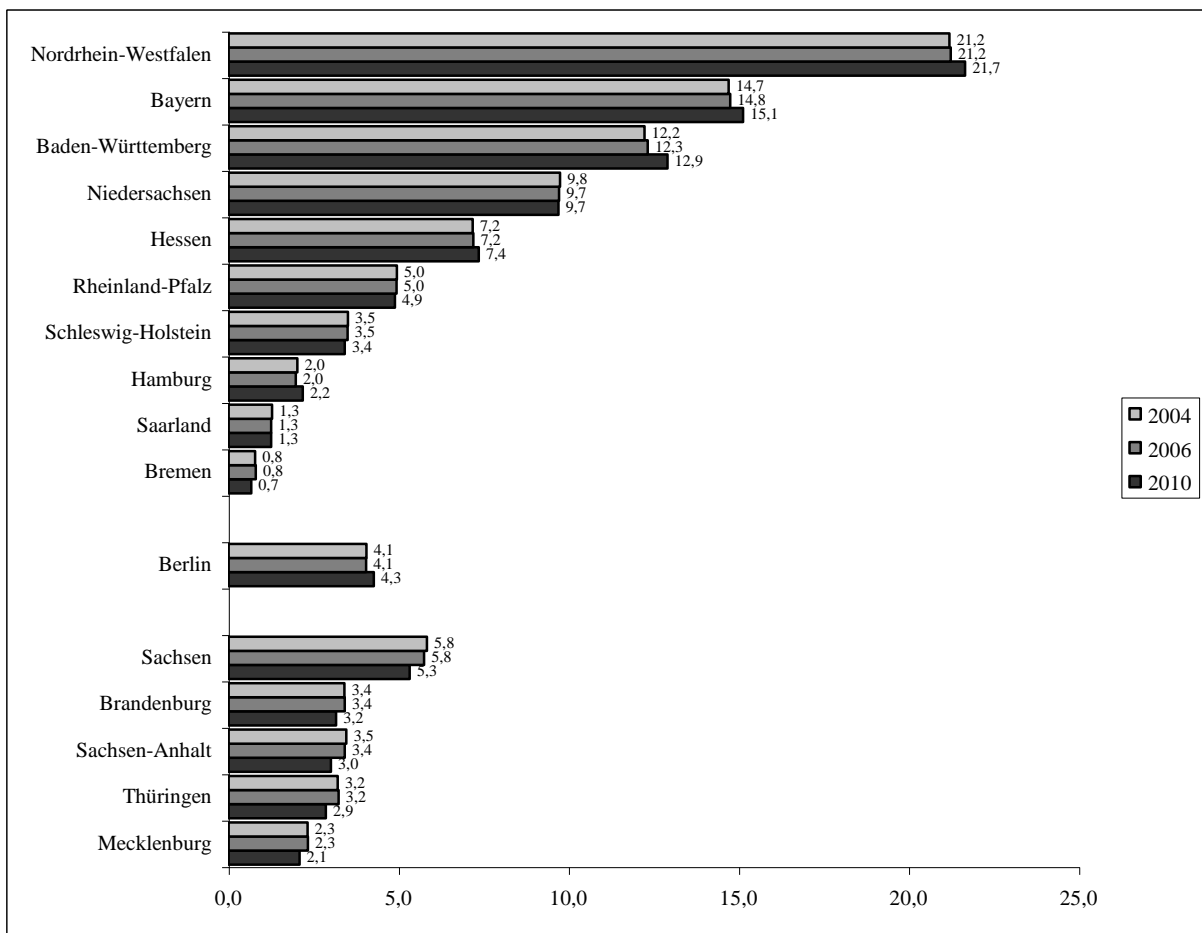


Abbildung 3.2 gibt zuletzt Auskunft darüber, aus welchen Bundesländern die Befragten der unterschiedlichen Befragungswellen kommen. Entsprechend der bundesdeutschen Bevölke-

rungsverteilung findet sich auch für alle drei Stichproben, dass Befragte aus Nordrhein-Westfalen, aus Bayern und Baden-Württemberg am häufigsten in der Stichprobe vertreten sind. In Westdeutschland sind Befragte aus dem Saarland sowie aus Bremen am seltensten in den Stichproben zu finden, in Ostdeutschland aus Mecklenburg. Hier wird der höchste Anteil von Befragten durch sächsische Befragte gestellt. Aus Berlin kommen 4,1 bzw. 4,3 % der Befragten. Die Veränderungen in den Anteilen fallen über die Zeit hinweg eher gering aus. Bei den bevölkerungsreicheren, westdeutschen Bundesländern steigt der Anteil an Befragten über die Jahre, in Ostdeutschland sinkt er in jedem Bundesland.

Abbildung 3.2: Anteil der Bundesländer an Gesamtstichprobe nach Erhebungsjahr (in %; gewichtete Daten)



4. Trends zur eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung, zur Kriminalitätsfurcht und zu Strafbedürfnissen

In diesem Abschnitt werden die verschiedenen kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen, Gefühle und Einstellungen vorgestellt, die im Rahmen der Befragungen erhoben worden sind. Hierzu zählen die Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung, die Furcht vor kriminellen Übergriffen bzw. das Vermeidungsverhalten sowie Einstellungen zum Thema Strafen. Das wesentliche Anliegen ist dabei die Identifikation von Entwicklungstrends. Die Frage ist, ob es in der Zeit zwischen 2004 und 2010 zu Veränderungen der kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen in der Bevölkerung gekommen ist oder nicht.

4.1. Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung

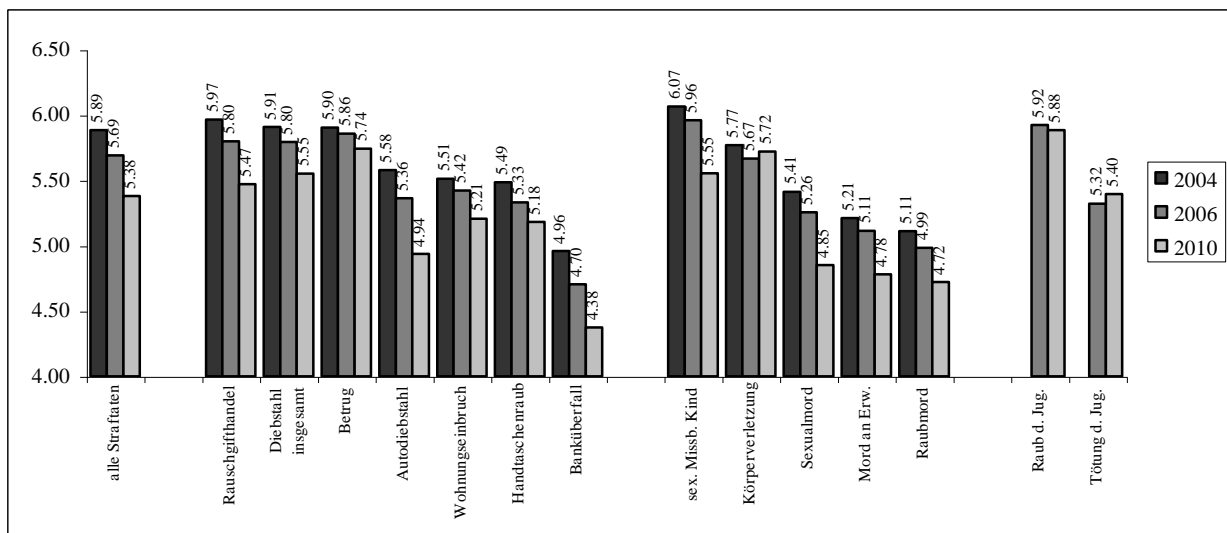
Ob die Menschen der Meinung sind, dass es Veränderungen im Bereich der Kriminalitätsentwicklung gegeben hat, prägt in nicht unwesentlichem Maße mit, welche Ansichten sie zu verschiedenen anderen kriminalitätsbezogenen Themen vertreten. So konnte anhand der Befragungen der Jahre 2004 und 2006 gezeigt werden, dass ein wahrgenommener Anstieg der Kriminalität mit der Forderung nach härteren Strafen einher geht (Windzio et al. 2007). Wenn ein substanzieller Teil der Bevölkerung entsprechende Ansichten vertritt, kann dies zur Folge haben, dass sich die Politik verstärkt mit Fragen der Kriminalität und ihrer Verhütung auseinandersetzen muss, auch wenn es objektiv hierfür keine Notwendigkeit gibt.

Da der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung damit ein wichtiger Stellenwert zukommt, haben wir sie im Fragebogen in zweifacher Weise erhoben. Zum einen wurden die Befragten gebeten, konkret einzuschätzen, wie hoch die Anzahl bestimmter Straftaten im Jahr vor der Befragung gewesen ist, wobei als Referenzzahl die Werte von vor elf Jahren präsentiert wurden. Zum anderen sollte für ausgewählte Straftaten im Rahmen eines geschlossenen Frageformats beurteilt werden, wie sie sich entwickelt haben („sehr viel seltener geworden“, „viel seltener geworden“ usw.). Den Ergebnissen dieser Abfrage werden nachfolgend zuerst dargestellt.

In Abbildung 4.1 ist erkennbar, wie sich die Einschätzungen über die Erhebungsjahre verändert haben. Zugrunde gelegt ist dabei der Mittelwert. Die Befragten konnten ihre Einschätzung zwischen „1 – sehr viel seltener geworden“ und „7 – sehr viel häufiger geworden“ abstimmen („4 – gleich geblieben“). Mittelwerte über vier bedeuten daher, dass von der Mehrheit der Befragten ein Anstieg wahrgenommen wird. Wie die Abbildung 4.1 zeigt, liegt für jedes Jahr für jede Straftat der Mittelwert über diesem theoretischen Mittelwert; die Personen, die einen Anstieg wahrnehmen, sind in der Mehrheit. Für die einzelnen Straftaten sind aber einerseits verschiedene hohe Mittelwerte festzustellen, andererseits auch verschiedene starke Veränderungen. In Bezug auf den Rauschgifthandel, Diebstahls- und Betrugsdelikte, sexuelle Missbrauchsvorfälle an Kindern und Körperverletzungen wird zu allen drei Erhebungszeitpunkten ein höherer Mittelwert beobachtet als für die anderen Delikte; ein besonders hoher Anteil aller Menschen ist also der Ansicht, diese Delikte würden zunehmen. Auch hinsichtlich der von Jugendlichen begangenen Delikte wird häufiger von einem Anstieg ausgegangen. Die Einschätzung der Entwicklung der Jugendgewaltkriminalität wurde dabei erst ab der Erhebung

des Jahres 2006 erhoben. Abbildung 4.1 zeigt zusätzlich, dass für die meisten Straftaten ein Trend rückläufiger Anstiegsbewertungen existiert. Sehr deutlich ist dieser Trend bspw. beim Autodiebstahl, beim Banküberfall oder beim Sexualmord. Beim Betrug haben sich hingegen kaum Veränderungen zugetragen. Bei den Körperverletzungen sowie bei den von Jugendlichen begangenen Delikten bleiben die Mittelwerte auf einem unverändert hohem Niveau, hier sind die Menschen heute wie noch vor sechs Jahren etwa gleich häufig der Meinung, diese Delikte würden (deutlich) zunehmen. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Antwortkategorien in den beiden Befragungen 2004 und 2006 in umgekehrter Reihenfolge präsentiert worden sind („1 – sehr viel häufiger geworden“). Die Entwicklung der Mittelwerte deutet darauf hin, dass dies keinen Einfluss auf das Antwortverhalten hat, da zum einen nahezu lineare Rückgänge zu verzeichnen sind, die sich nicht erst im Jahr 2010, sondern bereits im Jahr 2006 zeigen. Zum Anderen ergeben sich auch über die Zeit unveränderte Mittelwerte; das Jahr 2010 stellt, mit seinem neuen Antwortformat, dabei ebenfalls keinen Ausreißerwert dar.

Abbildung 4.1: Eingeschätzte Entwicklung verschiedener Straftaten (Mittelwerte; gewichtete Daten)⁸



Faktorenanalysen dieser Einschätzungen der Entwicklung verschiedener Straftaten haben zu allen drei Erhebungszeitpunkten eine Zwei-Faktoren-Struktur identifizieren können (vgl. Tabelle 4.1).⁹ Nach dieser unterscheiden die Befragten zwischen Eigentums- und Gewaltdelikten. Der Rauschgifthandel lädt dabei eher auf dem Faktor Gewaltkriminalität; die Ladungen sind aber gering und im Jahr 2010 findet sich zudem eine substantielle Nebenladung auf dem Faktor Eigentumskriminalität. Für den Banküberfall lassen sich zu allen drei Erhebungszeitpunkten Ladungen auf beiden Faktoren feststellen. Die Faktorenanalysen sprechen deshalb dafür, aus den verschiedenen Einschätzungen zwei Mittelwertsskalen zu bilden. Zur Skala „Gewaltkriminalität“ gehören dabei die Delikte sexueller Missbrauch von Kindern, Körperverletzung, Sexualmord, Mord an Erwachsenen und Raubmord (Cronbachs Alpha > .88 für verschiedene Erhebungsjahre), zur Skala „Eigentumskriminalität“ alle anderen Delikte außer Rauschgifthandel und Banküberfall (Cronbachs Alpha > .82). Beide Skalen korrelieren zu

⁸ Mit Ausnahme der Körperverletzungen sind alle Unterschiede der Mittelwerte 2004 und 2010 signifikant ($p < .001$). Aus Übersichtsgründen wird sich auf den Vergleich der Jahre 2004 und 2010 beschränkt.

⁹ In diese Faktorenanalysen wurde die Einschätzung zu allen Straftaten nicht mit einbezogen, weil sie eine globale Einschätzung über die einzelnen Delikte hinweg beinhaltet. Ebenso wenig wurden die Einschätzungen zur Jugendgewaltkriminalität einbezogen, da diese erst ab 2006 erfragt worden sind.

allen drei Messzeitpunkten sehr hoch miteinander (Pearsons $r > .63$). Zudem sind zu allen Messzeitpunkten hohe Korrelationen mit der Einschätzung der Entwicklung aller Straftaten festzustellen (Pearsons $r > .56$), sowie in 2006 und 2010 mit der Einschätzung der Entwicklung der Jugendgewaltkriminalität (Pearsons $r > .55$).¹⁰

Tabelle 4.1: Explorative Faktorenanalyse der Items zur eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung (Hauptkomponentenanalyse; Rotation: Varimax; gewichtete Daten; abgebildet: Faktorladungen $> .40$)

	2004		2006		2010	
	Faktor I	Faktor II	Faktor I	Faktor II	Faktor I	Faktor II
Rauschgifthandel	0.563		0.620		0.558	0.446
Diebstahl insgesamt		0.808		0.792		0.794
Betrug		0.589		0.610		0.674
Autodiebstahl		0.682		0.676		0.679
Wohnungseinbruch		0.781		0.803		0.785
Handtaschenraub		0.732		0.788		0.721
Banküberfall	0.478	0.577	0.509	0.510	0.534	0.482
sex. Missb. Kind	0.765		0.759		0.731	
Körperverletzung	0.641	0.414	0.684		0.556	
Sexualmord	0.860		0.838		0.870	
Mord an Erw.	0.815		0.859		0.876	
Raubmord	0.790		0.812		0.850	
Eigenwert	3.930	3.569	4.178	3.518	4.084	3.556
Erklärte Varianz	32.7	29.7	34.8	29.3	34.0	29.6

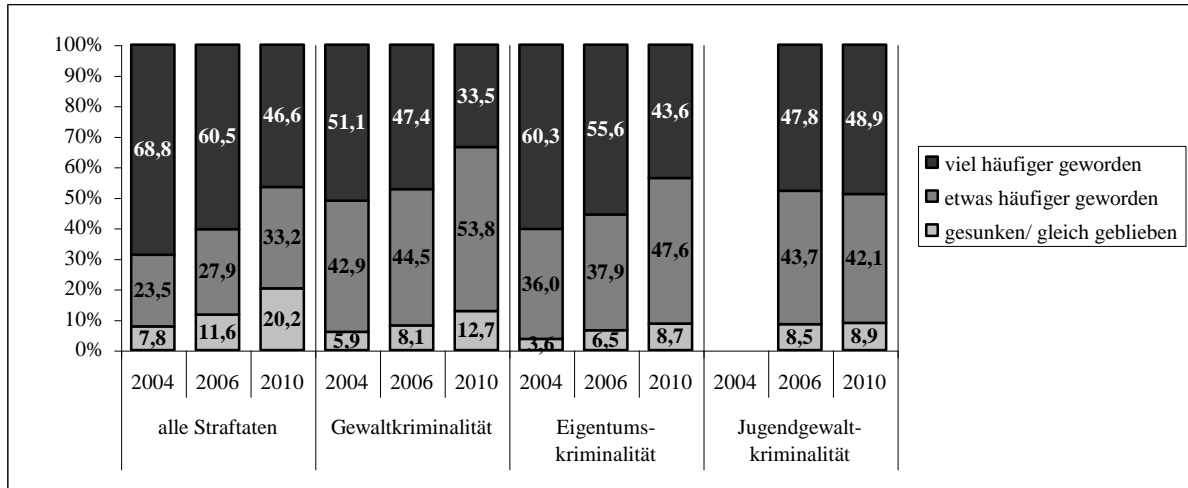
Betrachten wir uns auf Basis der so gebildeten Skalen die Anteile an Personen, die einen Anstieg der Kriminalität wahrnehmen, so ergeben sich die in Abbildung 4.2 präsentierten Befunde. Diese unterstreichen, dass es einen deutlichen Rückgang an Personen gibt, die einen starken Anstieg der Kriminalität vermuten. Hinsichtlich aller Straftaten ist dieser Anteil von 68,8 % im Jahr 2004 auf 46,6 % im Jahr 2010 gesunken¹¹, bei der Gewaltkriminalität von 51,1 auf 33,5 %.¹² Allerdings ist der Anteil an Personen, die einen Rückgang bzw. eine Stabilität in der Kriminalitätsentwicklung wahrnehmen, nicht in gleichem Maße angestiegen; er hat sich zwar erhöht, aber in sehr viel geringerem Ausmaß. Höhere Anteile sind daher vor allem im Bereich der Gruppe zu finden, die einen Anstieg wahrnimmt, diesen aber als eher gering einstuft. Dass die Einschätzungen der Befragten auch damit an der Realität vorbei gehen, belegen Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik aus Abschnitt 2. Nichtsdestotrotz sind die Wahrnehmungen in der Allgemeinbevölkerung über die Jahre hinweg etwas realistischer geworden. Die Ausnahme bildet die Jugendgewaltkriminalität, bei der heute noch genauso viele Menschen wie vor vier Jahren die Ansicht eines starken Anstiegs teilen.

¹⁰ Da die beiden Einschätzungen zur Entwicklung der Jugendgewaltkriminalität sehr hoch miteinander korrelieren ($r > .68$), wurden sie ebenfalls zu einer Mittelwertsskala zusammen gefasst.

¹¹ Als „viel häufiger“ wurden die Antworten „6 – viel häufiger“ und „7 – sehr viel häufiger“ eingestuft.

¹² Bei den drei Skalen wurden Mittelwerte über 4,0 bis 5,5 als „etwas häufiger“, Mittelwerte über 5,5 bis 7 als „viel häufiger“ eingestuft.

Abbildung 4.2: Eingeschätzte Entwicklung verschiedener Straftatengruppen (in %; gewichtete Daten)



Die dargestellten Entwicklungen zeigen sich in der gleichen Weise, wenn verschiedene Befragten-Gruppen betrachtet werden.¹³ In Tabelle 4.2 sind die Mittelwerte für alle Straftaten sowie die Jugendgewaltkriminalität für die verschiedenen Erhebungsjahre getrennt für Männer, Frauen usw. dargestellt. Auf das Berichten der Werte für die beiden Skalen „Gewaltkriminalität“ und „Eigentumskriminalität“ wird verzichtet, weil die Ergebnisse denen zur Entwicklung aller Straftaten gleichen. Im Vergleich zu den bisherigen Auswertungen haben wir die Angaben der Befragten standardisiert. Befragte, die angegeben haben, dass die Straftaten sehr viel seltener geworden sind, erhalten den Wert 0 (vorher 1), Befragte die der Meinung waren, dass die Straftaten sehr viel häufiger geworden sind, den Wert 100 (vorher 7).¹⁴ Eine solche Standardisierung zwischen 0 und 100 macht die Auswertung von Mittelwerten anschaulicher.

Tabelle 4.2: Eingeschätzte Entwicklung aller Straftaten bzw. der Jugendgewaltkriminalität nach verschiedenen Gruppen (Mittelwerte; gewichtete Daten)

	alle Straftaten			Jugendgewaltkriminalität	
	2004	2006	2010	2006	2010
Gesamt	81.4	78.2	73.0	77.0	77.3
Männer	79.3	76.1	71.0	75.8	76.2
Frauen	83.4	80.1	74.9	78.2	78.5
West/ Berlin	81.2	78.1	72.9	77.3	77.6
Ost	82.3	78.8	73.4	75.8	75.9
Niedrige Bildung	84.4	81.7	75.4	78.5	79.3
Mittlere Bildung	81.1	77.9	73.1	78.4	76.6
Hohe Bildung	74.4	72.2	68.9	73.2	74.8
bis 35 Jahre	78.9	74.9	70.5	75.7	75.0
36 bis 60 Jahre	81.0	78.0	73.6	78.9	78.1
älter als 60 Jahre	84.7	81.3	74.2	75.4	78.1

fett: Unterschiede der Mittelwerte 2004 und 2010 signifikant ($p < .001$)

¹³ Mögliche Ursachen der Unterschiede verschiedener Befragten-Gruppen werden ausführlich im folgenden Abschnitt diskutiert.

¹⁴ Entsprechend wurden auch die Zwischenkategorien angepasst (der Wert „2 – viel seltener geworden“ wird zu 16,7, der Wert „3 – etwas seltener geworden“ zu 33,3 usw.). Es ist darauf hinzuweisen, dass die auf die Spannweite 0 bis 100 standardisierten Mittelwerte nicht wie Prozentzahlen gelesen werden dürfen. In 2004 äußerten also nicht 81,4 % der Befragten, alle Straftaten hätten zugenommen. Stattdessen bedeutet dieser Wert, dass die Befragten auf einer Skala von 0 bis 100 im Mittel 81,4 ankreuzten, d.h. deutlich zum Pol „sehr viel häufiger“ (= 100) neigen.

Im Vergleich der Jahre 2004 und 2010 zeigt sich, dass bei Männern und Frauen in gleichem Maße der Mittelwert zu allen Straftaten sinkt (Männer: -8,3 Punkte, Frauen: -8,6 Punkte). Zugleich wird auch deutlich, dass Frauen etwas häufiger der Ansicht sind, die Straftaten würden zunehmen. Im Ost-West-Vergleich gibt es einen solchen Unterschied nicht; aber auch hier gilt, dass ostdeutsche wie westdeutsche Befragte einen vergleichbaren Rückgang der Einschätzungen aufweisen. Für einzelne Alters- und Bildungsgruppen ergeben sich hingegen leicht abweichende Befunde: Zunächst gilt, dass niedrig gebildete Befragte sowie ältere Befragte höhere Mittelwerte aufweisen, also häufiger die Ansicht eines (starken) Anstiegs aller Straftaten aufrecht erhalten. Über die Erhebungsjahre hinweg findet sich aber für die niedrig gebildeten Befragten ebenso wie für die über 60jährigen Befragten ein besonders starker Rückgang der Mittelwerte (niedrig gebildete Befragte: -9,0 Punkte, über 60jährige Befragte: -10,5 Punkte), so dass die Gruppenunterschiede in der Befragung des Jahres 2010 geringer ausfallen als noch sechs Jahre vorher. Die Veränderung der Wahrnehmung hin zu etwas realistischeren Einschätzungen betrifft damit in besonderem Maße diese beiden Gruppen.

Für die Jugendgewaltkriminalität bleiben die Mittelwerte über die Jahre hinweg konstant. Interessant diesbezüglich ist, dass ansteigende Mittelwerte hier wiederum bei den niedrig gebildeteren sowie den älteren Befragten zu verzeichnen sind. Wenn es also um Jugendliche geht, hat sich gerade bei jenen Gruppen, die ansonsten eine Entwicklung hin zu realistischeren Einschätzungen vollzogen haben, die Ansicht einer Verschlechterung der Lage vermehrt durchgesetzt.

Eine letzte Auswertung zu den Angaben der Befragten betrifft die Frage, ob die berichteten Entwicklungstrends bestehen bleiben, wenn verschiedene demographische Variablen berücksichtigt werden. Wie im dritten Abschnitt des Berichts ausgeführt wurde, weichen die Stichproben der verschiedenen Erhebungsjahre nicht unwesentlich im Hinblick bspw. auf die Alters- oder Bildungszusammensetzung voneinander sowie von der Grundgesamtheit ab. Über die Gewichtung können mögliche Diskrepanzen zwischen der Stichprobe und der Grundgesamtheit zwar behoben werden. Die Gewichtung hat aber den Nachteil, dass nur jene Fälle gewichtet werden können, die tatsächlich an der Befragung teilgenommen haben. Wären in der Befragung 2010 mehr jüngere Befragte erreicht worden, ist nicht auszuschließen, dass die Gesamtergebnisse zu diesem Erhebungsjahr etwas anders ausgefallen wären als die auf Basis der Gewichtung ermittelten Ergebnisse. Im Trendvergleich sind selektive Stichprobenausfälle dann besonders problematisch, wenn demographische Variablen zugleich in einer engen Beziehung mit den Untersuchungsvariablen stehen. Dies trifft bei den hier untersuchten Variablen teilweise zu: So nehmen ältere Befragte einen stärkeren Anstieg der Kriminalitätsentwicklung wahr als jüngere Befragte. Wenn dann in der Befragung des Jahres 2010 mehr ältere Befragte erreicht wurden als in den Jahren zuvor (und als es dem Anteil in der Grundgesamtheit entspricht), dann könnte dies zur Folge haben, dass – im Fall der Kriminalitätswahrnehmung – der Entwicklungstrend unterschätzt wird, er also in Wahrheit stärker ausfällt und nur weil zu viele ältere Befragte in der Stichprobe sind (die einen höheren Anstieg wahrnehmen) ein schwächerer Rückgang beobachtet wird.

Um auszuschließen, dass die Ergebnisse in diesem Sinne verzerrt sind, haben wir die Trends noch einmal mittels multivariater Analysen, die an ungewichteten Daten durchgeführt worden sind, abgesichert. In Tabelle 4.3 sind die Ergebnisse von OLS-Regressionsanalysen abgebildet. Koeffizienten über 0 bedeuten dabei, dass bei Vorliegen eines bestimmten Merkmals ein

stärkerer Kriminalitätsanstieg vermutet wird, Werte unter 0 dementsprechend, dass ein niedrigerer Anstieg wahrgenommen wird.

Im ersten Modell zu „allen Straftaten“ zeigt sich zunächst, dass Befragte der Befragung 2006 signifikant niedrigere Werte als Befragte des Jahres 2004 aufweisen, mithin also einen etwas geringeren Anstieg wahrnehmen; Befragte des Jahres 2010 weisen nochmals einen signifikant niedrigeren Mittelwert auf. Die Differenzen zum Jahr 2004 schwächen sich nach Einbezug verschiedener demographischer Variablen ab, bleiben aber in der Richtung und auch im Signifikanzniveau unverändert. Daraus lässt sich folgern, dass der Befund einer realistischen Kriminalitätseinschätzung über die Jahre hinweg robust und kein Resultat einer veränderten Stichprobenszusammensetzung o.ä. ist. Das zweite Modell zu „allen Straftaten“ belegt zudem, dass Frauen, ostdeutsche und ältere Befragte stärkere Anstiege wahrnehmen als Männer, westdeutsche und jüngere Befragte. Eine höhere Bildung geht mit einem niedrigeren wahrgenommenen Anstieg aller Straftaten einher.

Die Modelle zur „Gewaltkriminalität“ und zur „Eigentumskriminalität“ lassen vergleichbare Folgerungen zum Einfluss der demographischen Variablen zu. Zusätzlich ergibt sich auch hier, dass im Jahr 2010 signifikant niedrigere Mittelwerte vorhanden sind, die Kriminalitätsentwicklung also seltener als starker Anstieg eingestuft wird. Die Unterschiede zwischen den Jahren 2004 und 2006 werden aber als weniger groß (obgleich noch signifikant) ausgewiesen. Die wesentliche Entwicklung hat sich damit zwischen den Jahren 2006 und 2010 zugetragen. Zur Jugendgewaltkriminalität zeigt sich zuletzt, dass es keine signifikante Entwicklung der Wahrnehmung gegeben hat. Auch dies bestätigt die aus den obigen Analysen bekannten Befunde. Der Einfluss der demographischen Variablen fällt hier insgesamt schwächer aus als in den anderen Modellen. Ost- und westdeutsche Befragte unterscheiden sich nicht mehr hinsichtlich der Einschätzung der wahrgenommenen Entwicklung der Jugendgewaltkriminalität.

Tabelle 4.3: Einflussfaktoren der eingeschätzten Entwicklung verschiedener Straftatengruppen (OLS-Regression, ungewichtete Daten; abgebildet: B)

	alle Straftaten		Gewaltkriminalität		Eigentumskriminalität		Jugendgewaltkriminalität	
	Modell I	Modell II	Modell I	Modell II	Modell I	Modell II	Modell I	Modell II
Befragung 2004	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>		
Befragung 2006	-3.534***	-2.825***	-2.083**	-1.285*	-2.426***	-1.779**	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Befragung 2010	-8.314***	-7.818***	-6.483***	-5.791***	-5.831***	-5.793***	0.640	0.510
Männer		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>
Frauen		3.722***		5.082***		3.626***		1.944***
West/Berlin		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>
Ost		2.140***		1.695**		1.885***		-0.774
Niedrige Bildung		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung		-2.179***		-3.561***		-2.195***		-1.715**
Hohe Bildung		-6.806***		-8.039***		-5.409***		-4.049***
Alter		0.053***		0.031**		0.163***		0.041**
Konstante	80.429***	72.498***	74.259***	66.685***	77.483***	64.220***	76.494	*** 74.684***
N	6218	6218	6259	6259	6261	6261	4309	4309
Korr. R ²	0.043	0.088	0.033	0.106	0.031	0.116	0.000	0.017

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Zusammengefasst bestätigen diese Auswertungen damit, dass vor allem die Befragten der Erhebung 2010 weniger starke Anstiege der Kriminalität wahrnehmen als die Befragten der Erhebung 2004 und 2006. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Entwicklung der Jugendkriminalität

tät eingeschätzt werden soll. Hier gehen die Befragten heute noch genauso häufig wie vor sechs Jahren davon aus, dass ein (starker) Anstieg zu verzeichnen ist.

Neben der eben vorgestellten Abfrage der Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in geschlossener Form haben wir die Befragten zu allen drei Messzeitpunkten zusätzlich gebeten, die Anzahl an Straftaten für verschiedene Kriminalitätsbereiche für das Jahr vor der Befragung einzuschätzen. Da es grundsätzlich schwierig ist, ohne exaktes Vorwissen entsprechende, z.T. recht hohe Zahlen zu schätzen, wurde den Befragten die Anzahl an Straftaten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik von vor elf Jahren präsentiert. Die Befragungen fanden jeweils zu Anfang eines Jahres statt, so dass sich die Befragten über die Anzahl an Straftaten im Jahr vorher nicht in der Polizeilichen Kriminalstatistik informieren konnten; diese Zahlen liegen erst im Frühjahr eines Jahres vor. Abbildung 4.3 zeigt, wie die Abfrage für „alle Straftaten insgesamt“ in den drei Jahren erfolgte. In vergleichbarer Form wurden zusätzlich die Delikte Betrug, Körperverletzung, Wohnungseinbruch, Autodiebstahl, Handtaschenraub, vollendeter Mord, vollendeter Sexualmord und vollendete vorsätzliche Tötung von Kindern unter 6 Jahren (erst ab 2006) erhoben.

Abbildung 4.3: Erfassung der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung (offene Abfrage) am Beispiel „alle Straftaten insgesamt“

Sie haben eben angegeben, wie sich die Kriminalität in Deutschland Ihrer Meinung nach von 1993 (1995/1999) bis 2003 (2005/2009) entwickelt hat. Jetzt geht es darum, wie Sie die Entwicklung einiger ausgewählter Straftaten ganz konkret einschätzen. In der folgenden Tabelle finden Sie in der linken Spalte jeweils die Zahl der von der Polizei registrierten Straftaten aus dem Jahr 1993 (1995/1999). Bitte tragen Sie rechts daneben ein, welche Zahl Sie für das Jahr 2003 (2005/2009) schätzen.

<i>Erhebungsjahr</i>		Offizielle polizeiliche Kriminalstatistik von 1993 (1995/1999)	Was schätzen Sie, wie viele Straftaten in den genannten Bereichen wurden 2003 (2005/2009) begangen?
2004	Alle Straftaten insgesamt	ca. 5.800.000	_ _ _ _ _ _ _ _ _ bitte eintragen
2006	Alle Straftaten insgesamt	ca. 6.669.000	_ _ _ _ _ _ _ _ _ bitte eintragen
2010	Alle Straftaten insgesamt	ca. 6.302.000	_ _ _ _ _ _ _ _ _ bitte eintragen

Die Auswertung der Angaben der Befragten kann in zweierlei Weise erfolgen:

- Erstens können Lagemaße betrachtet werden. Eine Möglichkeit wäre bspw. den Mittelwert der Einschätzungen der Befragten zu berechnen und diesen dann dem echten Wert der Polizeilichen Kriminalstatistik gegenüber zu stellen; auf diese Weise ließe sich das Ausmaß der Verschätzung quantifizieren.
- Zweitens können Streuungsmaße herangezogen werden. Diese zeigen, zwischen welchen Werten die Einschätzungen der Befragten schwanken, welcher Anteil der Befragten bspw. eine starke Über- oder Unterschätzung vornimmt. Anhand der Einschätzung zu allen Straftaten sollen beide Wege vorgestellt werden.

In Tabelle 4.4 sind zunächst für die verschiedenen Jahre Lagemaße festgehalten. In der Befragung von 2010 wurden die Befragten gebeten anzugeben, wie viele Straftaten sie für das Jahr 2009 schätzen. Als Referenz wurde die Anzahl der Straftaten von 1999 präsentiert. Elf Jahre vor der Befragung wurden laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) deutschlandweit

6.302.316 Millionen Straftaten registriert, 2009 waren es 6.054.330. Dies entspricht einem Rückgang von 3,9 %. Von allen 3.245 Befragten des Jahres 2010 haben nur 3.003 Befragte eine Schätzung bzgl. der Anzahl an Straftaten abgegeben, d.h. etwa jeder 13. Befragte hat hier keine Angabe gemacht. Dies ist im Vergleich zu anderen Auswertungen des Datensatzes ein überdurchschnittlicher Wert, der ein Hinweis darauf sein kann, dass sich einige Befragte nicht im Stande gesehen haben, eine Schätzung vorzunehmen, möglicherweise weil es sich um recht hohe Zahlen handelt. Der Durchschnitt aller abgegebenen Schätzungen liegt bei 8.801.239 Straftaten. Dahinter verbirgt sich allerdings eine große Spannweite an Antworten (s.u.), d.h. es gibt Befragte mit ausgesprochen niedrigen und Befragte mit extrem hohen Angaben. Insbesondere die hohen Angaben wirken sich auf die Berechnung des Mittelwerts aus. Bei Vorliegen einer solchen Verteilung stehen zwei Auswertungswege zur Verfügung: Erstens können Extremfälle aus den Analysen ausgeschlossen werden; zweitens kann der Median statt der Mittelwert herangezogen werden. Der Median gibt den Wert an, der die Stichprobe in zwei gleich große Gruppen teilt; d.h. 50 % der Befragten haben einen Wert unterhalb, 50 % oberhalb des Medians. In der Befragung von 2010 beträgt der Median 7.000.000 Straftaten und liegt einerseits deutlich unterhalb des Mittelwerts, andererseits aber deutlich über dem tatsächlichen Wert der Polizeilichen Kriminalstatistik. Da es sich beim Median aber um einen Wert handelt, dessen Informationsgehalt beschränkt ist, findet sich in Tabelle 4.4 zusätzlich ein um Extremwerte bereinigter Mittelwert. Dieser beträgt in der Befragung von 2010 8.128.624 Straftaten. Als Extremwerte wurden jene Angaben definiert, die das obere und das untere Prozent der Verteilung umfassen. Befragte mit Angaben aus dem oberen und dem unteren Prozent der Verteilung wurden also nicht in die Analyse des bereinigten Mittelwerts einbezogen. Dieser Mittelwert übersteigt die in der Kriminalstatistik des Jahres 2009 festgehaltene Anzahl an Straftaten um 34,3 %. Die Bevölkerung ist also der Meinung, dass es mehr Straftaten gibt als tatsächlich registriert werden. Interessant ist allerdings nicht nur der Vergleich mit dem Jahr vor der Befragung, da die Anzahl an Straftaten zum Befragungszeitpunkt niemandem bekannt war. Auch der Vergleich zum Zeitpunkt von vor elf Jahren, der den Befragten (in gerundeter Form) als Referenz im Fragebogen diente, spiegelt die Verschätzung anschaulich wieder. Während die Anzahl an Straftaten grundsätzlich rückläufig ist, nehmen die Befragten einen starken Anstieg der Straftaten wahr. Den bereinigten Mittelwert zugrunde gelegt, meinen die Befragten, dass die Anzahl an Straftaten um 29,0 % gestiegen wäre.

Für die Befragung des Jahres 2006 ergibt sich ein etwas positiveres Bild: Die Wirklichkeit und die Einschätzungen gehen hier etwas weniger auseinander. So liegt die durchschnittliche angegebene Anzahl an Straftaten nur 23,1 % über dem tatsächlichen Wert der Kriminalstatistik (7.867.643 zu 6.391.715 bezogen auf das Jahr 2005). Die Befragten nehmen zugleich nur einen Anstieg zwischen 1995 und 2005 um 18,0 % an. Im Vergleich der beiden Erhebungszeitpunkte ergibt sich also ein Trend hin zu einer ansteigenden Verschätzung, d.h. einer größeren Diskrepanz von tatsächlicher und eingeschätzter Entwicklung. Die Befragung des Jahres 2004 kann nun leider nicht herangezogen werden, um die Existenz eines solchen Trends zu untermauern. Zwar erfolgte auch hier eine vergleichbare Abfrage der Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung, im Fragebogen gab es aber einen entscheidenden Druckfehler: Statt 6.800.000 Straftaten wurden als Referenzpunkt für das Jahr 1993 5.800.000 Straftaten aufgeführt. Legen wir die tatsächliche Anzahl an Straftaten für die Jahre 1993 und 2003 zugrunde, dann ergibt sich der Kriminalstatistik ein Rückgang um 2,6 %; die Befragten nehmen aber einen Anstieg von 8,2 % wahr. Wird die im Fragebogen präsentierte Anzahl von 5.800.000 Straftaten zum Ausgangspunkt genommen, beträgt der eingeschätzte Anstieg 25,9 %. Zu-

gleich liegt die mittlere eingeschätzte Anzahl an Straftaten nur 11,1 % über dem Wert der Kriminalstatistik (7.302.085 zu 6.572.135 bezogen auf das Jahr 2003).

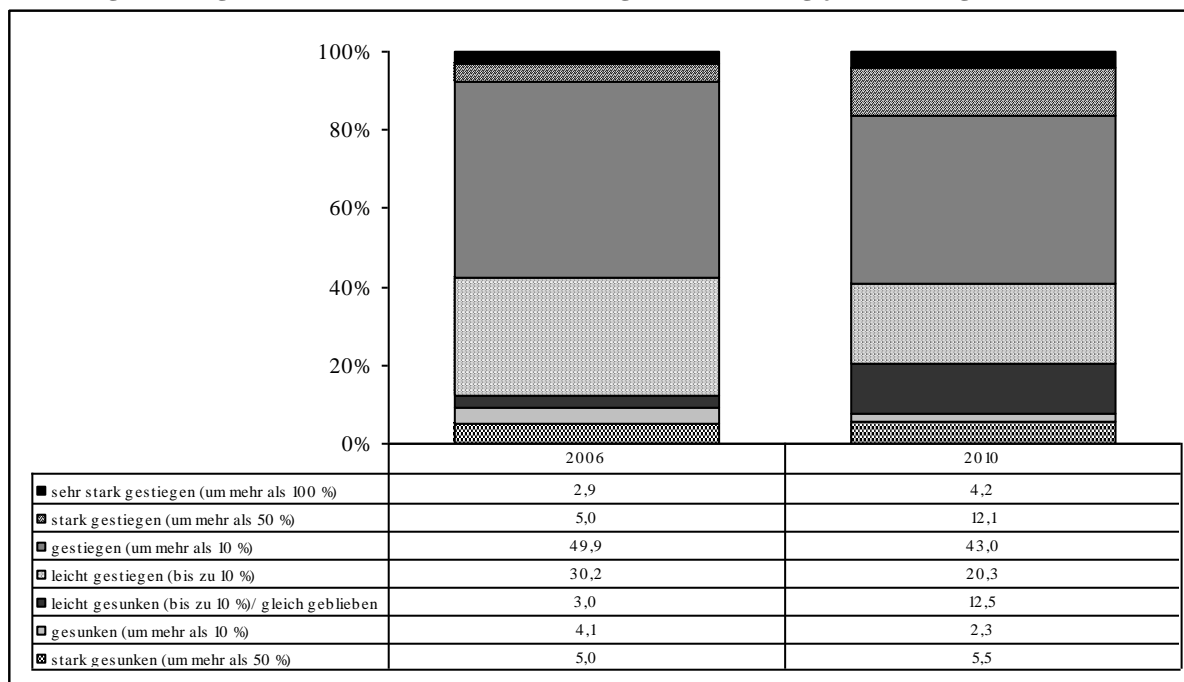
Tabelle 4.4: Entwicklung aller Straftaten laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) und Befragtenangaben nach Erhebungsjahr (gewichtete Daten)

	2004	2004*	2006	2010
PKS: Straftaten 11 Jahre vor Befragung	6.750.613	5.800.000	6.668.717	6.302.316
PKS: Straftaten im Jahr vor Befragung	6.572.135	6.572.135	6.391.715	6.054.330
PKS: Entwicklung 11 Jahre vorher bis Jahr vorher	-2,6	13,3	-4,2	-3,9
gültige Fälle	1.835	1.835	1.029	3.003
Fälle ohne Angabe	182	182	81	242
in %	9,0	9,0	7,3	7,5
Mittelwert zu Straftaten im Jahr vor Befragung	7.913.248	7.913.248	8.282.293	8.801.239
Mittelwert bereinigt	7.302.085	7.302.085	7.867.643	8.128.624
Median	6.800.000	6.800.000	7.500.000	7.000.000
Mittelwert (bereinigt) zu PKS (Straftaten im Jahr vor der Befragung)	11,1	11,1	23,1	34,3
eingeschätzte Entwicklung 11 Jahre vorher bis Jahr vorher (bereinigter Mittelwert)	8,2	25,9	18,0	29,0

* Zugrunde gelegt wird der im Fragebogen präsentierte Wert zu allen Straftaten, der von dem tatsächlichen PKS-Wert deutlich abweicht

Die Analyse der Mittelwerte ist, wie angesprochen, nur ein Weg der Auswertung der Daten. Möglich ist auch, die Varianz der Antworten zu betrachten. Dies relativiert die eben getroffenen Aussagen teilweise. In 2010 gab es einen Befragten, der angegeben hat, dass sich im Jahr vorher 500 Straftaten in Deutschland ereignet haben (Minimum; gewichtete Daten)); demgegenüber stehen zwei Befragte, die 99.900.000 Straftaten angegeben haben (Maximum). Wenn wir darauf verzichten, diese Antworten aus dem Datensatz zu entfernen und sie stattdessen insofern ernst nehmen, als sie indizieren, dass ein Befragter einen starken Rückgang bzw. einen starken Anstieg wahrnimmt, und gruppieren wir diese Fälle mit ähnlichen Fällen, dann lassen sich die Anteile verschiedener Befragtengruppen über die Zeit vergleichen. Konzentrieren wir uns aufgrund des angesprochenen Druckfehlers im Fragebogen auf den Vergleich der beiden Erhebungszeitpunkte 2006 und 2010, dann wird in Abbildung 4.4 deutlich, dass der Anteil der Befragten, die eine realistische Einschätzung abgeben, gestiegen ist: 2006 gaben 3,0 % der Befragten an, dass die Kriminalität leicht gesunken wäre (was dem Trend der PKS entspricht), 2010 waren es 12,5 %. Es gibt also eine größer werdende Gruppe in der Bevölkerung, die über die Kriminalitätsentwicklung korrekt informiert ist. Der Anteil an Personen, die extreme Anstiege oder Rückgänge wahrnehmen, ist über beide Erhebungszeitpunkte weitestgehend konstant geblieben. Verschiebungen haben sich im Wesentlichen bei zwei weiteren Gruppen zugetragen: Der Anteil an Personen, die einen Anstieg zwischen 50 und 100 % vermuten, ist 2010 mehr als doppelt so hoch wie 2006 (12,1 zu 5,0 %); und der Anteil an Personen, die einen leichten Anstieg bis zu 10 % wahrnehmen, ist gesunken (30,2 auf 20,3 %). Es deutet sich damit eine Polarisierung an: Einem größer werdenden Anteil an Personen mit korrekten Einschätzungen steht ein größer werdender Anteil an Personen gegenüber, die einen starken Anstieg der Kriminalität vermuten. Diese Personen „erzeugen“ letztlich den höheren Mittelwert, der im Jahr 2010 im Vergleich zum Jahr 2006 festzustellen ist.

Abbildung 4.4: Eingeschätzte Kriminalitätsentwicklung nach Erhebungsjahr (in %, gewichtete Daten)



Die Auswertungen zu den anderen abgefragten Straftaten finden sich in Tabelle 4.6, wobei der korrigierte Mittelwert dargestellt wird. Im Bereich des Betrugs und der Körperverletzungen verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik unabhängig davon, welche Zeiträume betrachtet werden, einen Anstieg. Dieser Anstieg fällt im Vergleich der Jahre 1999 und 2009 (Befragung 2010) am geringsten aus. Zu allen Erhebungszeitpunkten waren die Befragten in Übereinstimmung mit der Kriminalstatistik der Auffassung, dass Betrügereien und Körperverletzungen zugenommen haben. Die eingeschätzte Entwicklung fällt in den Befragungen 2006 und vor allem 2010 aber niedriger aus als 2004. Beim Betrug entsprechen in allen drei Erhebungsjahren die eingeschätzten Mittelwerte denen der Kriminalstatistik, bei der Körperverletzung liegen sie in den beiden Jahren 2006 und 2010 sogar niedriger als in der Kriminalstatistik, d.h. hier finden sich letztlich in der Kriminalstatistik stärkere Anstiege als in den Einschätzungen der Befragten.

Bei allen anderen Delikten ist der Trend in der Kriminalstatistik rückläufig; die Befragten vermuten aber zu jedem Erhebungszeitpunkt Anstiege. Besonders deutliche Diskrepanzen ergeben sich beim Sexualmord, bei der Kindesötung, beim Autodiebstahl und beim Wohnungseinbruch. Beim Autodiebstahl zeigt sich bspw. zwischen 1993 und 2003 ein Rückgang von 70,6 % in der PKS; die Befragten sehen aber einen Anstieg von 54,2 %. In der Befragung von 2006 fällt dieser wahrgenommene Anstieg mit 43,5 % bereits etwas niedriger aus, 2010 mit 34,0 % noch etwas niedriger, obwohl die Zahlen in der PKS fast genauso stark rückläufig sind wie zwischen 1993 und 2003. Dies bedeutet, dass das Ausmaß der Verschätzung abnimmt. Dies bestätigen auch die Vergleiche der Einschätzungen zur Anzahl an Straftaten im Jahr vor der Befragung zu den tatsächlichen Zahlen der Kriminalstatistik: Im Jahr 2004 lag die für 2003 eingeschätzte Anzahl an Autodiebstählen 423,8 % über der Zahl der Kriminalstatistik (331.270 zu 63.240 Fällen), im Jahr 2010 lag die für 2009 eingeschätzte Anzahl nur mehr 211,1 % höher (125.626 zu 40.375). Diese realistischere Einschätzung ist dabei nicht singulär auf den niedrigeren Vergleichswert zurückzuführen: 2004 lag der Wert für 1993 2,3mal höher als 2010 für 1999 (214.836 zu 93.745 Fällen), der eingeschätzte Wert lag 2004

für 2003 aber 2,6mal höher als 2010 für 2009 (331.270 zu 125.626 Fällen). Gleiches gilt für den Wohnungseinbruch, den vollendeten Mord, den Sexualmord und die Kindstötung. Die Einschätzungen des Jahres 2010 liegen bei diesen Delikten näher an der Wirklichkeit der Kriminalstatistik im Jahr vorher, und dies kann nicht allein auf die Veränderungen des Stimulus zurückgeführt werden. Eine Ausnahme bildet der Handtaschenraub, bei dem die eingeschätzten und die realen Zahlen 2010 weiter auseinander gehen als 2004 oder 2006.

Tabelle 4.6: Entwicklung verschiedener Straftaten laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) und Befragtenangaben nach Erhebungsjahr (gewichtete Daten)

		PKS: Straftaten 11 Jahre vor Befra- gung	PKS: Straf- taten im Jahr vor Befragung	PKS: Ent- wicklung 11 Jahre vorher bis Jahr vor- her	Mittelwert zu Strafta- ten im Jahr vor Befra- gung (berei- nigt)	Mittelwert (bereinigt) zu PKS (Strafta- ten im Jahr vor der Be- fragung)	eingeschätzte Entwicklung 11 Jahre vor- her bis Jahr vorher (be- reinigter Mit- telwert)
Betrug	2004	419.834	700.013	66,7	681.914	-2,6	62,4
	2006	514.564	756.991	47,1	778.711	2,9	51,3
	2010	571.069	735.058	28,7	752.768	2,4	31,8
Körperverletzung	2004	295.005	467.944	58,6	476.841	1,9	61,6
	2006	317.010	517.377	63,2	464.371	-10,2	46,5
	2010	388.406	544.853	40,3	518.613	-4,8	33,5
Wohnungseinbruch	2004	227.090	123.280	-45,7	338.572	174,6	49,1
	2006	211.221	109.736	-48,0	312.036	184,4	47,7
	2010	149.044	113.800	-23,6	212.483	86,7	42,6
Autodiebstahl	2004	214.836	63.240	-70,6	331.270	423,8	54,2
	2006	201.493	50.361	-75,0	289.067	474,0	43,5
	2010	93.745	40.375	-56,9	125.626	211,1	34,0
Handtaschenraub	2004	7.916	5.986	-24,4	9.754	63,0	23,2
	2006	7.156	4.927	-31,1	8.857	79,8	23,8
	2010	6.052	3.776	-37,6	7.778	106,0	28,5
Vollendeter Mord	2004	666	394	-40,8	932	136,6	39,9
	2006	605	387	-36,0	792	104,7	31,0
	2010	482	299	-38,0	572	91,2	18,6
Vollendeter Sexualmord	2004	32	20	-37,5	130	549,1	305,7
	2006	13	14	7,7	47	239,2	265,3
	2010	18	8	-55,6	41	408,9	126,2
vollendete vorsätzliche Tötung von Kindern	2006	95	60	-36,8	171	185,3	80,2
	2010	72	55	-23,6	108	96,2	49,9
Vollendeter Sexual- mord*	2004	32	20	-37,5	87	334,0	171,2
	2006	13	14	7,7	35	153,4	172,9
	2010	18	8	-55,6	28	250,6	55,8
vollendete vorsätzliche Tötung von Kindern*	2006	95	60	-36,8	139	131,9	46,5
	2010	72	55	-23,6	97	76,6	34,9

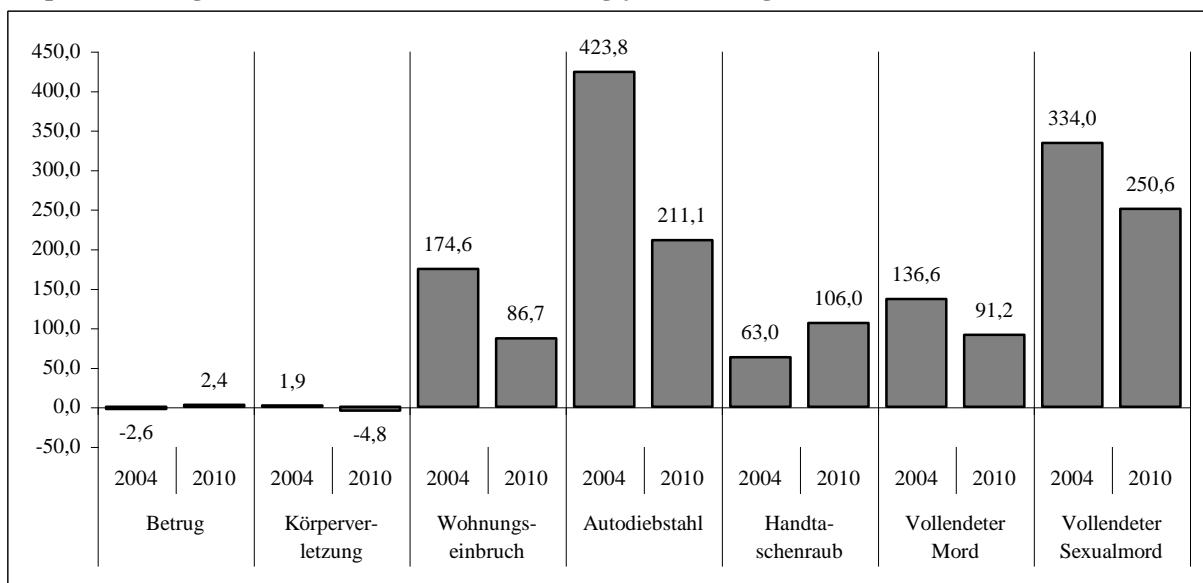
* bei der Berechnung des bereinigten Mittelwertes wurden die unteren und oberen 5 % der Verteilung nicht berücksichtigt

Bei den Straftaten mit sehr niedrigen Fallzahlen werden ausgeprägte Anstiege von den Befragten vermutet. Dies gilt insbesondere für den vollendeten Sexualmord, etwas weniger auch für die Tötung von Kindern. Wir haben die Auswertungen zu diesen Straftaten daher noch ein zweites Mal durchgeführt, wobei die unteren und oberen fünf Prozent der Verteilung von den Auswertungen ausgeschlossen worden sind, da bei solch niedrigen Zahlen Ausreißerwerte einen noch stärkeren Einfluss auf den berechneten Mittelwert haben. Im Bereich des Sexualmords führt dies bspw. dazu, dass zwischen 1993 und 2003 „nur“ mehr ein Anstieg von 171,2

% zu erkennen ist, statt – wenn die unteren und oberen ein Prozent abgeschnitten werden – ein Anstieg von 305,7 %. Gleichwohl wird auch bei diesen Auswertungen deutlich, dass das Ausmaß des eingeschätzten Anstiegs rückläufig ist und die Wahrnehmungen insofern realistischer werden.

Diesen Trend verdeutlicht die nachfolgende Abbildung 4.5, in der eine Information aus Tabelle 4.6 noch einmal grafisch dargestellt ist. Dabei wird sich auf jene Delikte beschränkt, die sowohl 2004 als auch 2010 erfragt worden sind. Für vier der sieben Delikte zeigt sich, dass die Einschätzungen der Befragten des Jahres 2010 stärker der Realität entsprechen als die Einschätzungen der Befragten des Jahres 2004: Wohnungseinbruch, Autodiebstahl, vollendeter Mord und vollendeter Sexualmord. Während also bspw. die Befragten des Jahres 2004 für 2003 2,7mal mehr Wohnungseinbrüche vermuteten (+174,6 %) als tatsächlich in diesem Jahr polizeilich registriert wurden, verschätzen sich die Befragten des Jahres 2010 mit Blick auf die Wohnungseinbrüche des Jahres 2009 nur im das 1,9fache (+86,7 %). Bei Betrugs- und Körperverletzungsdelikten sind keine starken Veränderungen auszumachen; nur beim Handtaschenraub weichen die Einschätzungen der Befragten des Jahres 2010 deutlich stärker von der Kriminalstatistik ab als dies 2004 der Fall war.

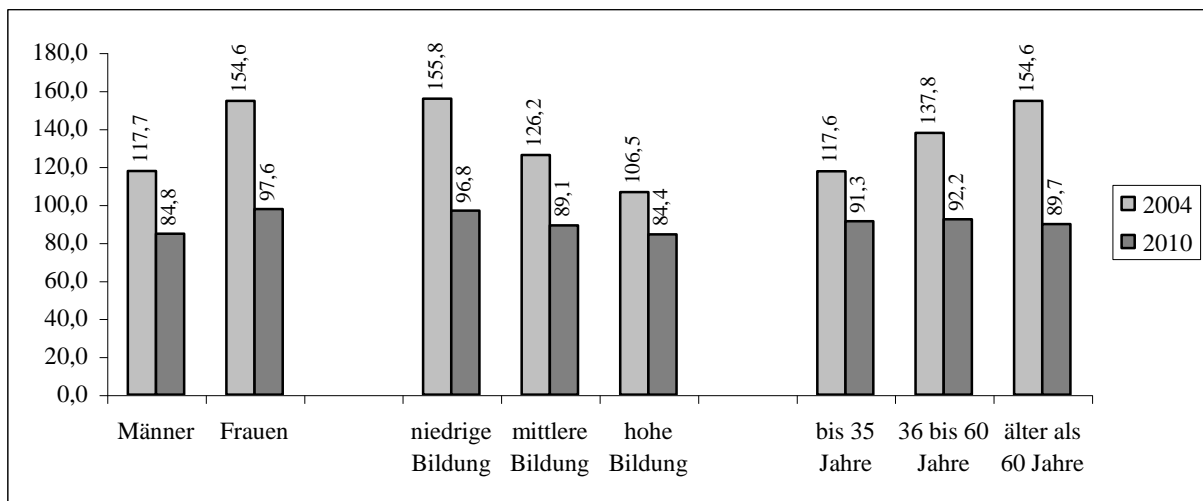
Abbildung 4.5: Diskrepanz zwischen der Anzahl eingeschätzter Straftaten im Jahr vor der Befragung und den polizeilich registrierten Straftaten nach Erhebungsjahr (in %; gewichtete Daten)



Es überwiegt damit die Entwicklung, dass die Menschen in Deutschland sukzessive ein realistischeres Bild von der Kriminalitätsentwicklung aufrecht erhalten. Dass diese Entwicklung nicht auf Veränderungen der Stichprobenszusammensetzung zurückzuführen ist, soll abschließend mit einer nach Gruppen differenzierenden Auswertung für die Einschätzung von Mordtaten belegt werden. In Abbildung 4.6 ist dargestellt, um wie viel Prozent sich die Befragten der Befragung 2010 und 2004 im Durchschnitt im Vergleich zur Kriminalstatistik verschätzt haben, als sie die Anzahl an Mordtaten für das Jahr vor der Befragung schätzen sollten. Der Mord ist insofern ein gutes Beispiel, weil hier die PKS-Entwicklungen innerhalb der Jahre vor den jeweiligen Befragungen nahezu identisch ausfallen. Männer der Befragung 2004 geben um das 2,2fache, Frauen um das 2,5fache höhere Zahlen an Mordtaten an als es der Wirklichkeit entspricht (+117,7 bzw. +154,6 %); im Jahr 2010 liegen die Einschätzungen nur mehr um das 1,8fache bzw. 2,0fache über dem tatsächlichen Wert der PKS (+84,8 bzw. +97,6 %). Bei

den weiblichen Befragten fällt die Entwicklung damit stärker aus als bei den männlichen Befragten; männliche Befragte verschätzen sich aber noch immer etwas weniger als weibliche Befragte. Stärkere Veränderungen sind zudem bei den Befragten mit niedriger Bildung sowie bei den älteren Befragten (über 60jährige) zu verzeichnen. Höher gebildete Befragte sowie jüngere Befragte wiesen bereits im Jahr 2004 eine geringere Überschätzung auf. Interessant ist, dass sich mittlerweile ältere Befragte weniger verschätzen als jüngere Befragte: Im Jahr 2004 überschätzten die älteren Befragten die Mordtaten im Jahr vor der Befragung um das 2,5fache (jüngere Befragte: 2,2fache), im Jahr 2010 nur noch um das 1,9fache (jüngere Befragte: 1,9fache).

Abbildung 4.6: Diskrepanz zwischen der Anzahl eingeschätzter vollendeter Mordtaten im Jahr vor der Befragung und den polizeilich registrierten Morden nach Befragtengruppe und Erhebungsjahr (in %; gewichtete Daten)



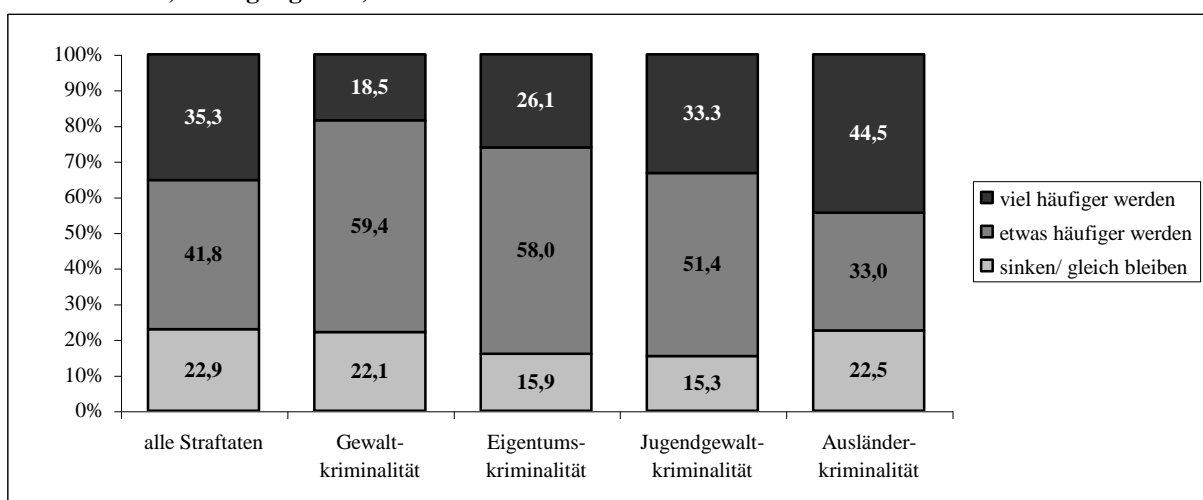
Exkurs: Einschätzung der zukünftigen Kriminalitätsentwicklung

In der Befragung 2010 wurden die Befragten nicht nur gebeten, die Entwicklung der Straftaten in den letzten zehn Jahren zu beurteilen. Ihnen wurde auch die Frage zur Beantwortung vorgelegt, wie sich ihrer Meinung nach die Kriminalität in den nächsten zehn Jahren, also bis 2020 verändern wird. Dabei kam erneut die geschlossene Form der Abfrage zum Einsatz, d.h. die Befragten sollten auf einer Skala von „1 – sehr viel seltener“ bis „7 – sehr viel häufiger“ angeben, wie sich 16 verschiedene Deliktgruppen bzw. Einzeldelikte entwickeln werden. Die Liste der vorgestellten Delikte entsprach weitestgehend jener, die für die Einschätzung der Entwicklung der Kriminalität der letzten zehn Jahre zu bearbeiten war. Allerdings erfolgten zwei Veränderungen: Erstens wurde nicht nach der Entwicklung des Raubmords, dafür nach der Entwicklung von Vergewaltigungen/sexuellen Nötigungen gefragt. Zweitens bezog sich ein zusätzliches Item auf die vermutete Entwicklung der „Ausländerkriminalität“. Eine Faktorenanalyse mit den Items, die sich auf die gleichen Delikte beziehen, die auch im Hinblick auf die Entwicklung in der Vergangenheit zu bewerten waren, ergab erneut eine Zwei-Faktoren-Struktur (Gewalt- und Eigentumskriminalität), so dass wir im Folgenden auf die bereits weiter vorn genutzte Einteilung zurückgreifen wollen. Zu beachten ist, dass sich die Mittelwertsskala „Gewaltkriminalität“ nur auf vier Items bezieht (ohne Raubmord). Neben den bekannten Skalen werden zusätzlich die Antworten zur Ausländerkriminalität berücksichtigt.

Grundsätzlich sind die Befragten, was die zukünftige Entwicklung der Kriminalität anbelangt, etwas optimistischer als bei der rückblickenden Einschätzung (Abbildung 4.7). So gehen 35,3 % der Befragten davon aus, dass die Gesamtheit der Straftaten in den nächsten zehn Jahren viel häufiger werden wird; bei der Einschätzung der Entwicklung aller Straftaten in der Vergangenheit waren es 46,6 %, die einen solchen Anstieg vermutet hatten. Dieser „Optimismus“ spiegelt sich auch in den Anteilen derer, die ein Sinken bzw. eine Stabilität erwarten: Hinsichtlich aller Straftaten gehen immerhin 22,9 % von einer solchen Entwicklung aus, rückblickend waren es nur 20,2 %, die eine entsprechende Auffassung vertraten. Und während bspw. rückblickend nur 8,9 % der Befragten einen Rückgang bzw. eine Stabilität der Jugendgewaltkriminalität vermuteten, sind es, die Zukunft betrachtend, bereits 15,3 %. Diese Befunde ändern aber nichts an der Tatsache, dass eine überwältigende Mehrheit der Befragten auch zukünftig von einem leichteren oder stärkeren Anstieg der Kriminalität ausgeht, unabhängig davon, welche Deliktformen betrachtet werden. Insofern umschreibt der Begriff des „Pessimismus“ die Zukunftserwartungen der Befragten letztlich doch in angemessenerer Weise.

Interessant ist, dass der Zukunftspessimismus erneut stärker die Entwicklung der Jugendkriminalität betrifft als die Entwicklung der Gewalt- und Eigentumsdelikte. Ein Drittel der Befragten meinte, die Jugendgewaltkriminalität wird in den nächsten zehn Jahren viel häufiger werden. Die Gruppe der Ausländer schneidet in den Einschätzungen allerdings noch einmal schlechter ab: In Bezug auf die Entwicklung der Ausländerkriminalität geht fast die Hälfte der Befragten von einem starken Anstieg aus (44,5 %), wobei es gleichzeitig auch eine größere Gruppe als bei der Jugendgewaltkriminalität gibt, die ein Sinken oder Gleichbleiben der Ausländerkriminalität erwartet (22,5 %). Die Ansichten der Befragten gehen bei der Ausländerkriminalität also in besonderer Weise auseinander: Ein wesentlicher Teil der Befragten erwartet einen starken Anstieg, ein kleinerer Teil einen Rückgang bzw. eine Stabilität; der Anteil an Befragten, die eine leicht ansteigende Entwicklung der Ausländerkriminalität erwartet, ist im Vergleich aller Deliktgruppen am geringsten.

Abbildung 4.7: Einschätzung der zukünftigen Entwicklung verschiedener Straftatengruppen (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Zwischen den Einschätzungen zur Vergangenheit und den Einschätzungen zur zukünftigen Entwicklung bestehen enge Zusammenhänge. Dies kann am Beispiel „alle Straftaten“ deutlich gemacht werden: Befragte, die in der Rückschau auf die Vergangenheit einen starken Anstieg („viel oder sehr viel häufiger werden“) aller Straftaten wahrgenommen haben, sind

nur zu 9,2 % der Ansicht, in Zukunft wird es eine rückläufige oder stabile Entwicklung geben; 59,3 % hingegen meinen auch für die Zukunft, dass die Straftaten viel häufiger werden. Umgekehrt stellen sich die Anteile derjenigen dar, die bereits für die Vergangenheit einen Rückgang bzw. eine Stabilität eingeschätzt haben: Von diesen Befragten erwarten 57,6 % auch in Zukunft eine solche Entwicklung; nur 8,0 % gehen davon aus, die Straftaten würden viel häufiger werden.

Wie die zukünftige Entwicklung der Kriminalität wahrgenommen wird, unterscheidet sich z.T. für verschiedene demographische Gruppen, wie die Ergebnisse von OLS-Regressionsanalysen belegen (Tabelle 4.7). Festzustellen ist zugleich aber auch, dass die erklärten Varianzen eher gering ausfallen, demographische Faktoren also nur einen kleinen Teil der Erklärung der Frage der Bedingungsfaktoren bestimmter Zukunftserwartungen darstellen. Ein weitestgehend konsistenter Effekt findet sich für das Geschlecht und das Bildungsniveau: Frauen gehen eher davon aus, dass es in Zukunft einen Anstieg der Kriminalität geben wird als Männer; einzige Ausnahme stellt die Einschätzung der Entwicklung der Ausländerkriminalität dar, bei der sich die Einschätzungen der Geschlechter nicht unterscheiden. Ein hohes Bildungsniveau geht bei allen betrachteten Einschätzungen mit geringeren Anstiegserwartungen einher. In Bezug auf die Ausländerkriminalität ergeben sich die stärksten Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen. Für das Alter und die regionale Herkunft sind die Befunde demgegenüber uneinheitlich: Ältere Personen erwarten einen stärkeren Anstieg der Eigentums-kriminalität, zugleich aber auch einen schwächeren Anstieg der Gewalt-, Jugend- und Ausländerkriminalität als jüngere Menschen. Ostdeutsche gehen ebenfalls von einem stärkeren Anstieg der Eigentums-kriminalität aus; bei der Gewalt- und Jugendkriminalität sind es hingegen die westdeutschen Befragten, die einen deutlicheren Anstieg erwarten.

Tabelle 4.7: Einflussfaktoren der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung verschiedener Straftatengruppen (OLS-Regression; gewichtete Daten; Befragung 2010; abgebildet: B)

	alle Straftaten	Gewalt-kriminalität	Eigentums-kriminalität	Jugendgewalt-kriminalität	Ausländer-kriminalität
Männer	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz
Frauen	2.041**	3.041***	2.042***	1.598**	-0.681
West/Berlin	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz
Ost	1.000	-1.739*	1.658*	-2.200**	-0.075
Niedrige Bildung	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz
Mittlere Bildung	-2.355**	-3.710***	-2.003**	-3.856***	-4.806***
Hohe Bildung	-6.077***	-6.973***	-4.749***	-5.256***	-8.950***
Alter	-0.025	-0.125***	0.060***	-0.041*	-0.093***
Konstante	69.389***	70.101***	60.156***	76.089***	82.190***
N	3169	3186	3185	3181	3160
Korr. R²	0.021	0.051	0.038	0.022	0.035

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

4.2. Kriminalitätsfurcht

Neben der Einschätzung der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung stellt die Kriminalitätsfurcht eine weitere wichtige Untersuchungsvariable der Befragungen der verschiedenen Erhebungszeitpunkte dar. Die Kriminalitätsfurcht war in der Vergangenheit häufig Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung, u.a. auch innerhalb verschiedener Projekte des KFN (vgl. Bilsky et al. 1992; Wetzels et al. 2001). Das steigende Interesse an den subjektiven Ein-

schätzungen der Menschen lässt sich damit erklären, dass das Sicherheitsgefühl zu einer wichtigen Komponente der Sicherheitspolitik geworden ist. Im Sinne der Steigerung des Wohlbefindens geht es sicherheitspolitisch nicht allein darum, die Kriminalität zu reduzieren, sondern ebenso darum, die Furcht vor möglichen Übergriffen in der Bevölkerung gering zu halten.

Bezüglich der Messung von Kriminalitätsfurcht hat sich dabei mittlerweile die Auffassung durchgesetzt, dass eine differenzierte Erfassung notwendig und der Erhebung von Einzelitems vorzuziehen ist. Der in der Vergangenheit wiederholt eingesetzte Standardindikator nach dem Sicherheitsgefühl nachts außerhalb der Wohnung („Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie hier in dieser Gegend nachts draußen alleine sind?“) bezieht sich nur auf einen spezifischen Aspekt der Furcht und stellt damit kein allgemeines Maß für die Erfassung von Furcht dar.

In Anlehnung an andere Studien (vgl. Bilsky et al. 1993; Skogan 1993) wurde die Kriminalitätsfurcht im Rahmen der vorliegenden Untersuchung daher mittels verschiedener Indikatoren erfasst, die mehrere Dimensionen der Furcht abbilden:

1. Die *kognitive Kriminalitätsfurcht* beinhaltet die Einschätzung, als wie wahrscheinlich es eine Person erachtet, innerhalb eines bestimmten Zeitraums Opfer verschiedener Straftaten zu werden.
2. Die *affektive Kriminalitätsfurcht* bezieht sich auf die Häufigkeit von Befürchtungen, diese Straftaten erleben zu müssen. Die kognitive und die affektive Furcht ergeben zusammen die *personale Kriminalitätsfurcht*.
3. Die *konative Kriminalitätsfurcht bzw. das Vermeidungsverhalten* umfasst spezifische Verhaltensweisen, die unternommen werden können, um einer möglichen Viktimisierung zu entgehen. Der Status dieser Komponente ist allerdings umstritten, insofern unklar ist, ob das Verhalten eine Folge der (kognitiven/affektiven) Furcht ist oder ob die Verhaltensweisen wiederum das Ausmaß der Furcht bedingen (vgl. Gibson et al. 2002, S. 540; Kreuter 2002, S. 37; Wetzels et al. 1995, S. 213f).

Die personale (kognitive/affektive) Kriminalitätsfurcht

Die kognitive und die affektive Kriminalitätsfurcht werden gewöhnlich als zwei Subdimensionen eines übergeordneten Konstrukts, der personalen Kriminalitätsfurcht betrachtet (vgl. Windzio et al. 2007). Personen werden damit erst dann als hoch furchtsam eingestuft, wenn sie sowohl die starke Befürchtung haben, Opfer von Übergriffen zu werden, als auch der Meinung sind, dass solche Übergriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit geschehen werden. Die emotionale und die kognitive Komponente müssen also gleichermaßen auf eine hohe Furcht hindeuten. Personen, die bspw. eine hohe Furcht haben, gleichzeitig aber nicht der Meinung sind, dass Übergriffe geschehen könnten, weisen damit nur eine mittlere Furcht auf. Und Personen, die zwar der Meinung sind, dass Übergriffe sehr wahrscheinlich sind, vor diesen aber keine Furcht haben, können ebenfalls nicht als hoch furchtsam eingestuft werden.

Zur Erfassung der personalen Kriminalitätsfurcht wurden die Befragten gebeten, erstens einzuschätzen, wie oft sie die Befürchtung haben, Opfer von sechs Übergriffen zu werden und zweitens einzustufen, als wie wahrscheinlich sie es erachten, in den nächsten zwölf Monaten Opfer derselben Übergriffe zu werden. Zu folgenden Übergriffen sollte die Befürchtung bzw. die Eintrittswahrscheinlichkeit eingeschätzt werden:

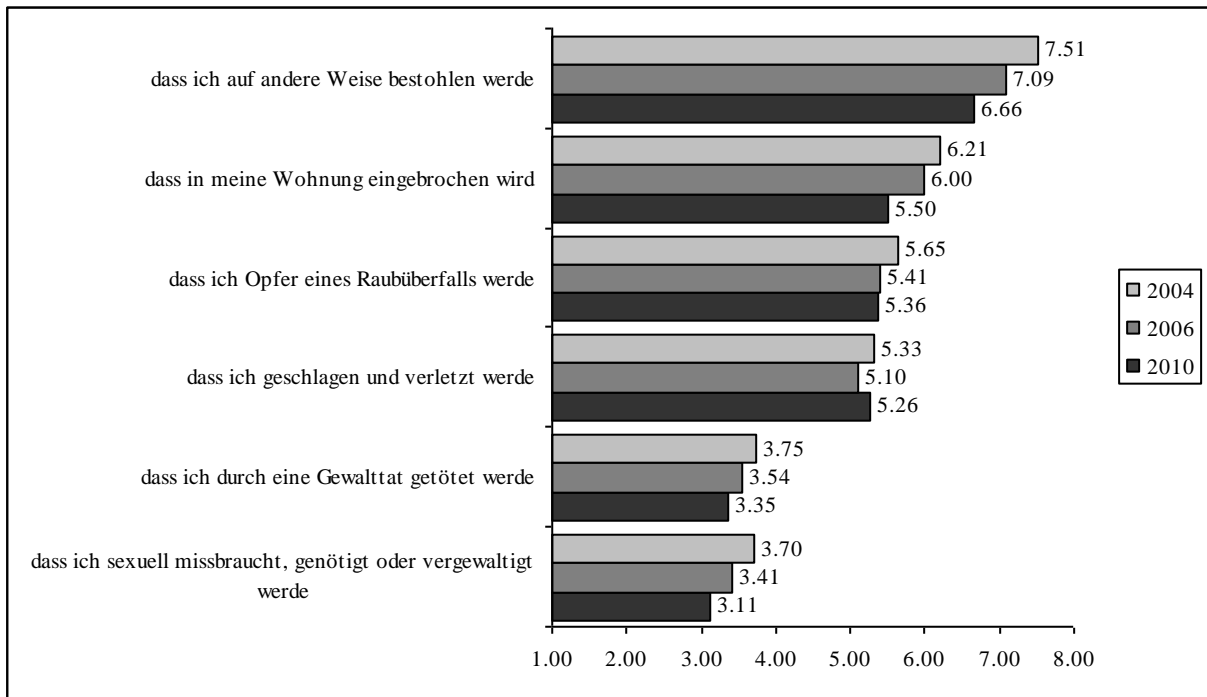
- dass in die Wohnung eingebrochen wird,
- dass man auf andere Weise bestohlen wird,
- dass man geschlagen und verletzt wird,
- dass man Opfer eines Raubüberfalls wird,
- dass man sexuell missbraucht, genötigt oder vergewaltigt wird,
- dass man durch eine Gewalttat getötet wird.

Die Antwortkategorien bei der Befürchtung reichten von „1 – nie“ bis „5 – sehr oft“, die Antwortkategorien bei der Wahrscheinlichkeitseinschätzung von „1 – sehr unwahrscheinlich“ bis „5 – sehr wahrscheinlich“. In der Befragung 2010 korreliert die Einstufung der Befürchtung und die Einstufung der Eintrittswahrscheinlichkeit deliktsbezogen zu mindestens .53 (Pearsons r) miteinander. Eine hohe Befürchtung bspw. bzgl. des Wohnungseinbruchs geht also mit einer höheren Wahrscheinlichkeitseinschätzung des Wohnungseinbruchs einher. Allerdings sind die Zusammenhänge nicht deterministisch, so dass die geschilderten Fälle hoher Befürchtung und niedriger Wahrscheinlichkeitseinschätzung bzw. vice versa empirisch tatsächlich vorkommen.

Um nun ein Maß der personalen Kriminalitätsfurcht konstruieren zu können, wurden die beiden Einschätzungen (Befürchtung und Eintrittswahrscheinlichkeit) für jedes Delikt miteinander multipliziert. Im Ergebnis liegt damit für jedes Delikt eine Furchteinschätzung vor, die zwischen 1 und 25 variieren kann. In Abbildung 4.8 sind die Mittelwerte der drei Befragungswellen für die personale Kriminalitätsfurcht deliktsbezogen aufgeführt. Dabei ist erstens zu erkennen, dass die Mittelwerte zu allen Delikten unterhalb des theoretischen Mittelwerts von 13 bleiben, eine hohe personale Kriminalitätsfurcht ist also für kein Delikt erkennbar. Ein zweites Ergebnis ist, dass es dennoch beachtliche Unterschiede in der Furcht vor einzelnen Delikten gibt. Am stärksten fürchten sich die Menschen demnach vor Diebstählen, am zweitstärksten vor Wohnungseinbrüchen. Demgegenüber ist die Furcht vor einem gewaltsamen Tod oder einer Vergewaltigung o.ä. eher selten. Drittens sind für die meisten Delikte rückläufige Furchteinschätzungen zu beobachten. Sehr deutlich fallen diese Veränderungen beim Diebstahl, beim Wohnungseinbruch, beim gewaltsamen Tod sowie bei der Vergewaltigung aus. Da es sich bei allen vier Delikten um einen mehr oder weniger linearen Rückgang handelt, d.h. bereits im Vergleich der Jahre 2004 und 2006 sinkende Mittelwerte vorhanden sind, dürfte die Veränderung der Anordnung der Antwortkategorien im Fragebogen 2010 weitestgehend folgenlos für die berichteten Trends sein.¹⁵ Für den Raubüberfall ergibt sich ebenfalls eine rückläufige Furcht, bei der Körperverletzung bleiben die Mittelwerte hingegen weitestgehend stabil. Körperverletzungen ängstigen die Menschen heute also noch genauso häufig wie vor sechs Jahren. Dies könnte eine Folge davon sein, dass es in den letzten Jahren mehrfach spektakuläre Fälle von schweren Körperverletzungen gegeben hat, die in den Medien starke Beachtung gefunden haben.

¹⁵ In den Fragebögen der Jahre 2004 reichten die im Fragebogen angebotenen Antwortkategorien bei der Einschätzung der Befürchtung von „1 – sehr oft“ bis „5 – nie“, bei der Wahrscheinlichkeitseinschätzung von „1 – sehr wahrscheinlich“ bis „5 – sehr unwahrscheinlich“.

Abbildung 4.8: Entwicklung der Mittelwerte der Einzelitems der Skala „personale Kriminalitätsfurcht“ (gewichtete Daten)¹⁶



Die sechs Items zur Erhebung der personalen Kriminalitätsfurcht bilden dieses Konstrukt konsistent ab, wie die in Tabelle 4.8 präsentierten Faktorenanalysen belegen. Zu allen drei Erhebungszeitpunkten laden die Items auf einem Faktor; die Faktorladungen liegen durchweg über .70. Die interne Konsistenz ist mit Cronbachs Alpha > .88 für die drei Erhebungszeitpunkte ebenfalls als gut einzustufen. Aus den sechs Items wurde daher eine Mittelwertsskala gebildet. Mittels dieser kann geschätzt werden, dass der Anteil von Personen, mit mittlerer oder hoher personaler Kriminalitätsfurcht¹⁷ zwischen 2004 und 2010 von 11,2 auf 7,7 % zurückgegangen ist; in 2006 betrug dieser Anteil 10,3 %. Dabei ist der Anteil an Personen mit hoher Furcht von 1,0 über 0,5 auf 0,4 % gefallen.

Tabelle 4.8: Explorative Faktorenanalyse der Items der personalen Kriminalitätsfurcht (Hauptkomponentenanalyse; gewichtete Daten)

	2004	2006	2010
dass ich auf andere Weise bestohlen werde	0.774	0.798	0.778
dass in meine Wohnung eingebrochen wird	0.743	0.710	0.739
dass ich Opfer eines Raubüberfalls werde	0.913	0.911	0.890
dass ich geschlagen und verletzt werde	0.851	0.878	0.873
dass ich durch eine Gewalttat getötet werde	0.823	0.841	0.814
dass ich sexuell missbraucht, genötigt oder vergewaltigt werde	0.776	0.764	0.704
Eigenwert	3.991	4.032	3.862
Erklärte Varianz	66.5	67.2	64.4

Der Rückgang der personalen Kriminalitätsfurcht spiegelt sich auch in den Mittelwerten wieder. Die Spannweite der Mittelwerte wurde dabei erneut auf Werte zwischen 0 und 100 stan-

¹⁶ Mit Ausnahme der Körperverletzung sind alle Unterschiede der Mittelwerte 2004 und 2010 signifikant ($p < .05$).

¹⁷ Als Personen mit geringer personaler Kriminalitätsfurcht wurden Befragte mit Mittelwerten von 1 bis 9 eingestuft, als Personen mit mittlerer Furcht Befragte mit Mittelwerten über 9 bis 17, als Personen mit hoher Furcht Befragte mit Mittelwerten über 17 bis 25.

dardisiert. Die in Tabelle 4.9 abgebildeten, insgesamt eher niedrigen Mittelwerte deuten damit an, dass nur wenige Befragte hohe personale Furcht empfinden. Zwischen 2004 und 2010 ist der Mittelwert von 18,3 auf 16,1 gefallen. Für Männer wie für Frauen ist ein Rückgang der personalen Kriminalitätsfurcht zu beobachten, der sich bei den Männern bereits zwischen 2004 und 2006 vollzogen hat, bei den Frauen in stärkerem Maße erst nach 2006. Männer weisen zu allen drei Erhebungszeitpunkten eine niedrigere Furcht auf, der Abstand zu den Frauen hat sich allerdings etwas reduziert. Besonders deutliche Geschlechterunterschiede finden sich für die Furcht vor sexuellen Übergriffen, vor der Frauen weit häufiger berichten als Männer – zu allen Erhebungszeitpunkten (nicht abgebildet). Ein geringer Abstand findet sich bezüglich der Körperverletzung; in der Erhebung 2010 weisen Männer sogar eine etwas höhere Furcht vor Körperverletzungen auf als Frauen, in den vorhergehenden Befragungen war dies noch umgekehrt.

Für die personale Furcht ergeben sich daneben keine Ost-West-Unterschiede. Ostdeutsche weisen tendenziell niedrigere Furchtwerte auf. Wie die Mittelwerte zudem belegen, hat die personale Furcht weitestgehend nur in Westdeutschland abgenommen; in Ostdeutschland liegt der Wert von 2010 (16,3) nur unwesentlich niedriger als der Wert von 2004 (16,9).

Hinsichtlich der Bildungsgruppen ergeben sich für 2010 durchweg niedrigere Werte als für 2004. Bei den niedrig gebildeten Befragten fällt der Rückgang der personalen Kriminalitätsfurcht aber deutlich stärker aus als für hoch gebildete Befragte. Letztere weisen aber noch immer eine niedrigere Furcht auf als gering oder mittel gebildete Befragte.

In Übereinstimmung mit den Befunden anderer Studien zeigt sich auch für die personale Kriminalitätsfurcht, dass ältere Befragte ängstlicher sind als jüngere Befragte. Die Abstände zwischen den Altersgruppen haben sich im Verlauf der Zeit auch nicht verringert. Insofern sinken die Furchtwerte von jüngeren und älteren Befragten seit 2004 in vergleichbarem Maße.

Tabelle 4.9: Entwicklung der personalen Kriminalitätsfurcht nach verschiedenen Gruppen (Mittelwerte; gewichtete Daten)

	2004	2006	2010
Gesamt	18.3	17.1	16.1
Männer	16.3	14.8	14.7
Frauen	20.3	19.2	17.5
West/Berlin	18.7	17.4	16.1
Ost	16.9	15.8	16.3
Niedrige Bildung	20.0	17.6	16.8
Mittlere Bildung	17.8	17.7	16.5
Hohe Bildung	15.3	15.6	14.7
bis 35 Jahre	17.7	16.8	15.4
36 bis 60 Jahre	17.8	16.8	15.5
über 60 Jahre	19.8	17.8	17.7

fett: Unterschiede der Mittelwerte 2004 und 2010 signifikant ($p < .01$)

Der Trend einer rückläufigen personalen Kriminalitätsfurcht bleibt erhalten, wenn die verschiedenen demographischen Variablen kontrolliert werden. Im Unterschied zu den bisherigen Regressionsanalysen enthält Tabelle 4.10 ein zusätzliches Modell, in dem die personale Furcht logarithmiert aufgenommen wurde. Diese Prüfung erscheint deshalb nötig, weil die Verteilung der Mittelwerte dieser Variable sehr linkssteil ist, d.h. die Mehrheit der Befragten weist eine geringe Furcht auf. OLS-Regressionen setzen jedoch voraus, dass die abhängige

Variable weitestgehend normalverteilt ist; über eine Logarithmierung kann die Verteilung entsprechend diesem Erfordernis angepasst werden. An den Ergebnissen ändert dies aber nur wenig: Befragte der Jahre 2006 und 2010 berichten signifikant weniger personale Furcht als Befragte des Jahres 2004 – unabhängig, in welcher Form die personale Furcht in die Analysen eingeht. Die Erhebungen der Jahre 2006 und 2010 unterscheiden sich allerdings nicht signifikant hinsichtlich der Furchtwerte, wie eine weitere Analyse ergeben hat (nicht abgebildet). Frauen, niedrig gebildete und ältere Befragte sind furchtsamer. Der einzige Unterschied zwischen dem Modell ohne und mit Logarithmierung besteht bei der mittleren Bildungsgruppe. Im logarithmierten Modell findet sich für diese kein signifikanter Unterschied zur geringen Bildungsgruppe. Aber bereits im nicht logarithmierten Modell zeichnet sich nur ein schwach signifikanter Zusammenhang ab.

Tabelle 4.10: Einflussfaktoren der personalen Kriminalitätsfurcht (OLS-Regression, ungewichtete Daten; abgebildet: B)

	Personale Furcht		Personale Furcht (logarithmiert)
	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Befragung 2004	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Befragung 2006	-1.444**	-1.153*	-0.053*
Befragung 2010	-2.108***	-1.898***	-0.084***
Männer		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Frauen		3.264***	0.153***
West/Berlin		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Ost		0.285	0.027
Niedrige Bildung		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung		-1.067*	-0.039
Hohe Bildung		-2.452***	-0.086***
Alter		0.033**	0.001**
Konstante	18.028***	12.166***	1.195***
N	6266	6266	6266
Korr. R²	0.005	0.030	.0230

* p < .05, *** p < .01, ** p < .001

Das Vermeidungsverhalten (konative Kriminalitätsfurcht)

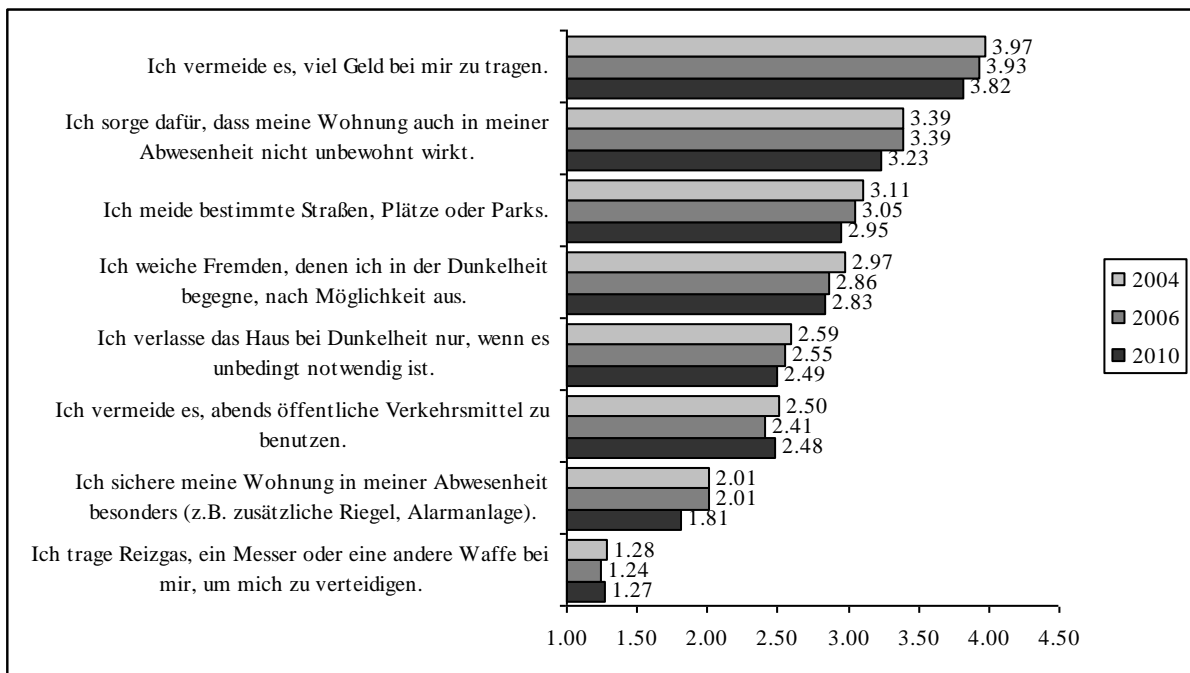
Das Vermeidungsverhalten wurde über acht Einzelitems erfasst, die in Abbildung 4.9 abgebildet sind. Die Häufigkeit des Ausübens der Verhaltensweisen konnte von „1 – nie“ bis „5 – immer“ eingeschätzt werden. Anzumerken ist hierbei, dass in der Befragung 2010 die Reihenfolge der Darbietung der Antwortkategorien erneut geändert wurde, da in den Befragungen 2004 und 2006 die Antwortkategorien von „1 – immer“ bis „5 – nie“ reichten. Für die Darstellung der Ergebnisse wurden diese entsprechend umkodiert. Diese Änderungen haben sich nicht auf das Antwortverhalten ausgewirkt, da z.T. kontinuierlich sinkende Mittelwerte (und damit auch bereits im Vergleich der Jahre 2004 und 2006 sinkende Mittelwerte) zu beobachten sind.

Die in Abbildung 4.9 vorgestellten Befunde beinhalten in zweierlei Hinsicht interessante Informationen: Einerseits geht aus den Mittelwerten hervor, welche Verhaltensweisen häufiger, welche seltener ausgeführt werden. Andererseits lässt sich ein Trend hin zu einem selteneren Vermeidungsverhalten identifizieren. Mittels der ersten Sichtweise kann konstatiert werden, dass Menschen sich in erster Linie dadurch vor Übergriffen schützen, dass sie weniger Geld bei sich tragen. Ebenfalls recht häufig wird versucht, die Wohnung nicht unbewohnt wirken zu lassen oder bestimmte Straßen, Plätze und Parks zu meiden. Eher selten wird hingegen die

Wohnung bei Abwesenheit gesondert gesichert oder eine Waffe o.ä. bei sich getragen. Die Unterschiede zwischen dem am häufigsten und dem am seltensten gezeigten Verhalten lassen sich zusätzlich mittels Prozentanteilen illustrieren: Während es in der Befragung 2010 nach eigenen Angaben 93,9 % der Befragten vermeiden, viel Geld bei sich zu tragen, führen nur 12,1 % Waffen o.ä. bei sich.

Betrachten wir die Trends der Mittelwerte über die Zeit hinweg etwas genauer, so ergibt sich ein besonders stark ausgeprägter Rückgang bei der Sicherung der Wohnung mittels besonderer Maßnahmen. Ebenfalls stärkere Rückgänge sind für das Vermeiden von Straßen, Plätzen oder Parks festzustellen. Im Vergleich zu 2004 ist für alle Verhaltensweisen ein geringerer Mittelwert festzustellen. Gleichwohl fallen die Veränderungen insbesondere beim Tragen von Waffen sowie beim Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel sehr gering aus. Hier zeigt sich zudem ein u-förmiger Verlauf: Im Jahr 2006 lagen die Mittelwerte zu diesen Items unterhalb der Mittelwerte der Jahre 2004 und 2010.

Abbildung 4.9: Entwicklung der Mittelwerte der Einzelitems der Skala „konative Kriminalitätsfurcht“ (gewichtete Daten)¹⁸



Wie die in Tabelle 4.11 präsentierten Ergebnisse von Faktorenanalysen zeigen, bilden die acht Items kein einheitliches Konstrukt „konative Kriminalitätsfurcht“ ab. Stattdessen werden zwei Dimensionen unterschieden. Auf der ersten Dimension laden die sechs häufiger vorkommenden Verhaltensweisen, auf der zweiten Dimension die seltener vorkommenden Verhaltensweisen. Eine inhaltliche Interpretation dieser zwei Dimensionen ist jenseits dieser verteilungsbezogenen Interpretation schwierig. Erstgenannte Items umfassen eher niedrigschwelligere Verhaltensweisen, die mit weniger Kosten verbunden sein dürften; die anderen Items umfassen eher höherschwellige Verhaltensweisen, bei denen Kosten für die Anschaffung bestimmter Sicherungstechniken bzw. für die Beschaffung von Waffen o.ä. entstehen. Mit dieser Interpretation stimmt überein, dass das Item zum Zustand der Wohnung bei

¹⁸ Mit Ausnahme der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und des Mitführens von Waffen sind alle Unterschiede der Mittelwerte 2004 und 2010 signifikant ($p < .05$).

Abwesenheit zumindest in den Jahren 2004 und 2006 bedeutsame Nebenladungen auf dem zweiten Faktor aufweist. Auch bei diesem Verhalten handelt es sich um ein kostenintensiveres Verhalten, weil bspw. das Licht angelassen werden muss, Nachbarn um Kontrolle der Wohnung gebeten werden müssen usw. Da die zweite Dimension des Vermeidungsverhaltens im Wesentlichen nur von zwei Items bestimmt wird, soll dieses seltene Verhalten nachfolgend nicht weiter untersucht werden. Die Skala „konative Furcht“ soll demgegenüber von den vier am stärksten auf den ersten Faktor ladenden Items gebildet werden. Das Vermeiden des Beisichtragens von Geld wird ebenfalls nicht berücksichtigt, da die Faktorladungen der Jahre 2004 und 2006 gering ausfallen. Aus den Antworten zu den vier Items wurde der Mittelwert gebildet; die Reliabilität der 4-Item-Skala ist mit Cronbachs Alpha $> .75$ für die drei Erhebungszeitpunkte als akzeptabel einzustufen.

Tabelle 4.11: Explorative Faktorenanalyse der Items der konativen Kriminalitätsfurcht (Hauptkomponentenanalyse; Rotation: Varimax; gewichtete Daten; abgebildet: Faktorladungen $> .40$)

	2004		2006		2010	
	F I	F II	F I	F II	F I	F II
Ich vermeide es, viel Geld bei mir zu tragen.	0.609		0.523		0.654	
Ich Sorge dafür, dass meine Wohnung auch in meiner Abwesenheit nicht unbewohnt wirkt.	0.541	0.420	0.412	0.570	0.499	
Ich meide bestimmte Straßen, Plätze oder Parks.	0.820		0.818		0.834	
Ich weiche Fremden, denen ich in der Dunkelheit begegne, nach Möglichkeit aus.	0.802		0.786		0.808	
Ich verlasse das Haus bei Dunkelheit nur, wenn es unbedingt notwendig ist.	0.639		0.605		0.691	
Ich vermeide es, abends öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.	0.737		0.739		0.745	
Ich sichere meine Wohnung in meiner Abwesenheit besonders (z.B. zusätzliche Riegel, Alarmanlage).		0.798		0.741		0.754
Ich trage Reizgas, ein Messer oder eine andere Waffe bei mir, um mich zu verteidigen.		0.664		0.706		0.757
Eigenwert	2.953	1.301	2.661	1.467	3.103	1.317
Erklärte Varianz	36.9	16.3	33.3	18.3	38.8	16.5

F = Faktor; **fett**: Items in Skalenbildung berücksichtigt

Werden die Befragten auf Basis des Mittelwerts der vier Items in Gruppen mit geringer, mittlerer und hoher konativer Kriminalitätsfurcht eingeteilt, so ergibt sich folgende Entwicklung¹⁹: Im Jahr 2004 weisen 37,8 % der Befragten eine geringe und 24,8 % eine hohe Furcht auf. Im Jahr 2010 betragen diese Anteile 40,9 und 19,8 % (2006: 40,8 und 19,9 %). Insofern kann von einem Rückgang der konativen Kriminalitätsfurcht gesprochen werden. Die Menschen unternehmen also etwas weniger Anstrengungen, um sich vor kriminellen Übergriffen zu schützen. Wie die Auswertungen der Kriminalstatistik gezeigt haben, fällt diese Entwicklung zusammen mit sinkenden Kriminalitätszahlen. Die Kriminalität geht also zurück, ebenso wie die Wahrnehmung eines Anstiegs der Straftaten. Dies wiederum schlägt sich darin nieder, dass sich die Menschen weniger in ihrem Verhalten einschränken; alles in allem eine als positiv zu bewertende Entwicklung.

Der Rückgang der konativen Kriminalitätsfurcht wird auch durch die Betrachtung der Mittelwerte verdeutlicht (vgl. Tabelle 4.12). Dabei wurde die Spannbreite der Mittelwerte wieder auf einen Bereich zwischen 0 und 100 standardisiert. Im Jahr 2004 betrug der Mittelwert 45,1

¹⁹ Personen mit einem Mittelwert zwischen 1,0 und 2,34 werden als „gering“ eingestuft, Personen mit Werten über 2,34 bis 3,67 als „mittel“, Personen über 3,67 als „hoch“.

Punkte, im Jahr 2010 nur noch 42,2 Punkte. Für männliche Befragte ist allerdings kein Rückgang der konativen Furcht festzustellen. Zwar weisen sie einen deutlich niedrigeren Wert auf als weibliche Befragte, nur bei weiblichen Befragten ergibt sich aber ein Rückgang von 55,5 auf 51,0 Punkte.

Bei ost- wie westdeutschen Befragten liegen die Werte des Jahres 2010 unterhalb der Werte von 2004; beide Mal ergeben sich dabei für ostdeutsche Befragte etwas erhöhte Furchtwerte. Der Rückgang der konativen Furcht vollzieht sich bei den Westdeutschen linear, bei den Ostdeutschen hingegen u-förmig; der Wert für das Jahr 2006 liegt bei diesen Befragten unterhalb des Wertes von 2010.

Höhere Furchtwerte sind daneben zu allen Erhebungszeitpunkten für ältere Befragte (über 60jährige) zu konstatieren. Gleichwohl ist auch bei den älteren Befragten die konative Furcht über die Jahre hinweg zurückgegangen, stärker sogar als bei den jüngeren Befragten. Ein Rückgang der konativen Kriminalitätsfurcht ist zuletzt bei zwei der drei unterschiedenen Bildungsgruppen festzustellen. Niedrig und mittel gebildete Personen der Befragung 2010 weisen einen um drei Punkte niedrigeren Furchtwert auf als entsprechend gebildete Personen der Befragung 2004. Bei den hoch gebildeten Befragten ist hingegen ein leichter Anstieg der Furcht festzustellen. Diese unterschiedlichen Trends ändern aber nichts daran, dass höher gebildete Befragte weiterhin deutlich seltener Vermeidungsverhalten zeigen.

Tabelle 4.12: Entwicklung der konativen Kriminalitätsfurcht nach verschiedenen Gruppen (Mittelwerte; gewichtete Daten)

	2004	2006	2010
Gesamt	45.1	43.1	42.2
Männer	33.7	32.9	33.0
Frauen	55.6	52.6	51.0
West/Berlin	44.8	43.9	41.8
Ost	46.4	39.8	44.4
Niedrige Bildung	49.3	48.4	46.3
Mittlere Bildung	44.6	41.4	41.4
Hohe Bildung	35.4	35.4	36.6
bis 35 Jahre	38.3	36.8	36.1
36 bis 60 Jahre	42.6	41.2	38.9
über 60 Jahre	55.1	51.0	52.1

fett: Unterschiede der Mittelwerte 2004 und 2010 signifikant ($p < .05$)

Werden die Befunde zu den Unterschieden in der konativen Kriminalitätsfurcht zwischen verschiedenen Befragten Gruppen in einer multivariaten Analyse berücksichtigt, ergeben sich für den Entwicklungstrend dieser Form der Furcht keine abweichenden Ergebnisse. Tabelle 4.13, die Koeffizienten von OLS-Regressionen vorstellt, die anhand der ungewichteten Daten berechnet wurden, zeigt im ersten Modell, dass Personen der Befragung 2006 niedrigere Furchtwerte aufweisen als Personen der Befragung 2004. Zudem sind die Befragten aus 2010 signifikant weniger furchtsam als die Befragten aus 2004. Die Koeffizienten schwächen sich im zweiten Modell etwas ab, bleiben aber weiterhin signifikant. Insofern existiert ein robuster Trend sinkender konativer Kriminalitätsfurcht. Die Koeffizienten des zweiten Modells belegen darüber hinaus, dass Frauen, Ostdeutsche, gering gebildete und ältere Befragte signifikant höhere Furchtwerte erzielen; diese Befunde bestätigen damit noch einmal die bereits aus der vorangegangenen Tabelle bekannten Ergebnisse. Alles in allem bestätigen die Analysen zur personalen und konativen Kriminalitätsfurcht, dass in Deutschland rückläufige Trends existie-

ren. Die Menschen ängstigen sich weniger vor Übergriffen und unternehmen auch weniger, um sich vor möglichen Straftaten zu schützen.

Tabelle 4.13: Einflussfaktoren der konativen Kriminalitätsfurcht (OLS-Regression, ungewichtete Daten; abgebildet: B)

	Konative Furcht	
	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Befragung 2004		
Befragung 2006	-3.685***	-2.567**
Befragung 2010	-3.073***	-2.725***
Männer		<i>Referenz</i>
Frauen		17.748***
West/Berlin		<i>Referenz</i>
Ost		2.805***
Niedrige Bildung		<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung		-2.863***
Hohe Bildung		-6.746***
Alter		0.268***
Konstante	44.882***	4.226*
N	6289	6289
Korr. R²	0.003	0.178

* p < .05, *** p < .01, **** p < .001

4.3. Strafbedürfnisse

Das Konzept des Strafbedürfnisses (bzw. Punitivität) ist vielschichtig. Zu unterscheiden sind zumindest Strafbedürfnisse als individuelle Einstellungen zum Thema Strafen (Mikroebene) sowie Strafbedürfnisse als kulturelle Überzeugungen eines Kollektivs, z.B. von Gesellschaften (Makroebene). Während die individuellen Einstellungen im Rahmen von Fragebogenuntersuchungen erfasst werden können, manifestieren sich die kulturellen Überzeugungen bspw. im öffentlichen Diskurs in den Medien. Parallel zu diesen beiden Ebenen wird zudem die justizielle Punitivität unterschieden, die die Praxis der Rechtsprechung bzw. des Vollzugs in den Blick nimmt (Kury et al. 2004).

Die verschiedenen Ebenen oder Dimensionen der Punitivität stehen nicht unverbunden nebeneinander. Bislang ist allerdings noch nicht ausreichend geklärt, welche Beziehungen zwischen diesen Dimensionen tatsächlich existieren. Simonson (2009, S. 30) vermutet bspw., „dass die Medienberichterstattung über Kriminalität einer Fehleinschätzung über die tatsächliche Kriminalitätsentwicklung Vorschub leistet, die sich wiederum auf das individuelle Strafbedürfnis auswirkt“. In diesem Sinne wird die individuelle Punitivität von medial präsentierten Vorfällen und den z.T. ebenfalls präsentierten Strafen auf diese Vorfälle beeinflusst. Ein steigendes Strafbedürfnis der Bevölkerung kann dann wiederum zur Folge haben, dass im Bereich der justiziellen Regelungen Veränderung in der Punitivität stattfinden, so z.B. Strafverschärfungen beschlossen werden (vgl. Pfeiffer et al. 2004). Ein Beispiel für eine solche Entwicklung bietet das Sexualstrafrecht: Die Kriminalitätsentwicklung in diesem Bereich legt keine Verschärfung dieses Strafrechts nahe; dass es dennoch dazu gekommen ist, lässt sich im Wesentlichen nur mit bestimmten Ängsten in der Bevölkerung und dem medialen Diskurs hierüber erklären (vgl. Kury/Obergfell-Fuchs 2006).

In den nachfolgenden Auswertungen soll sich auf die individuelle Ebene der Einstellungen zu Strafen konzentriert werden. Im Rahmen der Befragungen der Jahre 2004 bis 2010 wurden

die Strafbedürfnisse mittels verschiedener Aussagen erfasst. Nicht selten wird solch eine Form der Erhebung von Punitivität als oberflächlich und undifferenziert kritisiert (vgl. Simonson 2009; Suhling et al. 2005). Als problematisch wird u.a. die mangelnde Kontexteinbindung eingestuft. So kann der Verweis auf „Sexualstraftäter“ in einzelnen Aussagen zur Erhebung von Strafbedürfnissen Assoziationen bei den Befragten hervorrufen, „die nicht repräsentativ für die in der Realität tatsächlich vorkommenden bzw. vor Gericht abgeurteilten Straftaten“ sind (Suhling et al. 2005, S. 206). Gleichwohl existieren bislang auch keine brauchbaren Alternativen zu entsprechenden Einstellungsmaßen. Die Nutzung fiktiver Fallgeschichten (Vignetten) ermöglicht es nicht, eine globale Einschätzung zur Punitivität eines Befragten zu ermitteln. Auch bei der Nutzung von Vignetten ist darüber hinaus zu beachten, dass die gemessenen Strafbedürfnisse stark mit der Art der zur Bewertung vorgelegten Fälle (d.h. mit den präsentierten Informationen) variieren können. Aus Mangel an alternativen Maßen beschränken wir uns an dieser Stelle deshalb auf die Auswertung zu Strafbedürfnissen, die auf der Zustimmung zu verschiedenen Aussagen zum Thema Strafen beruhen. Im Vordergrund steht dabei wiederum die Frage, wie sich diese Einstellungen in den letzten Jahren entwickelt haben.

In Tabelle 4.14 sind die Aussagen, die in allen drei Befragungen zur Erfassung der Strafbedürfnisse verwendet wurden, aufgeführt. Die Befragten konnten ihre Antworten zwischen „1 – trifft überhaupt nicht zu“ bis „6 – trifft voll und ganz zu“ abstufen. Die Faktorenanalysen zu diesen Items legen eine Zwei-Faktoren-Struktur nahe. Zwar werden in einer explorativen Faktorenanalysen nur im Jahr 2004 tatsächlich zwei Faktoren extrahiert, im Jahr 2006 hingegen vier, im Jahr 2010 drei. Die zusätzlich in den Jahren 2006 und 2010 identifizierten Faktoren weisen aber Eigenwerte auf, die nur gering über 1 liegen und daher nicht substanziell zu interpretieren sind. Konfirmatorische Faktorenanalysen, bei denen gefordert wird, dass zwei Faktoren extrahiert werden, ergeben hingegen ein deutlich besser interpretierbares Ergebnis, dass in Tabelle 4.14 festgehalten ist.

Der erste extrahierte Faktor, auf dem zu allen Jahren in etwa der gleichen Höhe insgesamt sieben Items laden, kann als „Strafhärte“ bezeichnet werden. In einigen der Items wird der Begriff der „harten Strafe“ explizit benutzt. Allerdings sind nicht für alle Items vergleichbar gute Faktorladungen vorhanden. Die Items zur Schadenswiedergutmachung und zur Nachsicht weisen zu mindestens einem Messzeitpunkt Ladungen unter $< .60$ auf und fallen damit deutlich gegenüber den anderen Items ab. Ebenfalls problematisch ist, dass in einem Item explizit auf Ausländer eingegangen wird. Dies könnte, wie die Kritik von Suhling et al. (2005) nahe legt, dazu führen, dass bestimmte Assoziationen das Ausfüllen stören. So könnten Personen mit ausländerfeindlichen Einstellungen hier allein deshalb hohe Strafen fördern, weil explizit Ausländer angesprochen sind, nicht weil sie grundsätzlich punitiver eingestellt sind. Aus diesen Gründen erscheint es sinnvoll, die Skala „Strafhärte“ nur auf Basis der ersten vier Items zu bilden, die sehr gute Faktorladungen aufweisen und zudem keine störenden Assoziationen beinhalten. Eine solche 4-Item-Skala weist zu allen Messzeitpunkten eine gute Reliabilität auf (Cronbachs Alpha $> .79$).

Tabelle 4.14: Konfirmatorische Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse; Rotation: Varimax; gewichtete Daten; abgebildet: Faktorladungen > .40)

	2004		2006		2010	
	FI	FII	FI	FII	FI	FII
Bei vielen Tätern hilft gegen erneute Straffälligkeit nur Abschreckung durch harte Strafen.	0.797		0.774		0.756	
Auf viele Straftaten sollte mit härteren Strafen reagiert werden als bisher.	0.781		0.814		0.777	
Harte Strafen sind notwendig, damit andere davon abgehalten werden, Straftaten zu begehen.	0.766		0.782		0.766	
In den Gefängnissen sollte härter mit den Häftlingen umgegangen werden.	0.675		0.682		0.697	
Gegen Ausländer, die in unserem Land Straftaten begehen, sollte die Justiz mit härteren Strafen vorgehen als bisher.	0.615		0.720		0.650	
Wer anderen absichtlich Schaden zufügt, kann nicht erwarten, dass große Nachsicht mit ihm geübt wird	0.600		0.672		0.570	
Wenn es nur Schadenswiedergutmachung und ein Gespräch mit dem Opfer gibt, werden die meisten Täter dazu ermutigt, weiter Straftaten zu begehen.	0.508		0.522		0.533	
Eine geringe Strafe führt eher zur Besserung des Täters als eine hohe Strafe.		0.716		0.623		0.642
Wenn der Täter den angerichteten Schaden wiedergutmacht, kann auf Strafe verzichtet werden.		0.669		0.668		0.667
Wenn der Täter das Gespräch mit dem Opfer sucht und beide dadurch ihren Konflikt beilegen, kann auf Strafe verzichtet werden.		0.663		0.620		0.646
Harte Strafen machen die Bestraften nur noch aggressiver.		0.622		0.630		0.661
Generell sollten geringere Strafen verhängt werden.		0.612		0.524		0.576
Durch Gefängnisstrafen geraten viele erst richtig auf die schiefe Bahn.		0.605		0.619		0.623
Eigenwert	3.320	2.590	3.631	2.374	3.444	2.628
Erklärte Varianz	25,5	19,9	27,9	18,3	26,5	20,2

F = Faktor; fett: Items in Skalenbildung berücksichtigt

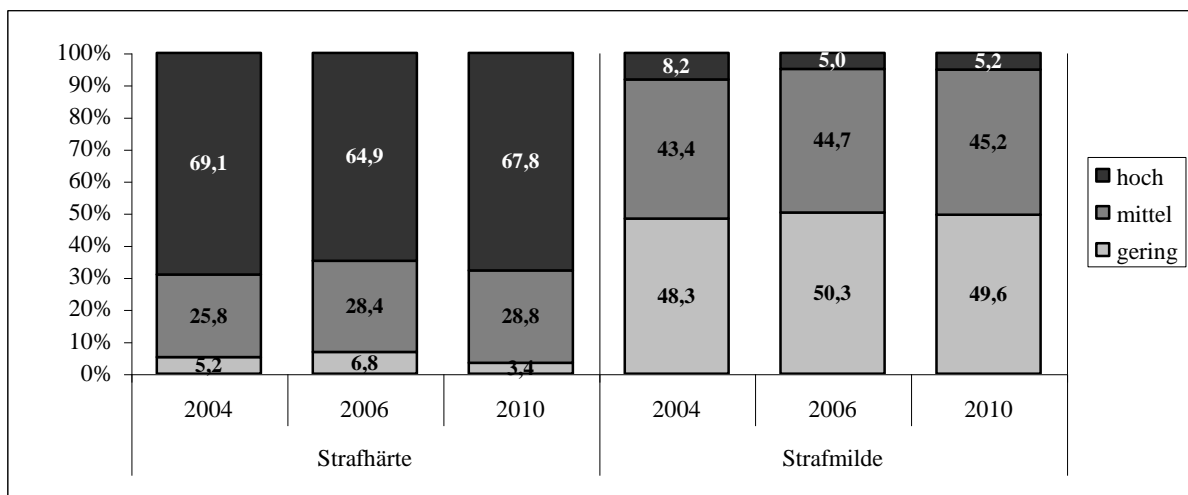
Ein zweiter Faktor, der aus den Analysen extrahiert wird, kann als „Strafmilde“ bezeichnet werden. Insgesamt laden sechs Einzelitems auf diesem Faktor. Wenn auch hier als Kriterium angelegt wird, dass Items mit einer Ladung unter .60 ausgeschlossen werden, um die interne Konsistenz zu erhöhen, ist bei der Bildung der Skala auf das Item zur Forderung nach geringeren Strafen zu verzichten. Eine entsprechende 5-Item-Skala weist eine akzeptable Reliabilität auf (Cronbachs Alpha > .65). Die Skala „Strafmilde“ korreliert zu allen Erhebungszeitpunkten negativ mit der Skala „Strafhärte“. Personen, die harte Strafen fordern, sprechen sich also seltener für milde Umgangsformen mit Tätern aus und vice versa. Gleichwohl sind die Korrelationen moderat: Im Jahr 2004 beträgt sie -.21 (Pearsons r), im Jahr 2006 -.27, im Jahr 2010 -.38. Insofern sind nicht alle Personen, die sich harte Strafen wünschen, mildereren Strafen grundsätzlich abgeneigt. Die über die Jahre ansteigende Korrelation deutet aber darauf hin, dass eine solche Polarität der Einstellungen über die Zeit hinweg zunimmt, Personen sich also stärker entweder für die eine und gegen die andere Umgangsform mit Straftätern aussprechen.

Ebenfalls zu allen drei Erhebungszeitpunkten wurde den Befragten eine Aussage zur globalen Bewertung der von der Justiz verhängten Strafen vorgelegt. Die Befragten sollten angeben, „welchen Eindruck Sie von den Strafen haben, die von deutschen Gerichten verhängt werden“. Da hier explizit die Arbeit der Gerichte bewertet werden sollte und da die Antwortkategorien nicht sechs-, sondern siebenstufig waren (von „1 – viel zu gering“ über „4 – angemessen“ bis „7 – viel zu hoch“), soll die Verteilung der Antworten auf diese Aussage an dieser

Stelle gesondert betrachtet werden. Wie erwartet werden kann, korrelieren die Antworten auf diese Skala negativ mit der Dimension der Strafhärte (Pearsons $r > -.40$) und positiv mit der Dimension Strafmilde ($r > .19$). Personen, die die verhängten Strafen als gering einschätzen, fordern also häufiger härtere Strafen und seltener einen milden Umgang mit Tätern.

Abbildung 4.10 stellt dar, wie sich die Einstellungen zur Strafhärte und zur Strafmilde im Zeitverlauf entwickelt haben. Erkennbar ist erstens, dass deutlich mehr Menschen punitiv als mild eingestellt sind. Im Jahr 2010 stimmten bspw. 67,8 % aller Befragten der Dimension der Strafhärte, hingegen nur 5,2 % der Dimension der Strafmilde zu.²⁰ Zweitens zeigen sich über die Jahre nur geringe Veränderungen der Anteile. Im Jahr 2004 waren noch 69,1 % hoch punitiv, im Jahr 2010 sind es, wie angesprochen, nur 67,8 %. Der Anteil der sehr strafmild eingestellten Personen geht von 8,2 auf 5,2 % zurück, der Anteil an gering strafmild eingestellten Personen bleibt nahezu konstant (48,3 zu 49,6 %). Die Punitivität der Befragten geht also, im Gegensatz zu den bisher betrachteten kriminalitätsbezogenen Einstellungen nicht zurück.²¹

Abbildung 4.10: Strafhärte bzw. –milde im Zeitvergleich (in %; gewichtete Daten)



Bezüglich des Einzelitems zur Bewertung der von Gerichten verhängten Strafen ergeben sich hiervon abweichende Befunde. Während im Jahr 2004 noch 91,7 % der Befragten der Meinung waren, die verhängten Strafen wären zu gering (7,7 % angemessen), fällt dieser Anteil bis 2010 auf 83,3 % (angemessen 14,4 %). Insofern bestätigt sich, dass Aussagen über die Entwicklung punitiver Einstellungen vom genutzten Maß abhängen. Je nachdem, welcher Gegenstand bewertet werden soll, können die Ergebnisse unterschiedlich ausfallen. Da die Skala zur Strafhärte aber auf vier Items beruht, ist davon auszugehen, dass damit eine verlässlichere Messung der Punitivität ermöglicht wird als durch die Messung einer Einzelaussage.

Die Entwicklung der Strafhärte bzw. –milde für verschiedene Befragtengruppen ist in Tabelle 4.15 dargestellt. Dabei wurden die Skalen auf Werte zwischen 0 und 100 standardisiert, um gleichzeitig auch die Entwicklung zum Einzelitem zu den von den Gerichten verhängten Strafen, zu dessen Beantwortung sieben, nicht sechs Antwortkategorien zur Verfügung standen,

²⁰ Die Mittelwerte wurden folgendermaßen gruppiert: Personen mit Werten zwischen 1,0 und 2,67 werden als „gering“ eingestuft, Personen mit Werten über 2,67 bis 4,34 als „mittel“, Personen über 4,34 als „hoch“.

²¹ Allerdings geht der Anteil extrem strafhart eingestellter Befragter zurück: Im Jahr 2004 wiesen noch 19,5 % der Befragten einen Mittelwert von 6,0 auf (d.h. sie stimmten im Mittel allen Aussagen zur Strafhärte voll und ganz zu), 2010 waren es nur noch 15,5 % (2006: 15,4 %).

vergleichend einzubeziehen. Hohe Werte stehen für eine hohe Strafhärte, eine hohe Strafmilde sowie die Auffassung, dass die verhängten Strafen als zu gering eingestuft werden.²² Die Gesamtmittelwerte machen noch einmal deutlich, dass die Forderungen nach harten Strafen sowie die Ansicht, die bisherigen Strafen seien zu gering, sehr viel weiter verbreitet sind, als die Überzeugung, dass es milderer Strafen bedürfe. Über die Erhebungszeitpunkte hinweg hat es bei der Härte wie bei der Milde nur geringfügige Veränderungen gegeben.²³ Hinsichtlich des Einzelitems zu den Gerichtsstrafen fallen die Rückgänge hingegen stärker aus: Der Mittelwert ist hier um fast sechs Punkte gesunken (von 84,4 auf 78,5), es wird also weniger der Aussage zugestimmt, die verhängten Strafen wären zu gering.

Der Vergleich von männlichen und weiblichen Befragten zeigt, dass es bezüglich der Strafbedürfnisse keine nennenswerten Geschlechterunterschiede gibt. Der Rückgang der Ansicht, die von Gerichten verhängten Strafen wären zu gering, erfolgt bei weiblichen Befragten allerdings etwas stärker als bei männlichen Befragten (von 85,2 auf 77,8; männlich: von 83,6 auf 79,3). Kaum Veränderungen im Vergleich der Erhebungszeitpunkte finden sich auch für ost- und westdeutsche Befragte: Bei der Strafhärte wie bei der Milde ändern sich die Mittelwerte dieser beiden Befragtengruppen kaum, bei der Einschätzung der Gerichtsstrafen hat sich in beiden Teilen Deutschlands die Ansicht weiter durchgesetzt, die Strafen wären nicht zu niedrig. Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Befragten sind aber bezüglich des Niveaus auszumachen: Ostdeutsche sind demnach punitiver eingestellt als westdeutsche Befragte. Im Jahr 2010 beträgt der Mittelwert der Strafhärte in Ostdeutschland 79,5, in Westdeutschland 73,9; ein ebensolcher Abstand ist für die Einschätzung der von Gerichten verhängten Strafen festzustellen.

Unterschiede im Zustimmungsniveau zu den Strafbedürfnis-Dimensionen existieren auch für die verschiedenen Bildungsgruppen. Höher gebildete Befragte vertreten seltener punitive Ansichten als mittel oder gering gebildete Befragte. Dies gilt auch in Bezug auf die Einschätzung der von Gerichten verhängten Strafen. Die Unterschiede in der Strafmilde-Dimension fallen hingegen gering aus; höher gebildete Befragte vertreten also seltener die Ansicht, dass harte Strafen notwendig wären, zugleich stimmen sie aber genauso häufig wie andere Bildungsgruppen strafmilden Aussagen zu. Interessant sind zudem die Entwicklungstrends: Bei niedrig und mittel gebildeten Befragten haben sich die Mittelwerte der Strafhärte-Dimension nicht verändert, bei hoch gebildeten Befragten sind sie über die Jahre hinweg gestiegen. Der Abstand in der Strafhärte reduziert sich also zwischen den Gruppen, und zwar deshalb, weil hoch gebildete Befragte punitiver geworden sind. Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Einzelitem zu den Gerichtsstrafen: Bei niedrig und mittel gebildeten Befragten gehen die Mittelwerte stärker zurück als bei hoch gebildeten Befragten.

²² Die Polung dieses Einzelitems wurde also umgekehrt, da in der ursprünglichen Form niedrige Werte für die Einschätzung, die verhängten Strafen wären zu gering, standen (s.o.).

²³ An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Entwicklung einzelner Aussagen der Skalen „Strafhärte“ und „Strafmilde“ durchaus unterschiedlich ausfällt. So wird der Aussage „Bei vielen Tätern ...“ der Strafhärte-Skala in der Befragung 2010 häufiger zugestimmt als in der Befragung 2004; beim Item „In den Gefängnissen ...“ ist es umgekehrt; für die anderen beiden Aussagen dieser Skala ergeben sich keine nennenswerten Unterschiede im Vergleich der Jahre 2004 und 2010. Bei der Strafmilde-Skala findet sich der stärkste Rückgang der Zustimmung bei der Aussage „Eine geringere Strafe ...“, bei den anderen Items sind die Mittelwerte der Befragung 2004 und 2010 nahezu gleich hoch.

Auch für die Altersgruppen sind unterschiedlich stark ausgeprägte Trends über die Zeit hinweg feststellbar. Dabei zeigen sich für die älteren Befragten (über 60 Jahre) jeweils die stärksten Veränderungen: Ihre Strafhärte geht zurück, ebenso aber auch ihre Strafmilde; die Ansicht, die von den Gerichten verhängten Strafen seien zu gering, findet sich bei ihnen mittlerweile deutlich seltener als noch 2004. Bei den bis 35jährigen sowie bei den 36- bis 60jährigen hat sich zwar ebenso der Mittelwert zu diesem Einzelitem reduziert, die Rückgänge fallen aber nur halb so hoch aus; bei der Strafhärte und Strafmilde sind bei den beiden jüngeren Altersgruppen keine substanziellen Veränderungen auszumachen. Die stärkeren Veränderungen bei den älteren Befragten ändern aber nichts an dem Befund, dass ältere Befragte zu allen drei Erhebungszeitpunkten strahärter und strafmilder eingestellt sind als jüngere Befragte und dass sie häufiger (zumindest 2004 und 2006) die Ansicht vertreten, die verhängten Strafen seien zu gering.

Tabelle 4.15: Entwicklung der Strafhärte bzw. -milde nach verschiedenen Gruppen (Mittelwerte; gewichtete Daten)

	Strafhärte			Strafmilde			von Gerichten verhängte Strafen		
	2004	2006	2010	2004	2006	2010	2004	2006	2010
Gesamt	75.3	72.4	74.8	36.0	34.2	35.1	84.4	83.4	78.5
Männer	75.2	72.1	75.4	35.6	35.0	34.6	83.6	82.3	79.3
Frauen	75.4	72.7	74.3	36.3	33.4	35.6	85.2	84.3	77.8
West/ Berlin	74.5	71.0	73.9	35.8	34.7	35.2	83.8	82.2	77.7
Ost	79.0	78.9	79.5	36.9	31.9	34.7	87.3	88.7	82.6
Niedrige Bildung	78.6	75.6	77.4	36.4	33.3	35.9	87.7	86.7	80.4
Mittlere Bildung	76.3	73.7	76.2	34.7	31.7	32.6	83.8	84.1	79.1
Hohe Bildung	65.0	65.6	69.2	36.1	38.6	36.4	77.1	76.4	75.0
bis 35 Jahre	74.6	71.9	73.0	29.6	32.2	31.9	80.9	80.5	76.2
36 bis 60 Jahre	73.6	71.6	75.4	35.0	33.1	33.8	84.2	83.9	79.6
älter als 60 Jahre	78.6	74.0	75.4	43.5	37.4	39.7	88.1	85.0	78.9

Fett: Unterschiede der Mittelwerte 2004 und 2010 signifikant ($p < .01$)

Mittels einer multivariaten Auswertung wenden wir uns abschließend, wie in den Auswertungen zur Wahrnehmung der Kriminalitätsentwicklung und der Kriminalitätsfurcht, der Frage zu, ob die berichteten Entwicklungstrends von bestimmten Stichprobenbesonderheiten abhängig sind. Hierfür werden die ungewichteten Daten herangezogen, wobei in OLS-Regressionen zugleich verschiedene demographische Variablen berücksichtigt werden. Die Ergebnisse in Tabelle 4.16 bestätigen zunächst, dass sich Männer und Frauen nicht hinsichtlich der betrachteten Einstellungen unterscheiden. Ostdeutsche Befragte sind signifikant punitiver eingestellt als westdeutsche Befragte. Hoch gebildete Befragte weisen signifikant niedrigere Strafhärte- und letztlich auch signifikant höhere Strafmildewerte auf. Ältere Befragte sind strafmilder eingestellt, stimmen aber auch signifikant häufiger der Aussage zu, die verhängten Strafen wären zu milde.

Für die Entwicklungstrends bestätigt sich ein signifikanter Rückgang der Auffassung, dass die Gerichtsstrafen zu gering ausfallen würden, wobei sich nur die Befragten des Jahres 2010 signifikant von den Befragten der früheren Befragungen unterscheiden. Bei der Strafhärte ist hingegen festzustellen, dass die Befragten der Jahre 2004 und 2010 vergleichbare Werte aufweisen, nur die Befragten des Jahres 2006 liegen hier signifikant niedriger. Insofern ist von einer u-förmigen Entwicklung auszugehen: Nach einem Rückgang der Härte bis 2006 hat es danach wieder einen Anstieg gegeben. Dieser geht einher mit einer geringeren Unterstützung

strafmilder Ansichten. Die Befragten des Jahres 2010 sind signifikant seltener strafmild eingestellt als die Befragten des Jahres 2004.

Zusammengefasst ergeben die Befunde damit ein gemischtes Bild. Im Jahr 2010 sind die Befragten genauso punitiv eingestellt wie noch vor sechs Jahren; strafmilde Einstellungen werden sogar etwas seltener vertreten. Abweichend hiervon sind die Befragten seltener als noch 2004 der Ansicht, Gerichte würden zu geringe Strafen verhängen. Möglicherweise handelt es sich bei diesem Befund aber auch nur um eine Anpassung an die allgemeine Punitivität. In 2004 lagen die Mittelwerte der Strafhärte-Skala und des entsprechenden Einzelitems noch um mehr als neun Punkte auseinander (siehe Tabelle 4.15), in 2010 nur mehr um weniger als vier Punkte. Die Bewertung der Arbeit der Gerichte wird also weniger von der Bewertung anderer strafbezogener Aussagen unterschieden. Hierfür sprechen auch die sich über die Zeit annähernden Korrelationen zwischen der Strafhärte-Skala und dem Einzelitem: In 2004 lag diese bei .43, in 2010 bei .50 (Pearsons r).

Tabelle 4.16: Einflussfaktoren der Strafhärte bzw. -milde (OLS-Regression, ungewichtete Daten; abgebildet: B)

	Strafhärte		Strafmilde		von Gerichten verhängte Strafen	
Befragung 2004	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Befragung 2006	-3.411***	-2.349**	-0.886	-1.078	-1.763**	-0.936
Befragung 2010	-0.098	0.782	-1.152*	-2.185***	-5.127***	-4.553***
Männer		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>
Frauen		0.095		0.060		0.701
West/Berlin		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>
Ost		7.092***		0.102		5.483***
Niedrige Bildung		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung		-3.760***		0.773		-3.055***
Hohe Bildung		-11.232***		4.156***		-8.436***
Alter		-0.005		0.235***		0.028*
Konstante	73.428***	69.980***	36.622***	23.467***	83.136***	77.919***
N	6263	6263	6262	6262	6204	6204
Korr. R ²	0.003	0.059	0.000	0.049	0.016	0.068

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

In den Befragungen der Jahre 2006 und 2010 wurde neben den bereits vorgestellten Maßen der Punitivität noch eine spezifische Einstellung zu strafharten Maßnahmen erfragt: Die Einstellung zur Todesstrafe. Die konkrete Frage lautete: „Sind sie grundsätzlich für oder gegen die Todesstrafe?“ Als Antwortoptionen stand den Befragten „dafür“, „dagegen“ und „unentschieden“ zur Verfügung. Betrachten wir die Ergebnisse in Abbildung 4.11, so kann festgehalten werden, dass der Anteil der Gegner der Todesstrafe von 36,3 auf 41,0 % zugenommen hat, während der Anteil an Befürwortern deutlich von 31,7 auf 23,5 % zurückgegangen ist. Diese Ergebnisse stimmen mit den Ergebnissen überein, die auf Basis der Einzelaussage zur Einstellung gegenüber den von Gerichten verhängten Strafen berichtet wurde, die ebenfalls auf eine rückläufige Punitivität hindeuten. Gleichwohl ist der hohe Anteil und über die Jahre hinweg größer werdende Anteil an Personen zu beachten, die bezüglich der Frage nach der Todesstrafe unentschieden eingestellt sind. Hier ist davon auszugehen, dass es sich teilweise um Befürworter der Todesstrafe handeln könnte. Wiederholt konnte gezeigt werden, dass die Art und Weise der Erhebung der Einstellung zur Todesstrafe zu sehr verschiedenen Befunden führt. Wird bspw. den Befragten mitgeteilt, dass sich die Todesstrafe auf schwerste und sicher

nachweisbare Fälle beschränkt, steigt der Anteil der Befürworter (vgl. Kreuzer et al. 1993; Reuband 1980). Kemme (2008) berichtet Ergebnisse einer Befragung, bei der sowohl in allgemeiner also auch in spezifischer Form nach der Einstellung zur Todesstrafe gefragt wurde. Von den zunächst 250 unentschiedenen Befragten in der allgemeinen Form wechselten drei Viertel zu den Befürwortern der Todesstrafe in der spezifischeren Abfrage. Der hohe Anteil an unentschieden eingestellten Befragten in der von uns benutzten allgemeinen Abfrage der Einstellung zur Todesstrafe lässt damit keinen sicheren Schluss bezüglich der Entwicklung zu. Der rückläufige Anteil expliziter Befürworter sollte daher mit einer gewissen Vorsicht betrachtet werden.

Abbildung 4.11: Einstellung zur Todesstrafe im Zeitvergleich (in %; gewichtete Daten)

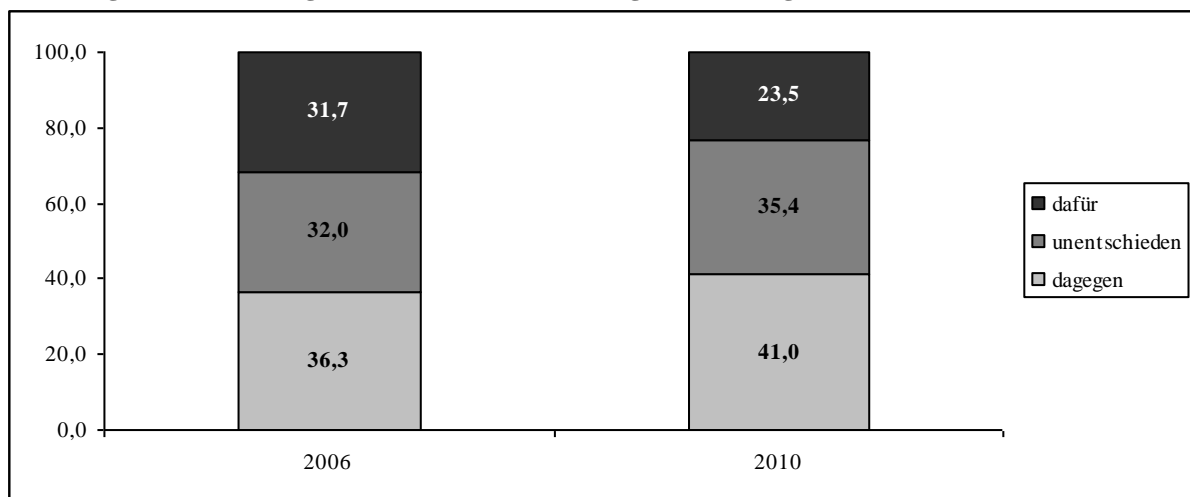
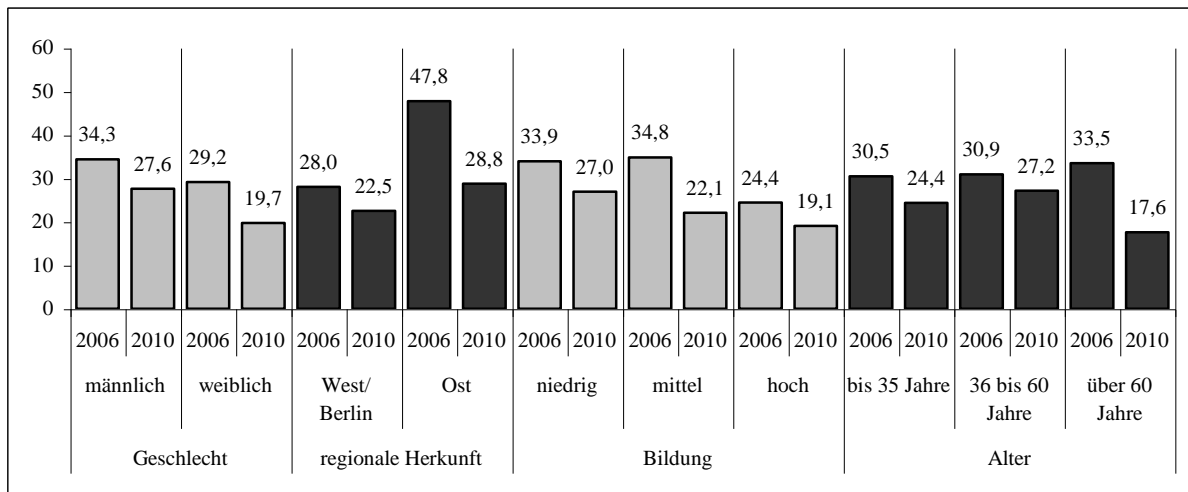


Abbildung 4.12 stellt die Entwicklung des Anteils an Befürwortern der Todesstrafe differenziert für verschiedene Befragtengruppen dar. Dabei ergeben sich für alle Gruppen im Vergleich der beiden Erhebungsjahre rückläufige Anteile an Befürwortern, wobei die Entwicklungen z.T. eine sehr unterschiedliche Dynamik aufweisen. Bei den ostdeutschen Befragten senkt sich der Anteil der Befürworter bspw. von 47,8 auf 28,8 %, bei den 36- bis 60jährigen hingegen nur von 30,9 auf 27,2 %. Aufschlussreich sind neben den gruppenübergreifenden Rückgängen des Anteils der Befürworter auch die Gruppenunterschiede selbst. Frauen sprechen sich demnach weniger oft explizit für die Todesstrafe aus als Männer; bei den oben betrachteten Einstellungsmaßen ergaben sich hingegen keinerlei Geschlechterunterschiede. Erst bei sehr drastischen Maßnahmen scheinen Frauen damit zurückhaltender zu sein.²⁴ Vergleichbar mit den Befunden zu den bereits präsentierten Punitivitätsmaßen zeigt sich aber auch mit Blick auf die Todesstrafe, dass ostdeutsche Befragte punitiver eingestellt sind: Im Jahr 2010 sprachen sich 28,8 % der ostdeutschen, aber nur 22,5 % der westdeutschen Befragten für die Todesstrafe aus.

²⁴ Die geringere Zustimmung zur Todesstrafe bei Frauen zeigt sich in allen Bildungsgruppen, d.h. gering gebildete Frauen sind seltener für die Todesstrafe als gering gebildete Männer; gleiches gilt bei mittel und hoch gebildeten Befragten.

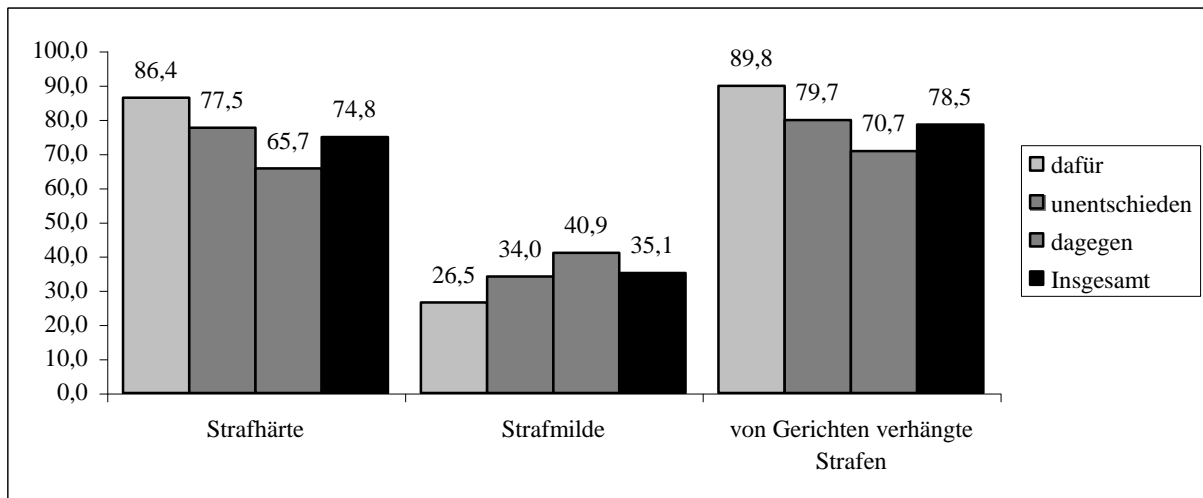
Abbildung 3.12: Befürworter der Todesstrafe im Zeitvergleich nach Befragtengruppen (in %; gewichtete Daten)



Mit zunehmender Bildung geht ebenfalls die Zustimmung zur Todesstrafe zurück. Von den hoch gebildeten Befragten sprachen sich in der Befragung 2010 nur 19,1 % für die Todesstrafe aus, bei den niedrig gebildeten Befragten waren es 27,0 %. Ältere Befragte sind zumindest in der aktuellen Befragung seltener als Befürworter der Todesstrafe einzustufen als jüngere Befragte. Dies war im Jahr 2006 noch umgekehrt, insofern hier 33,5 % der über 60jährigen der Todesstrafe zustimmten, aber nur 30,5 % der bis 35jährigen. Ältere Befragte haben also in besonderer Weise in den letzten Jahren ihre Einstellungen zur Todesstrafe verändert. Zu beachten ist bei all diesen gruppenbezogenen Auswertungen, dass im Jahr 2006 deutlich weniger Personen befragt wurden als im Jahr 2010. Trends zu einzelnen Subgruppen beruhen damit z.T. auf geringen Fallzahlen, was die Verlässlichkeit der Befunde der Befragung 2006 einschränkt.

Zwischen der Einstellung zur Todesstrafe und den anderen, in diesem Abschnitt präsentierten Maßen der Strafhärte bzw. –milde bestehen, wie Abbildung 4.13 zeigt, enge Zusammenhänge. Personen, die sich als Gegner der Todesstrafe einstufen, weisen den geringsten Mittelwert bei der Strafhärte und den höchsten Mittelwert bei der Strafmilde auf; zudem sind sie durchschnittlich am seltensten der Ansicht, die von Gerichten verhängten Strafen wären zu gering. Gleichwohl zeigen die Mittelwerte auch an, dass ein großer Teil der Gegner der Todesstrafe durchaus punitiv eingestellt ist. Am Beispiel der Dimension der Strafhärte kann bspw. ausgesagt werden, dass immerhin 49,9 % der Gegner der Todesstrafe zugleich eine hohe Strafhärte aufweist. Dieser Anteil ist freilich bei den Befürwortern mit 88,1 % am höchsten. Dies lässt sich auch am entsprechenden Mittelwert ablesen (86,4), der um über zwanzig Punkte über dem Mittelwert der Gegner der Todesstrafe liegt (65,7). Die Befürworter sind zudem am seltensten strafmild eingestellt und sie sind am häufigsten der Ansicht, die verhängten Strafen wären zu gering. Die Gruppe der unentschieden zur Todesstrafe eingestellten Personen liegt zwischen den Befürwortern und Gegnern. Dies kann als Hinweis darauf verstanden werden, dass sich in dieser Gruppe Befürworter der Todesstrafe befinden könnten, die bei einer anders gestellten Frage eher eine solche Ansicht mitgeteilt hätten als bei der allgemein gestellten Frage.

Abbildung 4.13: Strafhärte bzw. -milde nach Einstellung zur Todesstrafe (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010)



4.4. Beziehungen zwischen eingeschätzter Kriminalitätsentwicklung, Kriminalitätsfurcht und Strafbedürfnissen

In den bisherigen Analysen wurden insgesamt zehn verschiedene Indikatoren kriminalitätsbezogener Wahrnehmungen vorgestellt. Diese Indikatoren lassen sich folgenden drei übergeordneten Konstrukten zuordnen:

- a) *eingeschätzte Kriminalitätsentwicklung*: 1. Entwicklung aller Straftaten, 2. Entwicklung der Gewaltkriminalität, 3. Entwicklung der Eigentumskriminalität, 4. Entwicklung der Jugendgewaltkriminalität;
- b) *Kriminalitätsfurcht*: 5. personale Furcht (Befürchtung mal Wahrscheinlichkeitseinschätzung), 6. konative Furcht (Vermeidungsverhalten);
- c) *Strafbedürfnisse*: 7. Strafhärte, 8. Strafmilde, 9. Einschätzung der von Gerichten verhängten Strafen, 10. Einstellung zur Todesstrafe.

Die Einschätzung der Jugendgewaltkriminalität sowie die Einstellung zur Todesstrafe haben wir nur in den Befragungen der Jahre 2006 und 2010 erhoben; für 2004 liegen keine Daten vor, weshalb wir diese Wahrnehmungen bzw. Einstellungen im Folgenden nicht weiter betrachten wollen. In Bezug auf die anderen Indikatoren stellen sich an dieser Stelle zwei zentrale Fragen:

1. Wie hängen die verschiedenen Wahrnehmungen, Gefühle und Einstellungen miteinander zusammen?
2. Welche Ursache-Wirkungs-Beziehungen existieren zwischen den betrachteten Indikatoren?

Ein Weg, die Zusammenhänge zu betrachten, ist die Faktorenanalyse. Werden die verschiedenen Indikatoren gleichzeitig in Faktorenanalysen differenziert nach den Erhebungszeitpunkten betrachtet, ergibt sich das in Tabelle 4.17 dargestellte Bild. Einbezogen wurden dabei jeweils die auf die Spannweite zwischen 0 und 100 standardisierten Skalen bzw. Einzelitems. Für jeden Erhebungszeitpunkt ergibt sich eine Drei-Faktoren-Struktur, die der Aufteilung der Ergebnisvorstellung in diesem Abschnitt des Berichts entspricht. Dies bedeutet, dass die Einschätzungen zur Kriminalitätsentwicklung untereinander stärker korrelieren als mit den Straf-

bedürfnissen oder der Kriminalitätsfurcht, die untereinander wiederum stärker korrelieren als mit den anderen Indikatoren. Die Faktorladungen der einzelnen Skalen/Einzelitems fallen zu den verschiedenen Erhebungszeitpunkten zudem vergleichbar hoch aus, was dahingehend interpretiert werden kann, dass die Zusammenhänge der Skalen/Items eines Faktors über die Zeit hinweg kaum variieren. Eine Ausnahme gibt es allerdings: Die Einschätzung der von Gerichten verhängten Strafen lädt in der Befragung des Jahres 2010 sehr viel stärker auf dem zweiten Faktor als noch die Jahre davor. Die Ansichten der Befragten bezüglich der verschiedenen, das Strafbedürfnis betreffenden Aspekte werden also konsistenter, die Einschätzung der Gerichtsstrafen weist eine stärkere Übereinstimmung mit der Strafhärte bzw. –milde auf, als dies früher der Fall war. Dass die Skala „Strafmilde“ negativ auf dem zweiten Faktor lädt, ist zu erwarten, da sie mehr oder weniger die gegenteilige Ansicht zur Strafhärte und zur Einschätzung, die Gerichte würden zu geringe Strafen verhängen, beinhaltet.

Tabelle 4.17: Konfirmatorische Faktorenanalyse der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung, der Kriminalitätsfurcht und der Strafbedürfnisse (Hauptkomponentenanalyse; Rotation: Varimax; gewichtete Daten; abgebildet: Faktorladungen > .40)

	2004			2006			2010		
	FI	FII	FIII	FI	FII	FIII	FI	FII	FIII
eingeschätzte Entwicklung: alle Straftaten (E)	0.847			0.819			0.841		
eingeschätzte Entwicklung: Gewaltkriminalität (S)	0.830			0.824			0.831		
eingeschätzte Entwicklung: Eigentumskriminalität (S)	0.868			0.876			0.862		
Kriminalitätsfurcht: personal (S)			0.797			0.822			0.822
Kriminalitätsfurcht: konativ (S)			0.814			0.802			0.821
Strafbedürfnis: Strafhärte (S)		0.702			0.745			0.757	
Strafbedürfnis: Strafmilde (S)		-0.755			-0.732			-0.775	
Strafbedürfnis: von Gerichten verhängte Strafen (E)		0.661			0.679			0.784	
Eigenwert	2.350	1.558	1.444	2.272	1.621	1.428	2.260	1.875	1.448
Erklärte Varianz	29.4	19.5	18.1	28.4	20.3	17.8	28.3	23.4	18.1

E = Einzelitem, S = Skala

Aus der in Tabelle 4.17 berichteten Faktorenstruktur lässt sich die Folgerung ziehen, dass die verschiedenen Indikatoren z.T. eine deutliche Überschneidung aufweisen. Dies könnte nun zum Anlass genommen werden, aus den Skalen bzw. Einzelitems weitere Skalen (sog. „Konstrukte zweiter Ordnung“) zu bilden, um die Komplexität für die in den nachfolgenden Abschnitten durchzuführenden Auswertungen zu reduzieren. Wir möchten diesen Weg an dieser Stelle jedoch nicht wählen, da dadurch einerseits z.T. inhaltlich recht unterschiedliche Konstrukte zusammengefasst werden würden, wie dies bspw. bei den Strafbedürfnissen sichtbar wird. Andererseits haben gerade die weiter vorn durchgeführten Analysen gezeigt, dass die einzelnen Konstrukten zugrunde liegenden Einzelitems unterschiedliche Bewertungsdimensionen abbilden; sie nun wieder zusammen zu fassen, würde diesen Befunden widersprechen.

Dennoch sollen nachfolgend nicht alle acht Indikatoren Berücksichtigung finden, da dies die Komplexität der Analysen zu sehr erhöhen würde. Aus den Faktorenanalysen lässt sich im Gegensatz zur Strategie der Zusammenfassung einzelner Skalen/Einzelitems auch die Folgerung ziehen, dass ein Teil mehr oder weniger für das Ganze steht. Ein Faktor bzw. eine Bewertungsdimension wird also auch von jeder einzelnen Variablen, die auf diesem Faktor lädt, repräsentiert. Dies würde bedeuten, dass es ausreichend ist, für jeden Faktor eine Skala oder ein Einzelitem auszuwählen und die weiteren Analysen auf diese Skala/dieses Item zu beschränken. Die Auswahl einer einen Faktor repräsentierenden Variable kann dabei sowohl empirisch als auch theoretisch geschehen. Als empirisches Kriterium kann die Faktorladung

herangezogen werden. Eine höhere Ladung steht dafür, dass eine Variable diesen Faktor stärker bestimmt als eine Variable mit einer niedrigeren Ladung. Dieses Kriterium hier angewandt hilft aber nur, das Einzelitem zu den von Gerichten verhängten Strafen auszuschließen, weil es in 2004 und 2006 schwächer als die anderen beiden Skalen auf dem zweiten Faktor lädt. Alle anderen Skalen/Einzelitems weisen vergleichbar hohe Ladungen auf dem zugehörigen Faktor auf. Die Entscheidung, einzelne Konstrukte weiter zu untersuchen, muss deshalb theoretisch legitimiert werden.

Hinsichtlich der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung erscheint es dabei sinnvoll, sich auf eine globale und nicht auf eine deliktsspezifische Einschätzung zu beziehen. Aus diesem Grund soll die eingeschätzte Entwicklung aller Straftaten weiter betrachtet werden. Bei den Strafbedürfnissen ist die Einschätzung der Gerichtstätigkeit aus dem genannten Grund auszuschließen; bei der Wahl zwischen der Strafhärte und der –milde fällt die Wahl auf die Strafhärte, weil diese eher als ein soziales Problem angesehen werden kann und damit untersuchungswürdig ist. Bei der Kriminalitätsfurcht schließlich ist die Legitimation der Untersuchung einer Dimension sehr schwierig. Sowohl das Vermeidungsverhalten als auch die personale Furcht können als soziale Probleme angesehen werden, deren Untersuchung notwendig erscheint. Zugleich beziehen sich beide Dimensionen auf recht unterschiedliche Aspekte von Furcht; keine kann als die allgemeinere Dimension angesehen werden. Aus diesem Grund werden nachfolgend beide Furchtdimensionen weiter berücksichtigt.

Zwischen den vier, für die weitere Analyse ausgewählten Indikatoren bestehen mittlere Zusammenhänge, wie Tabelle 4.18 zeigt. Dabei lassen sich folgende Erkenntnisse festhalten:

1. Es sind durchgängig positive Korrelationen zu beobachten. Personen, die einen Anstieg aller Straftaten wahrnehmen, haben also auch mehr Furcht und sind strafhärter eingestellt; ebenso weisen Personen eine höhere Strafhärte auf, die sich vor der Kriminalität fürchten.
2. Die Interkorrelationen sind jedoch nicht derart hoch, dass von einem Syndrom kriminalitätsbezogener Wahrnehmungen und Einstellungen gesprochen werden könnte. Die einzelnen Einschätzungen sind voneinander in nicht unwesentlichem Maße unabhängig.
3. Die stärksten Zusammenhänge existieren für beide Furchtmaße; dies war auf Basis der vorgestellten Faktorenanalyse zu erwarten.
4. Über die Jahre hinweg variieren die Korrelationen nur geringfügig. Die Zusammenhänge finden sich 2004 wie 2010 in vergleichbarer Höhe. Etwas stärkere Abweichungen sind für das Jahr 2006 zu berichten, wobei aufgrund der deutlich geringeren Fallzahlen in 2006 hierfür auch stichprobenbezogene Besonderheiten verantwortlich sein könnten.

Tabelle 4.18: Interkorrelationen der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung, der Kriminalitätsfurcht und der Strafhärte (Pearsons r; gewichtete Daten)

	2004	2006	2010
eingeschätzte Entwicklung: alle Straftaten * Kriminalitätsfurcht: personal	0.25***	0.22***	0.21***
eingeschätzte Entwicklung: alle Straftaten * Kriminalitätsfurcht: konativ	0.22***	0.26***	0.20***
eingeschätzte Entwicklung: alle Straftaten * Strafbedürfnis: Strafhärte	0.29***	0.24***	0.32***
Kriminalitätsfurcht: konativ * Kriminalitätsfurcht: personal	0.38***	0.37***	0.40***
Kriminalitätsfurcht: personal * Strafbedürfnis: Strafhärte	0.15***	0.06*	0.15***
Kriminalitätsfurcht: konativ * Strafbedürfnis: Strafhärte	0.20***	0.13***	0.16***

* p < .05, *** p < .01, **** p < .001

Die Frage nach den Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Wahrnehmungen und Einstellungen ist mit den vorgestellten Korrelationsanalysen damit beantwortet. Die Frage, welcher Faktor eher als Ursache, welche eher als Folge zu betrachten ist, lässt sich auf diesem Weg jedoch nicht untersuchen. Hierzu sind einerseits theoretische Überlegungen, andererseits Längsschnittdaten notwendig, bei denen die Ursachen zeitlich vor den Folgen erfasst werden. Im Rahmen der Befragungen 2004 und 2006 wurde eine solche Längsschnittbefragung realisiert, d.h. einige der Befragten der Erhebung 2004 wurden im Jahr 2006 erneut befragt (siehe Abschnitt 3 des Berichts). Diese 2006 erneut befragten Personen wurden aus allen bisherigen Analysen ausgeschlossen, da sich bei verschiedenen Auswertungen gezeigt hat, dass sich ihre Kriminalitätseinschätzungen, wohl auch aufgrund der Teilnahme an der ersten Befragungswelle, von denen noch nicht zu den Themen befragten Personen unterscheiden (vgl. Windzio et al. 2007).²⁵ Sie können aber zur Untersuchung des Ursache-Folgen-Verhältnisses herangezogen werden. Insgesamt liegen Angaben von 1.206 Personen im Längsschnitt, also zu den Messzeitpunkten 2004 und 2006 vor (vgl. Windzio et al. 2007, S. 14ff). Die demographische Zusammensetzung der Längsschnittfälle unterscheidet sich geringfügig von der Zusammensetzung der in 2006 erstmalig befragten Personen: Sie sind etwas älter, häufiger weiblichen Geschlechts, etwas geringer gebildet und häufiger Rentner. Für Zusammenhangsanalysen sind diese Abweichungen aber nicht von Relevanz.

Aus theoretischer Perspektive ist zu vermuten, dass das Kausalverhältnis zwischen den verschiedenen Einschätzungen derart strukturiert ist, dass die eher globaleren Einschätzungen die spezifischeren Einschätzungen bedingen. Eine eher globalere Einschätzung, die z.T. auch als persönliche Disposition eingestuft wird (vgl. Gabriel/Greve 2003; Tyler/Boeckman 1997), ist die Kriminalitätsfurcht. Eine Folge hoher Kriminalitätsfurcht sollte daher eine spezifische, härtere Einstellung zur Strafe sein sowie die Wahrnehmung, dass Kriminalität zu- und nicht abnimmt. Betrachten wir dagegen das Verhältnis von Strafhärte und eingeschätzter Kriminalitätsentwicklung, so lassen sich für beide Kausalrichtungen plausible Argumente finden. Strafhärter eingestellte Personen könnten dazu neigen, einen Kriminalitätsanstieg zu vermuten, weil sie das Bild über das Kriminalitätsgeschehen konsistent mit ihren Strafeinstellungen halten möchten. Ebenso könnte aber auch vermutet werden, dass die Sorge um eine steigende Kriminalität zu der Folgerung Anlass gibt, mit den (mehr werdenden) Tätern müsse, zur besseren Abschreckung, härter verfahren werden. In dieser Hinsicht würde die Wahrnehmung (der Kriminalitätsentwicklung) die eigenen Einstellungen prägen.

Die in Abbildung 4.14 dargestellten empirischen Befunde ergeben nun kein klares Bild bzgl. der Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge. Zur Analyse der Zusammenhänge wurde mittels Mplus 5.2 (Muthén/Muthén 2007) ein Pfadmodell spezifiziert. Zunächst wurden sämtliche Korrelationen und Pfade zugelassen; die nicht signifikanten Korrelationen bzw. Pfade²⁶ wurden danach aus dem Modell entfernt. Die Koeffizienten an den Korrelationen (dargestellt über Doppelpfeile) bzw. Pfaden (dargestellt über gerichtete Pfeile) sind standardisiert²⁷ und lassen sich wie Korrelationskoeffizienten interpretieren, können also zwischen 0.00 und 1.00 variieren; je höher der Koeffizient, desto höher der Zusammenhang. In die Analyse wurden dabei

²⁵ Diese Befragten werden, mit Ausnahme der hier vorgestellten Analysen, auch aus den Auswertungen in den weiteren Abschnitten des Berichts ausgeschlossen.

²⁶ Als Irrtumswahrscheinlichkeitsniveau wurde das 5%-Niveau genutzt.

²⁷ Dargestellt sind die StdYX-standardisierten Koeffizienten.

nur manifeste Variablen aufgenommen, auf die Spezifizierung von Messmodellen wurde verzichtet.²⁸ Folgende Befunde lassen sich der Pfadanalyse hervorheben²⁹:

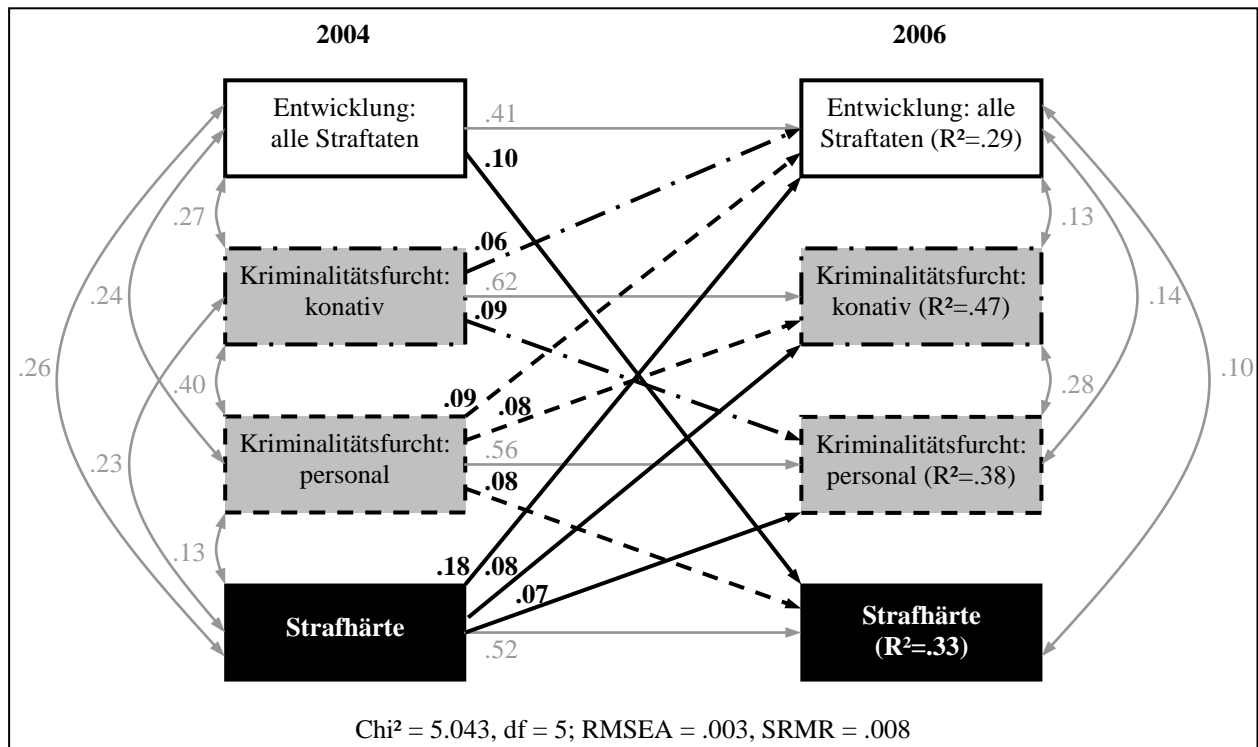
1. Die verschiedenen Einschätzungen sind zeitlich recht stabil. Personen, die im Jahr 2004 bspw. eine hohe Kriminalitätsfurcht gezeigt haben, tun dies auch im Jahr 2006. Die höchste Stabilität ist dabei für die konative Kriminalitätsfurcht zu beobachten ($\beta = .62$), die niedrigste für die Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung ($\beta = .41$). Dies überrascht nicht, wenn unterstellt werden kann, dass diese Einschätzung von der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung bzw. der Berichterstattung hierüber beeinflusst wird. Persönliche Dispositionen, zu denen Furchtwahrnehmungen teilweise zugerechnet werden können, ändern sich hingegen weniger stark durch solch äußere Einflüsse.
2. Alle Wahrnehmungen hängen zum ersten Messzeitpunkt (Erhebung 2004) miteinander zusammen, so wie dies bereits in Tabelle 4.18 berichtet wurde. Der stärkste Zusammenhang besteht zwischen den beiden Furchteinschätzungen. Auch im Jahr 2006 gibt es signifikante Korrelationen, jedoch nicht mehr zwischen allen Einschätzungen. Zu beachten ist dabei, dass die Korrelationen des Erhebungszeitpunktes 2006 nicht mehr einfach nur als Zusammenhänge zwischen zwei Konstrukten zu interpretieren sind. Die Einschätzungen des Jahres 2006 werden teilweise durch Einschätzungen des Jahres 2004 erklärt; der nicht erklärte Teil korreliert weiterhin – zumindest bei einigen Konstrukten – miteinander. Anschaulich lässt sich dies mit Blick auf die Furchteinschätzungen verdeutlichen: Die Einschätzungen des Jahres 2006 werden durch die Furchtwerte zwei Jahre vorher teilweise erklärt (z.B. die konative Kriminalitätsfurcht zu 47 %). Dennoch bleibt ein nicht unwesentlicher Anteil der Varianz der Furcht des Jahres 2006 unerklärt. Es kann nun angenommen werden, dass es Faktoren gibt, die nicht im Modell berücksichtigt sind und die sowohl die konative als auch die personale Kriminalitätsfurcht des Jahres 2006 zu erklären helfen, z.B. die persönlichen Viktimisierungserfahrungen. Die Korrelation der Fehlerterme von $\phi = .28$ ist so zu deuten.
3. Entscheidend für die Frage der Kausalität sind die Kreuzpfade, d.h. die Beziehungen, die zwischen den Variablen zum Messzeitpunkt 1 (Erhebung 2004) und den anderen Variablen zum Messzeitpunkt 2 (Erhebung 2006) bestehen. Da gleichzeitig der Messzeitpunkt 1 kontrolliert wird, erklären diese Pfade die Veränderung, d.h. die Erhöhung der Furcht, die Verstärkung der Ansicht, Straftaten würden zunehmen sowie die Veränderung der Strafbedürfnisse in Richtung erhöhter Strafhärte. Wie bereits erwähnt, ergeben die Kreuzpfade dabei kein klares Bild. So beeinflusst die konative Kriminalitätsfurcht des Jahres 2004 die personale Kriminalitätsfurcht des Jahres 2006 in nahezu der gleichen Höhe wie die personale Kriminalitätsfurcht des Jahres 2004 die konative Furcht des Jahres 2006 ($\beta = .09$ bzw. $.08$). Die Kreuzpfade zwischen der personalen Furcht und der Strafhärte sind ebenfalls nahezu gleich hoch ($\beta = .08$ bzw. $.07$); allerdings beeinflusst die konative Furcht die Strafhärte nicht, wohl aber die Strafhärte die konative Furcht ($\beta = .08$). Vergleichsweise klare Befunde ergeben sich für die Einschätzung aller Straftaten: Diese werden sowohl durch die konative als auch die personale Furcht erklärt, einen gegenläufigen Effekt gibt es hier nicht, so dass geschlossen werden kann, dass die Kriminalitätsfurcht eine Ursache der Einschätzung der

²⁸ Dies erscheint deshalb gerechtfertigt, weil die Anzahl an Indikatoren je Konstrukt sehr unterschiedlich ist. Die wahrgenommene Entwicklung aller Straftaten wurde bspw. nur mit einem Item, die personale Kriminalitätsfurcht hingegen mit sechs Items gemessen.

²⁹ Zur besseren Lesbarkeit wurden Teile des Modells unterschiedlich graphisch gestaltet. Mit der unterschiedlichen Gestaltung ist keine inhaltliche Information verbunden. Fett dargestellte Pfade stehen also bspw. nicht für einen starken Einfluss o.ä.

Kriminalitätsentwicklung darstellt und nicht umgekehrt. Das Allgemeinere (die Furcht) erklärt das Spezielle (die Entwicklungseinschätzung), wie das vermutet wurde. Für die Beziehung zwischen der Strafhärte und der Entwicklungseinschätzung ergeben sich ähnliche Befunde. Die Strafhärte beeinflusst die Entwicklungseinschätzung stärker ($\beta = .18$) als dies umgekehrt der Fall ist ($\beta = .10$). Gleichwohl gibt es hier einen in die Gegenrichtung zielenden Einfluss, so dass durchaus von einer gegenseitigen Beeinflussung dieser Wahrnehmungen gesprochen werden kann.

Abbildung 4.14: Längsschnittmodell zur Erklärung der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung, der Kriminalitätsfurcht und der Strafhärte (abgebildet: standardisierte Koeffizienten; alle Pfade signifikant bei $p < .05$)

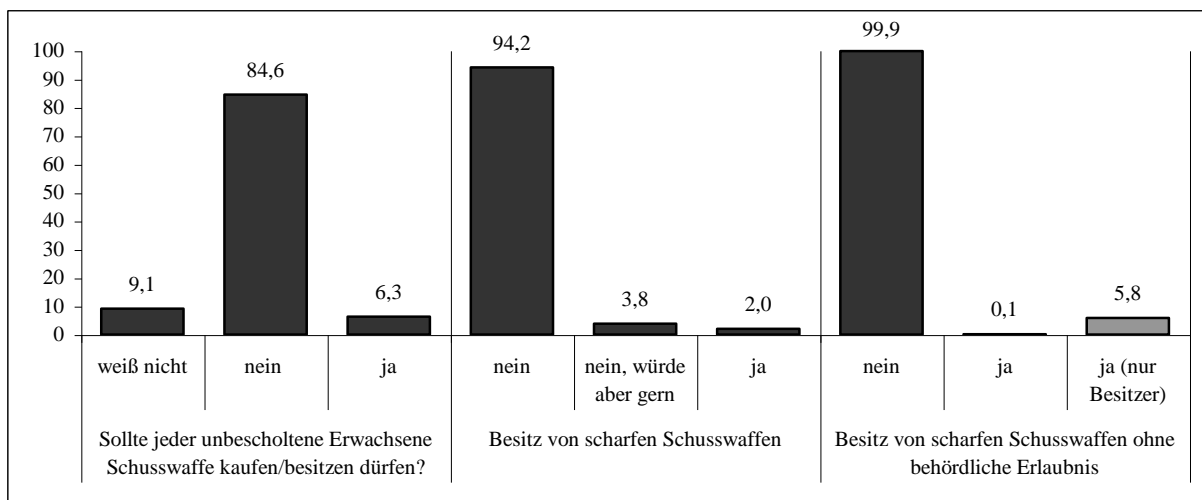


Zusammenfassend kann damit zur Frage der Ursache-Wirkungs-Beziehungen geschlossen werden, dass zumindest die Kriminalitätsfurcht ein Ursachenfaktor der Entwicklungseinschätzung darstellt. Die Strafhärte und die Furcht ebenso wie die Strafhärte und die Entwicklungseinschätzung stehen in einem wechselseitigen Einflussverhältnis. Das Verhältnis von personaler und konativer Furcht betrachtend lässt sich gleichfalls folgern, dass wechselseitige Einflüsse vorhanden sind. Es gilt damit, dass sowohl die Furcht vor Übergriffen zu Vermeidungsverhalten führt wie wiederum das Vermeidungsverhalten die Furcht steigert. Insgesamt verdeutlichen die Befunde, dass die Kausalbeziehungen zwischen den verschiedenen Variablen weitestgehend keine klare Richtung anzeigen. Zu beachten ist allerdings, dass die Befunde nur auf einer eher kleinen Stichprobe beruhen. Weitere Längsschnittstudien zur Identifikation der Kausalstruktur scheinen daher unbedingt geboten.

Exkurs: Waffenbesitz

In der Befragung 2010 wurden erstmalig auch Fragen zum Besitz von Schusswaffen gestellt. Im Fragetext wurde dabei ausdrücklich darauf verwiesen, dass „scharfe“ Schusswaffen gemeint sind und nicht Schreckschuss-, Reizstoff-, SoftAir- oder Paintball-Waffen bzw. Luftdruck- oder CO₂-Waffen. Das wesentliche Interesse bestand darin, erstmalig Informationen zur Verbreitung des Besitzes von Schusswaffen sowie des Besitzes von illegalen Schusswaffen (Besitz ohne behördliche Erlaubnis) zu erhalten. Da es sich hierbei um eine sehr sensible Frage handelt – die Frage nach dem Besitz illegaler Schusswaffen stellt eine Erhebung delinquenten Verhaltens dar – wurde sie mit einer allgemeinen Frage nach der Einstellung zur Veränderung des derzeitigen Waffenrechts eingeleitet. Die Befragten sollten dabei angeben, ob sie dafür wären, dass deutsche Waffenrecht dahingehend umzugestalten, dass jeder unbescholtene Erwachsene eine Schusswaffe kaufen und besitzen darf. Abbildung 4.15 zeigt, dass sich 84,6 % aller Befragten gegen eine solche Veränderung aussprechen. Eine Liberalisierung des Waffenrechts stößt in der Bevölkerung also auf breite Ablehnung. Nur 6,3 % der Befragten äußerten sich uneingeschränkt für eine solche Novelle, 9,1 % konnten keine klare Stellung hierzu beziehen („weiß nicht“). Die Befürworter sind dabei in überproportionalem Maße männliche bzw. jüngere Befragte.

Abbildung 4.15: Einstellungen zu Schusswaffen bzw. Besitz von Schusswaffen (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



An die Frage nach der Akzeptanz der Änderung des Waffenrechts schloss sich die Frage an, ob man selbst scharfe Schusswaffen besitzt. Da davon ausgegangen werden konnte, dass nur sehr wenige Befragte vom Besitz von Schusswaffen berichten, haben wir als zusätzliche Antwortoption angeboten, dass man zwar keine Waffen hat, sich deren Besitz aber wünschen würde. Im Ergebnis zeigt sich, dass jeder 50. Bundesbürger eine Schusswaffe besitzt (2,0 %). Wir wissen hier jedoch nicht, ob der Besitz durch die Ausübung eines Berufes legitimiert ist. Es zeigt sich aber, dass 94,2 % der Besitzer von Schusswaffen eine behördliche Erlaubnis für die Waffe(n) berichten; d.h. 5,8 % der Besitzer bzw. 0,1 % aller Bundesbürger haben auf eine Waffe ohne behördliche Erlaubnis Zugriff.³⁰ Der Anteil an Personen, die keine Schusswaffe

³⁰ Bei der Abfrage der behördlichen Erlaubnis wurden folgende zwei ja-Antworten angeboten: „ja“ und „ja, aber nur für einen Teil“. Die zweite ja-Antwort sowie die Antwort „nein“ wurden hier zusammen gefasst, da auch wenn für einen Teil der Schusswaffen eine Erlaubnis vorliegt, dies für den anderen Teil nicht gilt; unser Interesse gilt aber genau diesem Anteil.

besitzen, sich ihren Besitz aber wünschen, fällt doppelt so hoch aus wie der Anteil der Besitzer (3,8 %).

Von den Besitzern einer scharfen Schusswaffe sprechen sich 38,5 % für eine Liberalisierung des Waffenrechts in Deutschland aus (53,8 % dagegen). Bei den Nicht-Besitzern von Waffen sind die Gegner einer Gesetzänderung deutlich in der Überzahl (87,7 %); nur 3,6 % sprechen sich für ein verändertes Waffenrecht aus. Interessant ist zudem, dass der Anteil der Befürworter einer Liberalisierung nicht in der Gruppe der Schusswaffenbesitzer, sondern in der Gruppe der Nicht-Besitzer mit Waffenwunsch am höchsten ausfällt: 57,7 % der Personen, die keine Waffe haben, sich diese aber wünschen, sind für eine Gesetzesänderung, nur 23,6 % sind dagegen.

Nachfolgend möchten wir die Gruppe der Besitzer von Schusswaffen bzw. derjenigen, die sich eine Schusswaffe wünschen, noch etwas intensiver betrachten. In Tabelle 4.19 sind hierzu verschiedene demographische Variablen berichtet. Da die Nicht-Besitzer von Schusswaffen, die sich auch eine solche nicht wünschen, die große Mehrheit der Befragten stellen, weicht ihre demographische Zusammensetzung nur geringfügig von der Zusammensetzung der Gesamtstichprobe ab. Auffällig ist nur, dass sich etwas mehr Frauen in dieser Gruppe befinden (53,4 % zu 51,4 % in der Gesamtstichprobe). Dies bedeutet gleichzeitig, dass sich in den anderen beiden Gruppen mehr männliche Befragte befinden müssen. Dies bestätigt sich eindrücklich: Von den Besitzern von Schusswaffen sind 78,1 % männlichen Geschlechts, von den Nichtbesitzern mit Waffenwunsch sogar 84,0 %. Für diese Nicht-Besitzer mit Waffenwunsch zeigt sich zudem, dass sie häufiger ein jüngeres Alter und eine niedrige Bildung aufweisen: 39,5 % sind bis 35 Jahre alt (Gesamtstichprobe: 25,0 %), 52,8 % haben eine niedrige Bildung (Gesamtstichprobe: 44,8 %). Bezüglich der Besitzer der Schusswaffen ergibt sich für das Bildungsniveau ein vergleichbarer Effekt: Sie besitzen häufiger eine niedrige Bildung (64,6 %) als Personen der Gesamtstichprobe. Beim Alter ist hingegen festzustellen, dass die Besitzer besonders häufig über 60 Jahre alt sind: 53,1 % der Besitzer weisen ein solches Alter auf, in der Gesamtstichprobe sind es nur 30,9 %, in der Gruppe der Nicht-Besitzer mit Waffenwunsch sogar nur 14,5 %. Bei diesen handelt es sich also primär um junge Männer, bei den Besitzern um ältere Männer.

Tabelle 4.19: Demographische Zusammensetzung der Gruppen der Besitzer und Nicht-Besitzer von Schusswaffen (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)

	Besitz von scharfen Schusswaffen			Gesamtstichprobe
	nein	nein, würde aber gern	ja	
Männer	46,6	84,0	78,1	48,6
Frauen	53,4	16,0	21,9	51,4
Niedrige Bildung	43,8	52,8	64,6	44,8
Mittlere Bildung	28,4	22,4	15,4	27,9
Hohe Bildung	27,7	24,8	20,0	27,4
bis 35 Jahre	24,9	39,5	6,3	25,0
36 bis 60 Jahre	44,1	46,0	40,6	44,1
älter als 60 Jahre	31,0	14,5	53,1	30,9

Zwischen dem Besitz bzw. dem Wunsch des Besitzes von Schusswaffen und den kriminalitätsbezogenen Einschätzungen gibt es Zusammenhänge, wie die Befunde von OLS-Regressionsanalysen zeigen (Tabelle 43.20). Auf dieses Verfahren wurde nicht deshalb zurückgegriffen, weil wir der Ansicht sind, dass der Besitz bzw. der Wunsch des Besitzes ein

Ursachenfaktor ist; über den Ursache-Wirkung-Zusammenhang ließe sich hier sicherlich stärker diskutieren als bei den in den nachfolgenden Abschnitten präsentierten Variablen. Das Verfahren kommt zur Anwendung, weil sich die Gruppen u.a. im Hinblick auf das Alter und das Geschlecht deutlich voneinander unterscheiden. Um deshalb Zusammenhänge nicht zu über- oder zu unterschätzen, bietet es sich an, die demographischen Variablen konstant zu halten, was im Rahmen multivariater Auswertungen möglich ist.

Die Effekte der demographischen Variablen sind teilweise bereits bekannt bzw. werden im vierten Abschnitt ausführlicher untersucht, weshalb an dieser Stelle nur der Einfluss des Besitzes von Schusswaffen betrachtet werden soll. Hier zeigt sich, dass Besitzer von Schusswaffen bzw. Personen, die sich den Besitz wünschen, im Vergleich zur Gruppe der Nicht-Besitzer seltener ein Vermeidungsverhalten (konative Furcht) aufweisen; die Effekte werden jedoch nicht als signifikant ausgewiesen. Bezüglich der Signifikanz ist jedoch zu berücksichtigen, dass beide Gruppen mit geringen Fallzahlen besetzt sind (Besitzer: 65 Personen, Nicht-Besitzer mit Wunsch nach Waffe: 125 Personen). Bei den anderen drei Variablen finden sich zumindest für die Gruppe der Nicht-Besitzer mit Waffenwunsch signifikante Effekte; für die Besitzer sind in der Richtung vergleichbare Effekte vorhanden, die aber nicht signifikant sind. Die aufgeführten Koeffizienten bedeuten, dass Personen, die sich eine Schusswaffe wünschen, eine höhere personale Furcht berichten, strahärter eingestellt sind und einen stärkeren Anstieg der Kriminalität in Bezug auf alle Straftaten wahrnehmen als die Nicht-Besitzer. Die Frage, ob der Besitzwunsch tatsächlich Ursache oder doch eher Folge entsprechender Einschätzungen ist, soll, wie bereits ausgeführt, an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden.

Tabelle 4.20: Einflussfaktoren der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung, der Kriminalitätsfurcht und der Strafhärte (OLS-Regression; gewichtete Daten; Befragung 2010; abgebildet: B)

	konative Furcht	persönliche Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
nein	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
nein, würde aber gern	-0.311	3.862**	4.788*	5.124**
ja	-2.176	1.362	4.211	2.437
Männer	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Frauen	17.002***	2.885***	-0.886	4.063***
West/Berlin	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Ost	2.812*	0.271	6.245***	0.981
Niedrige Bildung	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung	-1.401	0.247	-1.870*	-1.947*
Hohe Bildung	-4.922***	-1.416*	-8.992***	-5.903***
Alter	0.291***	0.042**	-0.007	0.030
Konstante	0.619	9.558***	72.003***	66.084***
N	3219	3201	3207	3182
Korr. R²	0.182	0.022	0.043	0.034

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

5. Demographie und Status

Im vorangegangenen Abschnitt hat sich bereits an verschiedenen Stellen gezeigt, dass das Geschlecht, das Alter, der Bildungshintergrund oder die regionale Herkunft mit den verschiedenen kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen, Gefühlen und Einstellungen zusammen hängen. In diesem Abschnitt sollen diese Befunde ausführlicher vorgestellt werden, wobei auch Interpretationen für die beobachteten Zusammenhänge bzw. Unterschiede angeboten werden. Zusätzlich sollen weitere, die demographische Situation bzw. den sozialen Status beschreibende Variablen daraufhin untersucht werden, ob sie einen Bezug zu den verschiedenen Einschätzungen aufweisen. Hierzu zählen u.a. der Familienstand sowie objektive und subjektive Stauseinstufungen. Wir beschränken die Analysen dabei auf die Daten der Erhebung 2010, da in dieser Befragung die Demographie- und Statusvariablen am umfangreichsten erfragt worden sind.

5.1. Demographische Variablen

Für die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen demographischen Variablen und kriminalitätsbezogenen Einstellungen und Wahrnehmungen wird sich, wie bereits ausgeführt, auf die Untersuchung von vier Variablen konzentriert: die personale Kriminalitätsfurcht, die konative Kriminalitätsfurcht (Vermeidungsverhalten), die Strafhärte und die eingeschätzte Entwicklung aller Straftaten. Da bei allen Variablen unterschiedliche Antwortvorgaben angeboten wurden, haben wir, um die Darstellung zu vereinfachen, alle Antworten so umkodiert, dass sie zwischen 0 und 100 variieren können; „0“ bedeutet also keine Furcht, keine Strafhärte, starker wahrgenommener Rückgang der Straftaten, „100“ höchste Furcht, volle Zustimmung zur Strafhärte, hoher Anstieg der Straftaten.

Vergleichen wir anhand dieser vier Indikatoren zunächst die Angaben der männlichen und weiblichen Befragten miteinander (Tabelle 5.1), so zeigt sich, dass Frauen eine deutlich höhere konative Kriminalitätsfurcht aufweisen als Männer, sie schränken sich in ihrem Verhalten also sehr viel stärker ein. Vergleichbare Befunde berichtet Dittmann (2008). Ebenfalls signifikante Geschlechterunterschiede finden sich für die personale Furcht und die wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung. Bei beiden Variablen weisen Frauen die höheren Werte auf, fürchten sich also stärker vor Übergriffen und gehen von einem stärkeren Kriminalitätsanstieg aus. Hinsichtlich der Strafhärte kehrt sich der Geschlechterunterschied um (nicht signifikant), männliche Befragte fordern etwas härtere Strafen als weibliche Befragte.

Neben dem Geschlecht erweist sich auch das Alter der Befragten als Einflussfaktor der Einschätzungen, insbesondere der konativen Furcht. Ältere Befragte (über 60 Jahre) erzielen einen um 16 Punkte höheren Furchtwert als bis 35jährige Befragte. Bezüglich der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung sind es ebenfalls die älteren Befragten, für die höhere Werte zu berichten sind. Dabei werden vor allem die Unterschiede zur jüngeren Altersgruppe jeweils als signifikant ausgewiesen.

Eine Begründung dafür, warum Frauen und ältere Befragte höhere Kriminalitätsfurcht zeigen, kann mit der Vulnerabilitätsthese gegeben werden. Diese nimmt an, dass Personen mit höhe-

rer Verletzlichkeit durch geringere Selbstverteidigungsfähigkeiten, die Antizipation gravierenderer Konsequenzen und ein größeres Risikobewusstsein gekennzeichnet sind (vgl. Kreuter 2002; Liu et al. 2009; Pantazis 2000); dies wiederum schlägt sich in einer höheren Furcht nieder. Sowohl Frauen als auch ältere Menschen stellen aus Sicht der Täter „einfachere“ Opfer dar, da sie in der Regel körperlich unterlegen sind und sich bei Angriffen schwerer verteidigen können. Um diese Eigenschaften der Verletzlichkeit wissen die Opfer, antizipieren ein höheres Viktimisierungsrisiko und gehen im Falle einer Opferwerdung von schwerwiegenden Folgen aus. Frauen kalkulieren bei den möglichen Folgen einer Viktimisierung zudem sexuelle Übergriffe mit ein: „Sexual assault may ‚shadow‘ other types of victimization among women“ (Ferraro 1995, S. 87). Älteren Menschen wird darüber hinaus eine geringere Regenerationsfähigkeit zugeschrieben (Kreuter 2002).³¹

Der Befund, dass sich die Geschlechter hinsichtlich der Strafhärte nur gering voneinander unterscheiden, wird auch in anderen Studien berichtet (vgl. Applegate 1997, S. 64ff). Allerdings existieren ebenfalls Forschungsbefunde, nach denen Frauen signifikant weniger punitiv eingestellt sind als Männer (u.a. Borg 1997; Kühnrich/Kania 2005). Weiter oben bei der Betrachtung der Einstellung zur Todesstrafe hatte sich dies auch in unseren Daten gezeigt. Die Art des verwendeten Indikators scheint für das Auffinden von Geschlechterunterschieden in der Punitivität also von besonderer Relevanz zu sein. Zu beachten ist zudem, dass zwischen der Kriminalitätsfurcht und der Strafhärte Zusammenhänge bestehen und dass Frauen eine höhere Furcht aufweisen. Würde das Furchtniveau konstant gehalten, würden sich für Frauen auch in Bezug auf das hier untersuchte Maß der Strafhärte signifikant niedrigere Werte ergeben, wie lineare OLS-Regressionen zeigen (nicht abgebildet). In Bezug auf die Strafhärte kann damit letztlich von einem geringeren Zustimmungsniveau weiblicher Befragter im Vergleich zu männlichen Befragten ausgegangen werden.

Tabelle 5.1: Kriminalitätsfurcht, Strafhärte und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung nach Geschlecht und Alter (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010)

		konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Geschlecht	männlich	33.0	14.7	75.4	71.0
	weiblich	51.0	17.5	74.3	74.9
	t-Wert	-21.366***	-6.476***	1.504	-5.950***
Alter	1) bis 35 Jahre	36.1	15.4	73.0	70.5
	2) 36 bis 60 Jahre	38.9	15.5	75.4	73.6
	3) älter als 60 Jahre	52.1	17.7	75.4	74.2
	F-Wert	118.584***	10.964***	4.299*	10.433***
	Signifikante Gruppenunterschiede (p < .05) ¹	1/2, 1/3, 2/3	1/3, 2/3	1/2, 1/3	1/2, 1/3

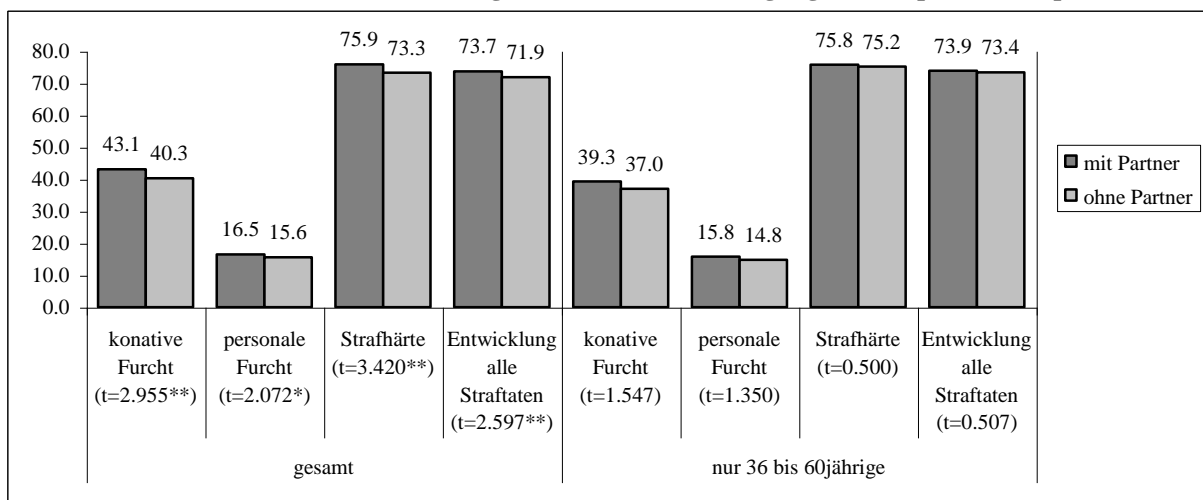
¹ Die Signifikanz der Gruppenunterschiede wurde mittels des Dunnett-T3-Tests geprüft; * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Weitere demographische Variablen auf den Zusammenhang mit den Einschätzungen zu prüfen, impliziert folgendes Problem: Diese Variablen können in einer engen Beziehung mit dem Geschlecht oder dem Alter stehen. Ein Beispiel hierfür ist der Familienstand des Befragten. Wie Abbildung 5.1 zeigt, scheint das Zusammenleben mit einem Partner die Einschätzungen derart zu beeinflussen, dass die Furcht, die Strafhärte und die Wahrnehmung, dass die Kriminalität in Deutschland steigt, zunimmt. Zu beachten ist dabei aber, dass ältere Menschen (die

³¹ Es existieren jedoch auch Befunde, die deliktsspezifische Unterschiede hinsichtlich des Einflusses des Alters und des Geschlechts berichten (vgl. Kreuter 2002, S. 38f).

höhere Werte auf diesen Dimensionen haben), häufiger mit einem Partner zusammen leben. Während die bis 35jährigen zu 35,6 % einen festen Partner haben, gilt Gleiches für 71,7 % der über 60jährigen Befragten (36- bis 60jährige: 74,0 %). Das Alter muss also bei der Analyse des Einflusses des Partners berücksichtigt werden. Aus diesem Grund sind in Abbildung 5.1 die Zusammenhänge für eine ausgewählte Gruppe, die 36- bis 60jährigen, gesondert dargestellt. Die Unterschiede schwächen sich dabei ab; für keine Einschätzung wird letztlich ein signifikanter Einfluss des Zusammenlebens mit dem Partner festgestellt. Der Familienstatus ist unter Berücksichtigung des Alters eines Befragten mithin kein Bedingungsfaktor kriminalitätsbezogener Wahrnehmungen und Einstellungen.

Abbildung 5.1: Kriminalitätsfurcht, Strafhärte und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung nach Zusammenleben mit Partner (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010; * p < .05, * p < .01)**



Für regionale Unterteilungen ergeben sich demgegenüber weniger enge Zusammenhänge mit dem Alter oder dem Geschlecht, das Risiko des Berichtens einer Scheinkorrelation ist also geringer. In Tabelle 5.2 sind zwei regionale Einteilungen vorgestellt. Die Einteilung in ländliche, städtische und großstädtische Gebiete beruht auf der Einwohnerzahl der Gemeinde (Ortsgröße), in der ein Befragter wohnt. Gemeinden unter 10.000 Einwohner werden als ländlich (29,2 % aller Befragten), Gemeinden mit 10.000 bis unter 200.000 Einwohner als städtisch (48,5 % aller Befragten) und Gemeinden ab 200.000 Einwohnern als großstädtisch eingestuft (22,3 % aller Befragten). Die Unterteilung in nord-, west-, süd- und ostdeutsche Gebiete erfolgt entlang der Bundeslandeinteilung. Als „Nord“ werden die Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zusammengefasst, als „West“ die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, als „Süd“ Bayern und Baden-Württemberg; unter „Ost“ wurden die fünf ostdeutschen Bundesländer subsumiert. Berlin wird keinem der vier Gebiete zugeordnet; wenn Auswertungen aber auf den Vergleich von Westdeutschland (Nord, West, Süd) und Ostdeutschland beschränkt werden, wird Berlin Westdeutschland zugeordnet. Die Geschlechterzusammensetzung unterscheidet sich nicht zwischen den Gebietseinheiten; hinsichtlich der Altersgruppen gilt, dass ältere Befragte (über 60jährig) etwas seltener in ländlichen Gebieten und etwas häufiger in städtischen Gebieten leben.

Für die Stadt-Land-Gruppen ergeben sich signifikante Differenzen nur bei der personalen Furcht und der Strafhärte. Personen in städtischen, insbesondere in großstädtischen Gebieten weisen eine höhere personale Furcht auf. Dies ist nicht ganz unerwartet, da in den Großstäd-

ten die Kriminalitätsbelastung höher liegt, im Hell- wie im Dunkelfeld. Diese Höherbelastung ist vor allem auf den höheren Anteil an sozial schlechter gestellten Personen sowie an Personen mit Migrationshintergrund in städtischen Gebieten zurückzuführen (vgl. Baier et al. 2009, S. 65). Die höhere Kriminalitätsbelastung führt anscheinend dazu, dass die Erwartungen, selbst viktimisiert zu werden, in städtischen Gebieten stärker ausgeprägt sind. Interessanterweise gilt dies aber nicht für das Vermeidungsverhalten; d.h. die Bevölkerung in städtischen Gebieten versucht nicht häufiger, möglichen Gefahren aus dem Weg zu gehen.

Hinsichtlich der Strafhärte zeigt sich ein gegenläufiger Effekt: Die Personen in ländlichen und städtischen Gebieten sind strahärter eingestellt als Personen im großstädtischen Raum. Dieses Ergebnis kann z.T. damit erklärt werden, dass in großstädtischen Gebieten deutlich mehr Menschen eine hohe Bildung haben. Eine hohe Bildung senkt zugleich die Strafhärte, d.h. gebildete Menschen sind häufiger der Meinung, dass es nicht unbedingt härterer oder längerer Strafen bedarf (s.u.).

Im Vergleich der Bundesregionen ergeben sich nur bei der konativen Furcht und der Strafhärte signifikante Unterschiede. Süddeutsche und norddeutsche Befragte zeigen seltener Vermeidungsverhalten als west- und ostdeutsche Befragte. Da süd- und norddeutsche Befragten einen wesentlichen Anteil aller von in den alten Bundesländern befragten Personen stellen, fällt der Wert für die alten Bundesländer signifikant niedriger aus als der Wert für die neuen Bundesländer (41,8 zu 44,4). Der Befund einer im Westen höher ausgeprägten Kriminalitätsfurcht findet sich auch in anderen Untersuchungen (Dittmann 2008), wobei sich die Differenzen abzuschwächen scheinen (Reuband 2006, S. 100).

Für die Strafhärte ergibt sich demgegenüber ein konsistenter West-Ost-Unterschied: Die Bewohner der Regionen der alten Bundesländer weisen eine deutlich niedrigere Strafhärte auf als die Bewohner Ostdeutschlands. Zusätzliche Auswertungen zeigen, dass dieser Unterschied in allen drei Altersgruppen zu finden ist. Diese Befunde stehen in Einklang mit anderen Untersuchungen (u.a. Bilsky et al. 1993; Kury/Ferdinand 1999; Reuband 2006). In Ostdeutschland ist das Bedürfnis nach harten Strafen mithin besonders stark ausgeprägt, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass in Ostdeutschland auch autoritäre Einstellungen verbreiteter sind (vgl. Abschnitt 8.2).

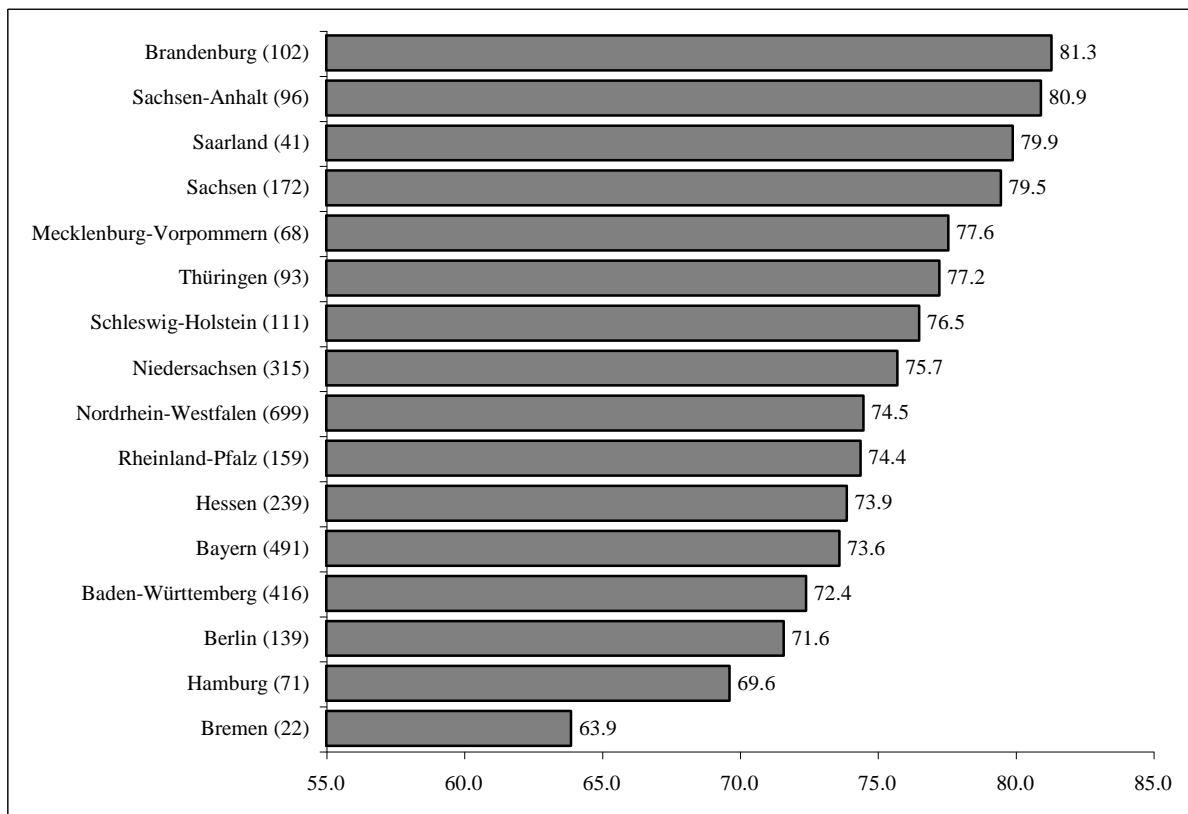
Tabelle 5.2: Kriminalitätsfurcht, Strafhärte und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung nach Region (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010)

		konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Stadt-Land	1) ländlich	41.6	15.0	75.2	74.1
	2) städtisch	43.0	16.0	75.8	72.6
	3) großstädtisch	41.4	17.9	72.2	72.4
	F-Wert	1.253	11.633***	7.823***	2.557
	Sig. Gruppenunterschiede ($p < .05$) ¹	-	1/3, 2/3	1/3, 2/3	-
Region	Nord (ohne Berlin)	39.3	15.7	74.6	73.0
	West (ohne Berlin)	44.2	16.8	74.5	73.8
	Süd (ohne Berlin)	40.3	14.9	73.1	72.0
	West gesamt (inkl. Berlin)	41.8	16.1	73.9	72.9
	Ost	44.4	16.3	79.5	73.4
	t-Wert (West vs. Ost)	-2.106*	-0.367	-6.327***	-0.545

¹ Die Signifikanz der Gruppenunterschiede wurde mittels Dunnett-T3-Tests geprüft; * $p < .05$, ** $p < .01$, *** $p < .001$

Der Ost-West-Unterschied in der Strafhärte zeigt sich ebenfalls, wenn die einzelnen Bundesländer miteinander verglichen werden (Abbildung 5.2). Fünf der sechs Bundesländer mit der höchsten Strafhärte liegen in Ostdeutschland. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt ist die Strafhärte besonders stark ausgebildet. Bei den westdeutschen Bundesländern ergibt sich für das Saarland die höchste Strafhärte. Zu beachten ist dabei allerdings, dass hier nur relativ wenige Personen befragt worden sind, ebenso wie in Bremen (das Gebiet mit der niedrigsten Strafhärte), so dass die Ergebnisse zu diesen Gebieten zurückhaltend zu interpretieren sind. Neben den Stadtstaaten ergibt sich auch für Bayern und Baden-Württemberg eine niedrige Strafhärte der Bevölkerung.³²

Abbildung 5.2: Strafhärte nach Bundesland (Mittelwerte; in Klammern: Fallzahl; gewichtete Daten; Befragung 2010)



5.2. Sozialer Status

Der soziale Status einer Person ist durch verschiedene Merkmale gekennzeichnet. Entsprechend der meritokratischen Triade (Kreckel 1992) sind der Bildungsabschluss, die berufliche Stellung und das Einkommen zentrale Indikatoren zur Bestimmung des sozialen Status. Diese Indikatoren hängen miteinander zusammen, eine hohe Bildung verbessert die Möglichkeiten, einen höheren Berufsstatus zu erwerben und mehr Geld zu verdienen. Gleichzeitig verweisen u.a. Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Rechtsextremismusforschung darauf, dass der objektive Status allein nur bedingt als Einflussfaktor betrachtet werden kann. Wichtiger ist

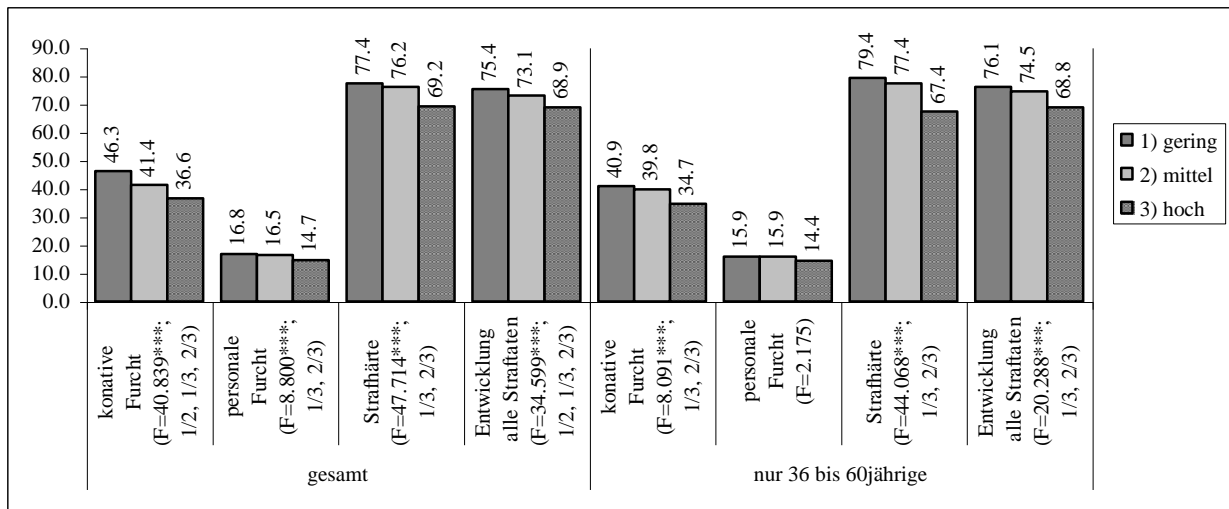
³² Die Bundeslandunterschiede sind kein singulärer Effekt eines unterschiedlichen durchschnittlichen Bildungsniveaus. Werden die Auswertungen bspw. nur auf Befragte mit niedriger Bildung beschränkt, finden sich weiterhin für einige ostdeutsche Bundesländer überdurchschnittliche, für Bayern, Baden-Württemberg oder Berlin unterdurchschnittliche Werte für die Strafhärte.

z.T. die persönliche Einschätzung des Status, d.h. die Wahrnehmung, im Vergleich zu anderen benachteiligt zu sein (vgl. u.a. Rippl/Baier 2005). In diesem Zusammenhang wird von der relativen oder fraternalen Deprivation gesprochen (Wagner/Zick 1998). Nachfolgend werden daher sowohl objektive als auch subjektive Statusindikatoren hinsichtlich des Zusammenhangs mit den kriminalitätsbezogenen Einschätzungen geprüft.

Abbildung 5.3 zeigt, dass der Bildungsabschluss eng mit den Kriminalitätswahrnehmungen und -einstellungen korreliert. Befragte ohne Abschluss bzw. mit Hauptschulabschluss wurden zur „geringen“ Bildungsgruppe (44,8 % aller Befragten), Befragte mit Realschulabschluss zur „mittleren“ Bildungsgruppe (27,9 %), Befragte mit (Fach-)Abitur oder Hochschulabschluss zur „hohen“ Bildungsgruppe (27,4 %) zusammen gefasst. Mit steigender Bildung sinken insbesondere die konative Kriminalitätsfurcht, die Strafhärte und der wahrgenommene Kriminalitätsanstieg. Vor allem im Bezug auf die Strafhärte deckt sich der Befund zum Einfluss der Bildung mit bisherigen Forschungsbefunden (u.a. Applegate 1997; Borg 1997; Hartnagel/Templeton 2008; Serrano-Maillo/Kury 2008). Der Zusammenhang mit der konativen Furcht dürfte teilweise mit einer schichtspezifisch variierenden Vulnerabilität in Zusammenhang stehen. Personen niedriger Bildung sind sicherlich insbesondere von Eigentumsdelikten stärker betroffen als Personen höherer Bildung, da ihre Mittel, den entstandenen Schaden zu ersetzen, begrenzter sind. Zudem können sie sich und ihr Eigentum schlechter schützen und sind, u.a. aufgrund ihrer durchschnittlich schlechteren Wohnlage, häufiger bedrohlichen Situationen ausgesetzt (vgl. Pantazis 2000). All dies motiviert sie dann dazu, häufiger Verhaltensweisen zu vermeiden, die mit dem Risiko eines Übergriffs einher gehen könnten. Bezüglich der Strafhärte ist davon auszugehen, dass die besser gebildeten Personen bestimmte Persönlichkeitseigenschaften besitzen, die sie weniger empfänglich für harte Strafforderungen machen. Eine solche Eigenschaft ist bspw. der Autoritarismus: Autoritäre Einstellungen werden von höher gebildeten Befragten deutlich seltener vertreten als von gering gebildeten Befragten (siehe Abschnitt 8.2.). Wie die Beschränkung auf die 36- bis 60jährigen zeigt, bleiben die Zusammenhänge weitestgehend bestehen, wenn das Alter konstant gehalten wird. Nur für die personale Furcht ergeben sich in der mittleren Altersgruppe keine signifikanten Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Der Bildungseffekt ist also ein stabiler Effekt, der nicht dadurch verursacht wird, dass ältere Personen weit häufiger geringere Bildungsabschlüsse aufweisen als jüngere Personen.³³

³³ Von den bis 35jährigen Befragten haben bspw. 44,8 % eine hohe Bildung, von den über 60jährigen nur 13,6 % (36- bis 60jährige: 27,4 %). Männliche und weibliche Befragte unterscheiden sich dagegen nicht signifikant im Anteil an Personen mit niedriger, mittlerer oder höherer Bildung.

Abbildung 5.3: Kriminalitätsfurcht, Strafhärte und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung nach Bildungsabschluss (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010; * p < .05, ** p < .01, * p < .001; Gruppenunterschiede: Dunnett-T3-Test, p < .05)**



Die berufliche Stellung kann mit unseren Daten nur recht grob abgebildet werden. Informationen zum ausgeführten Beruf bzw. zur konkreten beruflichen Stellung stehen uns nicht zur Verfügung. Wir haben die Befragten lediglich gebeten, anzugeben, ob sie derzeit in Ausbildung, berufstätig usw. sind. Dieser Beschäftigungsstatus ist sehr eng mit dem Lebensalter oder dem Geschlecht konfundiert. In Ausbildung sind überwiegend nur die jüngeren Befragten, in Rente nur die älteren Befragten. Eine Konzentration auf den Haushalt (Hausfrau/Hausmann) findet sich meist nur bei weiblichen Befragten. Aus diesem Grund vergleichen wir hier nur drei Gruppen miteinander: die Vollzeit-, die Teilzeiterwerbstätigen und die Arbeitslosen. Beschränkt wird sich in den Auswertungen auf die 36- bis 60jährigen. Für drei der vier Variablen ergeben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Beschäftigungsgruppen (Tabelle 5.3). Nur für die konative Furcht zeigt sich, dass Teilzeit-Beschäftigte und Arbeitslose signifikant höhere Werte erreichen als Vollzeit-Beschäftigte. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um einen echten Einfluss des Beschäftigungsstatus. Wird die Analyse getrennt für männliche und weibliche Befragte durchgeführt, ergeben sich keine signifikanten Unterschiede mehr. Nur für die männlichen Befragten findet sich für die Arbeitslosen ein etwas erhöhter Furchtwert (nicht signifikant). Der in Tabelle 5.3 dargestellte Befund ist also ein Resultat davon, dass Frauen häufiger als Männer in Teilzeit beschäftigt sind³⁴ und gleichzeitig höhere konative Furcht äußern. Der Beschäftigungsstatus ist damit, zumindest in der von uns erfassten Form, kein Einflussfaktor der verschiedenen Einschätzungen.

Recht ähnlich sind die Ergebnisse mit Blick auf das Einkommen. Erfasst wurde das Haushaltseinkommen. Da die Befragten Teil eines Access-Panels sind, liegen zu allen Befragten Angaben zum Einkommen vor. In anderen Befragungen handelt es sich bei der Frage nach dem Einkommen um eine so sensible Frage, dass für einen nicht geringen Teil fehlende Werte vorhanden sind. Die Frage nach dem Einkommen hat insgesamt 17 Ausprägungen; wir unterscheiden an dieser Stelle jedoch nur vier Gruppen. In die Gruppe der Haushalte unter 1.000 Euro fallen 8,1 % der Befragtenhaushalte, in die Gruppe unter 2.000 Euro 36,4 %, in die Gruppe ab 3.000 Euro 21,4 %. Da das zur Verfügung stehende Einkommen insbesondere vom

³⁴ Frauen im Alter zwischen 36 und 60 Jahren sind zu 30,8 % vollzeit berufstätig, Männer zu 78,9 % (Teilzeit: Frauen 38,5 %, Männer 3,9 %; arbeitslos: Frauen 4,4 %, Männer 5,5 %).

Alter und vom Bildungsstand eines Befragten abhängt, sind in Tabelle 5.3 nur die Werte für die 35- bis 60jährigen Personen mit mittlerem Bildungsabschluss abgebildet.³⁵ Zwar ergeben sich für die konative und die personale Furcht sowie für die wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung signifikante Unterschiede; gleichwohl werden aber keine Paarvergleiche bzw. im Fall der Entwicklung nur ein Paarvergleich als signifikant ausgewiesen. Personen mit niedrigerem Einkommen haben eine etwas höhere Furcht bzw. gehen eher davon aus, dass die Kriminalität in Deutschland ansteigt. Bei der Strafhärte findet sich hingegen ein etwas stärkerer Einfluss des Einkommens: Personen mit mindestens 3.000 Euro Einkommen sind deutlich milder eingestellt als Personen mit niedrigerem Einkommen – und dies ist kein Effekt des Bildungsniveaus, da nur Personen mit mittlerer Bildung in die Auswertungen einbezogen worden sind. Der Zusammenhang findet sich sowohl für männliche als auch für weibliche Befragte.

Eine Erklärung für diesen Zusammenhang könnte sein, dass Personen mit niedrigerem Einkommen grundsätzlich eine stärkere Bedrohung durch kriminelles Verhalten wahrnehmen. So würde bspw. ein Diebstahl der geringeren, dem Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel schwerer ins Gewicht fallen als bei Haushalten mit höherem Einkommen. Haushalte mit höherem Einkommen können sich demgegenüber Ersatz für gestohlene Güter leisten, so dass für sie die Notwendigkeit einer harten Bestrafung der Täter weniger gegeben ist.

Tabelle 5.3: Kriminalitätsfurcht, Strafhärte und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung nach Beschäftigungsstatus und Einkommen (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010)

		konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Beschäftigungsstatus (nur 35- bis 60jährig)	1) Vollzeit	33.5	14.7	74.2	73.4
	2) Teilzeit	44.7	16.0	76.4	74.9
	3) arbeitslos	41.4	14.3	77.8	71.6
	F-Wert	26.733***	1.463	1.874	1.240
	Signifikante Gruppenunterschiede ($p < .05$) ¹	1/2, 1/3	-	-	-
Einkommen (nur 35- bis 60jährig; nur mittlere Bildung)	1) unter 1000 Euro	37.1	18.5	81.5	75.7
	2) unter 2000 Euro	44.6	18.0	80.4	76.6
	3) unter 3000 Euro	37.6	14.7	78.6	75.2
	4) 3000 Euro und mehr	38.5	14.8	70.8	70.4
	F-Wert	2.834*	2.781*	6.882***	2.985*
	Signifikante Gruppenunterschiede ($p < .05$) ¹	-	-	1/4, 2/4, 3/4	2/4

¹ Die Signifikanz der Gruppenunterschiede wurde mittels Dunnett-T3-Tests geprüft, * $p < .05$, ** $p < .01$, *** $p < .001$

Bislang wurden nur objektive Status- bzw. demographische Variablen betrachtet. Wie aber bereits erwähnt, existieren Hinweise darauf, dass die objektiven Bedingungen für bestimmte Einstellungen und Verhaltensweisen weniger relevant sind als die subjektiven Wahrnehmungen dieser Bedingungen. Um den subjektiven Status zu erfassen, haben wir den Befragten daher zwei Fragen zur Beantwortung vorgelegt:

1. „Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Wie viel, glauben Sie, bekommen Sie persönlich?“ Als Antwort stand zur Verfügung „mehr als den gerechten An-

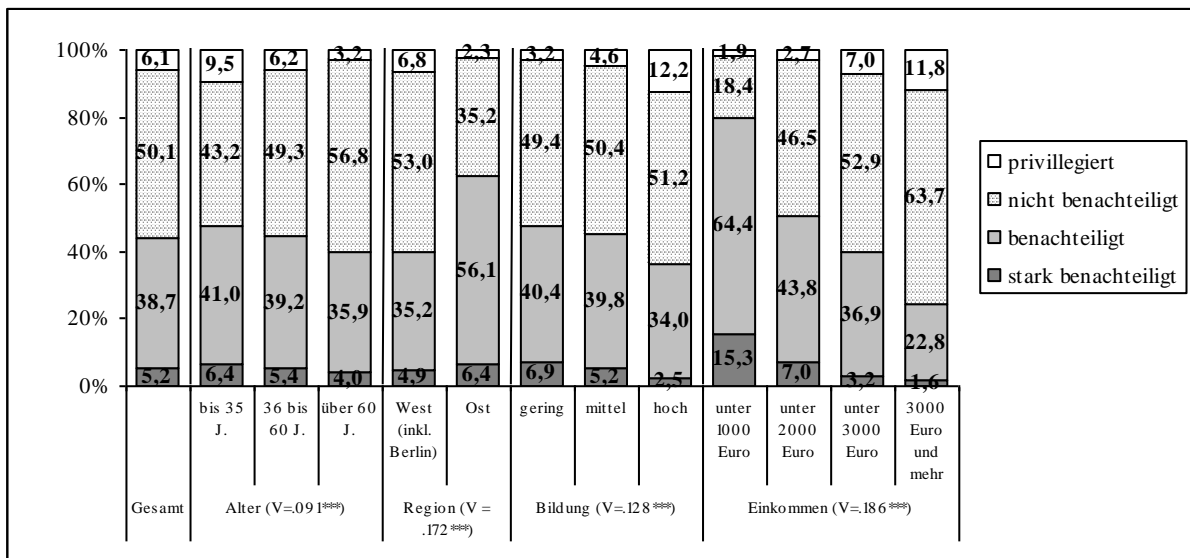
³⁵ Die Korrelation zwischen dem Alter (gruppiert) und dem Einkommen beträgt $-.18^{***}$ (Spearman's Rho), zwischen dem Bildungsstand und dem Einkommen $.24^{***}$, zwischen dem Geschlecht und dem Einkommen hingegen nur $-.09^{***}$. Dass der Geschlechterunterschied beim Einkommen geringer ausfällt, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass nach dem Haushaltseinkommen, nicht nach dem individuellen Einkommen gefragt wurde.

teil“, „den gerechten Anteil“, „weniger als den gerechten Anteil“ und „weit weniger als den gerechten Anteil“.

2. „Wie viel können Sie sich von dem leisten, was Sie möchten?“ Hier konnten die Befragten „alles“, „das Meiste“, „wenig“ und „fast überhaupt nichts“ antworten.

Die Antworten auf beide Fragen korrelieren zu .52 (Spearman's Rho, $p < .001$) miteinander, so dass sie zu einer Skala zusammen gefasst werden können. Hierzu wurde aus beiden Antworten der Mittelwert gebildet; danach wurden vier Gruppen unterschieden. Abbildung 5.4 stellt die Verteilung der subjektiven Statusgruppen für die Gesamtstichprobe und verschiedene Subgruppen dar. Jeweils ein kleiner Teil der Befragten betrachtet sich als privilegiert bzw. als stark benachteiligt (6,1 bzw. 5,2 %). Etwa die Hälfte aller Befragten (50,1 %) stuft sich als nicht benachteiligt ein, kreuzt also im Durchschnitt an, den gerechten Anteil zu erhalten und sich das Meiste leisten zu können. Sehr ausgeprägte Unterschiede existieren zwischen ost- und westdeutschen Befragten sowie zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen. Ostdeutsche Befragte stufen sich zu 62,5 % als (stark) benachteiligt ein, westdeutsche Befragte hingegen nur zu 40,1 %. Der Zusammenhang zwischen der Stufeneinstufung und dem Einkommen belegt, dass subjektive und objektive Einstufungen durchaus in einem engen Verhältnis stehen; Personen mit einem Einkommen ab 3.000 Euro meinen sehr viel seltener (stark) benachteiligt zu sein als Personen mit einem Einkommen unter 1.000 Euro. Allerdings gibt es sowohl in den niedrigen Einkommensgruppen als auch in den hohen Einkommensgruppen Personen, deren subjektive Einstufung von den objektiven Tatsachen abweicht. Auch ärmere Haushalte stufen sich also als nicht benachteiligt ein, während es auch reichere Haushalte gibt, die sich als benachteiligt einstufen. Ältere Befragte sind etwas seltener der Auffassung, benachteiligt zu werden; gleiches gilt für Personen mit einer besseren Bildung.³⁶

Abbildung 5.4: Subjektiver Status nach demographischen und objektiven Status-Variablen (in %; gewichtete Daten; V = Cramers V; * $p < .001$; Befragung 2010)**



Da es die erwähnten Zusammenhänge zwischen der subjektiven Stufeneinstufung und den anderen Variablen gibt, würde ein isolierter Test des Zusammenhangs von subjektiver Einstufung und Kriminalitätswahrnehmungen möglicherweise Scheinkorrelationen zutage fördern.

³⁶ Männliche und weibliche Befragte unterscheiden sich nicht signifikant hinsichtlich ihrer subjektiven Stufeneinstufung.

Aus diesem Grund verzichten wir auf eine bivariate Betrachtung und überprüfen den Einfluss der subjektiven Einstufung jeweils in multivariaten Erklärungsmodellen, die in Tabelle 5.4 dargestellt sind. Diese geben zugleich Auskunft darüber, welche weiteren Status- und demographischen Variablen letztlich in einer signifikanten Beziehung mit den kriminalitätsbezogenen Einschätzungen stehen. Berechnet wurden OLS-Regressionen.

In allen dargestellten Modellen ergibt sich ein signifikanter Einfluss der subjektiven Status-einstufung: Je weniger benachteiligt bzw. je stärker privilegiert sich Befragte einstufen, umso geringer fällt die Furcht, die Strafhärte und der eingeschätzte Kriminalitätsanstieg aus. Ein solch konsistenter Effekt ist sonst für keine der betrachteten Variablen festzustellen. Subjektive Benachteiligungserfahrungen stehen also auch im Bereich der Kriminalität in einem engen Zusammenhang mit Wahrnehmungen und Einstellungen als objektive Indikatoren. Wie dieser Befund erklärt werden kann, ist allerdings unklar. So kann es einen dritten Faktor geben, der sowohl die Benachteiligungseinstufung als auch die kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen beeinflusst, bspw. eine Art Fatalismus oder Pessimismus. Dieser besagt, dass es einem persönlich schlecht geht und dass es auch gesellschaftlich 'bergab' geht. Möglich ist aber auch, dass die Statureinstufung eine echte Ursache der Einschätzungen ist. Wer sich selbst als benachteiligt einstuft, sieht sich stärker einem Übergriffsrisiko ausgesetzt und attestiert sich weniger Kompetenzen im Umgang mit diesen Risiken. Dies erhöht die Kriminalitätsfurcht und führt zu der Ansicht, dass nur härtere Strafen dazu führen, die Täter in die Schranken zu weisen. Bezüglich der Frage, warum subjektive Einstufungen einen Zusammenhang mit den kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen aufweisen, ist daher noch weitere Forschung nötig.

Neben der Statureinstufung erweisen sich das Geschlecht und die Bildung als wichtige Einflussfaktoren: Männliche Befragte und hoch Gebildete fürchten sich weniger vor Kriminalität und schätzen den Anstieg der Kriminalität als geringer ein. Zudem sind hoch gebildete Personen deutlich seltener punitiv eingestellt. Erklärungen für diese Zusammenhänge wurden bereits weiter oben formuliert.

Für alle weiteren Variablen sind die Befunde nicht konsistent. Mit höherem Alter steigt vor allem das Vermeidungsverhalten. In (groß)städtischen Gebieten ist die personale Kriminalitätsfurcht verbreiteter; zudem finden sich in städtischen Gebieten höhere konative Furchtwerte und eine höhere Strafhärte. Ostdeutsche Befragte unterscheiden sich von westdeutschen Befragten nur im Bereich der Strafhärte: Ostdeutsche stimmen den entsprechenden Aussagen signifikant stärker zu als Westdeutsche. Für niedrigere Einkommensgruppen ergeben sich etwas höhere Furchtwerte. Hinsichtlich der Strafhärte und der perzipierten Kriminalitätsentwicklung ist der Einfluss des Einkommens hingegen eher vernachlässigbar. Bei der Strafhärte steht der Befund zum Einkommen in Widerspruch zum Befund der bivariaten Betrachtung in Tabelle 5.3. Es ist daher zu vermuten, dass der Effekt des Einkommens auf die Strafhärte (hohes Einkommen geht mit niedriger Strafhärte einher) weitestgehend durch den Faktor „subjektiver Status“ vermittelt wird. Insofern erweist sich auch in dieser Hinsicht die subjektive Seite der Benachteiligung (oder Privilegierung) als entscheidender als die objektive Seite.

Tabelle 5.4: Einflussfaktoren der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: B; Befragung 2010)

	konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Männer	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Frauen	17.019***	2.680***	-1.106	3.850***
Alter	0.303***	0.040*	-0.006	0.034
ländlich	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
städtisch	1.989*	1.275*	1.982*	-0.858
großstädtisch	0.269	3.412***	0.007	-0.193
West (inkl. Berlin)	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Ost	1.762	0.005	5.886***	0.055
Niedrige Bildung	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung	0.069	0.418	-1.702	-1.608
Hohe Bildung	-2.624*	-0.982	-8.410***	-4.828***
unter 1000 Euro	4.102*	-0.380	-1.280	-3.277*
unter 2000 Euro	4.353***	1.628**	0.496	1.539
unter 3000 Euro	0.409	0.877	1.466	1.517
3000 Euro und mehr	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Subjektiver Status	-3.052***	-2.649***	-1.746**	-2.927***
Konstante	4.889	14.876***	75.712***	74.315***
N	3208	3190	3197	3179
Korr. R²	.202	.051	.045	.045

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

6. Viktimisierung

Als ein wichtiger Bedingungsfaktor der Kriminalitätsfurcht sowie anderer kriminalitätsbezogener Wahrnehmungen und Einstellungen wird die persönliche Erfahrung mit Kriminalität betrachtet. Bereits Skogan (1987) zeigte anhand einer US-amerikanischen Studie, dass das Unsicherheitsgefühl als ein Aspekt der Kriminalitätsfurcht nach dem Erleben eines Übergriffs steigt. Nachfolgestudien konnten den Zusammenhang zwischen der eigenen Viktimisierung und der erhöhten Kriminalitätsfurcht bestätigen (vgl. u.a. Lüdemann 2006; Tseloni/Zarafonitou 2008). Laut Lüdemann (2006) kann dieser Zusammenhang folgendermaßen begründet werden: Um eine Einschätzung darüber zu treffen, wie stark sich vor bestimmten kriminellen Übergriffen zu fürchten ist, muss die Wahrscheinlichkeit des Eintritts entsprechender Ereignisse berechnet werden. Die Informationen, die hierzu herangezogen werden können, stammen einerseits von dritten Personen oder aus der Medienberichterstattung. Andererseits werden eigene Kriminalitätserfahrungen berücksichtigt. Wenn man selbst Opfer eines Übergriffs geworden ist, wird man die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines solchen Ereignisses höher einschätzen, mit der Folge, dass die Kriminalitätsfurcht steigt.

Allerdings sind die bisherigen Forschungsbefunde nicht einheitlich. Zwar berichtet die Mehrheit der Studien einen Zusammenhang zwischen der Viktimisierung und kriminalitätsbezogenen Einschätzungen. Studien, die keinen Zusammenhang finden können, sind aber ebenfalls vorhanden (z.B. Chockalingam/Srinivasan 2009). Verschiedene Studien betrachten den Zusammenhang deshalb in differenzierter Weise. Folgende Befunde erscheinen dabei besonders relevant:

- Länger zurückliegende bzw. einmalige Viktimisierungen haben einen geringeren Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht als kurzzeitig zurückliegende Viktimisierungen bzw. Mehrfachopfererfahrungen. Skogan (1987) berichtet bspw., dass die Kriminalitätsfurcht mit der Anzahl der Viktimisierungen steigt.
- Die Art des erlebten Delikts scheint mit dem Ausmaß an Furcht in Beziehung zu stehen. Direkte Angriffe auf die eigene Person lassen die Furcht weniger ansteigen als indirekte Angriffe (z.B. Wohnungseinbruch). Dies könnte darauf zurückgeführt werden, dass die Erfahrung des indirekten Angriffs stärker generalisiert wird, insofern man von einer anonymen Person geschädigt wurde (vgl. Quann/Hung 2002, Tseloni/Zarafonitou 2008).
- Die Stärke des Zusammenhangs variiert mit der zu betrachtenden abhängigen Variable. Kriminalitätsfurcht lässt sich über verschiedene Indikatoren abbilden; nicht für alle Indikatoren zeigen sich Zusammenhänge mit der Viktimisierung. Bei Lüdemann (2006) verringert die Anzahl der persönlichen Viktimisierungen bspw. nicht das Sicherheitsgefühl im Stadtteil bei Dunkelheit. Tseloni und Zarafonitou (2008) zeigen, dass für das Sicherheitsgefühl zu Hause die Opfererfahrungen weit weniger relevant sind als für andere Unsicherheitsindikatoren.
- Nicht allein die eigene Viktimisierung, sondern auch die Viktimisierung nahe stehender Personen kann die Furcht verstärken. Bei Lüdemann (2006) erhöht die Zahl indirekter Viktimisierungen alle erfassten Aspekte der Furcht, bei Tseloni und Zarafonitou (2008) zumindest die Unsicherheit draußen im Dunkeln und die eingeschätzte Viktimisierungswahrscheinlichkeit.

Auf Basis der bisherigen Befunde wird für die nachfolgenden Auswertungen angenommen, dass Viktimisierungserfahrungen (persönlich oder indirekt) die Kriminalitätsfurcht erhöhen und auch Einfluss auf weitere kriminalitätsbezogene Einschätzungen (Strafhärte, Wahrnehmung der Kriminalitätsentwicklung) haben. Gleichzeitig sollen bei der Untersuchung des Zusammenhangs nicht nur auf Seiten der abhängigen Variablen mehrere Indikatoren einbezogen werden. Auch die Viktimisierungen sollten differenziert betrachtet werden, insofern der Einfluss verschiedener Delikttypen sowie der Einfluss der Mehrfachviktimisierung zu untersuchen ist.

6.1. Opfererfahrungen und Anzeigeverhalten

In den Befragungen der Jahre 2004 und 2006 wurde nach dem Erleben von vier verschiedenen Straftaten gefragt. Zusätzlich befand sich eine Frage danach im Fragebogen, ob eine nahe stehende Person Opfer eines Gewaltübergriffs geworden ist. In Tabelle 6.1 ist der Wortlaut der entsprechenden Aussagen aufgeführt. Im Jahr 2010 wurde auf die Erhebung des Raubs, des Wohnungsdiebstahls und der indirekten Gewaltviktimisierung zugunsten anderer Fragen verzichtet. Zu den Delikten sollte angegeben werden, ob sie mindestens einmal im bisherigen Leben erfahren wurden (Lebenszeitprävalenz) und in welchem Jahr das zuletzt passiert ist. Aus dem Jahr der letzten Viktimisierung lässt sich die Fünf-Jahres-Prävalenz berechnen, d.h. der Anteil an Befragten, die in den fünf Jahren vor der Befragung mindestens ein Delikt erlebt haben.³⁷ In der Befragung des Jahres 2010 wurden zusätzliche Fragen zum zuletzt erlebten Übergriff gestellt. Dabei sollte u.a. angegeben werden, zu welchem Schaden der letzte Diebstahl bzw. die letzte Körperverletzung geführt haben und ob die Polizei darüber informiert wurde.

Tabelle 6.1: Erfassung der Opfererfahrungen im Fragebogen

Delikt	Erfassung	2004	2006	2010
Diebstahl	Gegenstände, Geld oder andere Zahlungsmittel oder andere wichtige Dokumente gestohlen, ohne Gewalt anzudrohen oder zu Hause einzubrechen	L/F	L/F	L/F
Körperverletzung	absichtlich geschlagen, geprügelt, gestoßen oder gewürgt oder mit Schusswaffe, Messer, Stock, Tränengas, Kette oder ähnlichem Gegenstand Verletzung zugefügt	L/F	L/F	L/F
Raub	mit körperlicher Gewalt oder Androhung von Gewalt etwas weggenommen oder dies versucht	L/F	L/F	-
Wohnungseinbruch	ohne Erlaubnis z.B. mit Brecheisen, Nachtschlüssel oder durch Fenster in Wohnung eingedrungen und etwas gestohlen oder dies versucht	L/F	L/F	-
Indirekte Gewaltviktimisierung	Person, die nahe steht (z.B. Familienmitglied, Freund, Nachbar), wurde Opfer eines schweren Gewaltverbrechens (z.B. Mord, Totschlag, Vergewaltigung, schwere Körperverletzung, Raub)	L	L	-

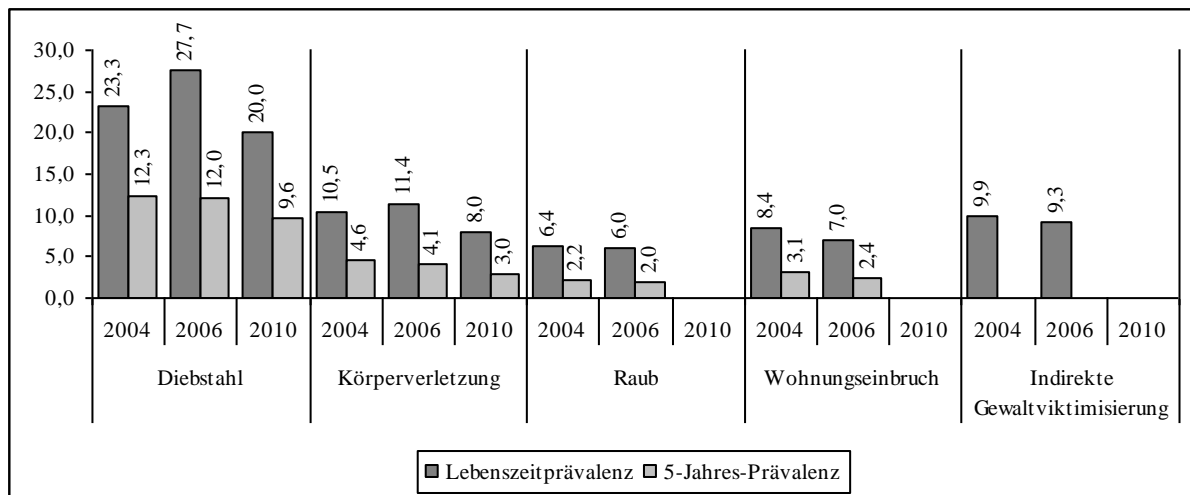
L – Lebenszeitprävalenz erhoben, F – Fünf-Jahres-Prävalenz erhoben, - nicht erhoben

In Abbildung 6.1 ist dargestellt, welcher Anteil an Befragten zu den verschiedenen Erhebungszeitpunkten berichtet hat, Opfer von Straftaten geworden zu sein. Diebstahl kommt demnach am häufigsten vor: Im Jahr 2004 gaben 23,3 % der Befragten an, mindestens einen Diebstahl im bisherigen Leben erfahren zu haben, 2010 waren es etwas weniger (20,0 %). Körperverletzungen und Wohnungseinbrüche sind etwas geringer verbreitet, Rauberfahrungen

³⁷ Für die Befragung 2004 bezieht sich die Fünf-Jahres-Prävalenz damit auf die Jahre 1999 bis 2004, für die Befragung 2006 auf die Jahre 2001 bis 2006, für die Befragung 2010 auf die Jahre 2005 bis 2010.

gen haben die wenigsten Befragten gemacht. Etwa jeder zehnte Befragte gab an, dass eine nahe stehende Person Gewaltübergriffe erlebt hat. Wichtiger als die Lebenszeitprävalenzen sind die Fünf-Jahres-Prävalenzraten, da sich aus diesen in verlässlicher Weise Trends ableiten lassen. Die Lebenszeitprävalenz kann sich nur allmählich verändern, da die Bevölkerungsgruppen, die solche Erfahrungen berichten, in einer zu einem späteren Zeitpunkt erfolgten Befragung weitestgehend noch vorhanden sind und ihre Erfahrungen weiterhin gemacht haben. Die Fünf-Jahres-Prävalenz bezieht sich aber nur auf einen begrenzten Zeitraum; die Raten an Personen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums etwas erlebt haben, können sich daher schneller verändern. Der Vergleich der beiden Jahre 2004 und 2006 zeigt für alle Delikte, dass sich die Fünf-Jahres-Prävalenzen nicht verändert haben. Zwischen diesem kurzen Zeitraum hat es demnach keinen Rückgang der Kriminalität in den untersuchten Bereichen gegeben. Anders verhält es sich, wenn das Jahr 2010 in die Betrachtung einbezogen wird: Die Fünf-Jahres-Prävalenzen liegen sowohl beim Diebstahl als auch bei den Körperverletzungen unterhalb der Raten für 2004 und 2006. In den letzten vier Jahren zeichnet sich also ein Rückgang der Kriminalität im Dunkelfeld ab. Im Bereich des Diebstahls entspricht diese Entwicklung den Trends der Polizeilichen Kriminalstatistik, die zwischen 2005 und 2009 einen Rückgang der Häufigkeitsziffer ausweist (siehe Abschnitt 2). Bei den Körperverletzungen hat es in dieser Zeit in der Polizeistatistik allerdings einen Anstieg gegeben. Dunkelfeld- und Hellfeldentwicklung weichen im Bereich der Gewaltdelikte also voneinander ab, so wie dies auch für die Jugendgewalt festgestellt wurde (vgl. Baier 2008). Eine mögliche Erklärung könnte in einer gestiegenen Anzeigebereitschaft liegen, die dazu führt, dass aus einem rückläufigen Dunkelfeld mehr Taten polizeilich registriert werden.

Abbildung 6.1: Viktimisierungserfahrungen nach Delikt und Erhebungsjahr (in %; gewichtete Daten)



Die Ergebnisse von logistischen Regressionen in Tabelle 6.2 belegen, dass der Rückgang der Fünf-Jahres-Prävalenz beim Diebstahl wie bei der Körperverletzung signifikant ist, und zwar auch dann, wenn die Unterschiede in der Zusammensetzung der einzelnen Stichproben berücksichtigt werden.³⁸ Dass Körperverletzungserfahrungen rückläufig sind, ist also kein Resultat davon, dass in der Stichprobe des Jahres 2010 mehr ältere Befragte sind und dass diese seltener Körperverletzungen berichten. Zwischen den Jahren 2004 und 2006 gibt es einen

³⁸ Koeffizienten über 1 zeigen bei logistischen Regressionsanalysen an, dass das Risiko der Opferschaft durch eine Variable erhöht wird. Werte unter 1 deuten auf eine Verringerung des Risikos hin. Werte nahe 1 bedeuten entsprechend, dass diese Variable keinen Einfluss auf die Opferschaft hat.

leicht rückläufigen, aber keinen signifikanten Effekt. Zusätzliche Auswertungen zeigen darüber hinaus, dass die Prävalenzraten des Jahres 2010 nicht nur signifikant niedriger als die des Jahres 2004, sondern auch als die des Jahres 2006 liegen.

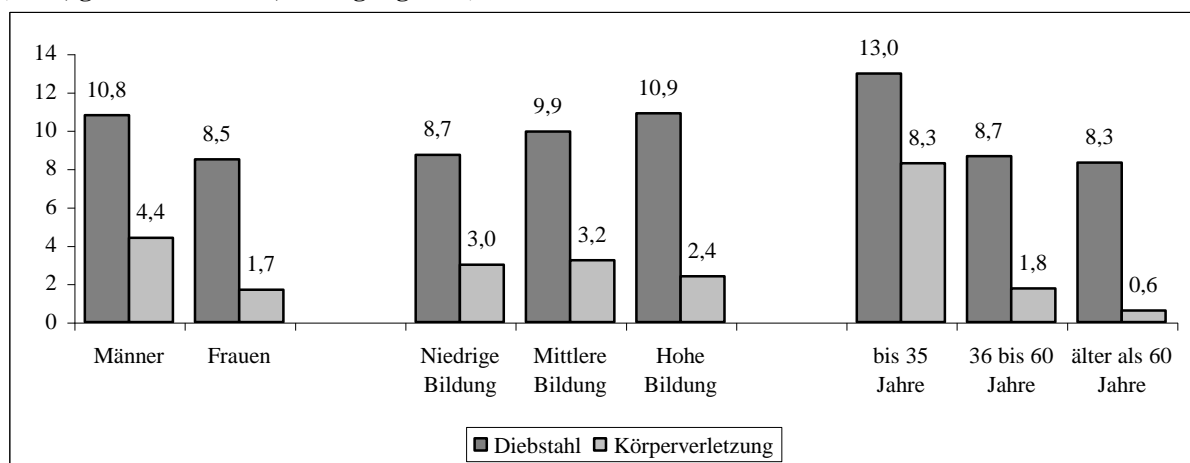
Tabelle 6.2: Einflussfaktoren der Opferschaft, Fünf-Jahres-Prävalenzen (logistische Regression; abgebildet: Exp(B); ungewichtete Daten)

	Diebstahl		Körperverletzung	
	Modell I	Modell Ia	Modell II	Modell IIa
Befragung 2004	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Befragung 2006	0.879	0.848	0.986	0.986
Befragung 2010	0.673***	0.670***	0.475***	0.540***
Männer		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>
Frauen		0.795**		0.361***
Niedrige Bildung		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung		1.145		0.963
Hohe Bildung		1.405**		0.673
Alter		0.990***		0.932***
West/Berlin		<i>Referenz</i>		<i>Referenz</i>
Ost		0.912		0.651
N	6246	6246	6274	6274
Korr. R²	.007	.020	.016	.173

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Die Modelle weisen zudem auf wichtige Unterschiede im Opferrisiko für verschiedene demographische Gruppen hin. Weibliche Befragte sind demnach seltener Opfer von Diebstählen und deutlich seltener Opfer von Körperverletzungen. Eine hohe Bildung erhöht das Risiko, Opfer eines Diebstahls zu werden und senkt das Risiko, Opfer einer Körperverletzung zu werden. Ein höheres Alter hängt mit einem niedrigeren Opferrisiko zusammen; in besonderer Weise gilt dies wieder für die Körperverletzungen. Ost- und westdeutsche Befragte berichten hingegen gleich häufig davon, Viktimisierungen der genannten Art erlebt zu haben. Abbildung 6.2 veranschaulicht die genannten Unterschiede anhand der Fünf-Jahres-Prävalenzen der Befragung 2010. Sehr deutlich stellt sich dabei der Zusammenhang zwischen der Körperverletzung und dem Alter dar: Während bis 35jährige Befragte zu 8,3 % mindestens eine Körperverletzung in den letzten fünf Jahren erlebt haben, sind es bei den über 60jährigen nur 0,6 %, also weniger als ein Zehntel.

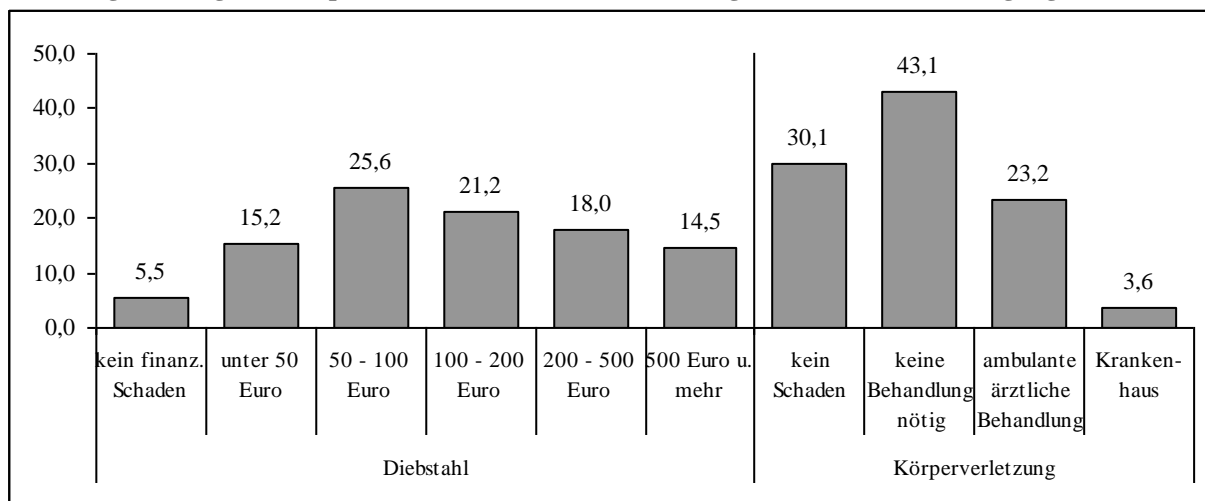
Abbildung 6.2: Viktimisierungserfahrungen (Fünf-Jahres-Prävalenz) nach Geschlecht, Bildung und Alter (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Wie bereits angesprochen, wurden in der Befragung des Jahres 2010 in Bezug auf das zuletzt erlebte Delikte zusätzliche Fragen nach dem entstandenen Schaden bzw. danach, ob die Tat angezeigt wurde, gestellt. Prinzipiell konnten alle Befragten, die bereits einmal in ihrem Leben einen Diebstahl oder eine Körperverletzung erlebt haben, diese Zusatzfragen beantworten. Wir wollen uns aber zunächst auf die Befragten konzentrieren, die in den letzten fünf Jahren Opfer geworden sind, da deren Angaben weniger erinnerungsbedingten Verzerrungen unterliegen dürften. Für die nachfolgenden Auswertungen stehen Angaben von 310 Opfern von Diebstählen und 97 Opfern von Körperverletzungen (in den Jahren 2005 bis 2010) zur Verfügung.

Abbildung 6.3 zeigt, welche Schäden die Opfer dieser Delikte berichteten. Diebstähle führen demnach am häufigsten zu einem Schaden zwischen 50 und 100 Euro; jeder vierte Diebstahl (25,6 %) hatte eine solche Schadenshöhe zur Folge. Zugleich entsteht bei etwa jeder siebten Tat (14,5 %) ein Schaden von 500 Euro und mehr. Bei Körperverletzungen entstehen in jedem dritten Fall keine größeren körperlichen Schäden. In 23,2 % der Fälle ist eine ärztliche Behandlung nötig, die aber ambulant erfolgt ist. Nur etwa jede 30. Tat (3,6 %) führt zu einer Behandlung sowie einem Aufenthalt im Krankenhaus.

Abbildung 6.3: Folgen von Opfererlebnissen nach Delikt (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)

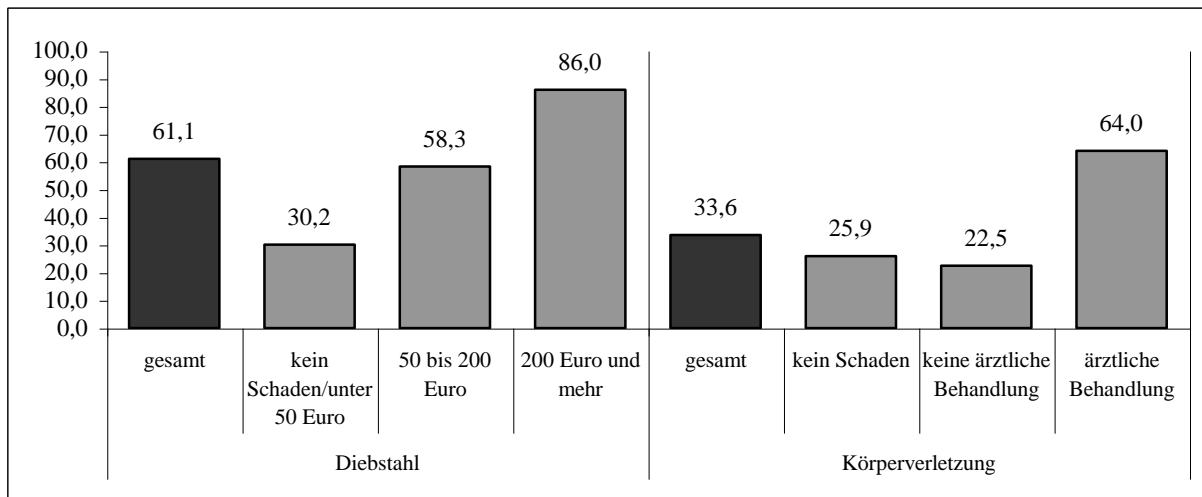


Zur Ermittlung des Anzeigeverhaltens wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob die Polizei über den Vorfall informiert wurde. Wenn dem so ist, dann gehen wir davon aus, dass die Tat zur Anzeige kam. Bezüglich des Anzeigeverhaltens lässt sich erstens zeigen, dass Diebstähle etwa doppelt so häufig der Polizei mitgeteilt werden wie Körperverletzungen (61,1 zu 33,6 %; Abbildung 6.4). Dies kann damit erklärt werden, dass Opfer von Diebstählen nur über die Anzeigerstattung eine Regulierung des entstandenen Schadens erwarten können, also entweder damit rechnen, dass die Polizei den Täter fasst (und das Diebesgut sicher stellt) oder dass eine vorhandene Versicherung für den Schaden aufkommt. Für beide Delikte findet sich zweitens, dass das Anzeigeverhalten mit der Höhe des Schadens zunimmt: Personen, die einen Diebstahl mit einem Schaden ab 200 Euro erlebt haben, haben zu 86,0 % die Polizei informiert, Personen, die eine Körperverletzung mit nachfolgender ärztlicher Behandlung erfahren haben, zu 64,0 %.³⁹ Damit belegen die Auswertungen, dass vor allem schwerwiegendere

³⁹ Zu Gruppe der Opfer mit ärztlicher Behandlung wurden die Personen zusammen gefasst, die eine ambulante bzw. eine Krankenhaus-Behandlung berichtet haben.

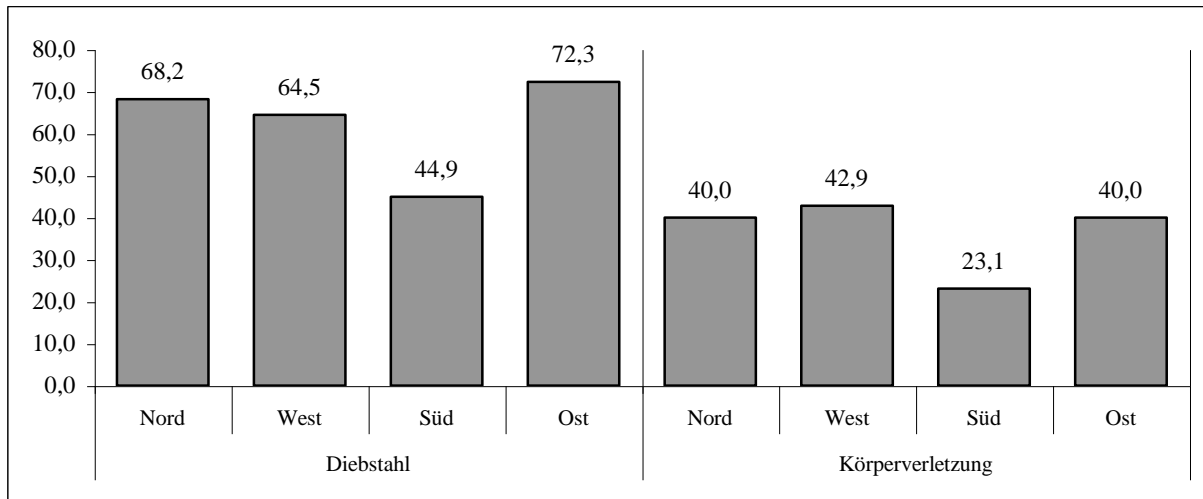
Taten ins polizeiliche Hellfeld gelangen. Gleichwohl verbleibt aber auch ein nicht unerheblicher Anteil der schwereren Viktimisierungen im Dunkelfeld. Warum die Opfer dieser schwereren Taten auf eine Anzeigeerstattung verzichtet haben, kann mit den vorliegenden Daten nicht untersucht werden, weil hierzu keine Frage gestellt wurde.

Abbildung 6.4: Anzeige der Opfererlebnisse nach Delikt (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Das Anzeigeverhalten wurde zudem daraufhin untersucht, ob sich verschiedene Personengruppen diesbezüglich unterscheiden. Dabei haben sich weder für die beiden Geschlechter, noch für die Alters- und Bildungsgruppen signifikante Unterschiede ergeben. Wenn also Frauen Opfer eines Diebstahls oder einer Körperverletzung werden, was generell seltener der Fall ist, dann berichten sie ihr Erlebnis etwa genauso häufig der Polizei wie Männer usw. Ein bemerkenswerter Unterschied, der zumindest beim Diebstahl als signifikant ausgewiesen wird, hat sich aber ergeben: Opfer aus Süddeutschland informieren seltener die Polizei als Opfer aus anderen Regionen Deutschlands (Abbildung 6.5). Dieses Ergebnis findet sich bereits in Befragungen älteren Datums (Pfeiffer/Wetzels 1994) ebenso wie in Befragungen von Jugendlichen (Baier et al. 2009, S. 42f). In Süddeutschland scheinen informelle Streitschlichtungen bzw. der Verzicht auf die Konfliktregulierung demnach verbreiteter zu sein. Dies relativiert die Aussagen der Polizeilichen Kriminalstatistiken, die immer wieder ein deutliches Nord-Süd-Gefälle der Kriminalität mit hohen Belastungen im Norden und niedrigen im Süden zeigen. Im Dunkelfeld haben wir hingegen kein signifikantes Nord-Süd-Gefälle: Im Norden berichteten 8,3 % der Befragten von einem Diebstahl in den letzten fünf Jahren, im Süden waren es 7,7 % (Westen: 10,7 %, Osten: 8,6 %); mindestens eine Körperverletzung haben in dieser Zeit 3,7 % der norddeutschen und 2,9 % der süddeutschen Befragten erlebt (Westen: 2,5 %, Osten: 2,8 %). Eine Erklärung für die niedrigere Anzeigebereitschaft im Süden kann ausgeschlossen werden: Die Schadenshöhen weichen zwischen den Regionen nicht voneinander ab; d.h. ein Opfer in Süddeutschland erfährt bei einem Diebstahl oder einer Körperverletzung einen vergleichbar hohen Schaden wie ein Opfer aus einer anderen Region Deutschlands.

Abbildung 6.5: Anzeige der Opfererlebnisse nach Region (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Eine letzte Auswertung schließt die Ausführungen zum Anzeigeverhalten ab. Die Befragten sollten in der Befragung des Jahres 2010 angeben, in welchem Jahr sie zuletzt einen Übergriff (Diebstahl oder Körperverletzung) erlebt haben. Damit lässt sich eine Pseudo-Trendstudie konstruieren. In Abbildung 6.6 sind dementsprechend Fünf-Jahres-Intervalle abgebildet. Lag das letzte Opfererlebnis in einem Jahr vor 1993, dann gehört ein Opfer zur ersten Gruppe, lag es zwischen 1993 und 1998 zur zweiten Gruppe usw. Zu den Gruppen können jetzt sowohl das Anzeigeverhalten als auch die Schadenshöhe zugeordnet werden, wobei darauf hinzuweisen ist, dass gerade bei den Gruppen mit Erlebnissen vor 2005 wenige Fälle für Auswertungen zur Verfügung stehen.⁴⁰

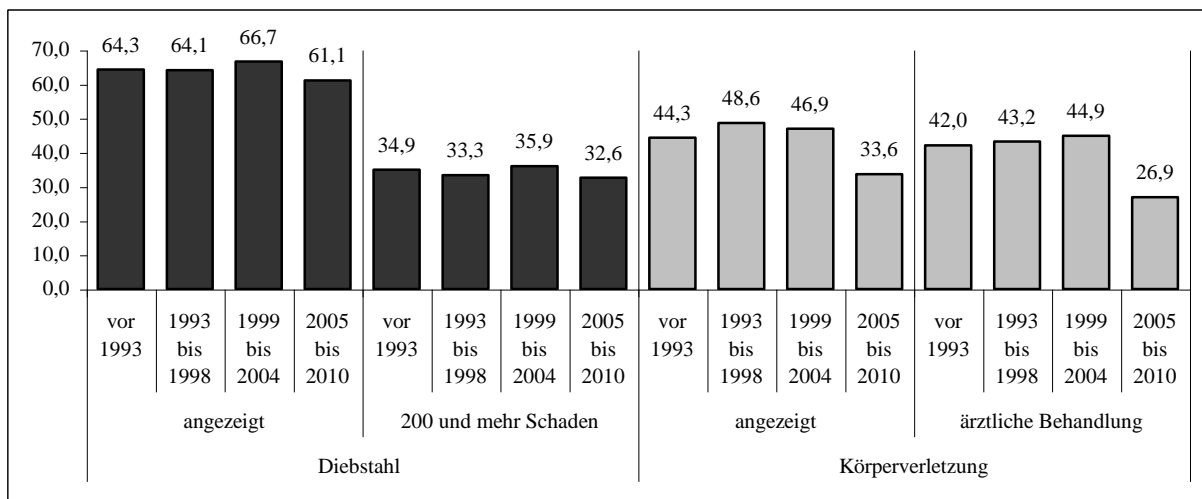
Legen wir die Befunde von Jugendstudien zugrunde (vgl. Baier 2008, Baier et al. 2009, S. 92ff), dann ließe sich erwarten, dass über die Zeit hinweg ein Anstieg des Anzeigeverhaltens zu beobachten ist, wobei die Schadenshöhe keiner Veränderung unterliegt. Die Ergebnisse der Erwachsenenbefragung widersprechen diesen Befunden teilweise. Zwar zeigt sich beim Diebstahl, dass die Schadenshöhe tatsächlich in etwa konstant geblieben ist – der Anteil an Opfern, die einen Schaden ab 200 Euro erlebt haben, liegt jeweils bei ca. einem Drittel. Die Anzeigequote hat sich aber ebenfalls nicht verändert, insofern in allen Jahresgruppen etwas weniger als zwei Drittel der Erlebnisse der Polizei mitgeteilt worden sind. Bei den Körperverletzungen zeigt sich sogar ein Rückgang der Anzeigebereitschaft; Erlebnisse der Jahre 1999 bis 2004 wurden bspw. zu 46,9 % angezeigt. Dies ist aber deshalb nicht überraschend, weil zugleich auch die Schadenshöhe rückläufig ist. Der Anteil an Personen, die nach einer Körperverletzung ärztlich behandelt werden mussten, hat sich fast halbiert. Aus diesen Auswertungen sollte jedoch nicht grundsätzlich geschlossen werden, dass die Anzeigebereitschaft konstant bleibt (bzw. rückläufig ist). Eine derartige Folgerung muss auf echten Trendstudien, nicht auf Pseudo-Trendstudien beruhen.

Zu beachten ist bei unseren Auswertungen zudem zweierlei: Erstens könnte es sein, dass die Erinnerung von älteren Übergriffen gerade jene Erlebnisse zutage fördert, die eine besondere Relevanz hatten, z.B. weil der Schaden höher war oder weil Anzeige erstattet wurde. Leichtere Delikte (mit einer geringeren Anzeigebereitschaft) werden möglicherweise eher vergessen und in einer Befragung nicht berichtet; dies würde zu einer Überschätzung der früheren An-

⁴⁰ Die geringste Fallzahl findet sich für die Gruppe „Körperverletzung zwischen 1993 und 1998“ (N = 37).

zeigebereitschaft führen. Zweitens kennen wir jeweils nur das aktuellste Anzeigeverhalten eines Opfers. Wenn Personen bereits in früheren Jahren viktimisiert worden sind, wurde das damalige Anzeigeverhalten nicht erfragt, da es nur um das letzte Erlebnis ging. Wenn es einen Trend zu einer erhöhten Anzeigebereitschaft gäbe, würde also nicht das frühere, seltenere Anzeigeverhalten der derart mehrfach viktimisierte Personen erfasst, sondern nur das aktuelle, häufigere Anzeigeverhalten. Dies würde ebenfalls zu einer künstlich überhöhten Schätzung des früheren Anzeigeverhaltens führen, da die seltener angezeigten Opfererfahrungen nicht in die Berechnung der früheren Anzeigeraten eingehen.

Abbildung 6.6: Anzeige und Schaden des letzten Opfererlebnisses nach Zeitpunkt des letzten Opfererlebnisses (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



6.2. Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht, Strafhärte sowie eingeschätzte Kriminalitätsentwicklung

Um den Zusammenhang zwischen der Viktimisierung und kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen zu untersuchen, nutzen wir die vier bekannten Variablen, die jeweils auf eine Spannbreite von 0 bis 100 standardisiert wurden. Aus dem Forschungsstand wurde abgeleitet, dass nicht nur verschiedene Wahrnehmungen und Einstellungen betrachtet werden sollten, sondern ebenso verschiedene Formen der Opfererfahrungen. Aus diesem Grund werden in 6.3 die vorgestellten Opfererfahrungen erneut aufgegriffen. Wir beschränken uns dabei weitestgehend auf den Vergleich der Personen, die in den letzten fünf Jahren Opfer gewesen sind, mit denjenigen Personen, die in diesem Zeitraum keine Opfererfahrungen hatten. Neben dem Jahr 2010 werden auch Ergebnisse des Jahres 2004 präsentiert, da einige Opfererfahrungen in 2010 nicht erfragt wurden. In 2006 wurden diese zwar ebenfalls erfragt, die Fallzahlen sind in dieser Befragung aber geringer; der Befragung von 2004 ist insofern eine etwas höhere Verlässlichkeit zu attestieren. Zu indirekten Viktimisierungen wurde in 2004 nur die Lebenszeitprävalenz erhoben, so dass wir diese für die Analysen nutzen und nicht die Fünf-Jahres-Prävalenz.

Der Vergleich der Mittelwerte der Opfer und Nicht-Opfer von verschiedenen Delikten ergibt im Großen und Ganzen nur wenige signifikante Unterschiede, die auch nicht durchgängig die erwartete Richtung haben. Konsistent sind die Befunde zur personalen Kriminalitätsfurcht. Hier gilt, dass Opfer höhere Furchtwerte berichten als Nicht-Opfer. Besonders deutlich fallen

die Unterschiede bei der Körperverletzung (nur 2010), beim Raub und beim Wohnungseinbruch aus. Das Erleben dieser Delikte verändert also nachhaltig die Befürchtung, selbst (erneut) Opfer zu werden. Der Befund, dass Angriffe auf die Person weniger Einfluss auf die Furcht haben als indirekte Angriffe, wird mit diesen Ergebnissen nicht bestätigt, insofern Raubtaten und Körperverletzungen persönliche Angriffe darstellen, der Wohnungseinbruch ein indirekter Angriff ist, für beide Formen aber ähnlich starke Effekte existieren.

Die Strafhärte und die Einschätzung der Entwicklung aller Straftaten sind fast vollständig unabhängig von der eigenen Viktimisierung. Zwar findet sich in zehn Fällen, dass Opfer etwas häufiger harte Strafen fordern bzw. einen etwas stärkeren Anstieg der Straftaten wahrnehmen; ein entsprechender Zusammenhang wird aber nur einmal (indirekte Gewaltviktimsierung) signifikant. Zudem findet sich viermal der gegenläufige Trend; vor allem die Opfer von Diebstählen weisen demnach eine etwas geringere Strafhärte auf und nehmen einen etwas geringeren Anstieg der Straftaten wahr.

Noch weniger einheitlich sind die Befunde zur konativen Kriminalitätsfurcht. Opfer von Diebstählen ebenso wie Opfer von Körperverletzungen weisen eine signifikant niedrigere Furcht auf als die Nicht-Opfer. Sehr deutlich wird dies bei den Körperverletzungen. Opfer zu werden bedeutet in dieser Hinsicht also nicht, dass man sich in seinem Verhalten verändert. Im Gegenteil: Es werden sogar häufiger bestimmte Tätigkeiten (wie bei Nacht das Haus verlassen) ausgeführt oder Orte (z.B. bestimmte Straßen, Parks) aufgesucht, d.h. die Routineaktivitäten werden nicht geändert. Für den Raub und den Wohnungseinbruch findet sich allerdings die erwartete Beziehung: Wer Opfer dieser Delikte wird, vermeidet auch häufiger bestimmte Tätigkeiten.

Tabelle 6.3: Kriminalitätsfurcht, Strafhärte und eingeschätzte Kriminalitätsentwicklung nach Opferschaft (Mittelwerte; gewichtete Daten)

		konative Furcht		personale Furcht		Strafhärte		Entwicklung alle Straftaten	
		2004	2010	2004	2010	2004	2010	2004	2010
Diebstahl (5-Jahres-Prävalenz)	Nicht-Opfer	45.6	42.4	17.9	15.9	75.7	74.9	81.6	73.1
	Opfer	41.1	40.3	21.3	19.1	72.6	75.5	80.2	72.5
	Differenz	-4.5*	-2.1	3.4**	3.2***	-3.1*	0.6	-1.4	-0.6
Körperverletzung (5-Jahres-Prävalenz)	Nicht-Opfer	45.4	42.5	18.2	15.9	75.2	74.8	81.4	73.0
	Opfer	38.8	34.8	20.5	23.4	76.9	73.8	82.1	75.3
	Differenz	-6.6*	-7.7**	2.2	7.4***	1.6	-1.0	0.8	2.3
Raub (5-Jahres-Prävalenz)	Nicht-Opfer	44.7		18.0		75.3		81.3	
	Opfer	54.9		29.1		76.4		85.1	
	Differenz	10.2*		11.1**		1.2		3.8	
Wohnungseinbruch (5-Jahres-Prävalenz)	Nicht-Opfer	45.1		18.1		75.2		81.4	
	Opfer	47.0		28.1		77.9		83.4	
	Differenz	1.9		10.0***		2.7		2.1	
Indirekte Gewaltviktimsierung (Lebenszeit)	Nicht-Opfer	45.1		18.1		74.8		81.2	
	Opfer	44.8		20.3		78.7		83.4	
	Differenz	-0.3		2.3*		3.8*		2.1	

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Wie lässt sich der Befund des negativen Zusammenhangs zwischen dem Erleben von Diebstahls- und Körperverletzungsdelikten und der konativen Kriminalitätsfurcht erklären? Suchen die Opfer dieser Delikte bewusst die Gefahr? Diese Erklärung scheint zweifelhaft. Vielmehr ist zu vermuten, dass es sich bei dem berichteten Zusammenhang um eine Scheinkorre-

lation handelt, da das Alter nicht kontrolliert wurde. Wenn jüngere Befragte häufiger Opfer beider Delikte werden und wenn jüngere Befragte auch seltener ein Vermeidungsverhalten zeigen, dann würde dies zu dem Befund führen, dass Opfererfahrungen die Furcht reduzieren. Notwendig ist damit eine multivariate Betrachtung. Tabelle 6.4 berichtet die Ergebnisse von OLS-Regressionen, wobei wir uns auf das Jahr 2010 und die Untersuchung der Körperverletzungsviktimisierung konzentrieren.

Die Ergebnisse bestätigen die These der Scheinkorrelation bei der konativen Furcht. Modell I zeigt, dass Opfer von Körperverletzungen ein signifikant niedrigeres Vermeidungsverhalten aufweisen. Dieser Effekt verschwindet vollständig, wenn das Alter in die Analyse einbezogen wird. Ältere Befragte sind signifikant ängstlicher (und erleben auch signifikant seltener Körperverletzungen). Im Modell Ib zeigt sich zudem, dass Frauen signifikant furchtsamer sind und Personen höherer Bildung eine geringere Furcht aufweisen. Der Effekt der Opferschaft steigt durch Berücksichtigung dieser Faktoren weiter an (bleibt aber nicht signifikant). Dies bedeutet, dass auch das Geschlecht einen Beitrag zur Erklärung der Scheinkorrelation liefert: Weil Männer häufiger Körperverletzungen erleben und weil Männer ein geringeres Vermeidungsverhalten zeigen, besteht in einer bivariaten Betrachtung ein negativer Zusammenhang zwischen der Opferschaft und der konativen Furcht. Für die personale Kriminalitätsfurcht gilt hingegen, dass die Opferschaft auch nach Kontrolle des Alters, des Geschlechts und des Bildungsniveaus die Furcht erhöht. Die Koeffizienten zu den demographischen Variablen bedeuten dabei, dass jüngere Befragte, Männer und Befragte mit höherer Bildung weniger personale Furcht zeigen.

Tabelle 6.4: Einflussfaktoren der Kriminalitätsfurcht (OLS-Regression; abgebildet: B; gewichtete Daten; Befragung 2010)

	konative Furcht			personale Furcht		
	Modell I	Modell Ia	Modell Ib	Modell II	Modell IIa	Modell IIb
Nicht-Opfer	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Opfer von KV	-7.000**	0.151	2.512	8.207***	9.525***	9.846***
Alter		0.357***	0.301***		0.066***	0.057***
Männer			<i>Referenz</i>			<i>Referenz</i>
Frauen			17.177***			2.832***
Niedrige Bildung			<i>Referenz</i>			<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung			-1.029			0.349
Hohe Bildung			-4.516***			-1.206*
Konstante	42.467***	24.625***	2.836***	15.955***	12.640***	9.041***
N	3216	3216	3216	3198	3198	3198
Korr. R ²	.002	.065	.182	.012	.021	.035

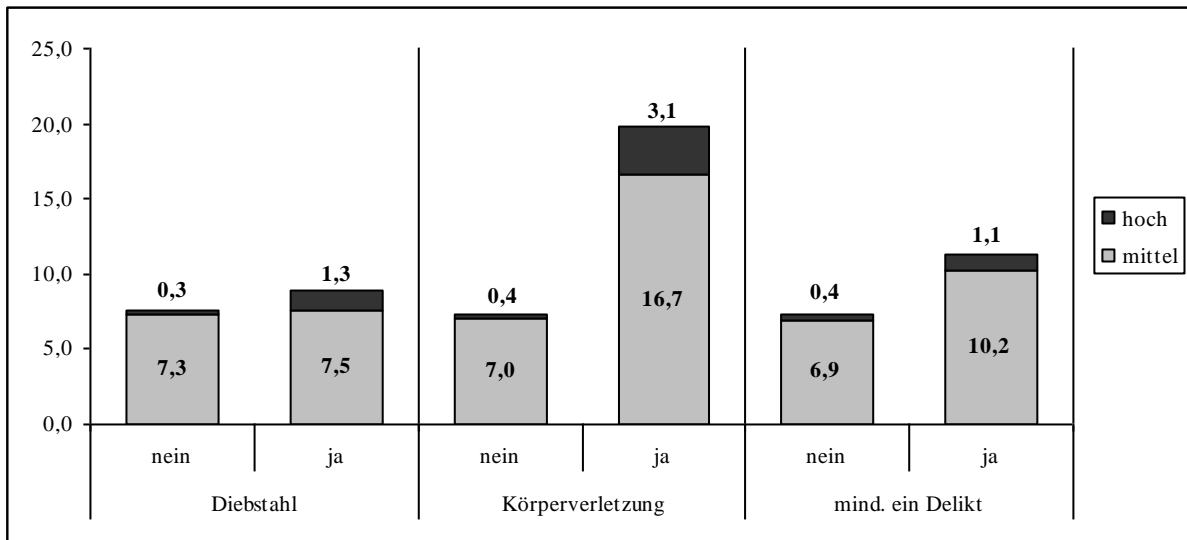
KV = Körperverletzung, * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Aus den Analysen kann damit gefolgert werden, dass nur die personale Kriminalitätsfurcht von den Viktimisierungserfahrungen beeinflusst wird. Opfer von Straftaten fürchten sich signifikant häufiger davor, in Zukunft erneut Opfer einer Straftat zu werden, als Personen, die keine Straftat erlebt haben. Dieser Zusammenhang existiert bei Eigentums- ebenso wie bei Gewaltdelikten. In Abbildung 6.7 ist der Zusammenhang noch einmal anhand der Befragung des Jahres 2010 graphisch veranschaulicht.⁴¹ Personen, die keine Körperverletzung erlebt haben, haben zu 7,4 % eine mittlere oder hohe personale Kriminalitätsfurcht, Personen, die

⁴¹ Personen mit Werten zwischen 33,3 und 66,6 bei der Skala „personale Kriminalitätsfurcht“ wurden zur Gruppe „mittel“, Personen mit Werten über 66,6 zur Gruppe „hoch“ zusammengefasst.

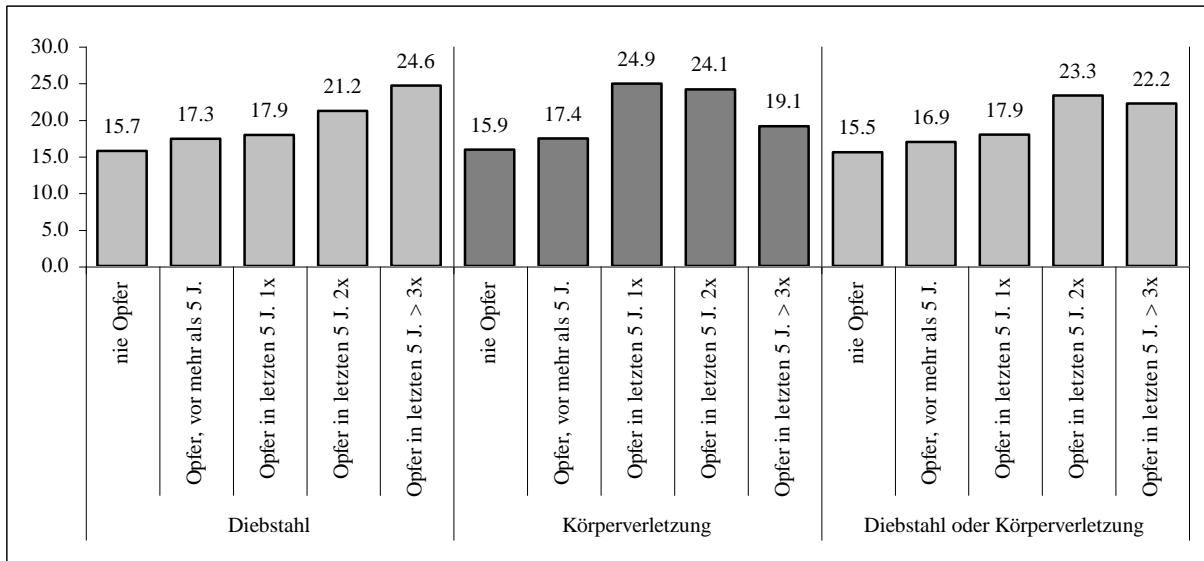
einen solchen Übergriff in den letzten fünf Jahren erlebt haben, zu 19,8 %. Beim Diebstahl betragen die Raten 7,6 und 8,8 %. Unabhängig vom konkreten Delikt zeigt sich, dass Personen mit einer Viktimisierung (Körperverletzung und/oder Diebstahl) zu 11,3 % mittel oder hoch furchtsam sind, Personen ohne Viktimisierung zu 7,3 %.

Abbildung 6.7: Personale Kriminalitätsfurcht nach Opferschaft in den letzten 5 Jahren (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Abschließend stellt sich die Frage, ob die Anzahl an Viktimisierungen einen Einfluss auf die personale Kriminalitätsfurcht hat. Macht es also einen Unterschied, ob eine Person einmal oder mehrere Male viktimisiert wurde? Nur in der Befragung des Jahres 2010 wurde die Anzahl der Viktimisierungen in den letzten fünf Jahren erhoben, weshalb die Frage nur mit diesen Daten beantwortet werden kann. Abbildung 6.8 belegt, dass die personale Kriminalitätsfurcht mit der Anzahl an Viktimisierungen steigt. Für den Diebstahl gilt dies stärker als für die Körperverletzungen. Bei letztgenanntem Delikt ist allerdings zu beachten, dass die Fallzahlen in den Viktimisierungsgruppen sehr klein sind. Wir haben daher wieder einen Gesamtindex gebildet, in dem die Anzahl an Viktimisierungen unabhängig von der Art des erlebten Delikts einging. Für diesen Index gilt, dass Personen ohne Opferschaft einen Furchtwert von 15,5 erzielen. Personen, deren Viktimisierung länger als fünf Jahre zurückliegt, berichten etwas höhere personale Furcht, möglicherweise deshalb, weil es sich um schwere Delikte handelt, die erinnert werden konnten. Die personale Furcht nimmt noch einmal deutlich zu, wenn man mehr als einmal viktimisiert wurde. Hier nicht dargestellte Post-Hoc-Tests belegen, dass sich in erster Linie die ersten beiden Gruppen (nie Opfer, Opferschaft vor mehr als fünf Jahren) von den letzten beiden Gruppen (zweimalige bzw. mehr als zweimalige Viktimisierung) signifikant unterscheiden. Damit lässt sich das bisher erzielte Ergebnis noch weiter spezifizieren: Zwar existiert ein Zusammenhang zwischen den Viktimisierungserfahrungen und der personalen Kriminalitätsfurcht. Dieser die Furcht steigernde Einfluss der Viktimisierung zeigt sich aber insbesondere dann, wenn man wiederholt viktimisiert wurde. Eine einmalige Viktimisierung hat, dies belegt zumindest das Beispiel des Diebstahls, noch keinen entsprechenden Effekt.

Abbildung 6.8 : Personale Kriminalitätsfurcht nach Häufigkeit der Opferschaft (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010)



7. Erziehung und Familie

Die Familie hat bei der Sozialisation von Einstellungen, Werthaltungen oder Verhaltensweisen einen großen Stellenwert. In der Primärsozialisation prägen dabei die Eltern in entscheidendem Maße ihre Kinder. Im Erwachsenenalter, der Zeit der Sekundärsozialisation, wirken andere Instanzen prägend auf die Individuen. In der Forschung zu den Bedingungsfaktoren von Einstellungen oder Verhaltensweisen steht bislang meist die Frage im Vordergrund, wie Eltern ihre Kinder beeinflussen. Im Bereich der kriminologischen Forschung wurde vor allem untersucht, welche Bedeutung familienbezogene Faktoren für die Gewalttäterschaft oder andere Formen der Delinquenz erlangen (z.B. Baier et al. 2009; Smith/Thornberry 1995) bzw. inwieweit sie bestimmte Ursachenfaktoren (gewaltakzeptierende Einstellungen, Kontakt zu delinquenten Peers) dieses Verhaltens bedingen (z.B. Pfeiffer et al. 1999; Wetzels/Enzmann 1999). Gleichwohl finden sich auch vereinzelt Befunde dazu, dass das elterliche Erziehungsverhalten kriminalitätsbezogene Wahrnehmungen und Einstellungen beeinflussen kann.

Im Fokus stehen hierbei in erster Linie die Folgen von innerfamiliären Gewalterfahrungen. Opfererfahrungen können, wie dies bereits im vergangenen Abschnitt gezeigt wurde, die Kriminalitätsfurcht erhöhen. Auch für Viktimisierungen in der Kindheit gilt, dass sie einen ebensolchen Effekt nach sich ziehen können. Kriminalitätsfurcht ist eine persönliche Wahrnehmung von der Welt, die Merkmale einer Disposition aufweist (Gabriel/Greve 2003; Tyler/Boeckman 1997). Solche Dispositionen werden früh im Leben über die elterliche Erziehung erworben.

Neben der Furcht zeigen sich aber auch Zusammenhänge zwischen dem Erleben elterlicher Gewalt und dem Bedürfnis nach harten Strafen. Eltern, die Gewalt in der Erziehung einsetzen, vermitteln ein repressives, autoritäres Bild; sie setzen Gewalt als Strafe gegen Vergehen ein. Eine solche Orientierung, die beinhaltet, dass bei Normenverstößen hart zu reagieren ist, kann sich im Kind festsetzen. Insofern überrascht es nicht, dass Personen mit elterlichen Gewalterfahrungen der Todesstrafe häufiger zustimmen als Personen ohne entsprechende Erfahrungen (Kemme 2008). Kemme und Hanslmaier (2011) belegen auf Basis einer deutschlandweit repräsentativen Befragung aus dem Jahr 1992 zudem, dass innerfamiliäre Gewalterfahrungen auch nach Kontrolle wichtiger Drittvariablen die Punitivität erhöhen. Entscheidend ist allerdings, wann diese Erfahrungen gemacht wurden: Gewalterfahrungen in Kindheit und Jugend wirken sich auf das Strafbedürfnis aus, innerfamiliäre Viktimisierungen in engen sozialen Beziehungen im Erwachsenenalter hingegen nicht.

Zu einem abweichendem Ergebnis kommen Gabriel und Greve (1996): Nichtopfer erweisen sich in ihren Analysen als punitiver als Personen, die in ihrer Kindheit und Jugend leicht oder schwer geächtigt worden sind. Dieses widersprüchliche Ergebnis lässt sich möglicherweise damit erklären, dass wichtige Drittvariablen nicht kontrolliert worden sind und dass Punitivität nicht mittels einer mehrere Items umfassenden Skala, sondern über Fallvignetten erhoben wurde. Diese Fallvignetten beziehen sich auf verschiedene Straftaten, so dass bei der Beantwortung deliktspezifische Einstellungen eine Rolle spielen können; die Vignetten stellen also kein globales Maß der Punitivität dar. Auch die abweichenden Ergebnisse von MacIntyre und Cantrell (1995), die keinen Zusammenhang zwischen körperlichen Strafen und aggressiven Strafeinstellungen feststellen, können mit methodischen Problemen zusammen hängen: Die

Autoren stand zur Prüfung ihrer Annahmen nur eine sehr homogene Gruppe an College-Studenten zur Verfügung.

Da der hier berichteten Studie eine bevölkerungsrepräsentative und damit heterogene Stichprobe zugrunde liegt und da Punitivität mittels einer etablierten Skala erfasst wurde, ist zu erwarten, dass auch in unseren Stichproben der Jahre 2004, 2006 und 2010 das Erleben innerfamiliärer Gewalt in Kindheit und Jugend mit erhöhten Punitivitätswerten einher geht. Zudem gehen wir davon aus, dass andere kriminalitätsbezogene Einschätzungen in der gleichen Weise von derartigen Viktimisierungen beeinflusst werden. Mittels der Stichprobe kann zudem der Befund von Kemme und Hanslmaier (2011) überprüft werden, dass entsprechende Zusammenhänge nicht für die aktuellen Gewalterfahrungen im Rahmen enger sozialer Beziehungen bestehen; die Viktimisierung durch Haushaltsmitglieder innerhalb der letzten fünf Jahre wurde ebenfalls mit erfasst. Ferner möchten wir uns nicht nur mit den Folgen von negativen, sondern auch mit den Folgen von positiven Erfahrungsergebnissen auseinandersetzen. Die Befragten wurden gebeten, mit Blick auf ihre Kindheit und Jugend anzugeben, wie häufig die Eltern sie gelobt haben, in den Arm genommen haben usw., d.h. wie häufig sie elterliche Zuwendung erfahren haben. Diese positiven Erfahrungen sollten zur Folge haben, dass die Furcht vor der Kriminalität ebenso wie die Strafhärte niedriger ausfällt, da eine solche Erziehung das Vertrauen in die außerfamiliäre Umwelt stärkt und das Mitgefühl mit anderen Menschen (und damit auch mit Tätern) erhöht.

7.1. Elterliche Erziehung

Die elterliche Erziehung wurde im Fragebogen zu allen drei Erhebungszeitpunkten in vergleichbarer Weise abgefragt, wobei einerseits positive Erfahrungsergebnisse berichtet werden sollten, andererseits aber auch die Erfahrungen elterlicher Gewaltanwendung. Die Abfrage geht dabei auf die etablierte Konflikttaktikskala von Straus (1979, 1990) zurück. Die Befragten sollten sich bei der Beantwortung an ihre Kindheit und Jugend zurückerinnern. Es wurden fünf positive Erfahrungen und sechs negative Aussagen aufgenommen, deren Erlebenshäufigkeit von „1 – nie“ bis „5 – sehr häufig“ einzustufen war.⁴² Abbildung 7.1 stellt zunächst vor, wie häufig die Befragten der verschiedenen Befragungsjahre positive Erziehungshandlungen erlebt haben⁴³; die Antwortkategorien „selten“ und „manchmal“ wurden als „selten“, die Antwortkategorien „häufig“ und „sehr häufig“ als „häufig“ eingestuft.

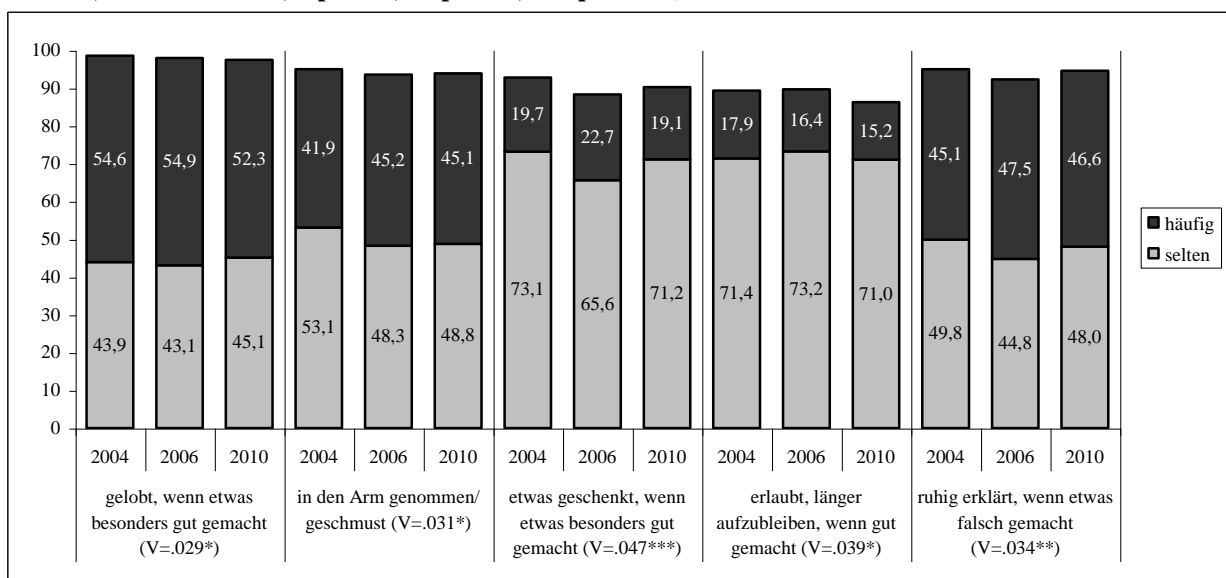
Deutlich wird, dass jeweils ca. neun von zehn Befragten angegeben haben, selten oder häufig verschiedene Formen der positiven elterlichen Erziehung erlebt zu haben; zehn Prozent oder weniger gaben mithin an, nie entsprechende Erfahrungen gemacht zu haben. Hinsichtlich der Häufigkeit der Erfahrungen existieren aber große Unterschiede: Vom häufigen Loben berichtet bspw. etwa jeder zweite Befragte, davon, häufiger länger Aufbleiben zu dürfen, nur ca. einer von sechs Befragten. Die Anteile an Personen mit positiven Erfahrungsergebnissen verändern sich kaum über die Zeit; tendenziell geht der Anteil an Personen mit positiven Erfah-

⁴² In den Befragungen der Jahre 2004 und 2006 waren die Antwortvorgaben in der umgekehrten Reihenfolge im Fragebogen angeordnet. In der Befragung 2010 wurden darüber hinaus noch weitere Items zur elterlichen Erziehung erfasst, die an dieser Stelle aber nicht vorgestellt werden.

⁴³ Die Unterteilung in positive und negative Erfahrungsergebnisse wird empirisch mittels konfirmatorischer Faktorenanalysen bestätigt: Zu allen Messzeitpunkten laden die als positiv eingestuften Items auf einem Faktor, die als negativ eingestuften Items auf einem zweiten Faktor.

rungen etwas zurück. Wenn aus den fünf Items aber eine Mittelwertsskala gebildet wird, was aufgrund der hohen Reliabilität (Cronbachs Alpha > .81) möglich ist, findet sich über die Jahre hinweg keine signifikante Mittelwertsveränderung. Dies ist auch nicht unbedingt zu erwarten, da sich erstens Erziehungsstile nur im Wandel von Generationen ändern dürften, in der Stichprobe der Befragung 2010 aber weitestgehend noch die Generationen vorhanden sind, die bereits im Jahr 2004 befragt worden sind; deren Kindheits- und Jugenderfahrungen haben sich nicht geändert.⁴⁴ Zweitens ergibt sich bereits ein recht hoher Anteil an Personen mit positiven Erziehungserfahrungen, so dass ein weiterer Anstieg dieses Anteils kaum zu erwarten ist („Deckeneffekt“); auch ein Rückgang ist eher nicht zu erwarten, wenn man davon ausgeht, dass eine Generation ihre positiven Erziehungserfahrungen an die nächste Generation weitergibt.

Abbildung 7.1: Positive Erziehungserfahrungen in Kindheit/Jugend nach Erhebungsjahr (in %; gewichtete Daten; V = Cramers V; * p < .05, ** p < .01, * p < .001)**

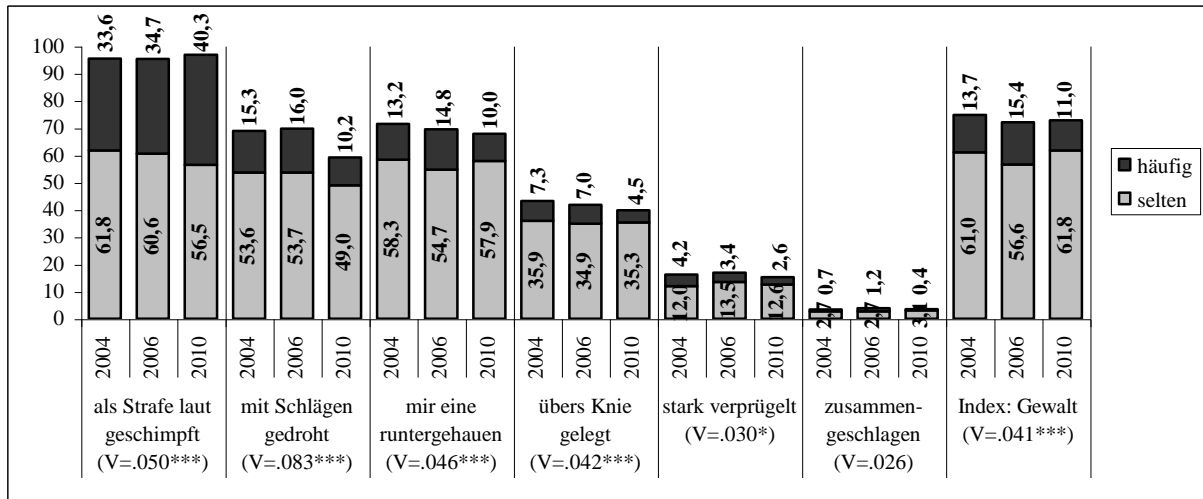


Bei den negativen Erziehungserfahrungen deuten die Entwicklungstrends über die Erhebungsjahre hinweg auf einen Rückgang hin (Abbildung 7.2). Die Häufigkeit der einzelnen elterlichen Handlungen fällt dabei erneut sehr unterschiedlich aus. Mehr als neun von zehn Befragten haben in Kindheit und Jugend erlebt, dass die Eltern als Strafe laut geschimpft haben. Immerhin zwei Drittel berichten davon, mindestens selten eine Ohrfeige erhalten zu haben. Von den Eltern zusammengeschlagen wurden zwischen drei und vier Prozent der Befragten. Aus den vier Gewaltformen (ab „runtergehauen“) haben wir einen Index „elterliche Gewalt gebildet“, in den die häufigste Gewaltform eingegangen ist; d.h., wenn ein Befragter angegeben hat, häufig eine Ohrfeige erhalten zu haben, gleichzeitig aber nie zusammengeschlagen wurde, geht die Angabe zur Ohrfeige in den Index ein. Da die schweren Übergriffe nur sehr selten vorkommen, erscheint die Bildung eines nach der Schwere der elterlichen Übergriffe abgestuften Index nicht sinnvoll. Der Index „elterliche Gewalt“ wird damit von den leichteren Übergriffsformen dominiert. Im Jahr 2004 gaben dabei insgesamt 74,8 % der Befragten an,

⁴⁴ Beschränken wir die Auswertungen auf 16- bis 21jährige und vergleichen die Mittelwerte der Befragung 2004 und 2010 miteinander, dann findet sich ebenfalls kein signifikanter Mittelwertsunterschied in der positiven Erziehung (2004: 3.50, 2010: 3.46). Insofern lässt sich folgern, dass es auch in der Abfolge zweier Generationen nicht zu einer Veränderung hinsichtlich der positiven Erziehungserfahrungen gekommen ist; die Generation der 16- bis 21jährigen der 2010er Befragung wurde in der 2004er Befragung noch nicht befragt.

elterliche Gewalt zumindest selten erlebt zu haben (13,7 % häufiger). Im Jahr 2010 liegen die Werte mit 72,8 % und 11,0 % niedriger.⁴⁵

Abbildung 7.2: Negative Erziehungserfahrungen in Kindheit/Jugend nach Erhebungsjahr (in %; gewichtete Daten; V = Cramers V; * p < .05, ** p < .01, * p < .001)**



Der Rückgang des Anteils an Personen mit häufigen Gewalterfahrungen in Kindheit und Jugend wird in einer logistischen Regression als signifikant ausgewiesen (ohne Abbildung); die Befragten des Jahres 2010 berichten signifikant seltener von häufigen Gewalterfahrungen wie Befragte der Jahre 2004 und 2006. Dies gilt auch dann, wenn verschiedene soziodemographische Variablen kontrolliert werden. Für die positiven Erziehungserfahrungen erübrigt sich die Berechnung eines multivariaten Modells, weil bereits in der bivariaten Betrachtung keine Veränderung zu erkennen ist. An dieser Stelle erscheint es nun nicht sinnvoll, die Erziehungserfahrungen für ost- und westdeutsche oder gering- und höhergebildete Befragte miteinander zu vergleichen, da diese Merkmale die Situation der Personen heute und nicht zwingend auch in der Kindheit beschreiben. Für zwei Merkmale sind entsprechende Auswertungen jedoch interessant: das Alter und das Geschlecht. Eine Darstellung nach Alter zeigt auf, wie es in der Abfolge der Generationen zu Veränderungen in der Erziehung gekommen ist; eine Darstellung nach Geschlecht kann darüber hinaus deutlich machen, ob sich die elterliche Erziehung unterscheidet, wenn sie sich auf ein Mädchen oder einen Jungen richtet. In Abbildung 7.3 sind die Ergebnisse der Auswertungen festgehalten, wobei wir nur die Daten der Befragung des Jahres 2010 berücksichtigt haben.

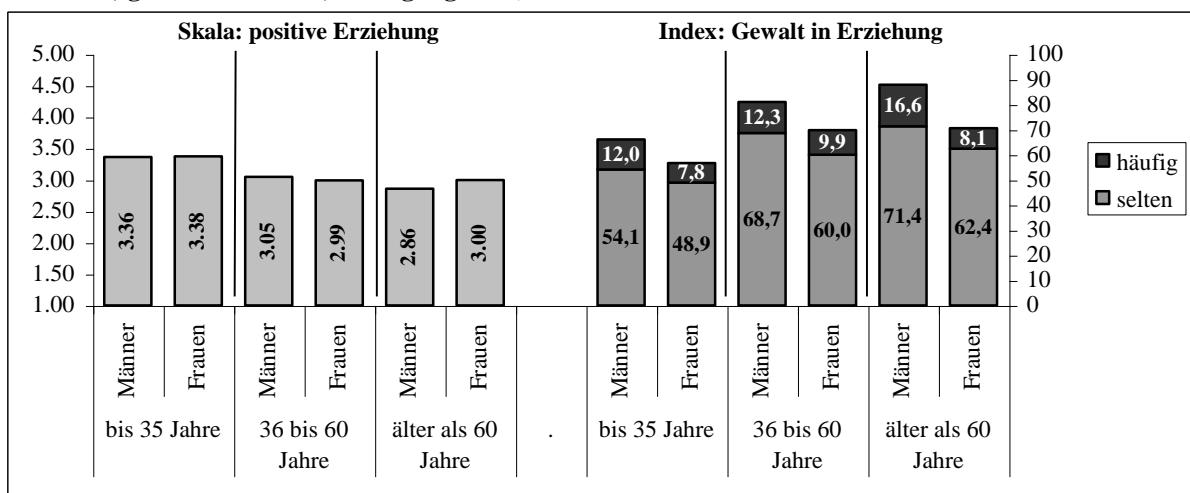
Für die positive Erziehung (Mittelwert aus fünf Items) zeigt sich, dass die jüngeren Befragten häufiger davon berichten, diese Formen der elterlichen Zuwendung erlebt zu haben als die älteren Befragten. Weibliche und männliche Befragte der jüngsten Altersgruppe unterscheiden sich nicht im Hinblick auf die Häufigkeit dieser Erfahrungen. Bei den über 60jährigen Befragten ist hingegen feststellbar, dass die Frauen häufiger als die Männer ein positives Erziehungsverhalten der Eltern erlebt haben. Im Wechsel der Generation hat sich also vor allem das Erziehungsverhalten gegenüber männlichen Kindern verbessert, wobei die jüngeren Frauen ebenfalls eine höhere Zuwendung berichten als die älteren Frauen. Eine zweifaktorielle

⁴⁵ Werden die Auswertungen wiederum auf die 16- bis 21jährigen beschränkt, zeigt sich ein Rückgang im Anteil an Befragten, die häufiger elterliche Gewalt erlebt haben (nicht signifikant). Im Jahr 2004 waren dies 9,6 %, im Jahr 2010 8,2 %.

Varianzanalyse bestätigt dabei, dass sowohl der Unterschied zwischen den Altersgruppen als auch die Interaktion zwischen dem Alter und dem Geschlecht signifikant ist. Jüngere Befragte berichten also signifikant häufiger von positiver Erziehung; und während es bei den älteren Befragten dahingehend noch einen Geschlechterunterschied gab, ist dieser in der jüngeren Generation nicht mehr existent.

Für die Gewalt in der Erziehung finden sich ähnliche Ergebnisse. Erkennbar ist, dass die jüngeren Befragten signifikant seltener von Gewalthandlungen berichten als die älteren Befragten. Für alle Altersgruppen gilt zudem, dass Männer signifikant häufiger Gewalt erlebt haben. Die Quoten der männlichen Befragten, die von häufiger elterliche Gewalt berichten, sind 1,2- bis 2mal so hoch wie die Quoten der weiblichen Befragten. Der Geschlechterunterschied fällt bei den jüngeren Befragten zugleich geringer aus als bei den älteren Befragten; d.h. auch im Hinblick auf diese Dimension der elterlichen Erziehung kommt es zu einer Angleichung der Geschlechter, die freilich noch nicht, wie bei der Dimension der positiven Erziehung, dazu geführt hat, dass der Geschlechterunterschied vollkommen aufgehoben ist.

Abbildung 7.3: Positive bzw. negative Erziehungserfahrungen nach Alter und Geschlecht (Mittelwerte bzw. in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Welche Zusammenhänge zwischen den positiven Erziehungserfahrungen bzw. dem Erleben elterlicher Gewalt in Kindheit und Jugend und den verschiedenen kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen existieren, kann Tabelle 7.1 entnommen werden.⁴⁶ Diese berichtet die Ergebnisse verschiedener OLS-Regressionen, die unter Kontrolle von vier demographischen Variablen (Geschlecht, Bildung, Alter und regionale Herkunft) berechnet wurden. Für das Erleben elterlicher Gewalt ergeben sich dabei im Wesentlichen die erwarteten Zusammenhänge. Vor allem das häufige Erleben elterlicher Gewalthandlungen ist folgenreich: Befragte, die hiervon berichten, weisen eine signifikant höhere personale Furcht auf, sie sind signifikant strafhärter eingestellt und sie nehmen einen stärkeren Anstieg der Straftaten war – jeweils im Vergleich zu Personen ohne elterliche Gewalterfahrungen. Für die konative Furcht (Vermeidungsverhalten) findet sich ein vergleichbarer Zusammenhang, der jedoch nicht als signifikant ausgewiesen wird. Personen mit seltenen Gewalterfahrungen werden hingegen nicht in derselben Weise beeinflusst; bei der konativen Furcht ergibt sich sogar ein ge-

⁴⁶ Auch Kemme und Hansmaier (2010) untersuchten anhand der gleichen Daten die Zusammenhänge zwischen dem Erleben elterlicher Gewalt und insbesondere den Strafbedürfnissen. Ihre Ergebnisse, die auf Basis einer leicht veränderten Variablenbildung erzielt werden, entsprechen den hier berichteten Ergebnissen.

genläufiger Effekt, nach dem die Befragten mit seltenen Gewalterfahrungen signifikant geringere Furchtwerte besitzen als die Befragten ohne Gewalterfahrungen. Dieser Effekt ist aber nur auf dem 5%-Irrtumswahrscheinlichkeitsniveau signifikant und sollte daher nicht überbewertet werden. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass vor allem das häufige Erleben elterlicher Gewalt die Kriminalitätswahrnehmungen negativ beeinflusst.

Für die positiven Erziehungserfahrungen ergeben sich durchweg signifikante Zusammenhänge mit den Einschätzungen. Die Richtung der Effekte widerspricht aber in allen Fällen den Erwartungen: Je häufiger positive Erziehungserfahrungen gemacht wurden, umso stärker ist die Furcht ausgeprägt, umso strahärter ist man eingestellt und umso häufiger wird von einem Anstieg der Kriminalität ausgegangen. Scheinkorrelationen können als Erklärung dieser unerwarteten Zusammenhänge weitestgehend ausgeschlossen werden, da bspw. das Geschlecht, das sowohl mit den Erziehungserfahrungen als auch der Furcht oder der Entwicklungseinschätzung in Zusammenhang steht, in den Analysen berücksichtigt wurde.

Tabelle 7.1: Erziehungserfahrungen als Einflussfaktoren der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: B; Befragung 2010)

	konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
positive Erziehung	3.829***	1.557***	3.118***	2.447***
elterliche Gewalt: nie	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
elterliche Gewalt: selten	-2.212*	0.173	-0.191	0.355
elterliche Gewalt: häufiger	2.488	3.132***	6.213***	4.343***
Männer	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Frauen	16.701***	2.687***	-1.349	3.919***
Niedrige Bildung	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung	-1.848	-0.007	-2.245*	-2.107**
Hohe Bildung	-5.238***	-1.670**	-9.301***	-6.138***
Alter	0.328***	0.049***	0.009	0.042*
West/Berlin	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Ost	2.442*	0.230	5.887***	0.754
Konstante	-10.686**	4.724**	62.635***	58.129***
N	3195	3177	3183	3169
Korr. R²	0.194	0.027	0.056	0.041

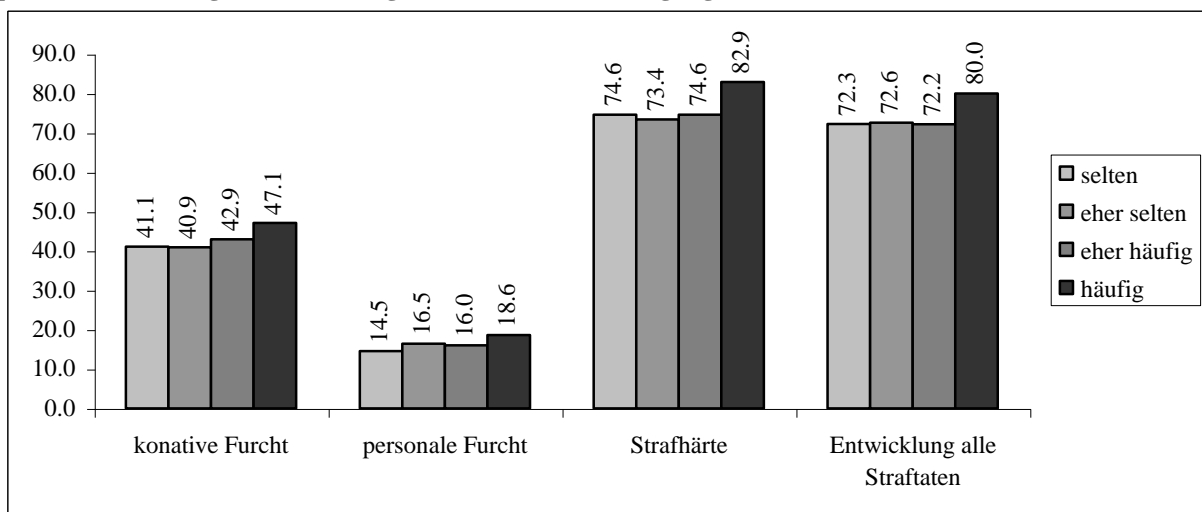
* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Wie lässt sich dieser unerwartete Einfluss der positiven Erziehung dann aber erklären? Eine These könnte lauten, dass die positive Erziehung nicht grundsätzlich eine solche Wirkung nach sich zieht, sondern dass dies erst dann geschieht, wenn sie zu einer Art 'Überbehütung' führt. Kinder und Jugendliche, die sehr häufig von den Eltern gelobt werden, mit denen sehr häufig geschmust wird usw., werden zu stark von den Einflüssen der Außenwelt abgeschnitten. Sie lernen nicht, die potenziellen Gefahren richtig einzuschätzen, sie nehmen nur unzureichend Prozesse der gesellschaftlichen Veränderung wahr, möglichen Bedrohungen stehen sie hilflos gegenüber. Ein empirischer Hinweis auf die Gültigkeit dieser Überlegungen kann gefunden werden, wenn die Befragten auf Basis ihrer Angaben zu den positiven Erziehungserfahrungen in vier Gruppen eingeteilt werden: 1. Befragte mit seltenen positiven Erfahrungen (Mittelwerte zwischen 1,0 und 2,0 bei Skala positive Erziehung), 2. Befragte mit eher seltenen positiven Erfahrungen (Mittelwerte über 2,0 bis 3,0), 3. Befragte mit eher häufigen positiven Erfahrungen (Mittelwerte über 3,0 bis 4,0), 4. Befragte mit häufigen positiven Er-

fahrungen (Mittelwerte über 4,0). Die letztgenannte Gruppe, die 8,6 % aller Befragten umfasst, kann als 'überbehütet' eingestuft werden, da die zugehörigen Personen im Mittel bei allen fünf zu dieser Skala gehörenden Items „häufig“ oder „sehr häufig“ angekreuzt haben.

Aus Abbildung 7.4 ist zu entnehmen, dass nur für diese Gruppe der 'überbehüteten' Befragten erhöhte Kriminalitätswahrnehmungen festzustellen sind; d.h. der unerwartete Effekt der positiven Erziehung geht allein auf diese Befragtengruppe zurück. Sehr deutlich zeigt sich dies bei der Strafhärte: Während für die ersten drei Gruppen nahezu gleich hohe Werte für die Strafhärte zu beobachten sind, liegt der Wert der vierten Gruppe 8,3 bis 9,5 Punkte darüber.⁴⁷ Gleichwohl gilt auch, dass die positive Erziehung bei den ersten drei Gruppen keinerlei Effekt hat. Insofern lässt sich mit Blick auf die Wirkung der positiven Erziehung schließen, dass sie kein direkter Einflussfaktor der untersuchten Wahrnehmungen ist. Sie wirkt sich nur in jenen Fällen negativ aus, in denen sie zu einer 'Überbehütung' führt. Der Befund, dass die positive Erziehung weitestgehend folgenlos ist, entspricht dabei Befunden aus der Forschung zu den Ursachen von delinquenten Verhaltensweisen. So können Baier et al. (2006, S. 93ff) belegen, dass unter Kindern das Ausmaß der elterlichen Zuwendung nicht mit dem eigenen Gewaltverhalten in Beziehung steht. Einen Schutzfaktor stellt in dieser Altersgruppe vielmehr eine hohe elterliche Verhaltenskontrolle dar, einen Risikofaktor das Erleben elterlicher Gewalt.

Abbildung 7.4: Kriminalitätsfurcht, Strafhärte und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung nach positiver Erziehung (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Im multivariaten Modell in Tabelle 7.1 hat sich gezeigt, dass das Erleben elterlicher Gewalt mit höherer Furcht und einer höheren Punitivität einher geht. Der letztgenannte Befund bestätigt sich auch, wenn ein alternatives Maß der Strafhärte zur Auswertung herangezogen wird: die Einstellung zur Todesstrafe. Wir haben die Befragten gebeten, uns mitzuteilen, ob sie für oder gegen die Todesstrafe sind bzw. ob sie im Hinblick auf diese Frage unentschieden eingestellt sind.⁴⁸ Im Ergebnis zeigt sich, dass Befragte ohne Gewalterfahrungen in der Kindheit zu 22,5 % für die Todesstrafe und zu 42,4 % dagegen sind (35,1 % unentschieden)⁴⁹; Befragte mit häufigen Gewalterfahrungen sprechen sich zu 34,6 % für und zu 38,3 % gegen die Todes-

⁴⁷ Post-Hoc-Tests (Dunnett-T3) belegen, dass sich bei der Strafhärte und der Entwicklungseinschätzung der Straftaten die Gruppe „häufig“ signifikant von allen anderen Gruppen unterscheidet; bei den Furchtskalen unterscheidet sich diese Gruppe jeweils von zwei der drei anderen Gruppen signifikant.

⁴⁸ Vgl. hierzu auch Abschnitt 4.3 des Berichts.

⁴⁹ Den Auswertungen liegen erneut nur die im Rahmen der im Jahr 2010 befragten Personen zugrunde.

strafe aus (27,1 % unentschieden); d.h. der Anteil an uneingeschränkten Befürwortern liegt um zwölf Prozentpunkte über der Vergleichsgruppe. Für die Befragten mit seltenen Gewalterfahrungen zeigt sich ein solcher Effekt wiederum nicht. Sie stimmen zu 21,9 % der Todesstrafe zu, 40,9 % sind dagegen (37,2 % unentschieden).

7.2. Gewalterfahrungen in der Beziehung

In der Befragung 2010 wurden neben den Gewalterfahrungen in Kindheit und Jugend auch die Gewalterfahrungen im Rahmen enger sozialer Beziehungen erfasst. Damit lässt sich prüfen, ob diese Gewalterfahrungen ähnlich wie die Gewalterfahrungen in Kindheit und Jugend, zu veränderten Einschätzungen bezüglich kriminalitätsrelevanten Themen führen oder ob dies, wie dies Kemme und Hanslmaier (2011) berichten, nicht der Fall ist. Beschränkt wurde sich bei der Erfassung entsprechender Gewalterfahrungen auf Übergriffe, die durch Familien- bzw. Haushaltsmitglieder ausgeführt worden sind. Die Befragten wurden gebeten, anzugeben, „ob sich Familien- oder Haushaltsmitglieder ihnen gegenüber in den letzten 5 Jahren“ in verschiedener Weise verhalten haben. Es wurde allerdings versäumt, vor die Abfrage dieser Gewalterfahrungen eine Frage danach zu stellen, ob die Personen in den letzten fünf Jahren überhaupt mit mindestens einer weiteren Person zusammen in einem Haushalt gelebt haben.⁵⁰ Nur wenn dies der Fall gewesen ist, können entsprechende Gewaltübergriffe stattgefunden haben. Dass die durchschnittliche Anzahl fehlender Werte bei dieser Frage die durchschnittliche Anzahl fehlender Werte der im Fragebogen davor und danach positionierten Fragen übersteigt, könnte ein Hinweis darauf sein, dass eine entsprechende Filterfrage notwendig gewesen wäre⁵¹ und dass Befragte, die nicht mit anderen Personen zusammengelebt haben, z.T. keine Antwort, z.T. aber auch die Antwort „nie“ angekreuzt haben. Um trotz einer fehlenden Filterung der Befragten zu verlässlichen Ergebnissen zu gelangen, sollen die nachfolgenden Auswertungen auf jene Personen beschränkt werden, die derzeit mit mindestens einer weiteren Person im Haushalt zusammen leben. Damit ist zwar nicht sicher gestellt, dass dies auch für die gesamte Zeit der letzten fünf Jahre gegolten hat (bzw. dass Personen, die derzeit allein leben, nicht in den letzten fünf Jahren mit einer anderen Person zusammen gelebt haben); eine andere Variable zur Beschränkung der Auswertungen steht uns allerdings nicht zur Verfügung. Insgesamt gaben 77,3 % der Befragten an, derzeit mit mindestens einer weiteren Person im Haushalt zusammen zu leben; den folgenden Auswertungen liegen damit Angaben von 2.508 (statt 3.245) Befragten zugrunde (gewichtet).

In Abbildung 7.5 ist aufgeführt, wie häufig die Befragten neun verschiedene Übergriffsformen von Seiten eines Familien- oder Haushaltsmitglieds erfahren haben.⁵² Fast jeder zehnte Befragte (9,6 %) gab an, hart angepackt oder gestoßen worden zu sein; zusammengeschlagen wurden 0,8 % aller Befragten. Mindestens einen der aufgeführten Übergriffe mindestens selten haben 16,8 % der Befragten erlebt, mindestens einen schweren Übergriff 3,8 %. Als

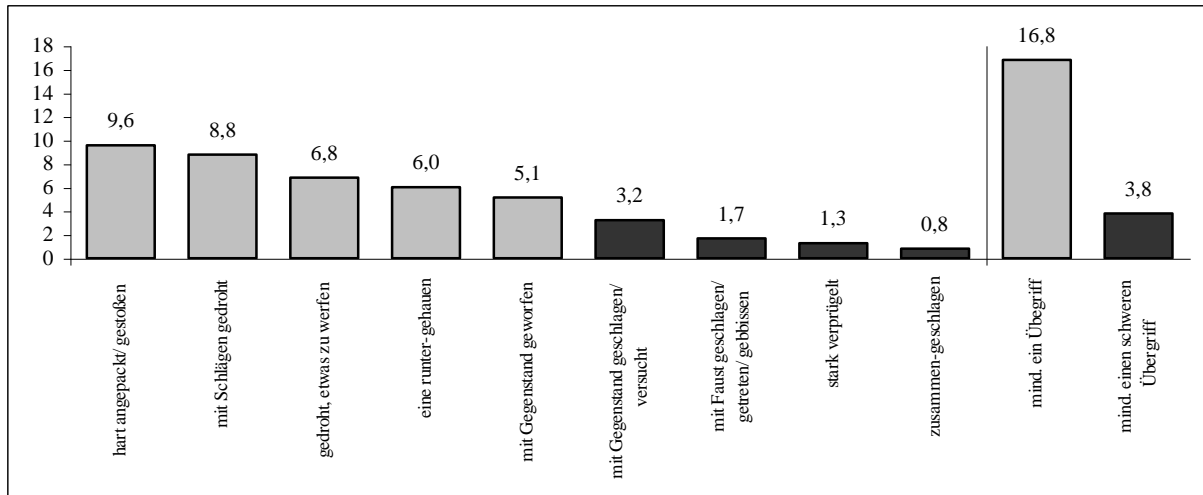
⁵⁰ Zudem wurde nicht gefragt, von wem die Gewalt ausging (Partner, Kinder, andere Familienangehörige).

⁵¹ Die höhere Anzahl an fehlenden Werten könnte allerdings auch darauf hindeuten, dass die Frage nach Gewalterfahrungen in der Beziehung als zu persönlich eingestuft und die Antwort drauf verweigert wurde.

⁵² Die Antwortkategorien reichten von „1 = nie“ bis „5 = sehr häufig“. Da die vor allem die Kategorien „häufig“ und „sehr häufig“ nur sehr selten genutzt wurden, wird an dieser Stelle nicht die Häufigkeit des Erlebens der Übergriffe vorgestellt, sondern es wird sich auf die Darstellung der Prävalenzraten (erlebt vs. nicht erlebt) beschränkt.

schwere Übergriffe werden dabei das Schlagen mit einem Gegenstand, das Schlagen mit der Faust bzw. das Treten/Beißen, das Verprügeln und das Zusammenschlagen gewertet.⁵³

Abbildung 7.5: Gewalterfahrungen durch Familien- oder Haushaltsmitglieder in den letzten fünf Jahren (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010; nur Befragte, die derzeit mit mind. einer weiteren Person im Haushalt zusammen leben)



Eine erste Zusammenhanganalyse, die bzgl. der Gewalterfahrungen in der Beziehung durchgeführt wurde, betrifft die Frage, ob das Erleben von Gewalt in Kindheit und Jugend auch dazu führt, dass im Erwachsenenalter häufiger innerfamiliäre Gewalterfahrungen gemacht werden. Ein solcher Zusammenhang (Stabilität des Opferstatus) kann unterschiedlich begründet werden: Die Erfahrung von Gewalt im Kindesalter könnte bspw. dazu führen, dass bestimmte Persönlichkeitseigenschaften ausgebildet werden (z.B. geringer Selbstwert), die ihren Träger für einen zu Aggression neigenden Partner attraktiv erscheinen lassen. Auch Milieufaktoren könnten eine Rolle spielen: In bestimmten sozialen Milieus ist das Prügeln der Kinder weiter verbreitet als in anderen Milieus. Da die Partnerwahl ebenfalls milieuspezifisch erfolgt, ist das Risiko, einen prügelnden Partner zu finden, innerhalb eines solchen Milieus höher als in anderen Milieus. Welche Erklärung die zutreffende ist, kann derzeit aus Mangel an empirischer Forschung nicht gesagt werden, fest steht jedoch, dass dieser Zusammenhang in unserer Stichprobe existiert: Befragte, die keine elterliche Gewalt in Kindheit oder Jugend erlebt haben, haben in den letzten fünf Jahren nur zu 12,2 % mindestens einen Übergriff durch ein Familien-/Haushaltsmitglied erlebt (2,4 % mindestens einen schweren Übergriff), Befragte mit häufigen Gewalterfahrungen in der Kindheit hingegen zu 26,9 % (8,7 % schwerer Übergriff). Dieser Zusammenhang findet sich in vergleichbarer Weise für männliche wie für weibliche Befragte.

Die zweite Zusammenhanganalyse betrifft die Beziehungen zu den verschiedenen kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen. Die Ergebnisse der Analysen hierzu sind in Tabelle 7.2 dargestellt, wobei nur die Koeffizienten für die Gewalterfahrungen im Haushaltskontext abgebildet sind. Berechnet wurden jeweils zwei Modelle: Im ersten Modell wurde das Erleben mindestens eines Übergriffs als Erklärungsvariable berücksichtigt, im zweiten Modell das Erleben von schweren Übergriffen. In jedem Modell wurden dabei zusätzlich die

⁵³ Eine Faktorenanalyse mit allen neun Übergriffserfahrungen extrahiert zwei Faktoren. Auf dem zweiten Faktor laden die hier als „schwere Übergriffe“ bezeichneten Items, so dass die gesonderte Auswertung entsprechender Erfahrung empirisch gerechtfertigt erscheint.

demographischen Kontrollvariablen sowie das Erleben von Gewalt in Kindheit bzw. Jugend berücksichtigt. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Erleben von Gewalt im Haushalt/der Familie die Kriminalitätsfurcht erhöht. Allerdings wird nur ein Koeffizient (personale Furcht: mindestens ein Übergriff) als signifikant ausgewiesen. Deutlich stärkere Zusammenhänge ergeben sich für die Strafhärte und die wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung, jedoch in eine nicht erwartete Richtung: Wenn eine Person Gewalt durch Familien- bzw. Haushaltsangehörige erlebt hat (unabhängig davon, um welche Form der Gewalt es sich handelt), dann vertritt sie weniger punitive Haltungen und schätzt auch den Anstieg der Kriminalität in Deutschland geringer ein. Diese Zusammenhänge lassen sich nur schwer erklären. Möglicherweise führt das Erleben von Gewalt in engen sozialen Beziehungen dazu, dass ein gewisses Verständnis für das Verhalten des Täters besteht; dieses Verständnis wird auf andere Täter generalisiert, denen man dann ebenfalls seltener wünscht, hart bestraft zu werden. Alles in allem können die Gewalterfahrungen im Rahmen enger sozialer Beziehungen damit nicht als Risikofaktor kriminalitätsbezogener Wahrnehmungen und Einstellungen eingestuft werden.

Tabelle 7.2: Gewalterfahrungen durch Familien-/Haushaltsmitglieder als Einflussfaktor der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: B; Befragung 2010; unter Kontrolle von Geschlecht, Bildung, Alter und regionaler Herkunft, Gewalterfahrungen in Kindheit/Jugend; nur Befragte, die derzeit mit mind. einer weiteren Person im Haushalt zusammen leben)

	konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Mindestens einen Übergriff	1.742	2.068**	-4.383***	-3.430**
Mindestens einen schweren Übergriff	2.079	0.870	-7.083**	-6.327**

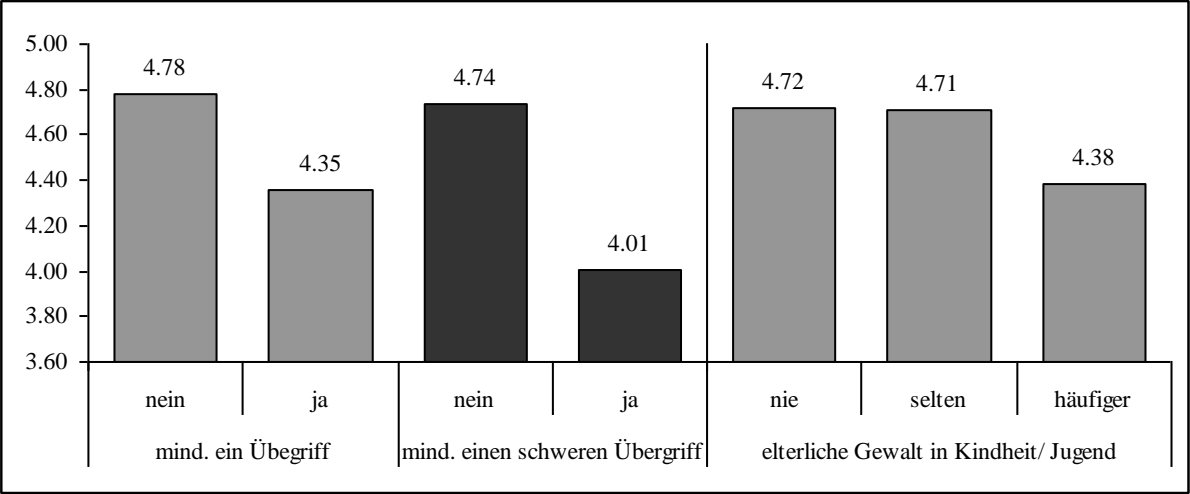
** p < .01, *** p < .001

Gleichwohl dürfen diese Ergebnisse keinesfalls zu dem Schluss führen, dass das Erleben von Gewalt durch Familien-/Haushaltsmitglieder folgenlos wäre. Dagegen spricht bereits das Ergebnis des Zusammenhangs mit den Furchtskalen. Anhand eines weiteren Indikators, der eingeschätzten Lebenszufriedenheit, lässt sich noch ein weiteres Mal aufzeigen, dass es sich um sehr belastende Erfahrungen handelt. Die Befragten sollten auf einer Skala von „1 = sehr unzufrieden“ bis „7 = sehr zufrieden“ angeben, wie zufrieden sie gegenwärtig alles in allem mit ihrem Leben sind. In Abbildung 7.6 sind die Mittelwerte getrennt für die verschiedenen Gruppen an Personen mit und ohne Gewalterfahrungen abgetragen.

Personen, die in den letzten fünf Jahren schwere Gewaltübergriffe durch Familien-/Haushaltsmitglieder erlebt haben, weisen den niedrigsten Mittelwert auf (4.01), haben also die niedrigste Lebenszufriedenheit. Auch für Personen, die mindestens einen (leichten oder schweren) Übergriff erlebt haben, liegt die Lebenszufriedenheit niedriger als für Personen ohne Übergriffserfahrungen. Für das Erleben der Gewalt im Kindes- bzw. Jugendalter ergeben sich vergleichbare Zusammenhänge. Vor allem jene Personen, die häufiger elterliche Gewalt erlebt haben, weisen aktuell eine niedrigere Lebenszufriedenheit auf. Diese lebensgeschichtlich betrachtet frühen Erfahrungen prägen also noch im späteren Leben die eigene Befindlichkeit. Der Zusammenhang fällt aber weniger stark aus als für die Gewalterfahrungen der letzten fünf Jahre. Für die Lebenszufriedenheit stellen Gewaltübergriffe durch Familien-/Haushaltsmitglieder mithin einen wichtigeren Einflussfaktor dar als die Gewaltübergriffe der Eltern in der Vergangenheit. Auch unter Kontrolle verschiedener demographischer Variablen

(Alter, Geschlecht, Bildung, regionale Herkunft) in multivariaten Analysemodellen bleibt ein starker Einfluss des Erlebens von Beziehungsgewalt auf die Lebenszufriedenheit bestehen.

Abbildung 7.6: Lebenszufriedenheit nach Gewalterleben (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010)



8. Persönlichkeitsfaktoren

Persönlichkeitsfaktoren haben einen starken Einfluss auf Verhaltensweisen. Aus der kriminologischen Forschung liegen zahlreiche Befunde hierzu vor. So steht bspw. die Eigenschaft der niedrigen Selbstkontrolle mit Gewaltverhalten und anderen Formen der Delinquenz in Beziehung (u.a. Gibbs et al. 2003; Vazsonyi et al. 2001). Werthaltungen der Selbstbehauptung und Selbstdurchsetzung erhöhen ebenfalls die Bereitschaft, sich gewalttätig zu verhalten (u.a. Baier 2005; Hermann 2001). Das Streben nach Individualität, Leistung und Erfolg, durch das diese Werthaltungen gekennzeichnet sind, kann zur Folge haben, dass auch die Anwendung von Gewalt als ein legitimes Mittel der Zielerreichung betrachtet wird. Ebenfalls enge Beziehungen werden zwischen spezifischen Einstellungen der Gewaltakzeptanz und gewalttätigen Verhaltensweisen berichtet (u.a. Fuchs et al. 2005; Enzmann et al. 2004). Die Annahme, dass Persönlichkeitsfaktoren in diesem Sinne folgenreich sind, soll an dieser Stelle daher aufgegriffen werden, wobei hier nur Zusammenhänge zwischen Persönlichkeitsfaktoren und kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen, nicht Verhaltensweisen untersucht werden können. Drei persönlichkeitsbezogene Variablen sollen dabei betrachtet werden: 1. Werthaltungen, 2. autoritäre Einstellungen, 3. politische Orientierungen. Die Werthaltungen wurden nur in der Erhebung des Jahres 2010 erfragt, die autoritären Einstellungen nur in den Erhebungen der Jahre 2006 und 2010. Die Auswertungen zu diesen Persönlichkeitseigenschaften beziehen sich daher weitestgehend auf diese Befragungen. Die politische Orientierung wurde hingegen teilweise auch bereits 2004 erhoben.

8.1. Werthaltungen

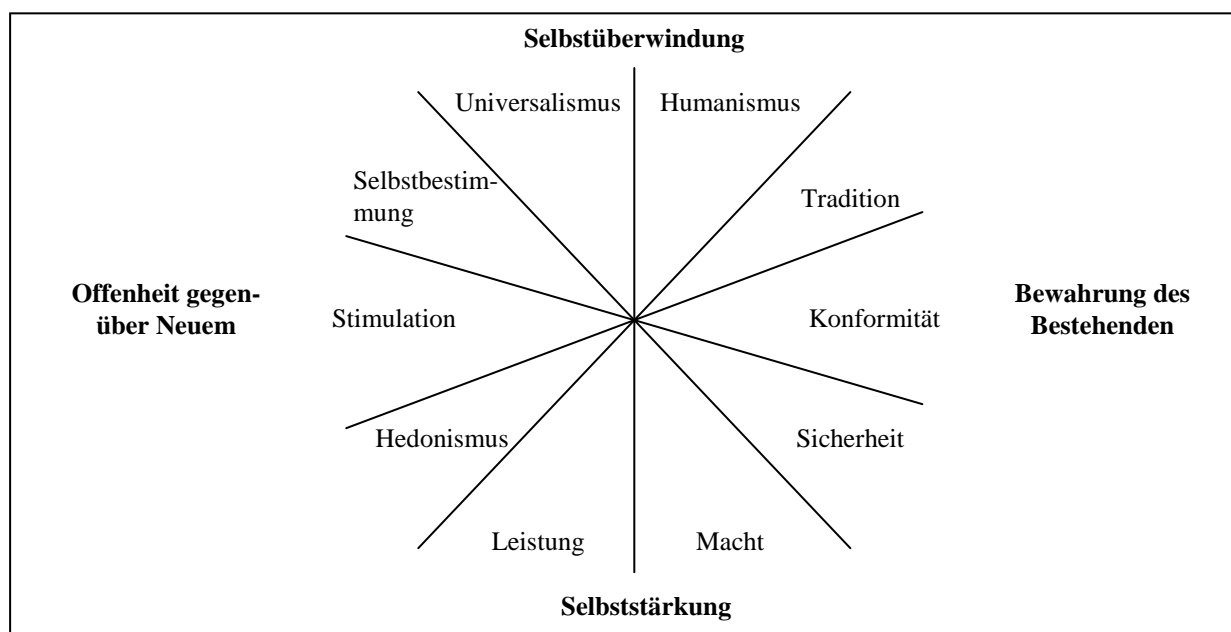
Werthaltungen beschreiben über eine konkrete Situation hinaus verweisende Lebens- und Handlungsziele; die Anzahl möglicher Lebens- und Handlungsziele ist dabei begrenzt (Boehnke/Welzel 2006). Für Bilsky (2005, S. 66) handelt es sich bei Werthaltungen um „kognitive Repräsentationen zentraler menschlicher Ziele und Motive, über die sich Personen im Hinblick auf ihre Verwirklichung verständigen müssen, da sie sowohl selbstbezogene als auch soziale Erwartungen widerspiegeln“. Hadjar (2004, S. 35ff) definiert Werthaltungen als individuell vorhandene Ziele des Wünschenswerten, die einen Einfluss auf Einstellungen haben und Leitlinien für Handlungsentscheidungen bereitstellen.

Bezüglich der Anzahl und der Inhalte von Werthaltungen gibt es eine Reihe verschiedener Modelle. Ingelhart (1977) unterscheidet im Wesentlichen zwei Werthaltungen: moderne und postmoderne Werte. Differenzierter ist hingegen das Konzept von Schwartz (1992), welches zehn Wertetypen entlang von zwei orthogonal zueinander stehenden Wertedimensionen unterscheidet. Die erste Wertedimension wird als „Selbststärkung vs. Selbstüberwindung“ umschrieben. „Selbststärkung“ bezieht sich dabei auf eine Macht- und Leistungsorientierung, d.h. auf eine Konzentration auf sich selbst; „Selbstüberwindung“ bezieht sich auf einen Humanismus und Universalismus, also auf eine Orientierung, die auf andere Personen gerichtet ist. Die zweite Wertedimension unterscheidet die Pole „Offenheit gegenüber Neuem“ und „Bewahrung des Bestehenden“. Personen, die offen gegenüber Neuem sind, suchen nach Anregung, nach Herausforderungen, nach Abenteuer und Risiko. Die „Bewahrung des Beste-

henden“ schließt die Orientierung an Traditionen, die Konformität und die Suche nach Sicherheit ein.

Entlang dieser beiden Dimensionen ordnen sich die Werthaltungen laut Schwartz (1992) kreisförmig an (sog. „Circumplexmodell“; vgl. Abbildung 8.1). Dies impliziert, dass gegenüber liegende Werthaltungen nur äußerst selten von ein und derselben Person als sehr bedeutsam angesehen werden. Für nebeneinander liegende Werthaltungen ist dies hingegen wahrscheinlich. Das Wertekonzept von Schwartz kann als empirisch gut belegt eingestuft werden. Neben großen repräsentativen Befragungen, gibt es auch im Bereich der kulturvergleichenden Forschung Hinweise auf die Gültigkeit dieses Konzepts (Schwartz/Bardi 2001; Schwartz/Sagiv 1995).

Abbildung 8.1: Das Circumplexmodell menschlicher Werthaltungen nach Schwartz (1992)



In der hier vorliegenden Studie wurden zur Erfassung der Werthaltungen insgesamt elf Aussagen aus dem European Social Survey verwendet, die mit Ausnahme des Wertes Selbstbestimmung auch von Boehnke und Welzel (2006) benutzt worden sind. Allerdings wurden die Aussagen in einem Punkt entscheidend verändert: Ursprünglich wurden die Werthaltungen in einer Porträtversion erfragt (Schwarz et al. 2001), d.h. ein Befragter sollte einschätzen, wie ähnlich oder unähnlich er einer fiktiven Person ist (z.B. „Es ist OBI wichtig, Menschen zu helfen, die OBI nahe stehen.“).⁵⁴ Innerhalb der Befragung des Jahres 2010 wurden die Aussagen hingegen ichbezogen formuliert (vgl. Tabelle 8.1); d.h. die Befragten sollten einschätzen, wie wichtig ihnen selbst bestimmte Werte sind. Die Wichtigkeit konnte von „1 – ist mir überhaupt nicht wichtig“ bis „6 – ist mir sehr wichtig“ eingestuft werden. Im Gegensatz zu herkömmlichen Messinstrumenten enthalten die Items teilweise zwei Sätze. Dies erscheint sinnvoll, weil Werthaltungen allgemeine Orientierungen darstellen; die Befragten positionieren sich also nicht nur zu einem ganz spezifischen Gegenstand, sondern sie nehmen eine globale Einschätzung vor.

⁵⁴ Die Benutzung eines ungebräuchlichen Namens („OBI“) soll verhindern, dass geschlechtsspezifische Assoziationen geweckt werden.

Zur Erfassung der zehn Werthaltungen von Schwartz war jeweils ein Item vorgesehen; die einzige Ausnahme betrifft die Konformität, die mit zwei Aussagen erfragt wurde. Grundsätzlich könnte damit der Einfluss jeder einzelnen Werthaltung auf die kriminalitätsbezogenen Einschätzungen geprüft werden. Um die Komplexität zu reduzieren, haben wir uns aber entschieden, nicht das Schwartzsche Gesamtmodell zu prüfen, sondern nur die übergeordneten vier Dimensionen. Zunächst wurde geprüft, ob sich aus den Antworten der Befragten diese vier Dimensionen rekonstruieren lassen, wofür eine explorative Faktorenanalyse mit allen elf Items durchgeführt wurde. Das Ergebnis ist in Tabelle 8.1 dargestellt.⁵⁵

Tabelle 8.1: Explorative Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse; Rotation: Oblimin; gewichtete Daten; Befragung 2010; abgebildet: Faktorladungen > .40)

Dimension	Werthaltung	Item	Faktor I	Faktor II	Faktor III
Bewahrung des Bestehenden	Tradition	Tradition ist mir wichtig. Ich versuche mich an die Sitten und Gebräuche zu halten, die mir von meiner Religion oder Familie überliefert werden.	.711		
	Konformität	Ich glaube, dass Menschen tun sollten, was man ihnen sagt.	.767		
		Es ist mir wichtig, sich jederzeit korrekt zu verhalten. Ich vermeide es, Dinge zu tun, die andere Leute für falsch halten könnten.	.811		
	Sicherheit	Es ist mir wichtig, Sicherheit im Leben zu haben. Ich vermeide alles, was meine Sicherheit gefährden könnte.	.652		
Selbststärkung	Macht	Es ist mir wichtig über andere Leute zu bestimmen. Ich möchte, dass andere Menschen sich nach mir richten und das tun, was ich sage.		.708	
	Leistung	Es ist mir wichtig, erfolgreich zu sein. Ich mag es, hervorragend abzuschneiden und andere Leute zu beeindrucken.		.761	
Offenheit gegenüber Neuem	Hedonismus	Ich lasse keine Gelegenheit aus Spaß zu haben. Es ist mir wichtig, das Leben zu genießen.		.735	
	Stimulation	Ich suche das Abenteuer und das Risiko. Ich möchte ein aufregendes Leben führen.		.800	
	Selbstbestimmung	Es ist mir wichtig, selbst zu entscheiden, was ich tue. Ich bin gern frei und unabhängig von anderen.			.718
Selbstüberwindung	Universalismus	Ich bin überzeugt, dass alle Menschen gleich behandelt werden sollten. Ich will Gerechtigkeit für alle, auch für Menschen, die ich nicht kenne.			.579
	Humanismus	Es ist mir wichtig, Menschen zu helfen, die mir nahe stehen. Ich fühle mich dafür verantwortlich, dass es Ihnen gut geht.			.661
Eigenwert			2.589	2.323	1.333
Erklärte Varianz			23,5 %	21,1 %	12,1 %

Die Faktorenanalyse ergibt eine Drei-Faktoren-Struktur; die Annahmen von Schwartz lassen sich demnach nicht vollständig bestätigen. Die „Bewahrung des Bestehenden“ kann als eigenständige Dimension betrachtet werden, die sich aus den Werthaltungen Tradition, Konformität und Sicherheit zusammensetzt (vier Items). Eine Reliabilitätsanalyse bestätigt, dass es sich um eine konsistente Skala handelt (Cronbachs Alpha = .74), weshalb der Mittelwert aus den vier Einzelaussagen gebildet wurde.

⁵⁵ Die Ergebnisse der Faktorenanalyse unterscheiden sich nicht für verschiedene Altersgruppen oder männliche und weibliche Befragte.

Die Dimension der „Selbststärkung“ und der „Offenheit gegenüber Neuem“ können hingegen nicht als eigenständige Dimensionen gelten. Stattdessen gibt es eine große Überschneidung beider Dimensionen. Macht, Leistung, Hedonismus und Stimulation bilden eine eigene Werthaltungsdimension ab, die wir nachfolgend als „Offenheit/Selbststärkung“ bezeichnen. Die vier Einzelaussagen korrelieren hinreichend hoch miteinander (Cronbachs Alpha = .75), so dass die Bildung einer Mittelwertsskala sinnvoll ist.

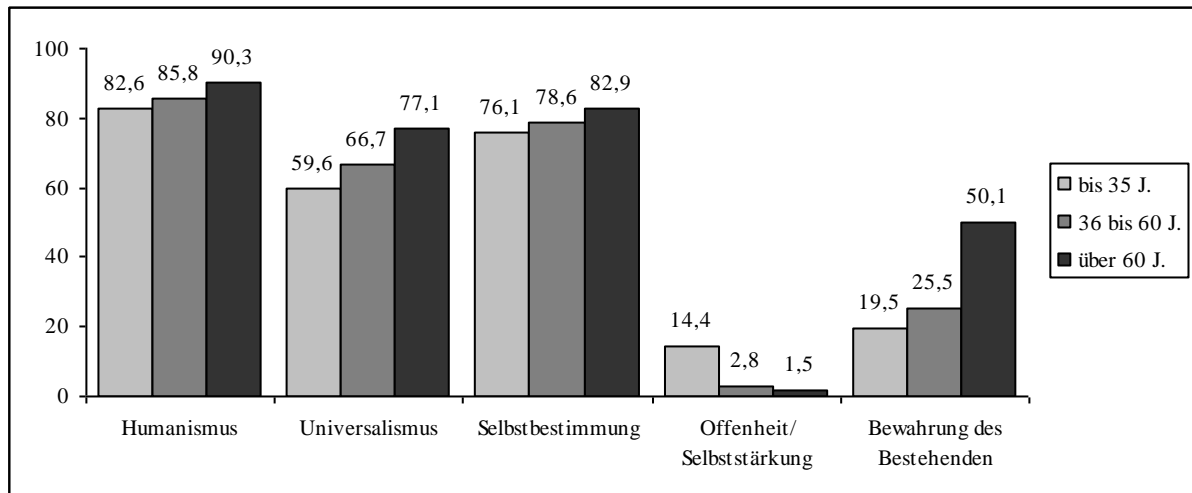
Auf den ersten Blick scheint dies auch der Fall beim letzten extrahierten Faktor zu sein. Universalismus und Humanismus laden als Verkörperung der Selbstüberwindungsdimension auf einem Faktor; zusätzlich lädt auch die Selbstbestimmung auf diesem Faktor. Allerdings zeigen zusätzlich durchgeführte Korrelationsanalysen, dass die Zusammenhänge nur gering ausgeprägt sind; die Pearson-Korrelation liegt zwischen .19 und .23. Dass diese drei Items auf einem Faktor laden, ist mithin darauf zurückzuführen, dass mit den anderen Items noch geringere Korrelationen bestehen; der dritte Faktor ist also eine Art Residualfaktor, auf dem die Items laden, die die geringsten Überschneidungen mit den anderen Items aufweisen. Vor dem Hintergrund, ein konsistentes Messinstrument zu konstruieren, ist es nicht ratsam, die drei Items zu einer Skala zusammen zu fassen. Sie sollen stattdessen nachfolgend einzeln in den Analysen berücksichtigt werden. Die Ergebnisse widersprechen den Annahmen von Schwartz damit auch dahingehend, dass Universalismus und Humanismus, zwei im Circumplexmodell benachtbarte Werthaltungen, empirisch nur einen eher geringen Zusammenhang aufweisen. Zu beachten ist dabei allerdings, dass sich das Item zum Humanismus nicht auf alle Menschen bezieht, sondern nur auf Menschen im nahen sozialen Umfeld. Es ist zweifelhaft, dass damit Humanismus als Werthaltung adäquat abgebildet wird. Grundsätzlich sollten diese Befunde nicht als Falsifikation des Gesamtmodells betrachtet werden, da wir die einzelnen Werthaltungen nur mit einem Item operationalisiert haben. In der Ursprungsversion werden von Schwartz pro Werthaltungen mehrere Items benutzt. Eine solch ausführliche Version konnten wir aufgrund der Begrenztheit des Platzes im Fragebogen leider nicht einsetzen.

Die Zusammenhänge zwischen den fünf Werthaltungen haben eine geringe bis mittlere Höhe, sind aber durchweg positiv; d.h. Befragte, die eine Werthaltung als wichtig erachten, stufen auch andere Werthaltungen tendenziell eher als wichtig ein. Die niedrigste Korrelation besteht zwischen dem Universalismus und der Offenheit/Selbststärkung (Pearsons $r = .01$), die höchste Korrelation zwischen dem Universalismus und der Bewahrung des Bestehenden (Pearsons $r = .25$).

Bedeutsame Unterschiede in der Einschätzung der Wichtigkeit der verschiedenen Werthaltungen existieren im Vergleich der Altersgruppen unserer Befragung. Um dies anschaulich darzustellen, haben wir für die fünf Werthaltungen Gruppierungen vorgenommen: Personen, die bei den Einzelitems zum Humanismus, zum Universalismus und zur Selbstbestimmung mit fünf oder sechs auf der von eins bis sechs variierenden Antwortskala geantwortet haben, erachten diese Werte als wichtig. Bei den beiden Mittelwertsskalen „Bewahrung des Bestehenden“ und „Offenheit/Selbststärkung“ wird ab einem Mittelwert von über 4,33 von einer hohen Wichtigkeit gesprochen. Abbildung 8.2 stellt den Anteil an Personen der verschiedenen Altersgruppen dar, die die diversen Werthaltungen als wichtig einstufen. Für vier der fünf Werte zeigt sich, dass ältere Befragte sie signifikant häufiger als wichtig einstufen als jüngere Befragte. Besonders eng ist der Zusammenhang beim Universalismus und bei der Bewahrung des Bestehenden: Die Hälfte der älteren Befragten sagt, dass für sie die Bewahrung des Be-

stehenden wichtig ist (50,1 %); bei den bis 35jährigen Befragten gilt dies nur für 19,5 %. Die jüngeren Befragten stehen demgegenüber signifikant häufiger für Werte der Offenheit und der Selbststärkung. Insgesamt zeigt sich aber, dass nur ein kleiner Teil der Befragten diese Werte als wichtig einstuft. Werte des Humanismus und der Selbstbestimmung werden hingegen von mindestens drei Viertel der Befragten als wichtig erachtet.

Abbildung 8.2: Anteil „Werthaltung wichtig“ nach Altersgruppe (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Für andere demographische Gruppen ergeben sich nur vereinzelt signifikante Unterschiede. Weibliche Befragte stufen im Vergleich zu männlichen Befragten den Humanismus signifikant häufiger als wichtig, die Offenheit/Selbststärkung signifikant seltener als wichtig ein. Für ostdeutsche Befragte ist die Orientierung an der Bewahrung des Bestehenden wichtiger als für westdeutsche Befragte. Für höher gebildete Personen ist diese Orientierung weniger wichtig als für gering gebildete Personen.

Welche Zusammenhänge zwischen den Werthaltungen und den kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen bestehen, wird mittels OLS-Regressionen geprüft (Tabelle 8.2). Studien, die Begründungen für diese Zusammenhänge geben könnten, finden sich in der sozialwissenschaftlichen Literatur kaum. In Bezug auf die Strafhärte kann vermutet werden, dass sich Personen, die die Bewahrung des Bestehenden als wichtig erachten, strafhärter eingestellt sind. Diese Personen sehen die soziale Ordnung (das Bestehende) durch das Begehen von Straftaten gefährdet und wünschen sich, dass der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt wird. Die Täter, die für die Störungen verantwortlich sind, sollen dementsprechend zur Rechenschaft gezogen werden (vgl. Wenzel/Thielmann 2006). Ein vergleichbarer Zusammenhang sollte sich für die Werthaltung der Selbststärkung zeigen. Personen, die diese als wichtig erachten, dürften die Verantwortung für Straftaten vor allem in der Entscheidung des Täters sehen, die, wie sie selbst, „ihres eigenen Glückes Schmied sind“. Wenn sich die Täter für die Delinquenz entscheiden, dann müssen sie auch die Konsequenzen ihres Handelns deutlich erfahren. Zudem sollten die Werthaltung der Selbststärkung mit einer höheren Punitivität einher gehen, weil diese Personen ihre eigene Stellung durch Straftaten in Gefahr sehen; die Verteidigung der eigenen Leistungsfähigkeit und Macht schließt dann ein, dass gegen Straftäter hart vorgegangen werden muss. Die Werte Humanismus, Universalismus und Selbstbestimmungen sollten hingegen eher mit mildereren Strafeinstellungen einher gehen. Sie stehen dafür, dass auch dem Täter Verständnis entgegen gebracht wird, er also bspw. als Op-

fer seiner sozialen Umstände betrachtet wird. Die Idee, dem Täter zu helfen, ihn zu resozialisieren, dürfte Personen mit diesen Werthaltungen vertrauter sein als Personen, die diese Werthaltungen nicht als wichtig erachten.

Diese Überlegungen werden empirisch nur teilweise bestätigt. Für die Strafhärte zeigt sich, dass universalistische Werte die Härte – wie vermutet – senkt, wohingegen die Orientierung an der Bewahrung des Bestehenden diese erhöht.⁵⁶ Die Werthaltung Offenheit/Selbststärkung steht hingegen in keiner Beziehung mit der Strafhärte, humanistische Werte und Werte der Selbstbestimmung erhöhen die Strafhärte sogar signifikant. Für den Humanismus finden sich auch bei den anderen Variablen unerwartete Zusammenhänge: Humanistische Werte gehen mit einer höheren Furcht und einem als höher eingestuften Kriminalitätsanstieg einher. Für die Selbstbestimmung und die Offenheit/Selbststärkung ergeben sich mit einer Ausnahme keine signifikanten Zusammenhänge: Offenheit/Selbststärkung erhöht die personale Furcht. Konsistent, wenn auch nicht immer signifikant, ist der Einfluss des Universalismus und der Bewahrung des Bestehenden: Erstgenannte Werthaltung senkt die Furcht und die Wahrnehmung, dass Kriminalität ansteigt; die Orientierung an Bewahrungswerten erhöht diese Einschätzungen.

Tabelle 8.2: Werthaltungen als Einflussfaktoren der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: B; Befragung 2010; unter Kontrolle von Alter, Geschlecht, Bildung und regionaler Herkunft)

	konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Humanismus	1.255*	0.639*	2.177***	2.806***
Universalismus	-1.550***	-0.195	-1.932***	-0.668*
Selbstbestimmung	-0.547	-0.382	1.385***	0.275
Offenheit/Selbststärkung	-0.219	1.289***	0.463	-0.226
Bewahrung des Bestehenden	4.577***	1.202***	3.127***	1.160**
Konstante	-9.339*	0.522	53.356***	53.282***
N	3194	3176	3183	3165
Korr. R²	.215	.038	.079	.053

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Die Frage, warum sich humanistische Werte in einer Erhöhung der kriminalitätsbezogenen Einschätzungen niederschlagen, lässt sich an dieser Stelle nur schwer beantworten. Die Antwort, dass dieser Zusammenhang durch das Lebensalter vermittelt ist, kann deshalb verworfen werden, weil das Lebensalter in der obigen Analyse berücksichtigt wurde. Hinzuweisen ist deshalb zuerst noch einmal auf mögliche Schwächen in der Operationalisierung: Das Item, das zur Messung von Humanismus eingesetzt wurde, zielt auf das Interesse an nahe stehenden Personen ab, nicht generell auf das Interesse an allen Menschen. Es wird damit eine partikularistische Orientierung erhoben, die damit einher geht, dass seltener Verständnis für Straftäter besteht und dass sich weniger mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen auseinander gesetzt wird. Nicht auszuschließen ist, dass die berichteten Ergebnisse auch dann erzielt worden wären, wenn andere Items zur Erfassung des Humanismus eingesetzt worden wären. Insofern ließe sich auch spekulieren, dass eine Orientierung am Wohlergehen der Menschen mögli-

⁵⁶ Diese Zusammenhänge zeigen sich auch, wenn statt der Strafhärte-Skala die Einstellung zur Todesstrafe betrachtet wird: Personen, die universalistische Werte als wichtig erachten, sprechen sich zu 44,9 % gegen die Todesstrafe aus, Personen, denen universalistische Werte weniger wichtig sind, zu 32,6 % (dafür: 22,0 zu 26,9 %). Bezüglich der Bewahrung des Bestehenden ergeben sich umgekehrte Zusammenhänge (dafür: 25,7 % zu 22,7 %).

cherweise in besonderer Weise mit einer Orientierung am Wohlergehen der Opfer von Kriminalität einher geht. Das Mitleid mit den Opfern mag dann zu der Folgerung Anlass geben, dass deren Leid nur durch härtere Strafen verhindert werden kann. Humanistische Werte würden beim Mitleid für die Täter auf ihre Grenzen stoßen. Eine solche Fokussierung auf die Opfer könnte dann auch mit der Überschätzung der Gefahr durch kriminelle Übergriffe einhergehen. Dies wiederum erhöht die Furcht und führt zu der Ansicht, Kriminalität in Deutschland würde stark zunehmen.

8.2. Autoritäre Einstellungen

Das Konzept des Autoritarismus bzw. der autoritären Persönlichkeit wurde von Adorno et al. (1950) eingeführt. Die Autoren entwickelten dieses Konzept in Reaktion auf die Diskriminierung von Juden im Dritten Reich; d.h. es sollte die Frage nach den Ursachen des diskriminierenden Denkens und Handelns von z.T. 'ganz normalen' Bürgern zu beantworten versucht werden. Später wurde das Konzept auf die Erklärung von Vorurteilen gegenüber anderen Minderheiten ausgeweitet (Rippl et al. 2000, S. 14). Laut Adorno et al. (1950) ist Autoritarismus ein Resultat einer autoritären Erziehung. Ein Mangel an Zuwendung speziell durch den dominierenden Vater führt zu Aggressionen und Hassgefühlen, die nicht an der Quelle dieser Gefühle (dem Vater) ausgelassen werden können, sondern auf Andersartige, Schwächere verschoben werden. Für Adorno (1950) setzt sich der Autoritarismus aus neun verschiedenen Dimensionen zusammen, die empirisch mittels der bekannten F-Skala erfasst wurden. In den neueren Arbeiten zu dieser Theorie beschränken sich die Autoren meist auf drei Dimensionen. Laut Altemeyer (1981) ist der Autoritarismus durch eine autoritäre Unterwürfigkeit, durch autoritäre Aggressionen und durch Konventionalismus gekennzeichnet. Das Konzept hat zudem eine wichtige theoretische Erweiterung erfahren: Wurde anfangs von der Annahme des frühkindlich sozialisierten Autoritarismus ausgegangen und damit von einer über das Lebensalter hinweg stabilen Persönlichkeitseigenschaft, vermutet Oesterreich (1993), dass Autoritarismus auch durch schnellen sozialen Wandel ausgelöst werden kann und damit situationsabhängig ist. Solche makrosozialen Veränderungen können auf der Individualebene zu Angst und Unsicherheitsgefühlen führen. Die Menschen suchen in solchen Situationen Sicherheit. Fremdenfeindliche Ideologien können Sicherheit bieten, da durch sie die Welt klar in Freund und Feind unterteilt wird. Autoritarismus ist in diesem Sinne die Reaktion der „Flucht in die Sicherheit“ (Oesterreich 1996). Ein Zusammenhang zwischen autoritären Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus wurde in der Vergangenheit zahlreiche Male belegt (vgl. u.a. Baier/Hadjar 2005, Heitmeyer/Heyder 2002, Rippl et al. 2005).

In der vorliegenden Untersuchung wird davon ausgegangen, dass autoritäre Einstellungen nicht nur Zusammenhänge mit ethnozentrischen Einstellungen aufweisen, sondern auch Auswirkungen auf kriminalitätsbezogene Wahrnehmungen und Einstellungen haben. Dies lässt sich damit begründen, dass autoritäre Personen dazu neigen, an etablierten Normen festzuhalten und soziale Konformität über die persönliche Autonomie zu stellen (Feldman 2003). Butler (2009) nimmt an, dass insbesondere die Bedrohung der sozialen Ordnung und des Status Quo bei autoritären Personen Angst hervorruft. Eine solche Bedrohung kann durch deviantes bzw. delinquentes Verhalten entstehen. Hiermit übereinstimmend berichtet Butler (2009), dass sich autoritäre und nicht-autoritäre Personen vor allem im Hinblick auf die Angst vor

Nonkonformität unterscheiden. Kriminalität ist ein zentraler Bereich nicht normenkonformen Verhaltens. Autoritäre Personen sollten sich dementsprechend stärker vor Kriminalität fürchten und auch höhere Strafen für jene fordern, die die Gesetze eines Gemeinwesens verletzen.

Um dies zu prüfen, wurden die autoritären Einstellungen mittels vier Aussagen in Anlehnung an den Vorschlag von Hübner et al. (2008) erfasst (Tabelle 8.3). Dabei wurden allerdings nur zwei der genannten drei Dimensionen von Autoritarismus abgebildet. Die ersten drei Items stehen für die autoritäre Unterwürfigkeit, das vierte Item für die autoritäre Aggression. Alle vier Items laden auf einem gemeinsamen Faktor und können aufgrund der hohen Reliabilität zu einer Mittelwertskala zusammengefasst werden. Den einzelnen Aussagen konnte dabei von „1 – trifft überhaupt nicht zu“ bis „6 – trifft völlig zu“ zugestimmt werden. Erkennbar ist anhand der Mittelwerte, dass die Unterwürfigkeitsaussagen geringere Zustimmung erhalten als das Aggressionsitem. Am seltensten waren die Befragten der Meinung, dass es für ein Kind nützlich ist, sich den Vorstellungen der Eltern anzupassen.

Tabelle 8.3: Skala Autoritarismus (gewichtete Daten; Befragung 2010)

Item	Mittelwert
Zu den wichtigsten Eigenschaften, die jemand haben kann, gehört disziplinierter Gehorsam der Autorität gegenüber.	3.53
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen.	2.86
Im Allgemeinen ist es einem Kind im späteren Leben nützlich, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen seiner Eltern anzupassen.	2.50
Die derzeitige Kriminalität und sexuelle Unmoral lassen es unumgänglich erscheinen, mit gewissen Leuten härter zu verfahren, wenn wir unsere moralischen Prinzipien wahren wollen.	4.01
Skala	3.22
Cronbachs Alpha	.78

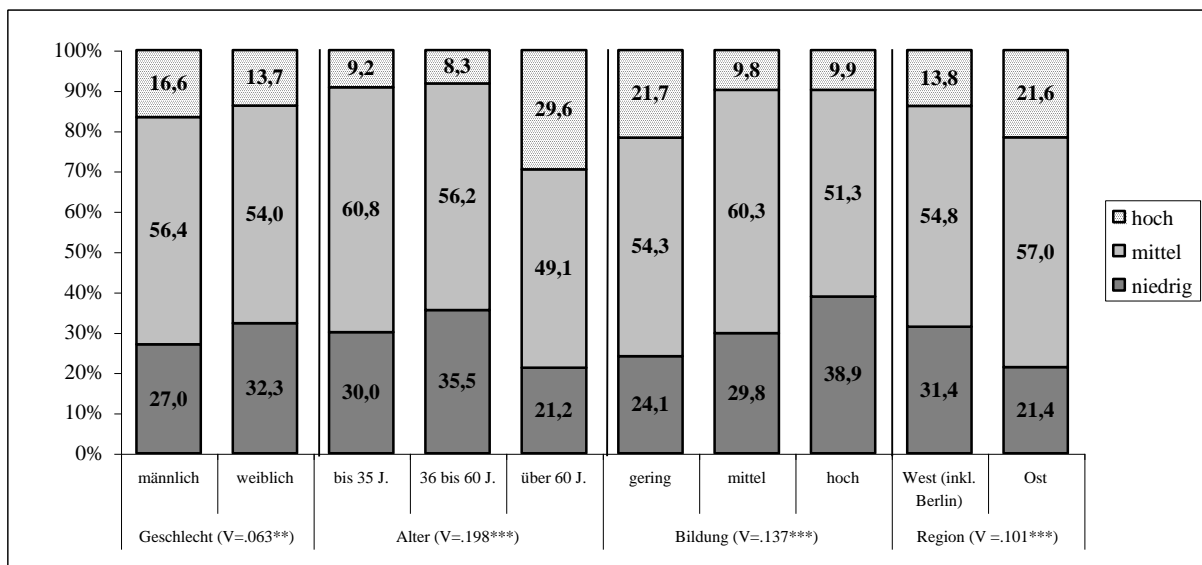
Die autoritären Einstellungen wurden nicht nur in der Befragung 2010, sondern in derselben Art und Weise bereits in der Befragung 2006 erfragt. Im Vergleich beider Erhebungszeitpunkte zeigt sich ein stabiler Mittelwert der Gesamtskala: Lag dieser 2006 bei 3,25, liegt er in der Befragung 2010 bei 3,22; oder in Prozente übersetzt: Im Jahr 2006 wurden 16,4 % der Befragten als hoch autoritär eingestuft, 2010 sind es 15,1 %.⁵⁷ Die Stabilität wird nicht dadurch hervorgerufen, dass ein eigentlich rückläufiger Trend dadurch konterkariert wird, dass die Befragten der Befragung 2010 durchschnittlich älter sind und ältere Personen höheren Autoritarismus zeigen. Eine OLS-Regression unter Einbezug des Geschlechts, des Alters, des Bildungsstands und der regionalen Herkunft führt ebenfalls zu dem Befund, dass sich der Autoritarismus der beiden Erhebungswellen nicht signifikant voneinander unterscheidet.

Deutliche Unterschiede im Autoritarismus finden sich aber für verschiedene Befragtengruppen, wie Abbildung 8.3 anhand der Befragung des Jahres 2010 belegt. Der stärkste Zusammenhang existiert mit dem Lebensalter: Über 60jährige Befragte werden zu 29,6 % als hoch autoritär eingestuft, bis 35jährige Befragte nur zu 9,2 %. Die Bildungsgruppen betrachtet zeigt sich, dass niedrig gebildete Personen seltener als mittel und diese wiederum seltener als hoch gebildete Personen niedrige Autoritarismuswerte aufweisen. Im Osten Deutschlands sind autoritäre Einstellungen weiter verbreitet als im Westen Deutschlands. Zuletzt äußern männliche Befragte etwas häufiger als weibliche Befragte Zustimmung zu autoritären Aussagen. Diese Befunde entsprechen den Ergebnissen anderer Studien (vgl. z.B. Baier/Hadjar

⁵⁷ Befragte mit Mittelwerten über 4,34 wurden als hoch autoritär, Befragte mit Mittelwerten bis einschließlich 2,67 als gering autoritär eingestuft.

2005). Hinsichtlich der Wirkung des Lebensalters ist dabei fraglich, ob es sich um einen Generationen- oder einen Alterseffekt handelt. So könnte sein, dass die älteren Befragten in ihrer Kindheit häufiger Autoritarismus auslösenden Einflüssen ausgesetzt waren (z.B. elterliche Gewalt), denen andere Generationen in dem Maße nicht mehr ausgesetzt waren (Generationseneffekt). Gleichfalls könnte es sein, dass Personen mit zunehmendem Alter autoritärer werden (Alterseffekt). Der Ost-West-Unterschied kann ebenfalls mit mindestens zwei Erklärungen begründet werden: Der rapide soziale Wandel in Ostdeutschland könnte entsprechend den Annahmen von Oesterreich (1993, 1996) vermehrt zu autoritären Reaktionen geführt haben. Möglich ist aber auch, dass die Sozialisationserfahrungen während der totalitären DDR-Zeit vermehrt zu autoritären Einstellungen geführt haben.⁵⁸

Abbildung 8.3: Autoritarismus nach verschiedenen demographischen Variablen (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010; V = Cramers V; * p < .05, ** p < .01, * p < .001)**



Autoritäre Einstellungen stehen zudem in einer engen Beziehung mit zwei der oben untersuchten fünf Werthaltungen. Je autoritärer eine Person eingestellt ist, umso wichtiger erachtet sie die Werte Offenheit/Selbststärkung und Bewahrung des Bestehenden ($r = .12$ bzw. $.48$); mit dem Universalismus und der Selbstbestimmung ergeben sich nur schwach signifikanten Beziehungen ($r = .04$), mit dem Humanismus existiert eine signifikant positive, dennoch eher schwache Korrelation ($r = .08$). Der sehr enge Zusammenhang zwischen autoritären Einstellungen und Bewahrungswerten ist dabei kein Effekt des Lebensalters: Beschränken wir die Auswertungen auf 36- bis 60jährige Befragte, so erachten 13,7 % der gering autoritären Befragten die Bewahrung des Bestehenden als wichtig; bei den mittel autoritären Personen sind dies bereits 25,8 %, bei den hoch autoritären sogar 67,8 % (Cramers V = .325).

Bei der Untersuchung des Zusammenhangs von autoritären Einstellungen und kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen ist dieser enge Zusammenhang mit den Bewahrungswerten, die ja bereits als wichtiger Einflussfaktor herausgearbeitet worden sind, zu berücksichtigen, um fehlerhafte Schlüsse zu vermeiden. Wir haben daher die Analyse aus Tabelle 8.2 unter Be-

⁵⁸ Auch bei den bis 35jährigen Befragten finden sich höhere Autoritarismuswerte in Ostdeutschland; besonders ausgeprägt sind die Unterschiede allerdings bei den über 60jährigen. Eine Erklärung des Ost-West-Unterschieds muss insofern sowohl auf die Erziehungserfahrungen als auch die Erfahrungen des sozialen Wandels (und der damit verbundenen Verunsicherung) rekurrieren.

rücksichtigung der autoritären Einstellungen ein weiteres Mal durchgeführt. Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 8.4. Dabei zeigt sich erstens, dass autoritäre Einstellungen unabhängig von den aufrecht erhaltenen Werten ein eigenständiger Einflussfaktor aller kriminalitätsbezogenen Einschätzungen sind. Autoritär eingestellte Menschen zeigen mehr Furcht, sind punitiver und nehmen einen stärkeren Anstieg der Straftaten wahr als nicht autoritär eingestellte Personen. Zweitens verändern sich durch die Aufnahme der autoritären Einstellungen in die Modelle in erster Linie die Koeffizienten der Werthaltung „Bewahrung des Bestehenden“. Zwar gehen diese Werte weiterhin mit höheren Furchtwerten einher (wobei sich die Höhe der Koeffizienten deutlich verringert), für die Strafhärte und die Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung ergeben sich aber keine signifikanten Beziehungen mehr. Insofern vermitteln die autoritären Einstellungen den Einfluss von Bewahrungswerten. Personen, für die Konformität, Tradition usw. wichtig sind, sind zugleich autoritärer in ihren Einstellungen; diese Einstellungen legen dann eine bestimmte Wahrnehmung des Kriminalitätsgeschehens sowie eine härtere Haltung gegenüber Straftätern nahe.

Tabelle 7.4: Autoritäre Einstellungen als Einflussfaktor der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: B; Befragung 2010; unter Kontrolle von Alter, Geschlecht, Bildung und regionaler Herkunft)

	konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Humanismus	1.342**	0.702*	2.305***	3.052***
Universalismus	-1.245**	-0.205	-1.532***	-0.529
Selbstbestimmung	-0.502	-0.393	1.347***	0.198
Offenheit/Selbststärkung	-0.740	1.164***	-0.451	-0.463
Bewahrung des Bestehenden	3.053***	0.799**	0.617	0.293
Autoritarismus	2.918***	0.719**	4.714***	1.486***
Konstante	-12.043**	-0.239	49.722***	50.987***
N	3170	3152	3160	3145
Korr. R²	.224	.043	.122	.060

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

8.3. Politische Orientierungen

Unter „politischen Orientierungen“ kann eine große Spannweite an Ansichten und Einstellungen zum politischen System subsumiert werden. Die Zufriedenheit mit der politischen Arbeit oder der Demokratie gehört ebenso hierzu wie ein allgemeines oder spezifisches Interesse an politischen Fragen oder die eigene Verortung im politischen Raum. Im Rahmen unserer Bevölkerungsbefragung haben wir allerdings nur zwei Indikatoren politischer Orientierungen erfasst: einerseits das Politikinteresse und andererseits die Links-Rechts-Einstufung. Zumindest von dieser Links-Rechts-Einstufung ist zu erwarten, dass sie mit den kriminalitätsbezogenen Einschätzungen zusammen hängt, insofern im politischen Raum rechts stehende Parteien und andere Organisationen das Thema Kriminalität sehr viel stärker zum Inhalt ihrer Arbeit machen als links stehende Parteien. Dabei wird von den eher rechts stehenden Parteien eine konservative Position vertreten, die einher geht mit einer höheren Strafbereitschaft. Zugleich ist die Ansicht, die (steigende) Kriminalität würde die Gesellschaft und damit jeden Einzelnen bedrohen, im rechten politischen Spektrum weit häufiger zu finden als im linken Spektrum.

Um das Politikinteresse der Befragten zu ermitteln, sollten diese die Frage beantworten, wie stark sie sich für Politik interessieren. Ihre Antworten konnten die Befragten auf einer Skala von „1 – überhaupt nicht“ bis „7 – sehr stark“ abstufen. In Abbildung 8.4 sind die Anteile an gering (Antworten eins und zwei), mittel (Antworten drei bis fünf) und hoch (Antworten sechs und sieben) politikinteressierten Personen dargestellt, wobei erstens ein Vergleich der Befragungsjahre und zweitens ein Vergleich verschiedener Befragtengruppen vorgenommen wurde; der Vergleich der Befragtengruppen bezieht sich dabei ausschließlich auf die Befragung des Jahres 2010. Erkennbar ist, dass der Anteil politisch hoch interessierter Befragter zwischen den Jahren 2004 und 2006 signifikant zugenommen hat.⁵⁹ Zwischen 2006 und 2010 ist dieser Anteil aber wieder signifikant zurückgegangen. Sowohl 2006 als auch 2010 hat die Bundestagswahl, das wichtigste politische Ereignis, nur wenige Monate vor der Befragung stattgefunden; ein das politische Interesse beeinflussendes Großereignis dürfte also keine Erklärung für die höheren Werte des Jahres 2006 sein. Im Jahr 2010 liegt der Anteil hoch interessierter Personen zugleich über dem Anteil des Jahres 2004; dies trifft auch auf den Anteil an gering interessierten Personen zu. Es deutet sich damit eine Art Polarisierung an, die zur Folge hat, dass der Anteil der mittelmäßig Interessierten abnimmt.

Abbildung 8.4: Politisches Interesse nach Erhebungsjahr und demographischen Variablen der Befragung 2010 (in %; gewichtete Daten; V = Cramers V; * p < .05, ** p < .01, * p < .001)**

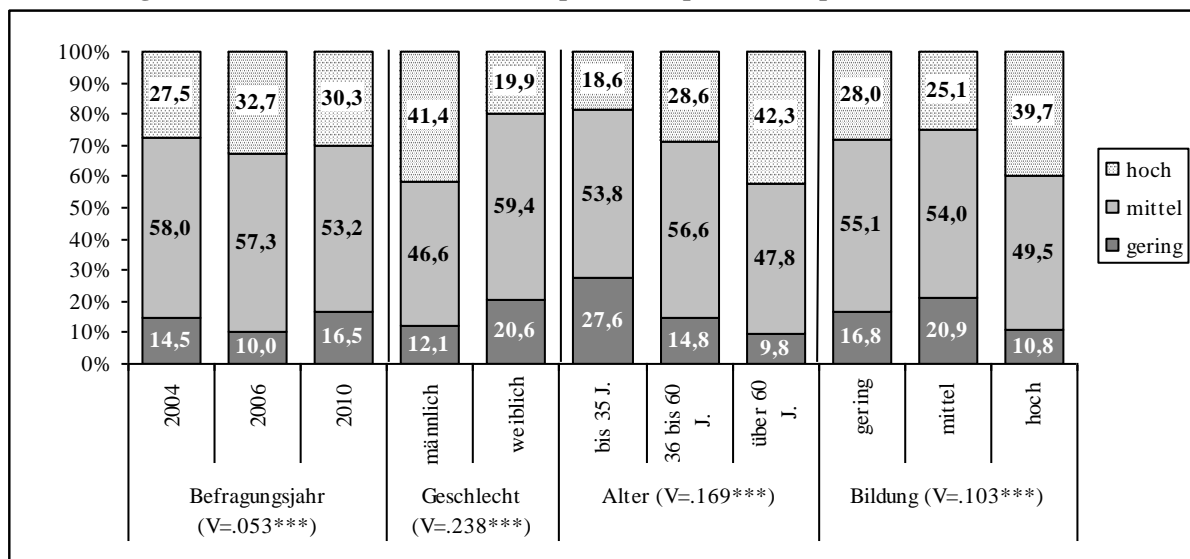


Abbildung 8.4 belegt daneben, dass Frauen signifikant seltener hoch politisch interessiert sind als Männer: Der Anteil an Befragten mit hohem Interesse beträgt bei den Frauen 19,9 %, bei den Männern hingegen 41,4 %. Mit zunehmendem Alter steigt zudem das Interesse deutlich an. Von den über 60jährigen Befragten gaben bspw. nur 9,8 % an, gering an Politik interessiert zu sein, von den bis 35jährigen hingegen 27,6 %. Für das Bildungsniveau ist ebenfalls ein signifikanter Effekt zu beobachten, der aber nicht linear verläuft. So sind es die Befragten mit mittlerer Bildung, die am seltensten als hoch oder mittel politikinteressiert eingestuft werden. Für hoch Gebildete gilt dies für fast 90 % der Befragten. Zwischen beiden Gruppen sind die niedrig gebildeten Befragten einzustufen.

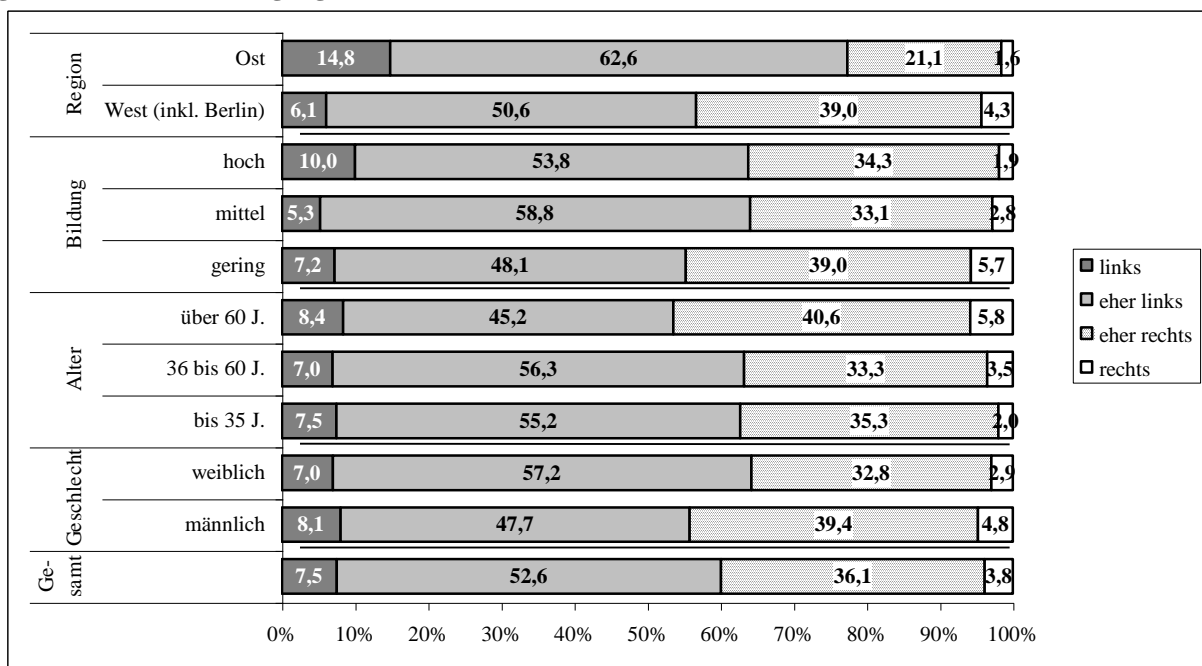
⁵⁹ Die Signifikanz der Jahresunterschiede wurde mittels OLS-Regressionen unter Kontrolle des Geschlechts, des Alters, der Bildung und der regionalen Herkunft berechnet.

Zwischen dem politischen Interesse und anderen, in diesem Abschnitt betrachteten Variablen bestehen z.T. Zusammenhänge. Der höchste Zusammenhang (der gleichwohl als eher moderat einzustufen ist) zeigt sich mit dem Wert Universalismus (Pearsons $r = .18$): Menschen, die davon überzeugt sind, dass alle Menschen gleich behandelt werden sollten, haben ein größeres Interesse an Politik. In die gleiche Richtung weisen die Zusammenhänge für die Bewahrungswerten ($r = .11$), den Humanismus ($r = .09$) und die Selbstbestimmung ($r = .07$). Für den Autoritarismus und die „Offenheit/Selbststärkung“ finden sich keine signifikanten Zusammenhänge mit dem politischen Interesse.

Die konkrete politische Ausrichtung eines Befragten haben wir mittels der Links-Rechts-Einstufung erfragt. Den Befragten wurde eine von „1 – links“ bis „10 – rechts“ reichende Antwortskala vorgegeben, auf der sie sich selbst verorten sollten. Eine 'echte' Mittelkategorie wurde nicht präsentiert, so dass sie sich für eine politische Richtung entscheiden mussten. Dies scheint einem Teil der Befragten schwer gefallen zu sein: Immerhin 4,5 % der Befragten haben keine Antwort auf die Frage nach der Einstufung abgegeben; beim politischen Interesse beträgt dieser Anteil nur 0,5 %. An dieser Stelle ist auch darauf hinzuweisen, dass wir die Links-Rechts-Einstufung erstmals in der Befragung 2010 eingesetzt haben, weshalb ein Trendvergleich für diesen Indikator nicht möglich ist.

Wie Abbildung 8.5 zeigt, stufen sich von denjenigen Befragten, die eine gültige Antwort abgegeben haben, 7,5 % als links ein (Antworten eins und zwei), 52,6 % als eher links (Antworten drei bis fünf), 36,1 % als eher rechts (Antworten sechs bis acht) und 3,8 % als rechts (Antworten neun und zehn). Dieses Ergebnis überrascht ein wenig, insofern sich deutlich mehr als die Hälfte der Befragten im linken Spektrum verorten; die Bundestagswahl 2009 hat aber eine Mehrheit für die eher konservativen Parteien ergeben. Hinsichtlich der politischen Selbsteinstufung unterscheiden sich in besonderem Maße ost- von westdeutschen Befragten: 14,8 % der Ostdeutschen stufen sich als links, 62,6 % als eher links ein, insgesamt 77,4 % also als (eher) links; bei den westdeutschen Befragten beträgt der Anteil an (eher) linken Personen demgegenüber insgesamt nur 56,7 %. Mit höherer Bildung nimmt der Anteil an sich links einstufoenden Personen zu. Auch jüngere Befragte sehen sich stärker als politisch links stehend als ältere Befragte. Männer stufen sich hingegen häufiger als Frauen als rechts bzw. eher rechts ein.

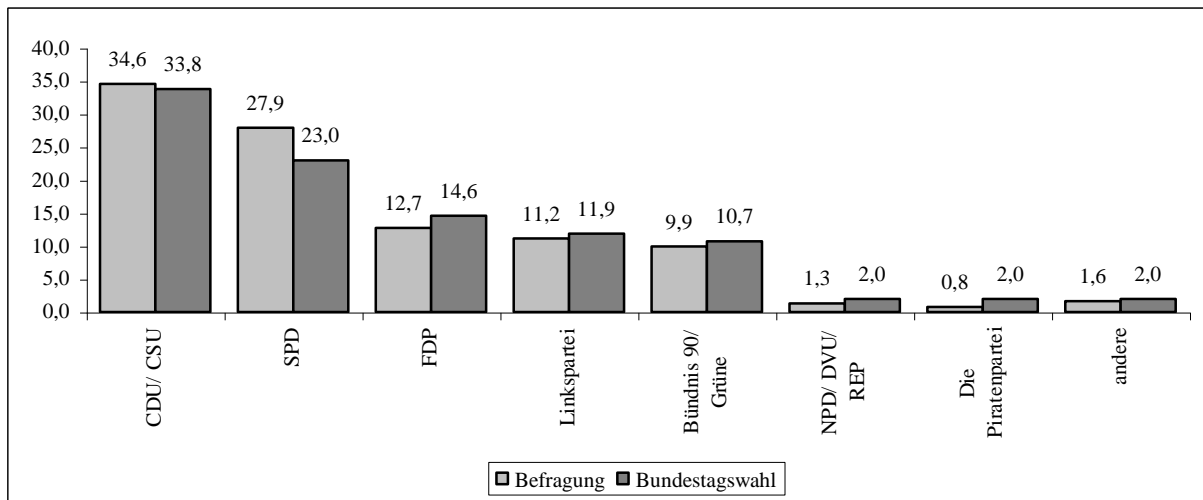
Abbildung 8.5: Links-Rechts-Einstufung nach Erhebungsjahr und demographischen Variablen (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Es wurde bereits angesprochen, dass die Befunde in einem gewissen Widerspruch zu den Bundestagswahlergebnissen 2009 stehen, die nur wenige Monate vor der Befragung stattfand. Dies können wir noch etwas intensiver untersuchen, da wir auch danach gefragt haben, welcher Partei die Befragten in der Bundestagswahl 2009 ihre Zweitstimme gegeben haben. Beschränken wir die Auswertungen auf die ab 18jährigen Befragten, so geben nur 12,7 % an, nicht gewählt zu haben. Dies liegt weit unter dem Anteil an Nichtwählern 2009 (29,2 %). Auch wenn noch jene Personen als Nichtwähler eingestuft werden, die keine Antwort auf die Frage nach der gewählten Partei abgegeben haben (7,1 %), bleibt der Anteil an Nichtwählern unterhalb des tatsächlichen Wertes. Dies könnte einerseits ein Hinweis darauf sein, dass wir übermäßig viele politisch interessierte Personen mit der Befragung erreicht haben, d.h. ein selektiver Ausfall an politikverdrossenen Personen vorliegt. Andererseits könnte dies aber auch ein Resultat davon sein, dass die Befragten die Frage im Fragebogen eher dahingehend verstanden haben, eine Parteipräferenz anzugeben. Auch Nichtwähler haben möglicherweise dann eine präferierte Partei genannt.

Beziehen wir nun nur jene Befragten in die Auswertungen ein, die eine einzelne Partei genannt haben, der sie ihre Zweitstimme gegeben haben (2.556 Befragte; gewichtete Daten), dann ergibt sich die in Tabelle 8.6 dargestellte Stimmenverteilung. Im Vergleich mit den tatsächlichen Ergebnissen der Bundestagswahl 2009 fällt auf, dass sich in der Stichprobe mehr Linkswähler befinden als es in der Bundestagswahl gegeben hat, d.h. unsere Stichprobe ist etwas 'linker' als der bundesdeutsche Schnitt, so wie sich das bei der Links-Rechts-Einstufung gezeigt hat. Besonders deutlich wird dies bei der SPD: In der Stichprobe gaben 27,9 % der Befragten an, sie hätten bei der Bundestagswahl SPD gewählt, bei der Wahl waren es aber nur 23,0 %. Wähler der FDP wie auch rechter Parteien (NPD, DVU, Republikaner) fehlen hingegen in der Stichprobe.

Abbildung 8.6: Vergleich der abgegebenen Zweitstimmen für Befragung und Bundestagswahl 2009 (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010; nur Befragte ab 18 Jahre)



Wenn davon ausgegangen wird, dass die Wahl einer Partei Ausdruck einer Bindung an diese ist und am Befragungstag nicht zufällig getroffen wird, dann müsste es eine Beziehung zwischen der gewählten Partei und der Links-Rechts-Einstufung eines Befragten geben, die dem Selbstbild der Partei bzw. der Verortung der Parteien im politischen Raum entsprechen sollte. Diese Vermutung wird durch die Daten bestätigt (Tabelle 8.5). Die Wähler der Linkspartei und die Wähler der NPD/DVU/Republikaner bilden, was die persönliche Links-Rechts-Einstufung anbelangt, die Extrempole, mit deutlichen Abstand zu den Wählern der anderen Parteien. Die Wähler der Linkspartei erreichen einen Mittelwert von 3,28, die Wähler der Partei Bündnis 90/Grüne einen Wert von 4,41. In etwa gleich groß ist im Übrigen der Sprung von den Grünen zur FDP. Die Wähler der SPD stufen sich zwar noch als links ein, der Mittelwert von 4,68 deutet aber auch einen Trend zum theoretischen Mittelwert von 5,5 an. Von diesem sind die Wähler der CDU/CSU mit einem Mittelwert von 6,11 in etwa genauso weit entfernt wie die Wähler der SPD. Mit deutlichem Abstand erreichen die Wähler der rechten Parteien mit 7,41 den höchsten Mittelwert, sie stehen also am weitesten rechts. Insgesamt können laut Selbsteinstufung der Befragten damit vier Parteien als (eher) links und drei Parteien als (eher) rechts klassifiziert werden, wobei die FDP mit einem Mittelwert von 5,76 sehr nah am theoretischen Mittelwert (und damit in der Mitte des politischen Raumes) liegt.

Interessant ist, dass die Unterschiede der Wähler der verschiedenen Parteien hinsichtlich des allgemeinen politischen Interesses eher gering ausfallen (Tabelle 8.5). Zugleich überrascht dies nicht völlig, weil die Personen gewählt haben und damit ein grundsätzliches Interesse an den politischen Prozessen bzw. an der politischen Beteiligung haben, was nur für die Nichtwähler nicht gilt. Dies zeigt sich auch in den Daten: Nichtwähler haben mit einem Mittelwert von 3,33 das durchschnittlich niedrigste politische Interesse (nicht in Tabelle 8.5 dargestellt). Die Wähler rechter Parteien weisen das zweitniedrigste Interesse auf (Mittelwert von 3,72); die These liegt nahe, dass deren Wahlentscheidung eher aus einer Protesthaltung heraus und nicht aufgrund der Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten der Partei getroffen wurde. Die Wähler der anderen, etablierten bundesdeutschen Parteien unterscheiden sich hinsichtlich ihres Interesses kaum voneinander. Nur die Wähler der Piratenpartei stechen noch einmal hervor: Für diese ist das höchste Interesse zu berichten.

Tabelle 8.5: Links-Rechts-Einstufung und politisches Interesse nach gewählter Partei (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010; nur Befragte ab 18 Jahre)

	Links-Rechts-Einstufung (1 = links, 10 = rechts)	politisches Interesse (1 = gering, 7 = hoch)
Linkspartei	3.28	4.84
Bündnis 90/ Grüne	4.41	4.64
Die Piratenpartei	4.54	5.52
SPD	4.68	4.74
FDP	5.76	4.63
CDU/ CSU	6.11	4.60
NPD/ DVU/ REP	7.41	3.72
F-Wert	132.270***	4.870***

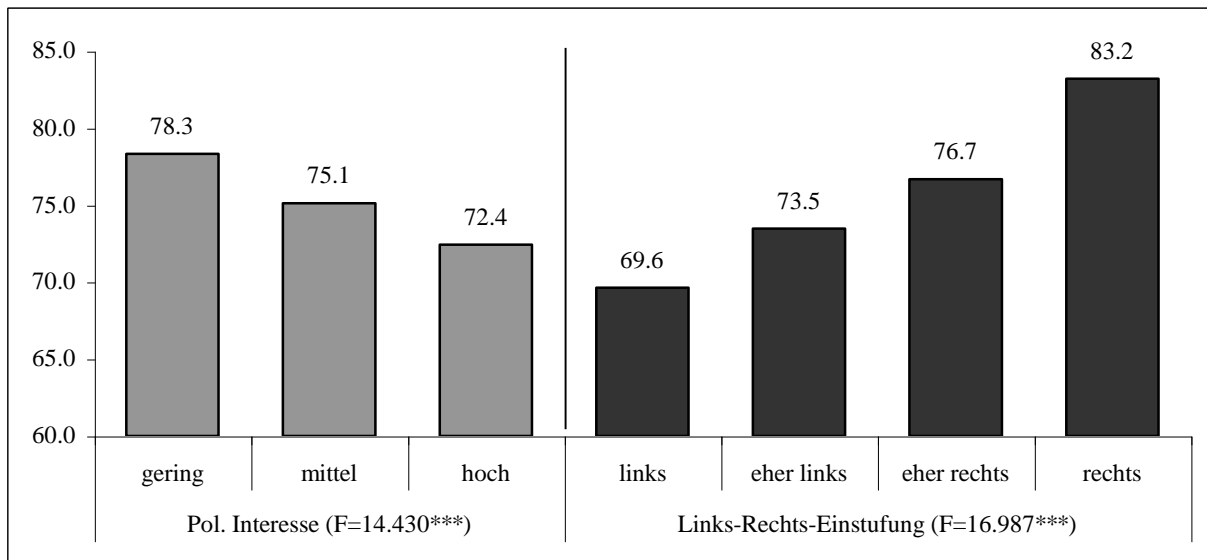
*** p < .001

Die Befunde aus der Tabelle 8.5 deuten damit bereits an, dass der Zusammenhang zwischen der Links-Rechts-Einstufung und dem politischen Interesse gering ausgeprägt sein sollte. Eher linke wie eher rechte Befragte sind gleichermaßen politisch interessiert. Dies bestätigt noch einmal eine Korrelationsanalyse: Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen wird als nicht signifikant ausgewiesen (Pearsons $r = .02$). Die Beziehungen mit den anderen, in diesem Abschnitt vorgestellten Variablen fallen ebenfalls von vernachlässigbarer Höhe aus.⁶⁰ Eine Ausnahme betrifft den Autoritarismus: Die Korrelation liegt hier bei $r = .16$; je autoritärer Personen eingestellt sind, umso rechter fällt deren politische Selbsteinstufung aus.

Hinsichtlich der kriminalitätsbezogenen Einschätzungen finden sich nur für die Strafhärte signifikante Zusammenhänge, die auch nach Kontrolle von demographischen Variablen, Werthaltungen und autoritären Einstellungen bestehen bleiben. Entsprechend den in Abbildung 8.7 dargestellten Befunden zeigt sich dabei, dass mit einem steigenden politischen Interesse die Strafhärte sinkt; zugleich gilt, dass eine rechtliche Orientierung mit einer zunehmenden Strafhärte einher geht. Dieser letzte Befund bestätigt unsere Annahme: Im rechten politischen Spektrum wird die Diskussion über das Thema Kriminalität und den Umgang mit der Kriminalität gewöhnlich aus einer Abschreckungs-Perspektive geführt; d.h. hier ist die Vorstellung, harte Strafen wären eine angemessene Sanktion für Gesetzesbrecher und würden Taten anderer Täter verhindern, weiter verbreitet als im linken politischen Raum. Gleichwohl widersprechen die Befunde der Annahme, dass sich eine rechtliche Orientierung auch darauf auswirkt, dass man sich selbst mehr vor der Kriminalität fürchtet und insgesamt einen stärkeren Kriminalitätsanstieg wahrnimmt, insofern für diese Variablen keine signifikanten Beziehungen existieren. Die politische Orientierung wirkt sich damit zwar auf die persönliche Einstellung zum Thema Strafe aus (das sich damit als ein wichtiges politisches Thema darstellt), auf andere persönliche oder gesellschaftsbezogene Ansichten hat sie aber keinen Einfluss.

⁶⁰ Die Korrelation zwischen der Links-Rechts-Einstufung und dem Humanismus beträgt $r = .05$, dem Universalismus $r = -.08$, der Offenheit/Selbststärkung $r = .06$, der Selbstbestimmung $r = .03$ und der Bewahrung des Bestehenden $r = .10$.

Abbildung 8.7: Strafhärte nach politischem Interesse sowie Links-Rechts-Einstufung (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010; F= F-Wert, * p < .001)**



9. Medienkonsum

Wenn die Folgen des Medienkonsums in der Öffentlichkeit diskutiert werden, dann steht meist die Frage im Vordergrund, ob Medienkonsum Kinder und Jugendliche aggressiv und gewalttätig machen kann. Verschiedene Studien belegen inzwischen, dass der Konsum gewalthaltiger Medieninhalte (insbesondere gewalthaltiger Computerspiel) die Gewaltbereitschaft erhöhen kann (Anderson et al. 2010; Mößle et al. 2007). Dieser Einfluss ist nicht deterministisch, wohl aber kausal, wie Längsschnittstudien zeigen (Hopf et al. 2008, Möller/Krahe 2009); d.h. es wird nicht jeder Konsument von Gewaltinhalten zum Gewalttäter, der Gewaltmedienkonsum ist aber tatsächlich eher Ursache als Wirkung des Gewaltverhaltens. Wenn der Fokus auf Erwachsene gerichtet wird, dann ist die Frage des Zusammenhangs mit dem Gewaltverhalten von geringerer Relevanz. Die Folgen des Medienkonsums werden in Bezug auf diese Altersgruppe eher in einer Veränderung von Wahrnehmungen und Einstellungen gesehen. Seit über 30 Jahren wird dabei u.a. untersucht, ob die medial dargestellte Kriminalität die persönliche Kriminalitätsfurcht erhöht (z.B. Gerbner/Gross 1976). Eine solche Wirkung scheint aus mindestens zwei Gründen plausibel: Erstens kann die Darstellung von Übergriffen im Fernsehen oder in Zeitungen und Zeitschriften als stellvertretende Viktimisierung betrachtet werden. Die Menschen erhalten aus der Medienberichterstattung Informationen darüber, dass Dritte entsprechende Erfahrungen gemacht haben; diese Informationen können in die Einschätzung einer möglichen zukünftigen Opfererfahrung einfließen. Zweitens ist es eine Funktionslogik der Medien, Gefühle auszulösen. Ein sehr starkes Gefühl ist die Furcht bzw. die Angst; Formate, die solche Gefühle auslösen, erhalten häufig besonderen Zuspruch von den Zuschauern. Dieser Funktionslogik folgend, konzentrieren sich die Medien insbesondere auf solche Formate, die die Aufmerksamkeit des Zuschauers versprechen. Kriminalität ist ohne Zweifel ein solches Format. Die Medien beschränken sich damit auf einen Ausschnitt der Wirklichkeit, widmen diesem Ausschnitt unverhältnismäßig viel Raum, stellen ihn in einer besonderen, z.T. dramatisierenden Weise dar und konstruieren damit eine eigene Kriminalitätswirklichkeit. Wie Pfeiffer et al. (2004) belegen, geht vor allem die Gründung des Privatfernsehens, das sich ganz am Geschmack des Publikums ausrichtet, mit einer Zunahme des Programmanteils, der sich mit Kriminalität beschäftigt, einher. Auch Lehnert (2010) berichtet, dass das tägliche Sendevolumen kriminalitätshaltiger Sendungen von 15,4 Stunden (im Jahr 1985) auf 239,2 Stunden (im Jahr 2009) gestiegen ist. Der Anteil an kriminalitätshaltigen Sendungen am Gesamtprogramm hat sich bei allen von Lehnert (2010) betrachteten Sendern erhöht. Bei öffentlich-rechtlichen Sendern fällt der Anstieg aber erstens schwächer aus als bei privaten Sendern; zweitens ist der Anteil solcher Sendungen am Gesamtprogramm bei öffentlichen Sendern noch deutlich niedriger. In der ARD hat sich der Anteil bspw. von 4,7 (1985) auf 8,1 % erhöht, bei RTL hingegen von 3,6 auf 17,1 %. Besonders hoch fällt der Anteil 2009 bei Sat 1 aus (37,7 %).

Dass der Medienkonsum tatsächlich die Wahrnehmungen der Kriminalität verändern kann, zeigen verschiedene empirische Studien. Demker et al. (2008) belegen anhand einer schwedischen Stichprobe, dass die Häufigkeit des Lesens einer Boulevardzeitung eng mit Strafbefürfnissen verbunden ist: Häufige Leser befürworten die Todesstrafe zu 30 %, seltene Leser hingegen nur zu 16 %. Bezüglich der Kriminalitätsfurcht ergeben sich allerdings keine Zusammenhänge. Diese wurde in dieser Studie aber in sehr spezifischer Weise erfasst, indem danach gefragt wurde, inwieweit man sich vor der organisierten Kriminalität fürchtet. Smolej

und Kivivuori (2006) bestätigen demgegenüber einen Zusammenhang zwischen dem Lesen von Boulevardzeitungen und der Kriminalitätsfurcht. Die Furcht, selbst Opfer krimineller Übergriffe zu werden, ist bei den häufigen Lesern höher. Zugleich zeigen diese Personen auch häufiger ein Vermeidungsverhalten.

Vergleichbare Befunde werden für das Fernsehen berichtet. Dowler (2003) zeigt anhand einer US-amerikanischen Stichprobe, dass ein häufigeres Sehen von „crime shows“ die Furcht, Opfer verschiedener krimineller Übergriffe zu werden, erhöht. Die Fernsehkonsumdauer steht in keinem Zusammenhang mit der Kriminalitätsfurcht. Die Strafhärte wird im Gegensatz zur Furcht nicht durch das Sehen von Kriminalformaten beeinflusst. Gleichwohl ergibt sich eine Beziehung zwischen der Furcht und der Punitivität, derart, dass eine höhere Furcht zu höherer Strafhärte führt. Insofern lässt sich zumindest ein indirekter Zusammenhang zwischen dem Sehen von Kriminalitätsformaten und der Strafhärte feststellen.

Die Kriminalitätsfurcht wird nicht nur vom Sehen kriminalitätsbezogener Formate beeinflusst, sondern auch davon, wie oft Nachrichten gesehen werden. Eschholz et al. (2003) berichten die Ergebnisse von sechs Studien, die sich dem Einfluss des Nachrichtenkonsums gewidmet haben. Bei drei dieser Studien wurde ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Nachrichtenkonsum und verschiedenen kriminalitätsbezogenen Einschätzungen (z.B. Furcht, Sicherheitsgefühl) beobachtet. Die Autoren weisen zudem darauf hin, dass für lokale Nachrichtensendungen, die in fast drei Viertel aller Fälle die Berichterstattung mit einem Kriminalfall eröffnen, konsistentere Befunde bzgl. des Zusammenhangs vorliegen. Die wenigen Studien, die den Einfluss lokaler Nachrichtensendungen untersucht haben, berichten alle einen signifikanten Zusammenhang mit der Kriminalitätsfurcht.

Im Rahmen der Befragungswellen 2004 und 2006 hat sich das KFN ebenfalls bereits dem Zusammenhang von Mediennutzung und kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen gewidmet (vgl. Pfeiffer et al. 2004; Windzio et al. 2007). Gezeigt werden konnte u.a., dass der häufige Konsum von Nachrichtensendungen privater Sender mit einer höheren Kriminalitätsfurcht, einer stärkeren Verschätzung bzgl. der Kriminalitätsentwicklung sowie einem höheren Strafbedürfnis einher geht. Das Lesen von überregionalen Zeitungen („Niveaupresse“) wirkt hingegen in die umgekehrte Richtung. Diese Befunde sollen anhand der neuen Befragungswelle überprüft werden. Angenommen wird auf Basis der erwähnten empirischen Studien, dass der Konsum von Boulevardformaten zu höherer Furcht und höherer Punitivität führt und dass Gleiches auch für den Konsum von Nachrichtensendungen gilt. Diesbezüglich ist jedoch zwischen Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen und der privaten Sender zu differenzieren, da letztere dem Thema Kriminalität mehr Aufmerksamkeit schenken und dieses Thema dramatisierender aufbereiten als Nachrichten öffentlich-rechtlicher Sender.

Gleichwohl sollen nicht nur vorhandene Befunde repliziert werden. Die Befragung 2010 wurde auch dazu genutzt, neue medienbezogene Schwerpunkte zu setzen. Dies gilt einerseits im Hinblick auf die Nutzung des Internets, andererseits im Hinblick auf eine differenzierte Erfassung konsumierter Inhalte. Die Berücksichtigung der Nutzung des Internets erscheint deshalb notwendig, weil ein Trend dahingehend zu verzeichnen ist, dass sich die Menschen weniger über Zeitungen und Fernsehnachrichten, sondern stärker Online über Neuigkeiten informieren. Was die konsumierten Inhalte anbelangt, wurde sich in der Vergangenheit im Wesentlichen auf den Konsum verschiedener Formate (z.B. Nachrichten, Gerichtsshows, Polizeise-

rien) konzentriert. In der Befragung 2010 sind wir demgegenüber der Frage nachgegangen, ob der Konsum von medialer Gewalt innerhalb von Unterhaltungsformaten wie Computerspielen, Filmen und Fernsehserien die Wahrnehmungen verändert. Um das Ausmaß des Gewaltmedienkonsums zu erfassen, wurden Filme, Spiele und Serien, die die Befragten sehen bzw. spielen, in offener Weise erfragt. Diese Angaben werden für die Bildung eines Gewaltmedienexpositionsindex herangezogen.

9.1. Fernseh- und Zeitungsnutzung

Der Fernsehkonsum wurde zu allen drei Erhebungszeitpunkten hinsichtlich der Dauer und der genutzten Formate in Teilen gleichartig abgefragt. Dies gilt auch für die Zeitungsnutzung, bei der allerdings nicht die Dauer, sondern nur die Formate erfasst wurden. Konzentrieren wir uns zunächst auf das Fernsehen, so belegen die Daten, dass es seit 2004 einen Anstieg der Konsumdauer gegeben hat: Während im Jahr 2004 die Befragten im Durchschnitt noch 3 Stunden und 35 Minuten täglich fern gesehen haben, fiel die Dauer 2006 bereits 11 Minuten, 2010 20 Minuten länger aus (gewichtete Daten). Errechnet wurde diese Dauer über die Angaben der Befragten zur Fernsehzeit an Wochen- und Wochenendtagen. Die Wochentage wurden fünffach, die Wochenendtage zweifach gewertet; die Summe dieser Angaben wurde anschließend durch sieben geteilt, um eine Schätzung für die durchschnittliche tägliche Konsumdauer zu erhalten.⁶¹ Zu beachten ist, dass sich die Abfrage im Jahr 2010 von der Abfrage der Vorgängerbefragungen geringfügig unterscheidet. Vorher wurde nach einem „ganz normalen Wochentag“ bzw. nach „Samstagen, Sonntagen und Feiertagen“ gefragt, 2010 nach einem „gewöhnlichen Tag während der Woche“ und einem „gewöhnlichen Wochenendtag“.⁶² Es ist davon auszugehen, dass sich diese Änderungen nicht in den Antworten niederschlagen, da bereits im Vergleich der Jahre 2004 und 2006 (unter gleichen Fragebogenbedingungen) ein leichter Anstieg sichtbar wird, der sich 2010 fortsetzt.

Dass diese Zunahme der Fernsehzeit nicht auf Veränderungen in der Stichprobenszusammensetzung zurückgeführt werden kann, belegt Modell II in Tabelle 9.1. Die Fernsehdauer beträgt im Jahr 2006 unter Kontrolle verschiedener demographischer Faktoren über elf Minuten mehr (693 Sekunden) als 2004, im Jahr 2010 sogar fast 25 Minuten mehr (1.496 Sekunden). Der Anstieg der Fernsehdauer zwischen 2006 und 2010 ist ebenfalls signifikant, was in einem zusätzlichen Modell mit veränderter Referenzkategorie geprüft wurde (nicht abgebildet).

⁶¹ Die Angaben wurden zudem um Ausreißerwerte bereinigt. Das oberste Prozent der Verteilung wurde auf den höchsten Wert der unteren 99 % herabgesetzt. Damit wird ausgeschlossen, dass die Durchschnittswerte durch enorm hohe Angaben verzerrt werden. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass Personen mit enorm hohen Werten tatsächlich sehr lange fernsehen, weshalb deren Angaben nicht zu fehlenden Werten gemacht wurden.

⁶² In der Befragung 2004 und 2006 wurde vor der Abfrage der Dauer zudem eine Filterfrage gestellt, die Nicht-Fernseher von Fernsehern trennte. Auf diese Filterfrage wurde 2010 verzichtet, weil es nur sehr wenige Personen gibt, die nicht fernsehen. Stattdessen wurden die Nicht-Seher 2010 darum gebeten, bei der Nutzungszeit eine „0“ einzutragen. Diese Fernsehzeit wurde den Nicht-Sehern 2004 und 2006 automatisch zugewiesen.

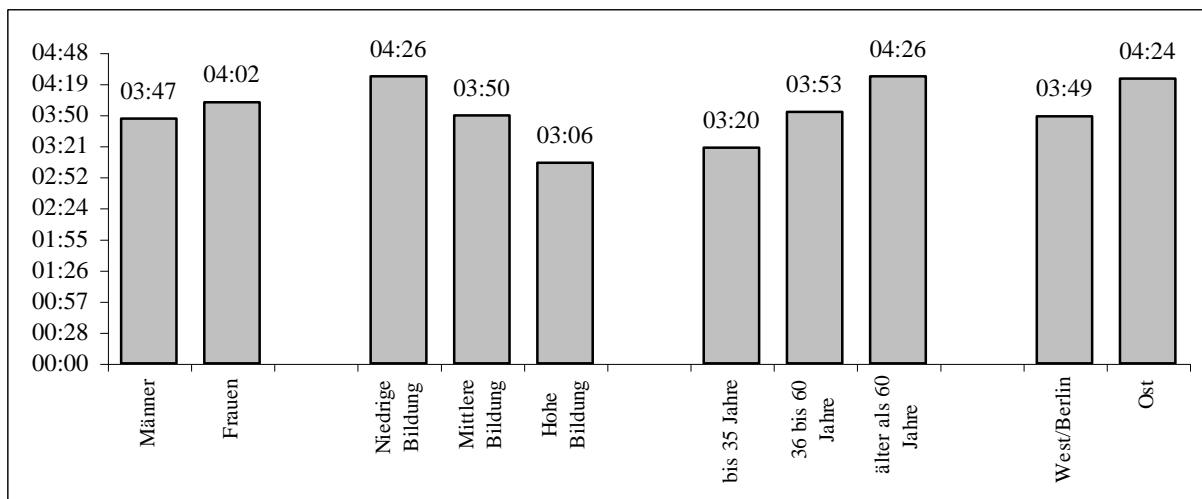
Tabelle 9.1: Einflussfaktoren der Fernsehzeit (OLS-Regression, ungewichtete Daten; abgebildet: B)

	Modell I	Modell II
Befragung 2004	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Befragung 2006	258.358	693.427*
Befragung 2010	1210.387***	1496.402***
Männer		<i>Referenz</i>
Frauen		354.064
Niedrige Bildung		<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung		-2167.755***
Hohe Bildung		-4701.805***
Alter		26.966***
West/Berlin		<i>Referenz</i>
Ost		2279.014***
N	6257	6257
Korr. R ²	.005	.086

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Die Ergebnisse in Modell II zeigen zudem, dass Frauen etwas länger als Männer, höher gebildete seltener als niedrig gebildete Befragte, ältere länger als jüngere Befragte sowie Ostdeutsche länger als Westdeutsche fern sehen. Diese Unterschiede sind zur Veranschaulichung noch einmal in Abbildung 9.1 festgehalten, wobei nur die Befragung des Jahres 2010 zur Grundlage genommen wurde. Sehr deutlich sind die Unterschiede zwischen den Bildungs- und Altersgruppen ausgeprägt: Hoch Gebildete sehen durchschnittlich 80 Minuten weniger fern als niedrig Gebildete, bis 35jährige Befragte 66 Minuten weniger als über 60jährige Befragte.

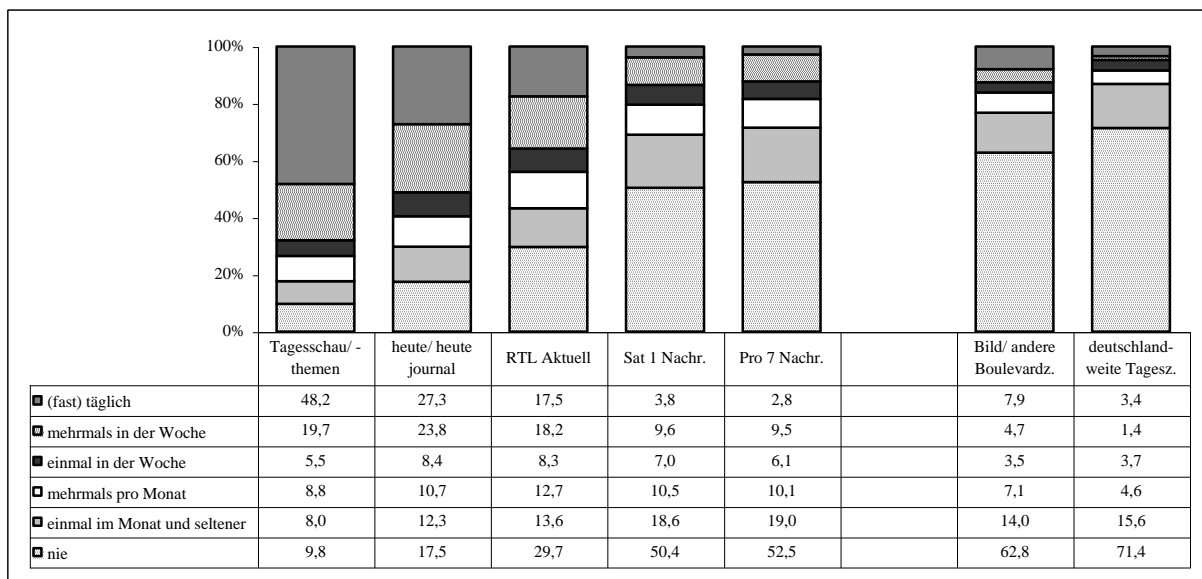
Abbildung 9.1: Durchschnittliche Fernsehdauer nach Geschlecht, Bildung, Alter und Herkunft (in Stunden: Minuten; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Bezüglich der konsumierten Inhalte haben wir uns auf das Sehen von Nachrichtensendungen beschränkt. Zwar wurden in den Befragungen 2004 und 2006 auch andere Formate in geschlossener Form erfasst (z.B. Gerichtsshows, Kriminalserien, Actionfilme), für diese haben sich aber keine oder nur geringe Zusammenhänge mit der Kriminalitätsfurcht, der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung und der Punitivität ergeben (vgl. Windzio et al. 2007), weshalb auf eine geschlossene Erfassung 2010 verzichtet wurde. Bezüglich der Nachrichtensendungen wurden die Befragten gebeten, einzuschätzen, wie häufig sie die fünf, in Abbildung 9.2 aufgeführten Sendungen sehen. Die Häufigkeit des Sehens konnten sie von „nie“ bis

„(fast) täglich“ abstufen. In der Befragung des Jahres 2010 gab fast die Hälfte der Befragten (48,2 %) an, (fast) täglich die Tagesschau bzw. die Tagesthemen zu verfolgen, 19,7 % tun dies mehrmals in der Woche. Am zweithäufigsten werden Nachrichten im Zweiten Deutschen Fernsehen geschaut; den Nachrichten der privaten Fernsehsender wenden sich die Befragten deutlich seltener zu. Ebenfalls in Abbildung 9.2 dargestellt ist, wie häufig die Befragten die Bild-Zeitung oder andere Boulevardblätter bzw. deutschlandweite Tageszeitungen (z.B. Süddeutsche, FAZ) lesen. Für beide Zeitschriftenkategorien gilt, dass nur eine Minderheit auf sie zurückgreift, und nur ein sehr kleiner Teil tut dies mindestens mehrmals wöchentlich. Dieser Anteil ist bei den Boulevardzeitungen allerdings mehr als doppelt so hoch wie bei den deutschlandweiten Tageszeitungen (12,6 zu 4,8 %).

Abbildung 9.2: Konsum von Nachrichtensendungen und Tageszeitungen (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Um einen anschaulichen Vergleich zu den Befragungen der Jahre 2004 und 2006 präsentieren zu können, haben wir die Antworten der Befragten in verschiedener Weise gruppiert. Bei den Nachrichtensendungen unterscheiden wir nur noch zwischen Sendungen der öffentlich-rechtlichen und der privaten Sender. Kodiert wurde dabei der häufigste Konsum: Wenn also ein Befragter „nie“ die Tagesschau sieht, dafür aber „(fast) täglich“ die Heute-Sendung, dann wird die Angabe zur Heute-Sendung genutzt.⁶³ Zudem unterscheiden wir nur noch Personen, die „nie“ ein bestimmtes Format nutzen, von Personen, die dies „bis zu einmal in der Woche“ tun und zuletzt Personen, die das „mindestens mehrmals in der Woche“ tun. Damit wird die Gruppe der Nicht-Nutzer von der Gruppe der seltenen und der häufigen Nutzer differenziert. Dies ist auch deshalb notwendig, weil die Antwortvorgaben zur Zeitungsnutzung in den Jahren 2004 und 2006 von den Vorgaben des Jahres 2010 abwichen.⁶⁴

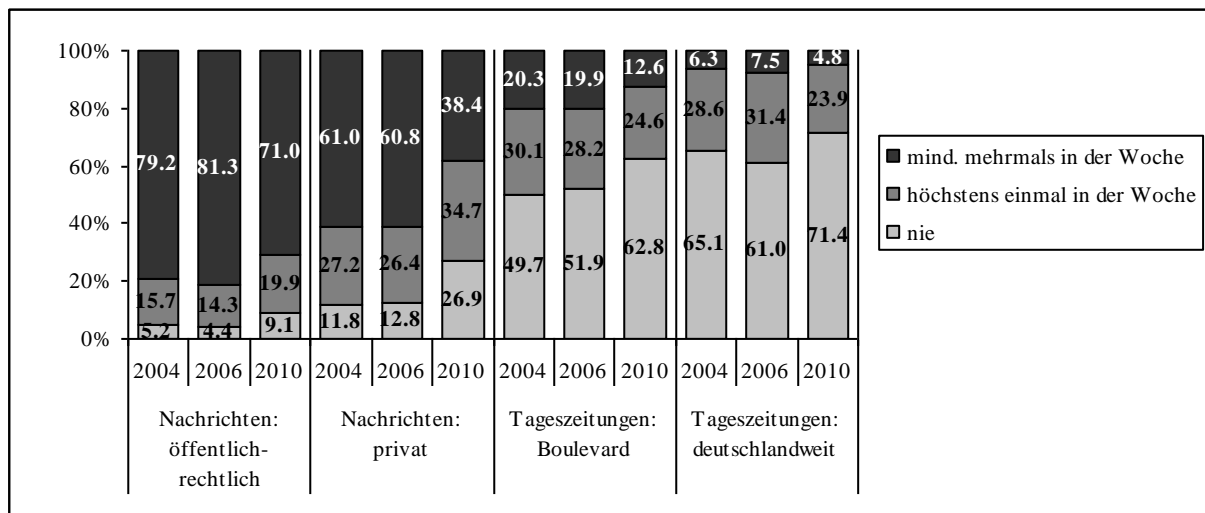
In Abbildung 9.3 ist die Entwicklung des Konsums über die Jahre dargestellt. Im Ergebnis zeigt sich unabhängig vom Medium und vom Format ein Rückgang der Nutzungshäufigkeit.

⁶³ Die Unterscheidung zwischen den Nachrichtenkonsum öffentlich-rechtlicher und privater Sender wird zu allen drei Erhebungszeitpunkten über Faktorenanalysen bestätigt. Zu allen drei Erhebungszeitpunkten werden aus den fünf Angaben zur Nachrichtennutzung zwei Faktoren (öffentlich vs. privat) extrahiert.

⁶⁴ Statt sechs wurde nur fünf Antwortvorgaben präsentiert. „Einmal im Monat und seltener“ und „mehrmals pro Monat“ wurden hier zu „seltener als einmal in der Woche“ zusammengefasst.

Die Menschen sehen also insgesamt weniger Fernsehnachrichten und sie lesen weniger Tageszeitungen. Sehr deutlich ausgeprägt ist dieser Trend bei den Privat-Nachrichten und den Boulevardzeitungen: Während 2004 61,0 % der Befragten angaben, mindestens mehrmals pro Woche private Nachrichten zu sehen, liegt dieser Anteil 2010 nur noch bei 38,4 % (Boulevardzeitungen: von 20,3 auf 12,6 %). Dieser starke Rückgang bei den privaten Nachrichtensendungen steht sicherlich damit in Zusammenhang, dass die Sender allgemein ihr Nachrichtenangebot reduziert haben. Dass gleichzeitig auch, freilich in geringerem Maße, Rückgänge bei den öffentlich-rechtlichen Nachrichten wie bei den deutschlandweiten Tageszeitungen festzustellen sind, mag dadurch begründet sein, dass die Menschen sich immer stärker Online über Neuigkeiten informieren (s.u.). Interessant ist zudem, dass der Konsum der verschiedenen Medien bzw. Formate nur gering korreliert. In der Befragung 2010 findet sich die höchste Korrelation für den Zusammenhang des Sehens privater Nachrichten und des Lesens von Boulevardzeitungen (Spearman's Rho = .19). Personen, die häufiger öffentlich-rechtliche Nachrichten sehen, sind den privaten Angeboten oder den Boulevardzeitungen nicht automatisch ab-, und den deutschlandweiten Tageszeitungen nicht automatisch zugeneigt; die Korrelationen sind gering. Dies bedeutet, dass es einerseits zwar den „Qualitätskonsumenten“ gibt, der nur öffentlich-rechtliche Nachrichten und deutschlandweite Tageszeitungen konsumiert; neben diesem gibt es aber noch weitere Nutzergruppen, bei denen die Affinitäten weniger klar strukturiert sind.

Abbildung 9.3: Konsum von Nachrichtensendungen und Tageszeitungen nach Erhebungsjahr (in %; gewichtete Daten)

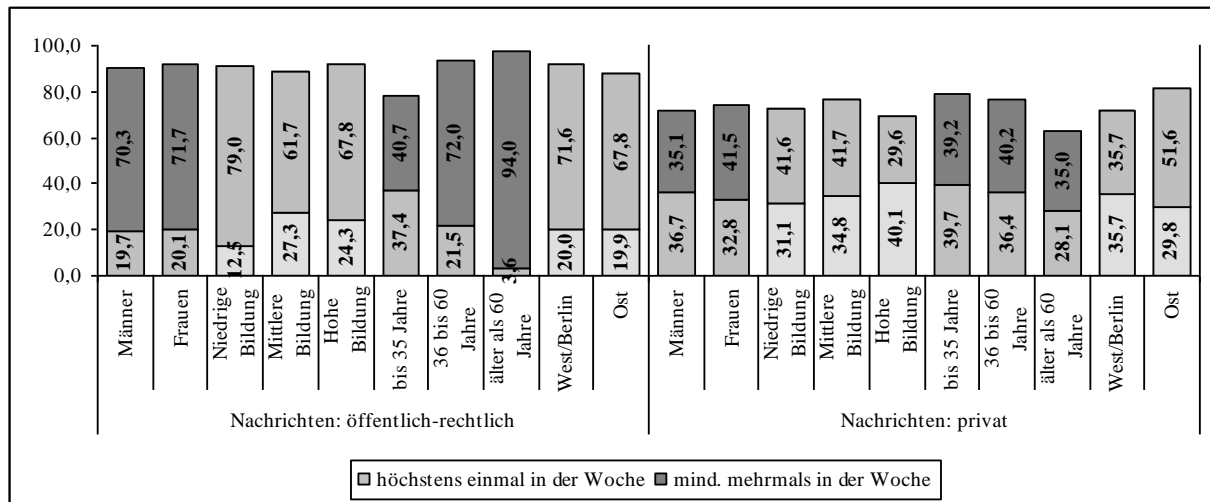


Da die Rückgänge zwischen 2004 und 2010 zumindest bei den privaten Nachrichtensendungen und den Boulevardzeitungen sehr stark ausfallen, wird auf eine multivariate Absicherung der Befunde verzichtet. Stattdessen sollen die Unterschiede in den Konsummustern verschiedener demographischer Gruppen betrachtet werden. Diese sind in den Abbildungen 8.4a und 8.4b dargestellt.

Hinsichtlich des Nachrichtenkonsums zeigt sich ein deutlicher Alterseffekt: Befragte, die älter als 60 Jahre sind, sehen häufiger als jüngere Befragte Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender und seltener Nachrichten der privaten Sender. Geschlechterunterschiede sind eher gering ausgeprägt. Überraschender Weise gilt dies auch für die Bildungsgruppen: Höher gebildete Befragte sehen nur zu 67,8 % häufiger Nachrichtensendungen öffentlich-rechtlicher Sen-

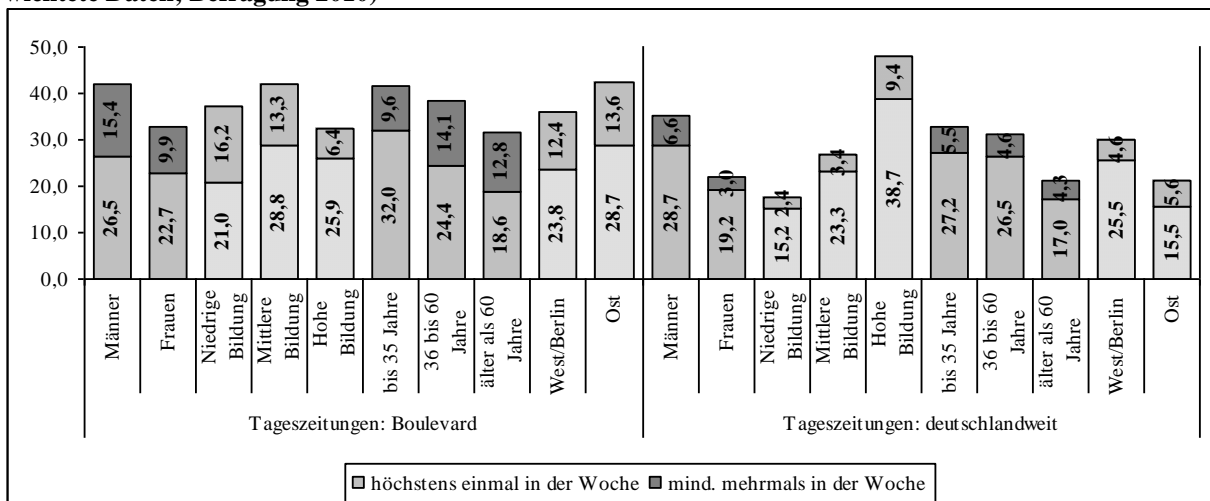
der, geringer gebildete Befragte zu 79,0 %. Private Nachrichten werden von Erstgenannten zu 29,6 % häufiger, von Letztgenannten zu 41,6 % häufiger gesehen. Ostdeutsche Befragte informieren sich öfter über private Nachrichten als westdeutsche Befragte; bei den öffentlich-rechtlichen Nachrichten bestehen hingegen keine Ost-West-Unterschiede.

Abbildung 9.4a: Konsum von Nachrichtensendungen nach Geschlecht, Bildung, Alter und Herkunft (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Ostdeutsche Befragte sind zudem häufiger Leser von Boulevardzeitungen, seltener Leser von deutschlandweiten Tageszeitungen. Frauen sind beiden Zeitungen weniger zugetan, ebenso wie ältere Befragte. Bei den Bildungsgruppen zeigt sich, dass höher gebildete Befragte etwas seltener Boulevardzeitungen, zugleich aber deutlich häufiger deutschlandweite Tageszeitungen lesen.

Abbildung 9.4b: Konsum von Tageszeitungen nach Geschlecht, Bildung, Alter und Herkunft (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Welche Zusammenhänge lassen sich nun für die vorgestellten fernseh- und zeitungsbefragten Variablen mit den kriminalitätsbezogenen Einschätzungen feststellen? Um diese Frage zu untersuchen, beschränken wir uns erneut auf die Daten des Jahres 2010. Statt bivariater Analysen werden in Tabelle 9.2 Ergebnisse multivariater OLS-Regressionen vorgestellt, in die alle Mediennutzungsvariablen gleichzeitig sowie demographische Kontrollvariablen einbezo-

gen worden sind. Die Effekte der Kontrollvariablen sind bereits bekannt und werden hier nicht weiter interpretiert. Für die Medienvariablen ergeben sich folgende Befunde:

1. Die Konsumdauer erhöht nur die konative Furcht leicht; alle anderen Wahrnehmungen werden von der Dauer nicht beeinflusst, was u.a. den Ergebnissen von Dowler (2003) entspricht.
2. Das Sehen von öffentlich-rechtlichen Nachrichten sowie das Lesen deutschlandweiter Tageszeitungen gehen mit geringerer Furcht, mit geringerer Strafhärte und einem geringer eingeschätzten Kriminalitätsanstieg einher. Die Koeffizienten erreichen aber nur selten mind. das 5%-Signifikanzniveau, weshalb zu folgern ist, dass eher keine Wirkung vom Konsum dieser Formate ausgeht. Eine Ausnahme ist die Strafhärte: Personen, die öffentlich-rechtliche Nachrichten sehen und deutschlandweite Tageszeitungen lesen, sind seltener punitiv eingestellt.
3. Für den Konsum privater Nachrichten wie das Lesen von Boulevardzeitungen ergeben sich bei jeweils drei abhängigen Variablen signifikante Zusammenhänge. Eine solche Art des Medienkonsums stellt also einen relevanten Einflussfaktor kriminalitätsbezogener Wahrnehmungen dar, unabhängig vom Bildungsniveau oder anderen demographischen Variablen. Die Richtung der Effekte entspricht dabei den aus den bisherigen Studien ableitbaren Erwartungen: Wer häufiger private Nachrichtensendungen sieht oder Boulevardzeitungen liest, äußert mehr Furcht, ist strahärter eingestellt und nimmt einen stärkeren Anstieg der Kriminalität wahr als jemand, der sich nicht mit diesen Formaten beschäftigt.

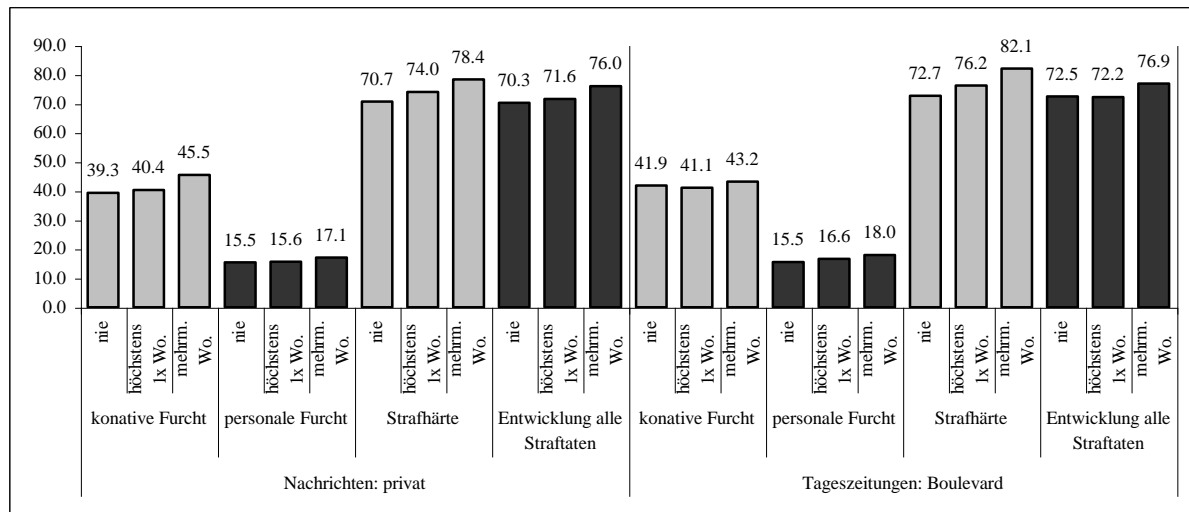
Tabelle 9.2: Einflussfaktoren der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: B; Befragung 2010)

		konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Fernsehzeit (in Sekunden)		0.001*	0.000	0.000	0.000
Nachrichten:	<i>nie</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
öffentlich-rechtlich	<i>höchstens einmal in der Woche</i>	-0.591	-0.488	-1.616	-0.872
	<i>mind. mehrmals in der Woche</i>	1.746	-0.784	-3.071*	-1.660
Nachrichten:	<i>nie</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
privat	<i>höchstens einmal in der Woche</i>	2.744*	0.193	2.538**	1.521
	<i>mind. mehrmals in der Woche</i>	4.913***	1.154	5.058***	4.675***
Tageszeitungen:	<i>nie</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Boulevard	<i>höchstens einmal in der Woche</i>	1.034	1.034	2.464**	-0.491
	<i>mind. mehrmals in der Woche</i>	2.022	2.231**	6.605***	2.722**
Tageszeitungen:	<i>nie</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
deutschlandweit	<i>höchstens einmal in der Woche</i>	-1.309	1.880**	-2.996**	-0.520
	<i>mind. mehrmals in der Woche</i>	-2.116	1.727	-6.043**	-2.450
Männer		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Frauen		16.026***	3.119***	-1.430*	3.534***
Niedrige Bildung		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung		-0.825	0.091	-1.410	-1.861*
Hohe Bildung		-3.406**	-1.398*	-6.500***	-4.454***
Alter		0.249***	0.049**	0.040	0.047*
West/Berlin		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Ost		1.931	0.394	4.647***	0.061
Konstante		-1.414	7.424***	70.252***	65.001***
N		3064	3046	3054	3043
Korr. R²		.173	.029	.076	.048

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Die Effekte des Konsums privater Nachrichten bzw. des Konsums von Boulevardzeitungen sind noch einmal in Abbildung 9.5 festgehalten. Erkennbar ist, dass der Einfluss beider Variablen auf die personale Furcht etwas geringer ausfällt, auf die Strafhärte hingegen sehr stark. Personen, die bspw. häufiger Boulevardzeitungen lesen, haben einen um zehn Punkte höheren Punitivitätswert (82,1) als Personen, die nie Boulevardzeitungen lesen (72,7).

Abbildung 9.5: Kriminalitätsfurcht, Strafhärte und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung nach Häufigkeit des Sehens privater Nachrichten bzw. des Lesens von Boulevardzeitungen (Mittelwerte; gewichtete Daten; Befragung 2010)

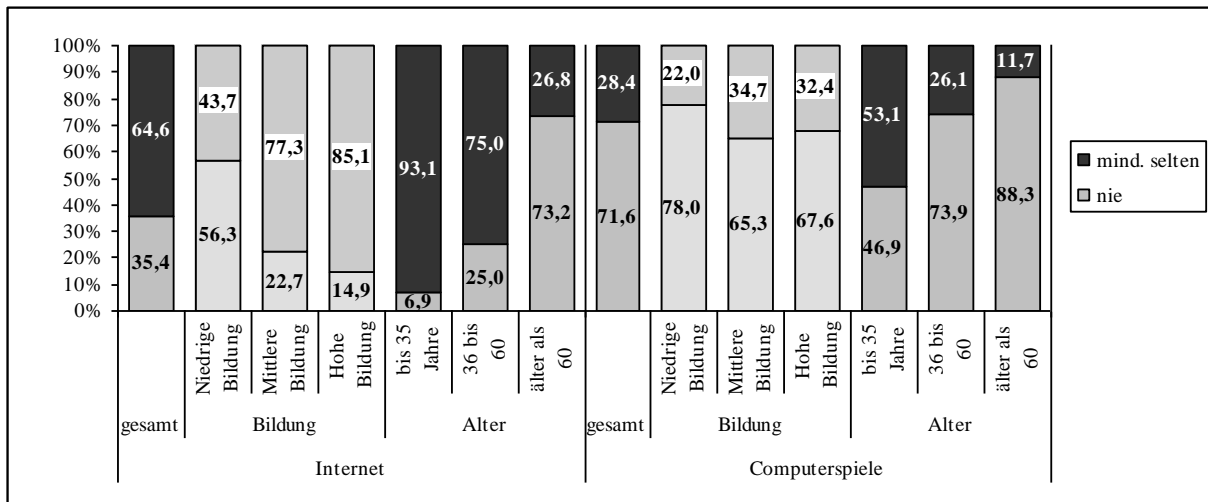


9.2. Internetnutzung und Gewaltmedienexposition

Wie bereits angesprochen, wurde der Fragebogen der Erhebung 2010 um verschiedene Aspekte des Medienkonsums erweitert. So haben wir die Befragten erstmals gebeten, Angaben zur Internetnutzungs- und zur Computerspieldauer zu machen. Auch hier wurde getrennt nach dem „gewöhnlichen Wochentag“ und dem „gewöhnlichen Wochenende“ gefragt; aus beiden Angaben wurde ein Durchschnitt der täglichen Nutzung berechnet. Pro Tag verbringen die Befragten eine Stunde und 17 Minuten im Internet sowie 27 Minuten mit Computer- und Videospielen (gewichtete Daten). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es einen recht hohen Anteil an Befragten gibt, die diesen Tätigkeiten überhaupt nicht nachgehen. Wie Abbildung 9.6 zeigt, gilt dies für immerhin 35,4 % der Befragten hinsichtlich der Internetnutzung und für 71,6 % hinsichtlich des Computerspiels. Über ein Drittel der Befragten nutzt also nicht das Internet, fast drei Viertel spielt keine Computerspiele.⁶⁵ Der Anteil der Nicht-Nutzer variiert vor allem mit dem Alter und dem Bildungshintergrund der Befragten: Personen mit niedriger Bildung nutzen bspw. zu 56,3 % nie das Internet, Personen mit hoher Bildung hingegen nur zu 14,9 %. Bis 35jährige Befragte nutzen zu 6,9 % nie das Internet, über 60jährige zu 73,2 %.

⁶⁵ Beim Fernsehen beträgt dieser Anteil nur 2,0 %.

Abbildung 9.6: Anteil Personen, die Internet nutzen oder Computer spielen nach Bildung und Alter (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Die Computerspielnutzung wird im Folgenden bei der Bildung des Gewaltmedienexpositionsindex eingehender betrachtet werden. Bei der Internetnutzung haben wir uns allein auf die Erfassung der Häufigkeit des Nachrichtenkonsums beschränkt. Personen, die zumindest gelegentlich das Internet nutzen, sollten einschätzen, wie häufig sie fünf verschiedene Nachrichtenplattformen im Internet aufsuchen.⁶⁶ Die Prozentangaben in Abbildung 9.7 beziehen sich auf alle Befragte, d.h. auch auf jene, die nie das Internet nutzen.⁶⁷ Erkennbar ist, dass jeweils etwa ein Drittel der Befragten angeben hat, zumindest selten eines der Nachrichtenformate im Internet zu nutzen. Etwas häufiger wird dabei auf die Nachrichtenportale (z.B. Google-News, Netzzeitung) zurückgegriffen, seltener auf die Internetseiten der öffentlich-rechtlichen wie der privaten Fernsehnachrichten. Die Internetangebote deutschlandweiter Tageszeitungen (Süddeutsche, Welt; auch Spiegel- oder Focus-Online) werden etwas häufiger genutzt als die Angebote der Boulevardpresse (z.B. Bild).

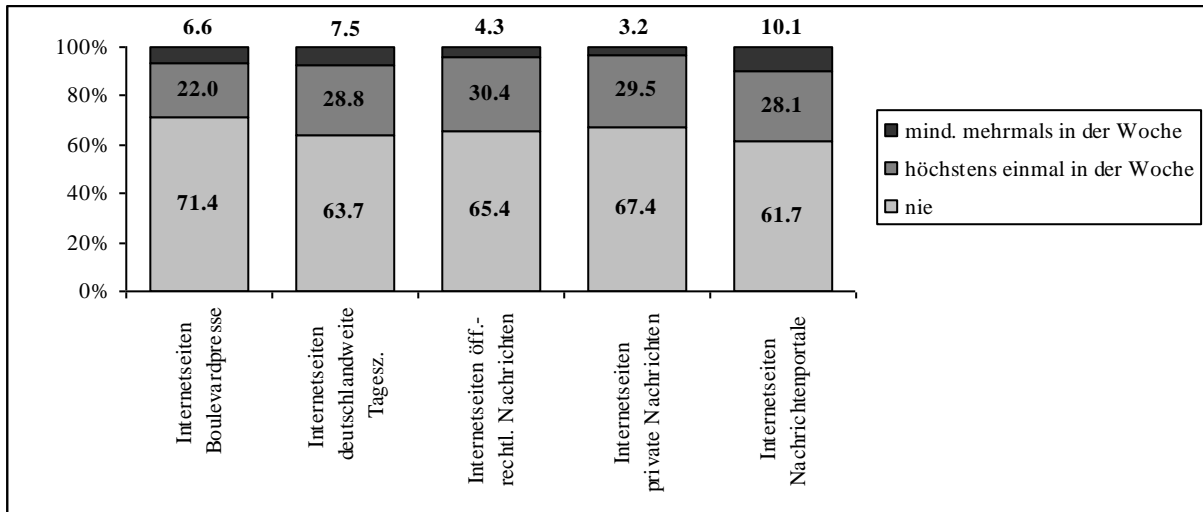
Bei der Nutzung von Fernsehnachrichten und Tageszeitungen hatte sich gezeigt, dass die Zusammenhänge eher schwach ausgeprägt sind, das Sehen der Nachrichten öffentlich-rechtlicher Sender also nicht bedeutet, dass private Nachrichten gemieden und deutschlandweite Tageszeitungen gelesen werden. Ein völlig anderes Bild ergibt sich, wenn die Internet-Nachrichtennutzung betrachtet wird. Hier korreliert die Nutzung aller Formate hoch positiv miteinander (Spearman's Rho > .40).⁶⁸ Wer im Internet nach Nachrichten sucht, tut dies also mehr oder weniger auf allen Seiten. Eine Konzentration auf einzelne Nachrichtenanbieter erfolgt eher nicht. Im Internet sind die Nachrichten eines Anbieters nur einen Mausklick von denen eines anderen Anbieters entfernt; zudem entfallen Kosten, die bspw. beim Lesen von Zeitschriften entstünden. Das Internet ermöglicht damit die breite Informationssuche – und die Menschen machen hiervon Gebrauch.

⁶⁶ Der Frage nach dem Aufsuchen verschiedener Nachrichtenplattformen war eine Filterfrage nach der Häufigkeit der Internetnutzung vorgeschaltet. Personen, die dort angegeben haben, dass sie das Internet nicht nutzen, werden nachfolgend der Gruppe „nie“ zugeordnet.

⁶⁷ Werden nur jene Befragten, die zumindest gelegentlich das Internet nutzen, in die Auswertungen einbezogen, so ergeben sich folgende Prozentwerte für die mindestens mehrmals wöchentlichen Konsumenten: 9,5 % Boulevardpresse, 10,8 % deutschlandweite Tageszeitungen, 6,1 % öffentlich-rechtliche Nachrichtensendungen, 4,5 % private Nachrichtensendungen, 14,5 % Nachrichtenportale (gewichtete Daten).

⁶⁸ Die Auswertungen wurden auf jene Befragten beschränkt, die zumindest gelegentlich das Internet nutzen.

Abbildung 9.7: Konsum von Nachrichten im Internet (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Die Zusammenhänge, die sich zwischen dem Konsum von Nachrichten im Internet und den kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen ergeben, sind anhand multivariater OLS-Regressionen in Tabelle 9.3 festgehalten.⁶⁹ Dargestellt sind nur die Effekte der Nutzung der verschiedenen Nachrichten-Seiten; die demographischen Variablen wurden allerdings kontrolliert. Obwohl die Korrelationen zwischen dem Lesen der verschiedenen Nachrichten-Seiten recht hoch sind, sind sie doch nicht derart hoch, dass eine Multikollinearitätsproblematik besteht (Spearman's Rho < .61), weshalb alle fünf Variablen gleichzeitig aufgenommen werden konnten.

Tabelle 9.3: Einflussfaktoren der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: B; Befragung 2010; unter Kontrolle von Geschlecht, Bildung, Alter und regionaler Herkunft)

		konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Internetseiten Boulevardpresse	<i>nie</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
	<i>höchstens einmal in der Woche</i>	2.583*	0.555	2.585*	2.126*
	<i>mind. mehrmals in der Woche</i>	1.650	0.461	7.905***	2.327
Internetseiten deutschlandweite Tagesz.	<i>nie</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
	<i>höchstens einmal in der Woche</i>	-2.319	-0.974	-3.639**	-1.095
	<i>mind. mehrmals in der Woche</i>	-6.589**	-3.274**	-8.600***	-6.127***
Internetseiten öff.-rechtl. Nachrichten	<i>nie</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
	<i>höchstens einmal in der Woche</i>	-3.294*	-0.214	-5.956***	-4.302***
	<i>mind. mehrmals in der Woche</i>	0.257	-0.672	-4.328	-6.147**
Internetseiten private Nachrichten	<i>nie</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
	<i>höchstens einmal in der Woche</i>	2.622*	1.380*	0.854	0.993
	<i>mind. mehrmals in der Woche</i>	6.050*	4.889**	5.330*	4.173
Internetseiten Nachrichtenportale	<i>nie</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
	<i>höchstens einmal in der Woche</i>	-0.922	1.513*	3.456**	1.513
	<i>mind. mehrmals in der Woche</i>	2.854	2.579**	6.680***	2.896*
N		3185	3167	3173	3155
Korr. R²		.192	.028	.067	.043

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

⁶⁹ Hansmaier und Kemme (2011) untersuchen ebenfalls den Einfluss des Nachrichtenkonsums im Internet auf die Wahrnehmung der Kriminalitätsentwicklung. Die Befunde gleichen den hier berichteten Ergebnissen, wobei zusätzlich festgestellt wird, dass der Einfluss der Internetnutzung insbesondere bei der jüngeren Altersgruppe zu beobachten ist.

Die Ergebnisse belegen, dass es doch einen stabilen Effekt der Nutzung deutschlandweiter Tageszeitungen gibt, der allerdings nur für das Internet festzustellen ist. Oben hatte sich gezeigt, dass das Lesen deutschlandweiter Tageszeitungen (nicht Internet) nur mit einer geringeren Strafhärte einher geht. Die hier präsentierten Modelle belegen, dass das Lesen von deutschlandweiten Tageszeitungen im Internet auch alle anderen Einschätzungen beeinflusst. Die Befragten, die mindestens mehrmals wöchentlich im Internet solche Zeitungen lesen, haben eine niedrigere Furcht, eine geringere Strafhärte und nehmen einen geringeren Kriminalitätsanstieg wahr als Personen, die nie solche Nachrichten im Internet lesen. Die These liegt nahe, dass sich viele Personen auf das Nachrichtenlesen deutschlandweiter Tageszeitungen im Internet konzentrieren und davon positiv beeinflusst werden. Dass es sich dabei um einen Bildungseffekt handelt, kann ausgeschlossen werden, da das Bildungsniveau in den Modellen kontrolliert wurde.

Für die anderen Nachrichtenformate ergeben sich etwas weniger konsistente Befunde. Wer sich über Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender im Internet informiert, ist weniger ängstlich, hat eine geringere Punitivität und schätzt den Kriminalitätsanstieg geringer ein; die Zusammenhänge sind aber nicht immer signifikant. Das Lesen der Boulevardblätter im Internet sowie der privaten Nachrichtensender erhöht die genannten Einschätzungen, aber ebenfalls nicht immer in signifikanter Weise. Interessant ist zuletzt, dass auch das Lesen von Nachrichtenportalen eine gleiche Wirkung entfaltet wie das Lesen der Boulevardblätter und der privaten Sender: Die häufigen Nutzer haben mehr Furcht, eine höhere Strafhärte und vertreten eher die Ansicht, Kriminalität würde zunehmen. Dies lässt die Folgerung zu, dass diese Portale in der Aufbereitung von Nachrichten ähnlich vorgehen wie die Boulevardblätter.

Bereits angesprochen wurde, dass sich im Rahmen der Befragung 2010 neben der Erfassung der Internetnutzung eine zusätzliche inhaltliche Erweiterung darauf richtete, das Ausmaß der medialen Gewaltexposition zu bestimmen. Hierbei fanden folgende mediale Aktivitäten Berücksichtigung: das Fernsehen, das Computer- und Videospiele sowie das Sehen von Filmen auf DVD, Video oder Computer. Zu allen drei Aktivitäten wurden die tägliche Nutzungsdauer sowie die präferierten Inhalte in folgender Form erfragt:

- Hinsichtlich der Nutzungszeiten wurde offen abgefragt, wie viele Stunden und Minuten die Medien an Werktagen und Wochenendtagen genutzt werden. Basierend auf diesen Angaben wurde ein Durchschnittswert der täglichen Nutzungszeit errechnet, indem die Nutzungsdauer an Werktagen fünffach gewichtet, die Nutzungszeit an Wochenenden zweifach gewichtet und die Zwischensumme durch die Anzahl der Wochentage dividiert wurde.
- Bezüglich der präferierten Inhalte wurde beim Computer-/Videospiele nach den derzeitigen vier Lieblingsspielen gefragt und beim DVD/Videsehen nach den vier zuletzt gesehenen Filmen. Beim Fernsehen wurde zwischen dem Sehen von Serien und Filmen unterschieden. Bei den Serien sollten die vier Lieblingsserien, bei den Filmen die vier zuletzt gesehenen Filme berichtet werden. Wir haben uns jeweils auf vier Titel konzentriert, weil dadurch eine hinreichend differenzierte Beurteilung der Exposition bzgl. bestimmter Formate möglich wird. Die Abfrage einer einzigen Lieblingsserie, eines einzigen Films usw. dürfte der Bandbreite der Vorlieben nicht gerecht werden; weit mehr als vier Lieblingsserien, –filme usw. zu haben, erscheint unrealistisch, in Ausnahmefällen, die wir mit den Daten dann nicht sichtbar machen können, aber si-

cherlich möglich. Zu beachten ist, dass die Titel der Serien, Filme usw. von den Befragten in den Fragebogen eingetragen werden sollten. Bei einer Befragtenanzahl von 3.245 Personen wären damit bis zu 51.920 offene Nennungen möglich gewesen; allerdings erfolgten insgesamt nur 18.689 Nennungen. Zu diesen Nennungen wurden nachträglich die Alterseinstufungen der Freiwilligen Selbstkontrolle (FSK) bzw. der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) ermittelt und im Datensatz erfasst.

Um aus beiden Angaben (Konsumzeit, Lieblingsformate) einen GewaltmedienexpositionsindeX zu konstruieren, wurde die Anzahl an als gewalthaltig eingestufte Inhalte (Serien, Filme usw. „ab 16“ oder „ab 18 Jahren“) zunächst an der Anzahl insgesamt berichtete Inhalte relativiert und anschließend mit der Nutzungszeit gewichtet.⁷⁰ Im Ergebnis liegt eine durchschnittliche Dauer (in Minuten) zur täglichen Nutzung von Gewaltmedien vor.⁷¹

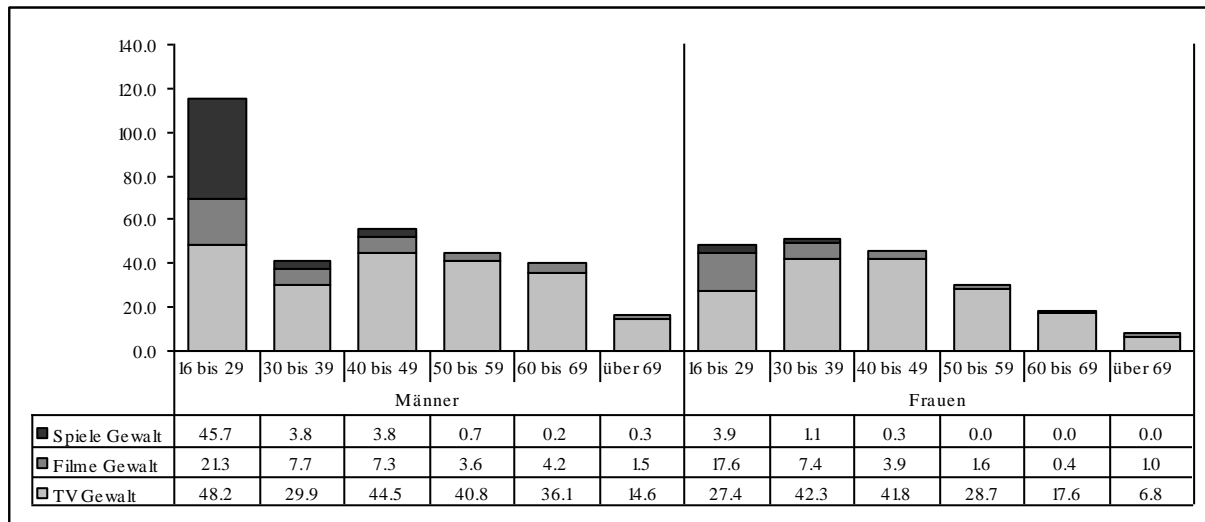
Wie Abbildung 9.8 zeigt, weist sowohl bei den männlichen wie bei den weiblichen Befragten die Altersgruppe der ab 70jährigen Befragten die geringste Gewaltmedienexposition auf.⁷² Die höchste Gewaltmedienexpositionszeit ist für junge Männer im Alter zwischen 16 und 29 Jahren zu beobachten. Diese sind täglich 115,2 Minuten verschiedenen Gewaltformaten ausgesetzt. Die hohe Zeit in dieser Gruppe ist insbesondere durch die intensive Nutzung gewalthaltiger Computerspiele zu erklären (45,7 Minuten täglich), die von Frauen unabhängig vom Alter sowie von Männern im Alter ab 30 Jahren wesentlich seltener, meist sogar in kaum nennenswertem Ausmaß genutzt werden. Anders verhält es sich mit der Gewaltmedienrezeption aus Film und Fernsehen, die zwischen den Altersgruppen in geringerem Maße variiert. Hier ist bei Männern mit Ausnahme der Gruppe der ab 70jährigen Befragten nahezu eine Stabilität der Nutzungszeit über die Altersgruppen hinweg zu verzeichnen, wenngleich die Gruppe der 30- bis 39jährigen etwas geringe Zeiten aufweist. Bei Frauen ergibt sich eine nahezu identische Verteilung zwischen der jungen Altersgruppe der 16- bis 29jährigen, der 30- bis 39jährigen sowie der 40- bis 49jährigen, wobei von jüngeren Frauen eher gewalthaltige Filme auf DVD, Video und am Computer, und von älteren Frauen eher gewalthaltige Filme und Serien konsumiert werden. Der Rückgang der Gewaltmedienexpositionszeit setzt bei den Frauen bereits in der Altersgruppe der 50- bis 59jährigen und damit früher ein als bei den Männern.

⁷⁰ Angebote ohne Altersbeschränkung sowie Angebote mit einer Altersfreigabe „ab 6“ oder „ab 12 Jahren“ wurden durchgängig als gewaltneutral eingestuft. Angebote, zu denen die Altersfreigabe nicht ermittelt werden konnte, wurden zum Zwecke einer konservativen Klassifizierung ebenfalls als gewaltneutral eingestuft.

⁷¹ Ein Beispiel soll die Konstruktion des Index verdeutlichen: Wenn eine Person täglich 60 Minuten Computer-/Videospiele spielt und bei seinen derzeitigen vier Lieblingsspielen drei gewaltneutrale und ein gewalthaltiges Spiel nennt, ergibt sich aus diesen Angaben eine tägliche computer-/videospiegelbezogene Gewaltexposition von 15 Minuten.

⁷² Im Unterschied zu den bisherigen Auswertungen wurden die Altersgruppen weiter ausdifferenziert, um die Veränderungen der Gewaltexposition über den Lebenslauf detaillierter darstellen zu können.

Abbildung 9.8: Tägliche Nutzungszeiten gewalthaltiger Formate nach Geschlecht und Alter (in Minuten; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Vor dem Hintergrund der vorliegenden Studie erscheint nun die Frage von besonderem Interesse, ob die verschiedenen kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen durch die Gewaltmedienexposition beeinflusst werden oder nicht. Theoretisch plausibel erscheint dabei vor allem ein Zusammenhang mit der Strafhärte. Gewalthaltige Unterhaltungsmedien, insbesondere gewalthaltige Computerspiele, sind dadurch gekennzeichnet, dass sie eine besondere Härte und zumeist sogar tödliche Sanktionen gegenüber Gewalttätern als adäquat vermitteln und damit implizit idealisieren. In gewalthaltigen Genres des Unterhaltungskinos (z.B. Actionfilme, Actionserien) lässt sich dies ebenso am typischen Blogbusterplot „Bedrohung durch Terroristen“ veranschaulichen (vgl. Stirb-Langsam-Reihe, James-Bond-Reihe, „24“), bei dem es im Zuge eines Sieges des „Guten“ über das „Böse“ nur selten zu einer Verhaftung der Übeltäter sondern in der Regel zu einer Tötung derselben mittels Waffengewalt kommt. Während gewalthaltige Filme hierbei eine kritische Auseinandersetzung des Rezipienten mit der Frage der Legitimation der eingesetzten Gewaltmittel und Sanktionierungen zumindest zulassen (wenn auch in der Regel nicht in besonderer Weise begünstigen), kann argumentiert werden, dass eine kritische Distanz bei der Nutzung gewalthaltiger Computerspiele aufgrund der direkten Übernahme der Rolle eines gewalttätigen Protagonisten und der Notwendigkeit, die spielimmanenten Aufgaben zu lösen, erschwert wird. Zudem zeichnen sich gewalthaltige Computerspiele durch eine besonders hohe Ereignisfrequenz von Gewalt-handlungen und gleichzeitig durch eine geringe moralische Problematisierung dieser aus (vgl. Rehbein 2011). Es wird deshalb angenommen, dass insbesondere die Nutzung gewalthaltiger Computerspiele Einstellungen zur Sanktionierungspraxis beeinflussen können und über Lernprozesse nicht nur, wie vom General Aggression Model postuliert, aggressionsbezogene Konstrukte (vgl. Anderson/Bushman 2001; Bushman/Anderson 2002; Anderson 2004; Anderson et al. 2010), sondern auch punitive Einstellungen verstärken.

Die Ergebnisse von OLS-Regressionen können diese Annahme jedoch nicht bestätigen (Tabelle 9.4). Zwar ergeben sich im Modell zur Strafhärte durchgehend positive Koeffizienten, d.h. der Konsum von Gewalt in Computerspielen, Filmen und im Fernsehen erhöht die Strafhärte; die Koeffizienten werden aber durchgehend als nicht signifikant ausgewiesen. Dies ist kein Resultat davon, dass die einzelnen Indizes sehr hoch miteinander korrelieren und ihren Einfluss gegenseitig auspartialisieren. Die Korrelationen der Medienexpositionszeiten fallen

nicht höher als $r = .21$ aus. Auch im Hinblick auf die anderen Kriminalitätswahrnehmungen zeigen sich keine substanziellen Effekte. Insgesamt nur ein einziger Koeffizient wird als signifikant ausgewiesen: Ein häufiger Konsum von Gewalt im Fernsehen (TV-Serien, TV-Filme) geht mit niedrigeren Furchtwerten einher. Das Betrachten von Gewaltkriminalität im Fernsehen erhöht also die Einschätzung, selbst Opfer von Straftaten zu werden, nicht, sondern reduziert diese sogar leicht.

Tabelle 9.4: Gewaltmedienexposition als Einflussfaktor der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: B; Befragung 2010; unter Kontrolle von Geschlecht, Bildung, Alter und regionaler Herkunft)

	konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Spiele Gewalt	-0.007	0.015	0.006	-0.002
Filme Gewalt	0.024	0.002	0.005	-0.005
TV Gewalt	-0.016	-0.012**	0.006	-0.007

** $p < .01$

An dieser Stelle könnte die Untersuchung des Zusammenhangs von Gewaltmedienexposition und kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen beendet werden, mit dem Befund, dass im Prinzip keine substanziellen Einflüsse bestehen. Allerdings kann unter Bezugnahme auf die Analyse in Abbildung 9.8 gesagt werden, dass eine Prüfung des Einflusses der Gewaltexposition von Computerspielen anhand der Gesamtstichprobe unkorrekt ist, da im Wesentlichen nur jüngere, männliche Befragte überhaupt computerspielbezogener Gewalt ausgesetzt sind. Um den Einfluss der Computerspiele damit korrekt einschätzen zu können, erscheint es notwendig, die Auswertungen auf diese Befragten zu beschränken. Tabelle 9.5 gibt daher die Ergebnisse von OLS-Regressionen wieder, die sich auf männliche Personen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren beziehen und die Computerspiele spielen (ermittelt über die durchschnittliche tägliche Computerspielzeit). Da den entsprechenden Auswertungen nur Angaben von 227 Befragten zugrunde liegen, wird im Gegensatz zu den bisherigen Analysen auch das 10-%-Irrtumswahrscheinlichkeitsniveau betrachtet.⁷³ Das Modell zur Strafhärte belegt, dass nun doch signifikante Beziehungen existieren: Insbesondere das häufige Spielen gewalthaltiger Computerspiele erhöht die Strafhärte; für den häufigen Konsum von filmischer oder von TV-Gewalt sind entsprechende Effekte nicht vorhanden. Für jüngere Menschen ist das Spielen gewalthaltiger Computerspiele damit für die eigenen Einstellungen folgenreich. Dies gilt, wie die anderen Modelle zeigen, auch für weitere Variablen: Die personale Furcht steigt mit der Spielgewalt, ebenso die Einschätzung, dass die Anzahl der Straftaten in Deutschland zunimmt. Nur einmal ist ein signifikant gegenläufiger Effekt vorhanden (filmische Gewalt bei personaler Furcht). Unter bestimmten Bedingungen (junge Männer) ist damit die Gewaltmedienexposition in Computerspielen ein Einflussfaktor kriminalitätsbezogener Wahrnehmungen und Einstellungen.⁷⁴ Einen generell negativen Einfluss der Gewaltmedienexposition können wir jedoch nicht feststellen.

⁷³ In den Analysen wurden nur noch das Bildungsniveau sowie die regionale Herkunft kontrolliert, da eine Einschränkung auf männliche Befragte einer bestimmten Altersgruppe (16- bis 29jährige) erfolgte.

⁷⁴ Der Effekt des Konsums von Computerspielgewalt auf die personale Furcht und die Strafhärte bleibt bestehen, wenn weitere Einflussfaktoren kontrolliert werden (autoritäre Einstellungen, subjektive Stauseinstufung).

Tabelle 9.5: Gewaltmediensexposition als Einflussfaktor der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung – nur männliche Spieler im Alter zwischen 16 und 29 Jahren, die Computerspiele spielen (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: B; Befragung 2010; Kontrolle von Bildung und regionaler Herkunft)

	konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Spiele Gewalt	-0.005	0.023*	0.037 [†]	0.029 [†]
Filme Gewalt	-0.061	-0.097***	-0.049	-0.052
TV Gewalt	-0.020	-0.010	0.013	-0.006

[†] p < .10, * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Exkurs: Subjektives Erleben von Medienabhängigkeit

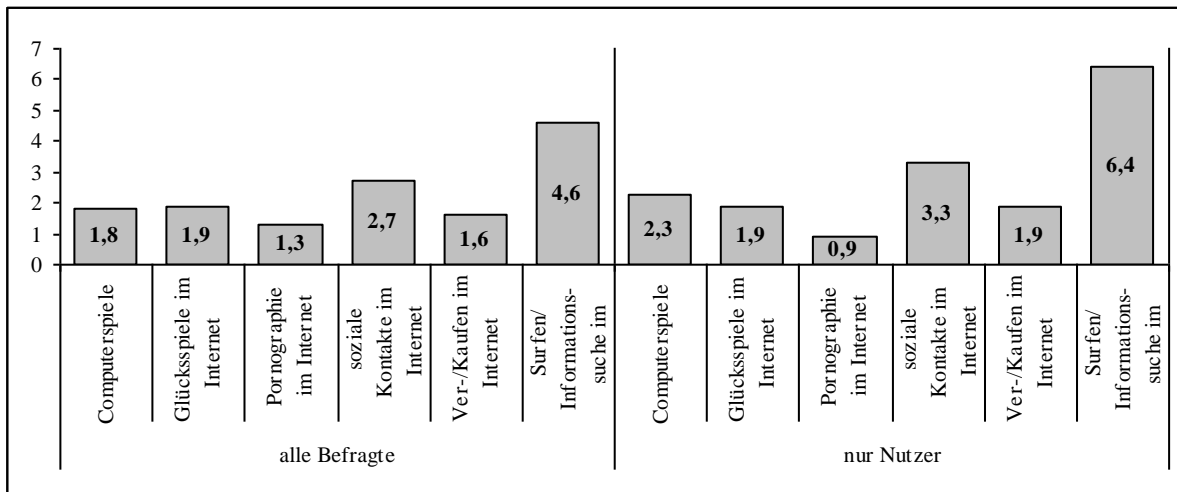
Das KFN untersucht seit einigen Jahren ein relativ neues Störungsbild: die Computerspielabhängigkeit (vgl. Baier/Rehbein 2009; Baier/Rehbein 2010; Rehbein et al. 2009). In Bezug auf Jugendliche gibt es aus der klinischen Praxis zahlreiche Hinweise darauf, dass eine solche Abhängigkeit mit den entsprechenden Symptomen bestehen kann. Dass Computerspiele abhängig machen können, ist nicht ausgeschlossen, da mittlerweile belegt ist, dass nicht nur bestimmte Substanzen (Alkohol, Drogen), sondern auch bestimmte Verhaltensweisen eine entsprechende Wirkung erzielen (sog. stoffungebundene Süchte), wie das Beispiel der Glückspielsucht deutlich macht. Eine in den Jahren 2007 und 2008 deutschlandweit durchgeführte Befragung unter fast 45.000 Schülern der neunten Jahrgangsstufe hat anhand eines ersten Screening-Instruments gezeigt, dass etwa jeder zwanzigste Jugendliche als computerspielgefährdet oder –abhängig eingestuft werden muss; für Jungen gilt dies deutlich häufiger als für Mädchen (Rehbein et al. 2009). Risikofaktoren einer Abhängigkeit sind einerseits Merkmale des Spielers und andererseits Merkmale des Spiels. Ein besonders hohes Risiko der Abhängigkeit bergen sog. Online-Rollenspiele: Jeder fünfte männliche Spieler des Spiels „World of Warcraft“ wurde als gefährdet oder abhängig eingestuft.

Da bislang erste Erkenntnisse zur Verbreitung der Computerspielabhängigkeit nur für Jugendliche vorliegen, sollte die Erhebung des Jahres 2010 dazu genutzt werden, aufgrund der steigenden Relevanz des Themas auch für andere Altersgruppen Informationen zu gewinnen. Hierfür stand im Fragebogen jedoch nur eingeschränkt Raum zur Verfügung, weshalb wir uns dazu entschieden haben, statt eines umfangreichen Screening-Instruments nur eine Selbsteinstufung des Befragten zu erbeten; d.h. die Befragten sollten angeben, inwieweit sie das Gefühl haben, von verschiedenen Medienaktivitäten abhängig zu sein, „ähnlich wie bei einer Sucht“. In der Schülerbefragung 2007/2008 konnte gezeigt werden, dass die abgegebenen Einschätzungen recht verlässlich sind (Baier et al. 2010, S. 33f). Für eine erste Schätzung des Anteils computerspielabhängiger Personen scheint das Selbsteinstufungsverfahren also recht brauchbar, wenngleich es eine klinisch validierte Diagnose selbstverständlich nicht ersetzen kann.

Bereits in der Schülerbefragung 2007/2008 hatte sich aber auch gezeigt, dass ein höherer Anteil der Befragten der Meinung war, von Internetaktivitäten abhängig zu sein, die nur z.T. das Computerspielen einschließen (weitere Aktivitäten: u.a. Chatten, Einkaufen). Aus diesem Grund haben wir die Befragten der Erhebungswelle 2010 auch um eine Abhängigkeitseinschätzung bzgl. verschiedener Internetaktivitäten gebeten. Die Ergebnisse sind in Abbildung 9.9 dargestellt. Die Befragten konnten ihr Abhängigkeitsgefühl für die einzelnen Aktivitäten

auf einer Skala von „1 – nie“ bis „6 – sehr stark“ einschätzen; die Antwort 6 wurde als Vorliegen eines Abhängigkeitsgefühls gewertet.

Abbildung 9.9: Abhängigkeitseinschätzungen (in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Betrachten wir alle Befragte (d.h. auch jene, die den Aktivitäten nicht nachgehen), so zeigt sich, dass 4,6 % der Meinung sind, vom Surfen und der Informationssuche im Internet abhängig zu sein. Am zweithäufigsten kommt ein Abhängigkeitsgefühl hinsichtlich der sozialen Kontakte im Internet auf. Vom Glücksspiel im Internet fühlen sich 1,9 % abhängig, von Computerspielen 1,8 %. Vom Ver-/Kaufen bzw. von der Pornographie im Internet fühlen sich nur 1,6 bzw. 1,3 % der Befragten abhängig.

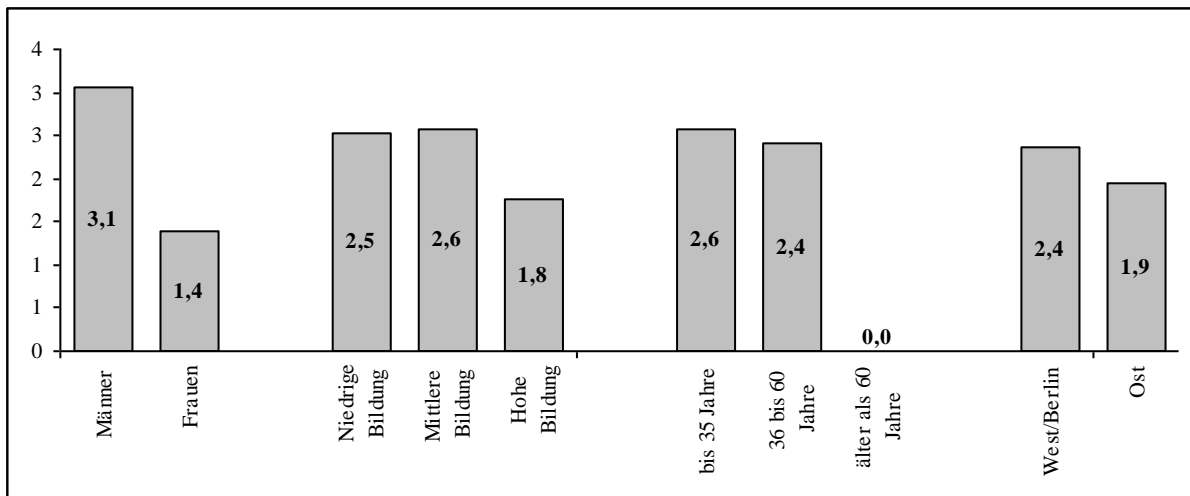
Werden die Auswertungen auf jene Befragten eingeschränkt, die überhaupt Computerspielen oder das Internet nutzen⁷⁵, dann erhöhen sich die Anteile an Personen mit Abhängigkeitseinschätzung in vier von sechs Fällen. Immerhin 6,4 % der Internetnutzer sind bspw. der Meinung, vom Surfen und der Informationssuche abhängig zu sein. Der Anteil der Computerspieler, die gleiches von sich annehmen, beträgt nun 2,3 %. Auch diese Auswertungen belegen, wie sie natürlich keine wirkliche Diagnose ersetzen, dass medienbezogene Abhängigkeiten ein relevantes Problem darstellen.

Konzentrieren wir uns auf die Computerspielabhängigkeitsgefühle, dann ergeben sich für verschiedene demographische Gruppen teilweise Unterschiede (Abbildung 9.10). Nur diejenigen Personen betrachtet, die auch tatsächlich Computer spielen, zeigt sich, dass männliche Befragte 2,2mal häufiger ein Abhängigkeitsgefühl haben als weibliche Befragte (3,1 zu 1,4 %). Dieser Geschlechterunterschied findet sich auch in der Schülerbefragung 2007/2008 (Baier et al. 2010, S. 33). Ebenfalls Unterschiede bestehen bei den Altersgruppen: Ältere Spieler stufen sich überhaupt nicht als abhängig ein, jüngere Spieler hingegen zu 2,6 %. Ostdeutsche und westdeutsche Befragte unterscheiden sich hingegen kaum voneinander, ebenso wie die Personen der verschiedenen Bildungsgruppen. Dieser letzte Befund ist nicht unerwartet, gilt doch auch bei Jugendlichen, dass Gymnasiasten ähnlich häufig wie Haupt- oder Realschüler eine Abhängigkeit aufweisen (Baier et al. 2010, S. 34); zudem wird in multivariaten Analysen er-

⁷⁵ Hierzu wurden die Angaben zur durchschnittlichen Beschäftigungszeit genutzt; Personen mit Zeiten über null Minuten bei den jeweiligen Aktivitäten wurden in die Auswertungen einbezogen.

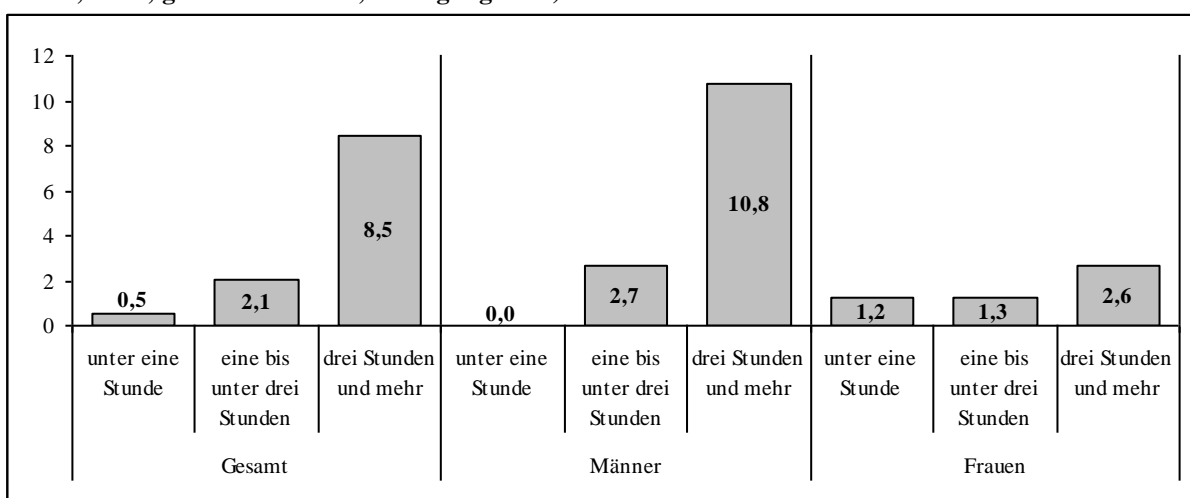
kennbar, dass es sich bei der Computerspielabhängigkeit um ein bildungsunspezifisches Phänomen handelt (Rehbein et al. 2009).

Abbildung 9.10: Anteil Personen, die sich als computerspielabhängig einschätzen (nur Nutzer; in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Eine detaillierte Analyse weiterer Bedingungsfaktoren der Computerspielabhängigkeit, die wir für Jugendliche durchgeführt haben (vgl. u.a. Rehbein et al. 2009), ist deshalb nicht möglich, weil wir verschiedene Bedingungsfaktoren in der Erhebung 2010 nicht erfassen konnten. Dennoch kann mit den Daten zumindest auf einen engen Zusammenhang aufmerksam gemacht werden: Eine ausgedehntere Spielzeit erhöht das Risiko der Ausbildung von Abhängigkeitsgefühlen. Abbildung 9.11 zeigt, dass sich Computerspieler, die täglich weniger als eine Stunde spielen, nur zu 0,5 % als abhängig einstufen, Spieler, die täglich drei Stunden und mehr spielen, hingegen zu 8,5 %. Bei männlichen Befragten erhöht sich dabei der Anteil an Personen mit Abhängigkeitsgefühl im Vergleich der Wenig- und Vielspieler stärker als bei weiblichen Befragten (männliche Befragte: von 0,0 auf 10,8 %, weibliche Befragte: von 1,2 auf 2,6 %).

Abbildung 9.11: Anteil Personen, die sich als computerspielabhängig einschätzen, nach Spieldauer (nur Nutzer; in %; gewichtete Daten; Befragung 2010)



Die Dauer des Konsums ist also ein erster Indikator, der auf das Vorliegen einer dysfunktionalen Mediennutzung hindeuten kann. Um aber tatsächlich von einer Abhängigkeit

sprechen zu können, müssen weitere Indikatoren hinzu kommen (z.B. Kontrollverlust, Toleranzentwicklung). Die Daten belegen, dass es durchaus lohnenswert erscheint, eine Untersuchung durchzuführen, die sich mit einem entsprechend ergänzten Messinstrument der Computerspielabhängigkeit, ihrer Verbreitung, Ursachen und Folgen, unter Erwachsenen widmet.

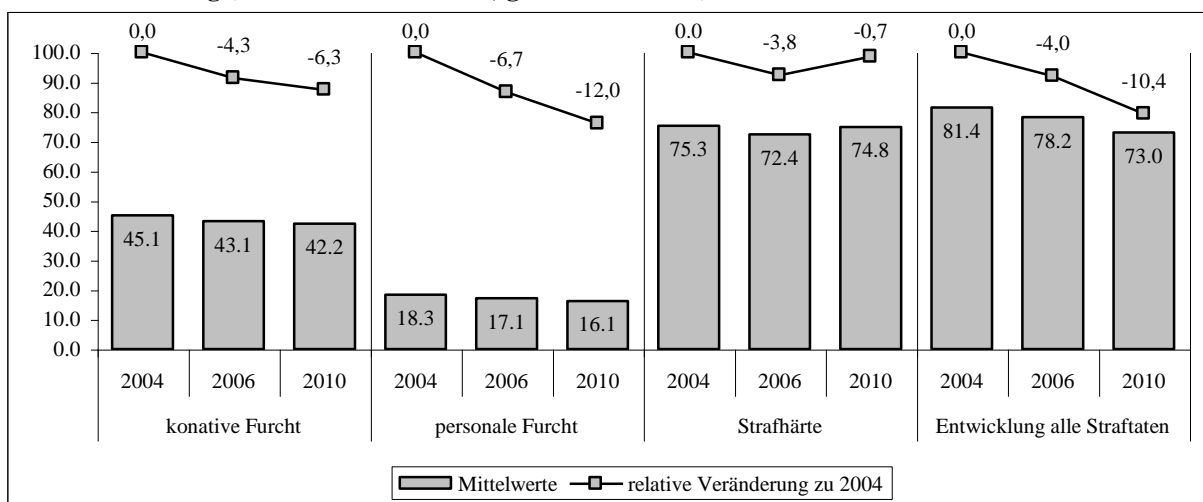
10. Zusammenfassung

10.1. Entwicklungstrends der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen

1. *Bezüglich der Entwicklung der betrachteten kriminalitätsbezogenen Einschätzungen ergeben sich im Vergleich der drei Erhebungsjahre überwiegend rückläufige Trends.*

In Abbildung 10.1 ist dargestellt, wie sich die Mittelwerte der verschiedenen Untersuchungsvariablen absolut und relativ über die Erhebungszeitpunkte verändert haben. Dabei zeigt sich, dass sich einerseits die Kriminalitätsfurcht reduziert hat und dass andererseits auch die Einschätzung, Straftaten würden zunehmen, rückläufig ist. Dargestellt sind die Mittelwerte der Skalen bzw. Einzelitems, die auf eine Spannweite zwischen 0 und 100 standardisiert wurden. Für die konative Furcht (Vermeidungsverhalten) ist ein Rückgang des Mittelwerts um 6,3 % zwischen 2004 und 2010 feststellbar, für die personale Furcht ergibt sich ein relativer Rückgang um 12,0 %. Damit wird Deutschland den subjektiven Urteilen nach sicherer. Diese Entwicklung hat sich kontinuierlich zugetragen, d.h. bereits 2006 finden sich geringere Mittelwerte als 2004. Auch unter Kontrolle wichtiger demographischer Faktoren ergeben sich signifikante Rückgänge der Kriminalitätsfurcht und ebenso der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung, d.h. die festgestellten Veränderungen basieren nicht auf Veränderungen in der Stichprobenszusammensetzung. Für die Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung gilt, dass im Jahr 2010 noch immer die Mehrheit der Befragten die Ansicht teilt, die Anzahl an Straftaten in Deutschland würde ansteigen. Der Mittelwert zu dieser Einschätzung ist seit 2004 aber um immerhin 10,4 % gefallen.

Abbildung 10.1: Entwicklung der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (Mittelwerte bzw. in %; gewichtete Daten)



2. *Die Strafhärte ist in der deutschen Bevölkerung nicht rückläufig. Auch für einzelne andere Indikatoren der Kriminalitätsfurcht bzw. der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung zeigen sich keine rückläufigen Trends.*

Nicht für alle betrachteten Einschätzungen sind gleichermaßen positive Veränderungen sichtbar: Die Strafhärte, erfasst über vier Aussagen wie z.B. „Auf viele Straftaten sollte mit härte-

ren Strafen reagiert werden als bisher“ ist über die Zeit hinweg unverändert hoch (Abbildung 10.1); die Mehrheit der Befragten fordert damit weiterhin einen harten Umgang mit Straftätern. Allerdings kann bzgl. der Strafhärte eine Schwierigkeit empirischer Forschung illustriert werden: Die Ergebnisse sind davon abhängig, in welcher Weise eine Einstellung gemessen wird. Zwar kann die Ansicht vertreten werden, dass die Erfassung der Strafhärte über eine Skala mit verschiedenen Aussagen die beste Messung darstellt, wenn aber die Entwicklung zu zwei anderen, ebenfalls strafharte Einstellungen erfassenden Einzelindikatoren betrachtet wird, ergibt sich eine mit den anderen Wahrnehmungen (Furcht, Einschätzung Straftaten) übereinstimmende Entwicklung: So geht erstens die Einschätzung signifikant zurück, die von Gerichten verhängten Strafen wären zu hart; zweitens sinkt seit 2006 der Anteil an Befragten, die sich explizit für die Todesstrafe aussprechen (im Jahr 2004 wurde diese Einstellung noch nicht erfasst). Zu beachten ist, dass mehr als jeder dritte Befragte keine eindeutige Antwort dazu abgibt, ob er für oder gegen die Todesstrafe ist. In der allgemeinen Form, wie wir diese Einstellung abfragen, mag sie daher keine allzu gute Repräsentation strafharter Einstellungen darstellen, weshalb die auf Basis dieses Indikators sichtbar werdende Entwicklung zurückhaltend interpretiert werden sollte. Allgemein gilt damit, dass wir im Gegensatz zur Kriminalitätsfurcht und zur Entwicklungswahrnehmung zur Strafhärte keine eindeutigen Hinweise auf einen sinkenden Trend finden können.

Für ausgewählte andere Indikatoren finden sich ebenfalls keine sinkenden Trends. So sind die Befragten der Befragung 2010 genauso häufig der Ansicht wie noch 2006 bzw. 2004, dass Körperverletzungen oder bestimmte Jugendgewaltdelikte ansteigen würden. Die Menschen vermeiden es zwar insgesamt seltener, bestimmte Verhaltensweise auszuführen, um sich vor kriminellen Übergriffen zu schützen; dies gilt aber nicht für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, die sie heute noch genauso häufig meiden wie 2004. Und es gilt zwar, dass sich die Befragten allgemein weniger vor Übergriffen fürchten, wenn aber nach Körperverletzungen gefragt wird („dass ich geschlagen undverletzt werde“), dann ist die Einschätzung der Furcht heute noch genauso verbreitet wie vor sechs Jahren.

Es ergibt sich damit ein Bild, nach dem in einigen ausgewählten Bereichen keine rückläufigen Veränderungen stattfinden. Es dürfte nicht zufällig sein, dass es sich dabei um die Themen Gewalt, Jugendliche und öffentliche Verkehrsmittel handelt. Bei spektakulären Einzelfällen, die in der Vergangenheit eine große mediale Aufmerksamkeit erhalten haben, treffen teilweise alle drei Themen aufeinander. Diese Ereignisse prägen dann nicht generell alle kriminalitätsbezogenen Einschätzungen, sondern nur bestimmte Aspekte der Wahrnehmungen und Einstellungen.

3. Die Bevölkerung schätzt die Kriminalitätsentwicklung im Jahr 2010 zwar realistischer ein als noch 2004; die Diskrepanz zur tatsächlichen Entwicklung ist aber z.T. weiterhin sehr groß.

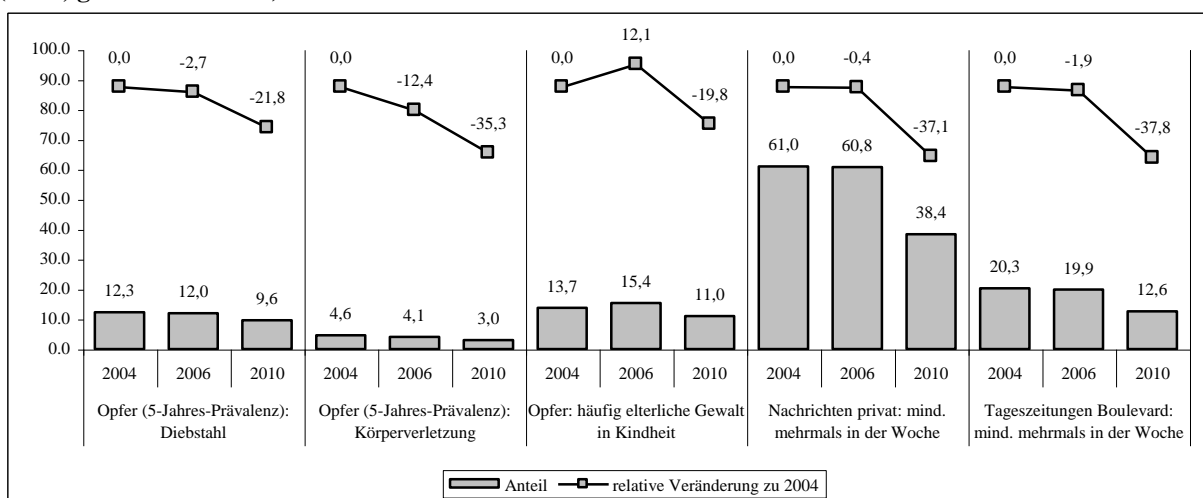
Zwischen 1999 und 2009 ist die Anzahl aller Straftaten in Deutschland um 3,9 % zurückgegangen; der vollendete Mord hat um 38,0 % abgenommen. Nur für wenige Deliktsbereiche (Betrug, Körperverletzung) ergeben sich ansteigende Trends in der Polizeilichen Kriminalstatistik. Gerade bei der Körperverletzung ist aber davon auszugehen, dass dieser Trend durch einen Anstieg der Anzeigebreitschaft verursacht ist und damit nicht für eine zunehmende Gewaltbereitschaft steht. Der Rückgang der Kriminalität hat verschiedene Gründe: Die demographische Entwicklung gehört ebenso dazu wie verbesserte technische Schutzvorkehrungen oder eine höhere Aufklärungsquote, die potenzielle Täter abschreckt.

Werden die Befragten darum gebeten, die Entwicklung der Straftaten einzuschätzen, so gehen diese entgegen der tatsächlichen Entwicklung mehrheitlich von einem Anstieg aus, in Bezug auf alle Straftaten bspw. um 29,0 %, in Bezug auf Mord um 18,6 %. Fast vier von fünf Befragten sind dabei der Meinung, dass es einen Anstieg der Straftaten in Deutschland gibt, nur der kleinere Teil der Befragten geht von stabilen oder rückläufigen Trends aus. Trotz dieser Verschätzungen gilt, dass die Befragten des Jahres 2010 im Durchschnitt das tatsächliche Kriminalitätsaufkommen realistischer einschätzen als die Befragten der Befragungen der Jahre davor. Während im Jahr 2004 bspw. 68,8 % der Befragten meinten, die Straftaten wären viel häufiger geworden, waren es im Jahr 2010 nur 46,6 %. Bezüglich des Mordes gilt, dass die Menschen in der Befragung 2004 in Bezug auf das Jahr 2003 noch 39,9 % mehr Morde vermuteten als tatsächlich geschehen waren; in der Befragung 2010 betrug die Überschätzung nur noch 18,6 %. Auch hinsichtlich anderer Delikte ergeben sich rückläufige Verschätzungen, wobei zu erwähnen ist, dass gerade die sehr selten vorkommenden Delikte wie der Sexualmord oder die Tötung von Kindern deutlich überschätzt werden.

4. Die rückläufigen Trends der Kriminalitätsfurcht und der eingeschätzten Straftatenentwicklung stehen mit rückläufigen Veränderungen im Bereich der Bedingungsfaktoren dieser Einschätzungen in Beziehung.

In Abbildung 10.2 sind die Entwicklungstrends für jene Faktoren dargestellt, die wir über die Jahre hinweg in vergleichbarer Weise erfasst haben. Für die Viktimisierungserfahrungen innerhalb der letzten fünf Jahre zeigen sich kontinuierlich fallende Prävalenzraten. Bei den Körperverletzungen liegt die Rate der Befragung 2010 mit 3,0 % insgesamt 35,3 % niedriger als noch 2004 (4,6 %). Bei den Diebstahlsdelikten findet sich ein Rückgang von 12,3 auf 9,6 %. Für die anderen drei Bedingungsfaktoren ergeben sich vor allem im Vergleich der Jahre 2004/2006 und 2010 deutliche Veränderungen. So ist der Anteil an Personen, die in der Kindheit häufiger elterliche Gewalt erlebt haben, etwas gefallen. Besonders deutlich fällt der Rückgang des Anteils an Personen aus, die häufiger Nachrichten privater Fernsehsender schauen oder Boulevard-Zeitungen lesen.

Abbildung 10.2: Entwicklung ausgewählter Bedingungsfaktoren kriminalitätsbezogener Einschätzungen (in %; gewichtete Daten)



5. Die rückläufigen Entwicklungen der Kriminalitätsfurcht und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung lassen sich jedoch nicht allein auf die Veränderungen dieser Bedingungsfaktoren zurückführen.

In Tabelle 10.1 sind für die verschiedenen Einschätzungen jeweils zwei Modelle dargestellt. Im ersten Modell wird noch einmal der Einfluss des Erhebungszeitpunktes unter Kontrolle des Alters, des Geschlechts, der regionalen Herkunft (Ost/West) und des Bildungsniveaus berichtet.⁷⁶ Im zweiten Modell werden die zu allen Erhebungszeitpunkten erfassten Bedingungsfaktoren berücksichtigt. Bei der konativen Furcht zeigt sich, dass Befragte des Jahres 2006 geringere Furchtwerte aufweisen als Befragte des Jahres 2004; gleiches gilt für die Befragten des Jahres 2010. An diesem Ergebnis ändert sich kaum etwas, wenn die fünf Bedingungsfaktoren ins Modell aufgenommen werden. Die Koeffizienten zum Erhebungsjahr senken sich zwar etwas ab, bleiben aber weiterhin signifikant. Der rückläufige Trend der konativen Furcht ist daher nicht allein auf die rückläufigen Trends bei den Bedingungsfaktoren zurückzuführen; d.h. der positive Trend ist mit den vorhandenen Daten nur teilweise erklärbar. Dies ist bei der konativen Furcht auch deshalb der Fall, weil letztendlich nur das Sehen von Nachrichtensendern privater Anbieter und das Lesen von Boulevardzeitungen tatsächlich die Furcht erhöhen, die anderen drei Faktoren also keine signifikante Beziehung mit der Furcht aufweisen.

Für die personale Furcht wie für die eingeschätzte Entwicklung aller Straftaten ergeben sich hingegen für fünf bzw. für vier der betrachteten Faktoren signifikante Zusammenhänge in der zu erwartenden Richtung, wonach z.B. das Erleben von Körperverletzungen in den letzten fünf Jahren sowohl die personale Furcht als auch die eingeschätzte Kriminalitätsentwicklung erhöht. Gleichwohl bleiben auch in diesen Fällen die Koeffizienten zumindest zum Erhebungszeitpunkt 2010 weiterhin signifikant. Die Befragten des Jahres 2010 sind also auch dann, wenn berücksichtigt wird, dass sie seltener viktimisiert wurden und sich seltener über private Nachrichten/Boulevardzeitungen informieren, weniger ängstlich und sie schätzen den Kriminalitätsanstieg signifikant niedriger ein als Befragte des Jahres 2004.

Tabelle 10.1: Einflussfaktoren der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (OLS-Regression, ungewichtete Daten; abgebildet: B)

	konative Furcht		personale Furcht		Strafhärte		Entwicklung alle Straftaten	
	I	II	I	II	I	II	I	II
Befragung 2004	Referenz ^a	Referenz	Referenz ^a	Referenz	Referenz ^a	Referenz	Referenz ^a	Referenz
Befragung 2006	-2.632**	-2.602**	-0.964*	-0.926	-2.358**	-2.382**	-2.768***	-2.794***
Befragung 2010	-2.744***	-1.957**	-1.791***	-1.088**	0.462	1.705**	-7.834***	-6.905***
Diebstahl (5-Jahres-Prävalenz)		0.494		3.434***		0.235		-0.431
Körperverletzung (5-Jahres-Prävalenz)		2.753		6.205***		1.170		3.305*
elterliche Gewalt: häufiger		-0.239		1.613**		2.997***		2.385***
Nachrichten privat: häufiger		3.689***		1.799***		4.939***		4.004***
Tageszeitungen Boulevard: häufiger		1.889*		2.154***		5.690***		3.119***
Korr. R²	0.172	0.177	0.029	0.055	0.061	0.085	0.089	0.108
N	5941	5941	5917	5917	5921	5921	5884	5884

^a unter Kontrolle von Geschlecht, Alter, regionaler Herkunft und Bildung; * p < .05, *** p < .01, **** p < .001

⁷⁶ Abweichungen der Koeffizienten der ersten Modelle zu den weiter vorn in diesem Bericht vorgestellten Modellen sind auf veränderte Fallzahlen zurückzuführen, insofern sich die Anzahl der Fälle durch Einbezug der weiteren Bedingungsfaktoren verringert.

Ein interessantes Ergebnis findet sich bei der Strafhärte. Die Befragten des Jahres 2006 weisen signifikant niedrigere Strafhärtewerte auf als Befragte des Jahres 2004; die Befragten des Jahres 2010 unterscheiden sich nicht im Vergleich zu denen des Jahres 2004. Wenn nun aber berücksichtigt wird, dass die Befragten der letzten Befragung seltener viktimisiert worden sind und seltener private Nachrichten sehen bzw. seltener Boulevardzeitungen lesen, dann ergibt sich eine im Vergleich zu 2004 signifikant höhere Strafhärte. Es ist also unter den genannten Bedingungen verwunderlich, dass die Befragten des Jahres 2010 in einer deskriptiven Betrachtung vergleichbar hohe Strafhärtewerte aufweisen wie die Befragten des Jahres 2004; eigentlich müsste bei ihnen die Härte deutlich niedriger liegen.

Damit ergeben sich zwei Erklärungsprobleme: Erstens bleibt die Antwort auf die Frage offen, warum es im Bereich der Kriminalitätsfurcht und der Kriminalitätseinschätzung einen über das erwartbare Maß hinaus reichenden Rückgang gegeben hat, erwartbar auf Basis der Entwicklungen im Bereich der betrachteten Bedingungsfaktoren. Zweitens ist fraglich, warum die Strafhärte einen anderen Trend anzeigt, warum diese Einstellungen also unverändert bleiben, obwohl sie hätten zurückgehen müssen, insofern die Opfererfahrungen und der Medienkonsum im beschriebenen Maße rückläufig sind. Das erste Erklärungsproblem könnte möglicherweise gelöst werden, wenn weitere Bedingungsfaktoren in die Betrachtung einbezogen werden könnten (z.B. Persönlichkeitsfaktoren). Dass eine Berücksichtigung weiterer Faktoren notwendig ist, belegen ebenfalls die geringen erklärten Varianzen in den Modellen in Tabelle 10.1. In der Befragung 2010 haben wir einige zusätzliche Erklärungsvariablen erhoben; Vergleichswerte zu früheren Befragungen liegen uns aber meist noch nicht vor.

Das zweite Erklärungsproblem würde sich möglicherweise ebenfalls durch Einbezug weiterer Variablen lösen lassen, die den signifikant positiven Einfluss des Erhebungsjahrs 2010 „weg-erklären“ könnten. Um eine Erklärung für diesen Effekt zu finden, könnte aber auch auf gesamtgesellschaftliche Diskurse rekurriert werden, die sich nicht notwendiger Weise über Befragungsdaten sichtbar machen lassen, sondern auf anderem Weg, z.B. über Inhaltsanalysen von Fernsehsendungen, Tageszeitungen usw. identifiziert werden müssten. Unsere Befunde belegen, dass sich die Entwicklung der durchschnittlichen Strafhärte von der Entwicklung der anderen Einschätzungen sukzessive entkoppelt. Eine These ist, dass für diese Entwicklung Veränderungen der gesamten Medienlandschaft verantwortlich sein könnten. Bestimmte Kriminalfälle beschäftigen mittlerweile alle Zeitungen und Sendungen, d.h. auch Qualitätssendungen oder die Niveaupresse können diese Vorfälle nicht ignorieren. Im Rahmen der Berichterstattung wird dann möglicherweise vermittelt, dass die Vorfälle Einzelfälle sind, zugleich führt die Darstellung des Leids der Opfer aber dazu, dass die Strafhärte hoch gehalten wird, weil die Menschen folgern, dass nur harte Strafen solche Einzelfälle zu verhindern helfen.

10.2. Bedingungsfaktoren der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der eingeschätzten Kriminalitätsentwicklung

1. Die Kriminalitätsfurcht, die Strafhärte und die eingeschätzte Kriminalitätsentwicklung unterscheiden sich deutlich zwischen verschiedenen demographischen Gruppen.

In den Analysen zum Einfluss demographischer Variablen haben wir uns weitestgehend auf das Geschlecht, das Lebensalter, die regionale Herkunft und das Bildungsniveau konzentriert. Für diese Variablen ergibt sich in vielen Fällen ein signifikanter Einfluss auf die verschiedenen Einschätzungen. Frauen unterscheiden sich von Männern vor allem hinsichtlich der kognitiven Furcht, d.h. sie vermeiden es sehr viel häufiger als Männer, bestimmte Verhaltensweisen zu zeigen, um ihr Opferrisiko zu senken. Zudem ist die personale Furcht bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern; sie vermuten auch häufiger einen Anstieg der Kriminalität. Bezüglich der Strafhärte zeigt sich demgegenüber bei der Einstellung zur Todesstrafe eine höhere Zustimmung bei männlichen Befragten. Wird zudem das Furchtniveau bei Männern und Frauen konstant gehalten, ergibt sich auch in der genutzten Strafhärteskala ein höherer Mittelwert für Männer. Die Forderung nach harten Strafen wird damit von männlichen Personen häufiger als von weiblichen Personen aufrecht erhalten.

Das Bildungsniveau wirkt sich ebenfalls auf verschiedene Kriminalitätseinschätzungen aus, dabei aber stärker auf die kognitiven als auf die affektiven Maße. Die kognitiven Maße umfassen die Strafhärte und die eingeschätzte Entwicklung der Straftaten. Für beide Einschätzungen findet sich ein Bildungseffekt derart, dass höher gebildete Befragte seltener die Ansicht teilen, dass harte Strafen notwendig wären bzw. dass die Anzahl an Straftaten in Deutschland steigt.

Das Lebensalter steht demgegenüber in erster Linie mit den affektiven Maßen in Beziehung, d.h. mit höheren Furchtwerten. Ältere Befragte vermeiden es häufiger als jüngere Befragte, bestimmte Verhaltensweisen zu zeigen, um drohenden Übergriffen zu entgehen. Die Furcht, Opfer entsprechender Übergriffe zu werden, ist bei den älteren Befragten dementsprechend stärker ausgeprägt. Die Wahrnehmungen von ost- und westdeutschen Befragten sind weitestgehend vergleichbar, mit einer Ausnahme: Ostdeutsche Befragte sind strahärter eingestellt, sie meinen also häufiger, harte Sanktionen wären die angemessene Reaktion auf Straftaten.

2. Neben den demographischen Faktoren sind Persönlichkeitseigenschaften, der Medienkonsum und Wahrnehmungen der Benachteiligung wichtige Bedingungsfaktoren der kriminalitätsbezogenen Einschätzungen.

Mittels der Befragung des Jahres 2010 konnten weitere Bedingungsfaktoren der Einschätzungen geprüft werden; in den vorangegangenen Befragungen erfolgte weitestgehend eine Konzentration auf medienbezogene Variablen. Die Erweiterung der Perspektive hat erstens gezeigt, dass sich einige dieser Faktoren als relevante Einflussgrößen erweisen; zweitens ändert die Berücksichtigung zusätzlicher Faktoren nichts an der Tatsache, dass weiterhin dem Medienkonsum eine zentrale Rolle im Entstehungsprozess der verschiedenen Einschätzungen zukommt.

In Tabelle 10.2 sind, um diese Schlussfolgerungen zu untermauern, Ergebnisse von OLS-Regressionen dargestellt, die anhand der Daten der Befragung 2010 durchgeführt wurden.⁷⁷ In den Auswertungen der bisherigen Abschnitte des Berichts erfolgt die Prüfung von Variablen innerhalb eines Themenbereichs. Die in Tabelle 10.2 präsentierten Ergebnisse beziehen sich auf jene Variablen, die sich in diesen Abschnitten als wichtige Einflussgrößen herausgestellt haben; insofern erfolgt eine simultane Prüfung der verschiedenen Faktoren. Die Analyse weicht in einer weiteren Hinsicht von den bisher durchgeführten Auswertungen ab: Dargestellt sind die standardisierten Koeffizienten, nicht die unstandardisierten Koeffizienten. Dies hat den Vorteil, dass die Koeffizienten in ihrer Höhe direkt miteinander vergleichbar sind. Die Koeffizienten können zwischen 0 und 1 bzw. -1 variieren; je näher ein Koeffizient an 1 bzw. -1 ist, umso stärker ist sein Einfluss.

Ein zentraler Befund der Analysen ist, dass es mit einer Ausnahme keinen Faktor gibt, der alle Einschätzungen in signifikanter Weise beeinflusst. Die Furcht, die Strafhärte und die eingeschätzte Kriminalitätsentwicklung haben damit teilweise unterschiedliche Bedingungsfaktoren. Die einzige Ausnahme bilden die autoritären Einstellungen: Autoritär eingestellte Personen, also Personen, denen Gehorsam und Unterwürfigkeit wichtig ist, haben eine höhere Kriminalitätsfurcht, fordern insbesondere härtere Strafen und gehen davon aus, dass sich die Anzahl an Straftaten in Deutschland erhöht hat. Aus dem Bereich der Persönlichkeitseigenschaften ergeben sich zudem für zwei Werthaltungen signifikante Beziehungen. Die Orientierung an Werten der Traditionalität (Bewahrung des Bestehenden) geht mit höheren Furchtwerten und einer höheren Strafhärte einher; Personen, denen die Gleichheit der Menschen wichtig ist (Universalismus) zeigen seltener Vermeidungsverhalten (konative Furcht) und geringere Strafhärtewerte.

Tabelle 10.2: Einflussfaktoren der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: Beta; Befragung 2010)

	konative Furcht	personale Furcht	Strafhärte	Entwicklung alle Straftaten
Männer	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Frauen	0.34***	0.13***	-0.01	0.11***
Niedrige Bildung	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung	0.00	0.02	0.00	-0.02
Hohe Bildung	-0.03	-0.02	-0.10***	-0.08***
Alter	0.19***	0.06**	-0.03	0.03
subjektiver Status	-0.09***	-0.13***	-0.03	-0.08***
Opfererfahrung (5-Jahres-Prävalenz)	0.00	0.11***	-0.01	0.00
elterliche Gewalt: häufiger	0.01	0.03	0.06***	0.03
Universalismus	-0.05**	-0.01	-0.05**	0.00
Bewahrung des Bestehenden	0.13***	0.08***	0.04**	0.04
autoritäre Einstellungen	0.11***	0.08***	0.24***	0.06**
Tageszeitungen Boulevard (inkl. Internet)	0.01	0.06**	0.11***	0.06**
Nachrichten privat (inkl. Internet)	0.08***	0.02	0.08***	0.09***
Tagezeitungen deutschlandweit (inkl. Internet)	-0.02	0.02	-0.10***	-0.07***
Korr. R²	0.238	0.072	0.135	0.064
N	3155	3137	3144	3131

* p < .05, *** p < .01, **** p < .001

⁷⁷ Die Koeffizienten der demographischen Variablen werden im Folgenden nicht vorgestellt (vgl. hierzu die Ausführungen des ersten Punktes dieses Abschnittes).

Der Medienkonsum verändert die Wahrnehmungen in der erwarteten Richtung; gleichwohl sind dabei etwas häufiger Effekte des Konsums von Boulevardzeitungen und privaten Nachrichten als des Lesens von deutschlandweiten Tageszeitungen zu verzeichnen. Der Konsum öffentlich-rechtlicher Nachrichten wurde nicht in die Modelle aufgenommen, weil sich für diesen kaum signifikante Beziehungen gezeigt hatten. Ein häufiger Konsum von Boulevardzeitungen sowie ein häufiger Konsum privater Nachrichten erhöhen die Furcht, die Strafhärte und die Wahrnehmungen eines Anstiegs der Straftaten, ein häufiges Lesen deutschlandweiter Tageszeitungen reduziert die beiden letztgenannten Einschätzungen. Im Gegensatz zu früheren Analysen haben wir den Konsum dieser Formate im Internet ebenfalls berücksichtigt, derart, dass die maximale Häufigkeit des Konsums im Internet bzw. außerhalb des Internets einbezogen wurde.⁷⁸ Dies erscheint deshalb gerechtfertigt, weil die Effekte sehr ähnlich ausfallen; d.h. wer bspw. häufiger Internetseiten privater Fernsehsender aufruft, weist ebenso höhere Furchtwerte usw. auf wie Personen, die häufiger Nachrichten privater Sender sehen. Eine Ausnahme betrifft den Konsum deutschlandweiter Tageszeitungen: Positive Effekte zeigen sich für diese Variable nur, wenn das Internet betrachtet wird. Es kann vermutet werden, dass gerade jüngere Leser dieser Tageszeitungen vermehrt das Internet als Informationsquelle nutzen. Um den Konsum deutschlandweiter Tageszeitung korrekt zu erfassen, scheint es daher geboten, das Informationsmedium Internet bei der Untersuchung des Einflusses des Medienkonsums zu berücksichtigen. Ein weiterer Befund unterstreicht dies: Die Zusammenhänge zwischen dem Konsum der verschiedenen Genres im Internet und außerhalb des Internets sind moderat. Das Lesen deutschlandweiter Tageszeitungen im Internet korreliert mit dem Lesen außerhalb des Internets zu $r = .34$, das Lesen von Boulevardzeitungen zu $r = .19$, der Konsum von Nachrichten privater Sender zu $r = .21$. Die Nutzergruppen überlappen sich also nur zum Teil. Es ist davon auszugehen, dass sich manche Personen nur Online, andere hingegen nur Offline informieren, dritte sowohl On- als auch Offline.

Neben den Persönlichkeitseigenschaften und dem Medienkonsum steht die subjektive Status-einschätzung in einer signifikanten Beziehung mit den kriminalitätsbezogenen Einschätzungen. Personen, die sich als privilegiierter einstufen, die sich also leisten können, was sie möchten und die meinen, dass sie erhalten, was ihnen zusteht, haben weniger Furcht und gehen auch seltener von einem Anstieg der Straftaten aus. Dies ist kein Resultat einer höheren Bildung, eines besseren Einkommens oder anderer Hintergrundfaktoren, die mit der Status-einschätzung korreliert sind. Eine explizite Annahme, dass es einen solchen Effekt geben müsste, hatten wir nicht. Betrachtet man allerdings Erkenntnisse bspw. aus der Forschung zu den Ursachen rechtsextremer Einstellungen, so ist nicht überraschend, dass die subjektive Einschätzung der Benachteiligung bisweilen sogar einen stärkeren Einfluss ausübt als die objektive Tatsache, benachteiligt zu sein. Gleichwohl ist die Beziehung insbesondere zur Kriminalitätsfurcht erklärungsbedürftig. Weitere Forschung zu diesem Zusammenhang erscheint daher notwendig.

Das in der Einleitung vorgestellte Modell zur Erklärung der Kriminalitätsfurcht, der Strafhärte und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung wird durch die Daten damit zum Teil gestützt. Die Persönlichkeit, der Medienkonsum sowie demographische wie Status-Variablen

⁷⁸ Wenn ein Befragter also täglich im Internet Seiten der Boulevardpresse liest, dies aber außerhalb des Internets nie tut, wurde der Wert zum Internet als Schätzung der Häufigkeit des Boulevardmedienkonsums genutzt. Die Konsumhäufigkeit wurde dabei nicht in „nie“, „höchstens einmal pro Woche“ und „mind. mehrmals pro Woche“ gruppiert, sondern sie ging in der kontinuierlichen Form („1 – nie“ bis „6 – (fast) täglich“) in die Analysen ein.

beeinflussen direkt die Einschätzungen, wenn auch für verschiedene Einschätzungen z.T. unterschiedliche Erklärungsmodelle bestehen. Erwartet wurde in diesem Modell zudem, dass Viktimisierungserfahrungen in den zurückliegenden Jahren sowie Gewalt-Viktimisierungserfahrungen in Kindheit und Jugend die Furcht usw. negativ beeinflussen. Dies gilt, wie die entsprechenden Auswertungen gezeigt haben im Hinblick auf die Gewalterfahrungen in Kindheit und Jugend allerdings nur dann, wenn häufig Gewalterfahrungen gemacht wurden. Das seltene Erleben steht in keiner Beziehung mit den Einschätzungen. In den multivariaten Erklärungsmodellen in Tabelle 10.2 bleibt letztlich nur ein signifikanter Einfluss der häufigen innerfamiliären Viktimisierung auf die Strafhärte bestehen.⁷⁹ Für die Viktimisierungserfahrungen der letzten fünf Jahre (Diebstahl und/oder Körperverletzung erlebt) findet sich nur ein Zusammenhang mit der personalen Furcht. Befragte mit Opfererfahrungen haben also mehr Furcht, erneut Opfer zu werden. Der Einfluss der Viktimisierung in Kindheit und Jugend wie in den letzten fünf Jahren ist also entgegen unserer Vermutungen eher gering. Zu beachten ist jedoch auch, dass keine gegenteiligen Effekte bestehen, die Viktimisierungen also die Furcht und die Strafhärte nicht senken bzw. seltener zu der Ansicht führen, die Anzahl der Straftaten würde steigen.

3. Für einige Faktoren ergeben sich signifikante, den Erwartungen widersprechende Beziehungen mit den kriminalitätsbezogenen Einschätzungen.

Wie im vorangegangenen Punkt bereits angesprochen, ergeben sich für die Viktimisierungen in den letzten fünf Jahren bzw. in der Kindheit und Jugend nur in wenigen Fällen signifikante Beziehungen. Für die Mehrheit der betrachteten Zusammenhänge werden keine signifikanten Effekte beobachtet. Eher schwache Einflüsse, aber damit auch keine gegenläufigen Einflüsse, finden sich ebenfalls für andere Variablen, deren Stellenwert in der Befragung 2010 untersucht wurde:

- Großstädtische Befragte weisen nur eine signifikant erhöhte personale Furcht auf; bei den anderen Einschätzungen unterscheiden sie sich nicht von Bewohnern aus ländlichen Gebieten.
- Die politischen Orientierungen stehen nur mit der Strafhärte in Beziehung.
- Die Gewaltmedienexposition erhöht nur bei jüngeren Befragten die Strafhärte, und dies auch nur dann, wenn das Computerspielen betrachtet wird.

Neben ausbleibenden Effekten ergeben sich für drei Variablen allerdings auch signifikante, den Erwartungen widersprechende Befunde:

- Je häufiger positive Erziehungserfahrungen in der Kindheit und Jugend gemacht wurden (Loben, in den Arm nehmen usw.), umso negativer sind die Einschätzungen aktuell ausgeprägt, umso höher ist bspw. die Furcht und umso strafhärter ist man eingestellt.
- Befragte, die davon berichten, in den letzten fünf Jahren Gewalt durch Familien- und Haushaltsmitglieder erfahren zu haben, weisen zwar eine höhere Kriminalitätsfurcht auf; sie sind aber zugleich weniger strafhart eingestellt und nehmen einen schwächeren Anstieg der Straftaten wahr.
- Eine steigende Orientierung an humanistischen Werten senkt nicht die Kriminalitätsfurcht, sondern erhöht sie. Zudem werden dann nicht strafmildere, sondern strafhärtere

⁷⁹ Die Unterschiede zu den Erklärungsmodellen in Tabelle 10.1 sind dadurch bedingt, dass sich dort auf alle Befragten der Jahre 2004 bis 2010 bezogen wird, hier nur auf die Befragten der Befragung 2010.

Einstellungen vertreten, wie zudem ein stärkerer Anstieg der Anzahl der Straftaten wahrgenommen wird.

Zum Teil konnten Erklärungsangebote für diese unerwarteten Zusammenhänge gegeben werden. So könnte der Effekte der positiven Erziehung mit einer „Überbehütung“ der sehr positiv erzogenen Befragten in Zusammenhang stehen. Dass sich die Erfahrung von Gewalt durch Familien- und Haushaltsmitglieder in der beschriebenen Weise auswirkt, steht möglicherweise damit in Verbindung, dass die Opfer ein größeres Verständnis für die nahestehenden Täter aufbringen und dieses Verständnis auf andere Täter generalisieren, weshalb sie weniger strafhart eingestellt sind. Für den Effekt des Humanismus dürfte entscheidend sein, dass die Operationalisierung über ein Item, das nach der Hilfsbereitschaft nahe stehenden Personen gegenüber fragt, nicht optimal ist. Erfasst wird damit eher eine partikularistische Orientierung als eine humanistische Orientierung. Möglicherweise ist mit einem ausgeprägten Humanismus aber auch ein ausgeprägteres Interesse an den Opfern von Straftaten und deren Wohlergehen verbunden, was dann zu der Folgerung Anlass gibt, dass die Täter hart zu bestrafen sind. Abschließende Antworten dazu, warum sich die Beziehungen in der erwähnten Weise darstellen, können wir derzeit nicht liefern. Weitere Forschung scheint in diesen Bereichen notwendig.

4. Die Faktoren, die einen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht, die Strafhärte und die wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung ausüben, stehen auch untereinander in Beziehung.

Das in der Einleitung skizzierte Erklärungsmodell nimmt an, dass auch die Erklärungsfaktoren untereinander in Beziehung stehen. Aus der bisherigen Forschung kann hierzu in erster Linie abgeleitet werden, dass Erziehungs- und Opfererfahrungen die Persönlichkeit prägen. Die Persönlichkeitseigenschaft, die mit allen Einschätzungen signifikant in Zusammenhang steht, sind autoritäre Einstellungen. Aus diesem Grund haben wir in Tabelle 10.3 ein Modell zur Erklärung autoritärer Einstellungen spezifiziert (OLS-Regression), in das mit Ausnahme der regionalen Herkunft (Ost/West) dieselben Variablen einbezogen worden sind wie in den Modellen in Tabelle 10.2. Das erste Modell wurde dabei ohne Berücksichtigung anderer Persönlichkeitsfaktoren (hier: Werthaltungen) berechnet, da diese eine starke Überschneidung mit den autoritären Einstellungen aufweisen.

Die Annahme, autoritäre Einstellungen wären ein Resultat von Erfahrungserfahrungen, wird nicht bestätigt. Für das Erleben elterlicher Gewalt ergibt sich im multivariaten Modell kein signifikanter Effekt. Demgegenüber unterscheiden sich verschiedene demographische Gruppen deutlich hinsichtlich ihrer autoritären Einstellungen: Weibliche Befragte, höher gebildete Befragte, jüngere Befragte und Befragte aus Westdeutschland sind signifikant seltener autoritär eingestellt. Insofern existiert eine starke Beziehung zwischen der Demographie und der Persönlichkeit. Zusätzlich zeigen sich Beziehungen zwischen der Mediennutzung und den Einstellungen, die freilich eher als Korrelationen, nicht als Kausalitäten gedeutet werden sollten. Der häufige Konsum von Boulevardzeitungen und von Nachrichten privater Sender geht mit höheren Autoritarismuskennwerten einher, das Lesen deutschlandweiter Zeitungen mit niedrigeren Werten. Das zweite Modell belegt zudem, dass Personen, die an der Bewahrung des Bestehenden interessiert sind, autoritärer eingestellt sind; ein höherer Universalismus senkt den Autoritarismus.

Das Modell macht damit auf indirekte Verursachungszusammenhänge aufmerksam: Verschiedene Variablen stehen also nicht nur direkt mit den kriminalitätsbezogenen Einschätzungen in Zusammenhang, sondern auch vermittelt über den Autoritarismus. Dabei ergeben sich bspw. bezüglich des Geschlechts gegenläufige Effekte: Während Frauen einerseits eine höhere Kriminalitätsfurcht aufweisen, sind sie andererseits seltener autoritär eingestellt, was indirekt die Furcht senkt. Das Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren muss also noch intensiver untersucht werden als dies bisher geschehen ist.

Tabelle 10.3: Einflussfaktoren autoritärer Einstellung bzw. der subjektiven Stauseinstufung (OLS-Regression, gewichtete Daten; abgebildet: Beta; Befragung 2010)

	autoritäre Einstellungen		subjektiver Status
	Modell I	Modell II	
Männer	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Frauen	-0.09***	-0.08***	0.02
Niedrige Bildung	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Mittlere Bildung	-0.06**	-0.07***	0.07***
Hohe Bildung	-0.09***	-0.09***	0.16***
Alter	0.18***	0.04**	0.10***
West/Berlin	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Ost	0.11***	0.10***	-0.16***
subjektiver Status	-0.02	-0.01	-
Opfererfahrung (5-Jahres-Prävalenz)	0.03	0.03	-0.05**
elterliche Gewalt: häufiger	0.01	0.02	-0.09***
Tageszeitungen Boulevard (inkl. Internet)	0.08***	0.07***	-0.02
Nachrichten privat (inkl. Internet)	0.06**	0.04**	-0.03
Tagezeitungen deutschlandweit (inkl. Internet)	-0.08***	-0.06***	0.12***
Universalismus	-	-0.10***	-0.02
Bewahrung des Bestehenden	-	0.48***	-0.01
autoritäre Einstellungen	-	-	-0.01
Korr. R²	0.089	0.283	0.078
N	3155	3155	3155

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

In Tabelle 10.3 ist ein weiteres Modell abgebildet, das die subjektive Stauseinschätzung erklärt. Diese Einschätzung stellt, wie oben ausgeführt, ebenfalls eine wichtige Variable für die Erklärung der kriminalitätsbezogenen Einschätzungen dar. Zentrale Befunde dieses Modells sind, dass höhere Bildung mit einer privilegierteren Stauseinschätzung einher geht, dass ostdeutsche Befragte eine höhere Benachteiligung wahrnehmen und dass das Lesen deutschlandweiter Tageszeitungen die Stauseinschätzung verbessert; von anderen medienbezogenen Variablen wie auch von anderen Persönlichkeitsvariablen gehen keine Einflüsse auf die Stauseinstufung aus. Interessant ist allerdings, dass die Viktimisierungserfahrungen nun doch eine Rolle spielen: Personen, die in den letzten fünf Jahren einen Übergriff erlebt haben bzw. die in Kindheit und Jugend Gewalt durch die Eltern erlebt haben, stufen sich häufiger als benachteiligt ein. Auch wenn diese Erfahrungen damit kaum mit den untersuchten Persönlichkeitseigenschaften in Zusammenhang stehen, prägen sie doch die Einschätzung über die eigene gesellschaftliche Stellung. Die Opfer fühlen sich möglicherweise von der Gesellschaft im Stich gelassen, generalisieren dies auch auf andere Bereiche und nehmen entsprechend die gesellschaftlichen Entwicklungen in einem negativen Licht wahr.

5. Das Kausalitätsverhältnis zwischen der Kriminalitätsfurcht, den Strafbedürfnissen und der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung ist noch unzureichend geklärt.

Die Beziehungen zwischen den verschiedenen kriminalitätsbezogenen Einschätzungen wurden in den präsentierten Analysen weitestgehend ausgeklammert. Dabei illustriert der Befund zum unterschiedlichen Entwicklungstrend der Strafhärte, dass es einer genaueren Analyse der Beziehungen bedarf. In einer ersten Längsschnittauswertung der Befragten, die sowohl 2004 als auch 2006 befragt worden sind, konnte gezeigt werden, dass die Kriminalitätsfurcht die Einschätzung der Entwicklung der Straftaten kausal beeinflusst; für den umgekehrten Zusammenhang ergaben sich keine empirischen Evidenzen. Die Beziehungen zwischen den anderen Variablen gestalten sich komplexer, insofern sowohl Hinweise auf die eine wie die andere Wirkrichtung vorliegen. Es erscheint daher notwendig, entsprechende Kausalbeziehungen über mehr als zwei Erhebungszeitpunkte hinweg zu untersuchen. Sinnvoll wäre es, mittels solch eines Forschungsdesigns ebenfalls den Einfluss der verschiedenen Bedingungsfaktoren zu untersuchen, von denen hier z.T. ein kausaler Einfluss angenommen, aber nicht geprüft wurde. Ausgeschlossen ist nicht, dass die kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und Einstellungen auch wiederum autoritäre Einstellungen oder Medienumgangsweisen prägen. Eine Fokussierung auf die Lebensphasen, in denen sich diese Wahrnehmungen und Einstellungen festigen, dürfte dabei für den Erkenntnisgewinn nützlich sein. Eine entsprechende Längsschnittstudie im Jugend- und frühen Erwachsenenalter könnte das Wissen über die Ursache-Wirkungs-Beziehungen aller untersuchten Variablen erweitern.

Literaturverzeichnis

Adorno, T.W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D.J., Sanford, R.N. (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Science Editions.

Altemeyer, B. (1981). *Right-Wing Authoritarianism*. Winnipeg, Manitoba: The University of Manitoba Press.

Anderson, C. A. (2004). An Update on the Effects of Playing Violent Video Games. *Journal of Adolescence*, 27, 113-122.

Anderson, C. A., Bushman, B. J. (2001). Effects of Violent Video Games on Aggressive Behavior, Aggressive Cognition, Aggressive Affect, Physiological Arousal, and Prosocial Behavior. *Psychological Science*, 12, 353-359.

Anderson, C. A. et al. (2010). Violent Video Game Effects on Aggression, Empathy, and Prosocial Behavior in Eastern and Western Countries: A Meta-Analytic Review. *Psychological Bulletin*, 136, 151-173.

Applegate, B. K. (1997). *Specifying Public Support for Rehabilitation: A Factorial Survey Approach*. Cincinnati: Unveröffentlichte Dissertation, University of Cincinnati.

Baier, D. (2005). Abweichendes Verhalten im Jugendalter. Ein empirischer Vergleich verschiedener Erklärungsansätze. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 25, 381-398.

Baier, D. (2008). *Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd*. KFN: Forschungsbericht Nr. 104.

Baier, D., Hadjar, A. (2005). Alter Wein in neuen Schläuchen? Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Autoritarismus, Sozialer Dominanzorientierung und Hierarchischem Selbstinteresse. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 13, 7-30.

Baier, D., Pfeiffer, C. (2007). *Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen - Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention*. KFN: Forschungsberichte Nr. 100.

Baier, D., Rehbein, F. (2009). *Computerspielabhängigkeit im Jugendalter*. In: Tully, C. (Hrsg.), *Multilokalität und Vernetzung. Beiträge zur technikbasierten Gestaltung jugendlicher Sozialräume*. Weinheim: Juventa, S. 139-156.

Baier, D., Rehbein, F. (2010). *Computerspielabhängigkeit bei Jugendlichen. Erkenntnisse einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung*. In: Dittler, U., Hoyer, M. (Hrsg.), *Zwischen Kompetenzerwerb und Mediensucht*. München: kopead, S. 243-266.

Baier, D., Pfeiffer, C., Windzio, M., Rabold, S. (2006). *Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrungen, Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. Abschlussbericht über eine repräsentative Befragung von Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Jahrgangsstufe*. KFN: Forschungsbericht.

Baier, D., Pfeiffer, C., Simonson, J., Rabold, S. (2009). Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN: Forschungsbericht Nr. 107.

Baier, D., Pfeiffer, C., Rabold, S., Simonson, J., Kappes, C. (2010). Kinder und Jugendliche in Deutschland. Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Zweiter Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN: Forschungsbericht Nr. 109.

Bilsky, W. (2005). Werte und Werthaltungen. In: Weber, H., Rammsayer, T. (Hrsg.), Handbuch der Persönlichkeitspsychologie und Differentiellen Psychologie. Göttingen: Hogrefe, S. 298-304.

Bilsky, W., Mecklenburg, E., Wetzels, P. (1992). Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Skalenanalyse und Skalenkonstruktion zur KFN-Opferbefragung 1992. KFN: Forschungsbericht Nr. 13.

Bilsky, W., Wetzels, P., Mecklenburg, E., Pfeiffer, C. (1993). Subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und Opfererfahrung. KFN: Forschungsbericht Nr. 17.

Boehnke, K., Welzel, C. (2006). Wertetransmission und Wertewandel – Eine explorative Drei-Generationen-Studie. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 26, 341-360.

Borg, M. J. (1997). The Southern Subculture of Punitiveness? Regional Variation in Support for Capital Punishment. Journal of Research in Crime and Delinquency, 34, 25-45

Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008). Migrationsbericht 2008.

Bushman, B., J., Anderson, C., A. (2002). Violent Video Games and Hostile Expectations: A Test of the General Aggression Model. Personality and Social Psychology Bulletin, 28, 1679-1686.

Butler, J.C. (2009). Authoritarianism and Fear of Deviance. North American Journal of Psychology, 11, 49-64.

Chockalingam, K., Srinivasan, M. (2009). Fear of Crime Victimization: A Study of University Students in India and Japan. International Review of Victimology, 16, 89-117.

Demker, M., Towns, A., Duus-Otterstrom, G., Sebring, J. (2008). Fear and Punishment in Sweden: Exploring Penal Attitudes. Punishment & Society, 10, 319-332.

Dittmann, J. (2008). Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. In: Statistisches Bundesamt, Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (Gesis-Zuma) und Wissenschaftszentrum Berlin Für Sozialforschung (Wzb) (Hrsg.), Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 305-310.

Dowler, K. (2003). Media Consumption and Public Attitudes toward Crime and Justice: The Relationship between Fear of Crime, Punitive Attitudes, and Perceived Police Effectiveness. *Journal of Criminal Justice and Popular Culture*, 10, 109-126.

Enzmann, D., Brettfeld, K., Wetzels, P. (2004). Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre. In: Oberwittler, D., Karstedt, S. (Hrsg.), *Soziologie der Kriminalität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 240-263.

Escholz, S., Chiricos, T., Gertz, M. (2003). Television and Fear of Crime: Program Types, Audience Traits, and the Mediating Effect of Perceived Neighborhood Racial Composition. *Social Problems*, 50, 395-315.

Feldman, S. (2003). Enforcing Social Conformity: A Theory of Authoritarianism. *Political Psychology*, 24, 41-74.

Ferraro, K. F. (1995). *Fear of Crime. Interpreting Victimization Risk*. Albany: State University of New York Press.

Fuchs, M., Lamnek, S., Luedtke, J., Baur, N. (2005). *Gewalt an Schulen: 1994 - 1999 - 2004* (1. Auflage). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Gabriel, U., Greve, W. (1996). „Strafe muß sein!“ Sanktionsbedürfnisse und strafbezogene Einstellungen: Versuch einer systematischen Annäherung. In: Pfeiffer, C., Greve, W. (Hrsg.), *Forschungsthema Kriminalität. Festschrift für Heinz Barth*. Baden-Baden: Nomos, S. 185-214.

Gabriel, U., Greve, W. (2003). The Psychology of Fear of Crime. Conceptual and Methodological Perspectives. *British Journal of Criminology*, 43, 600-614.

Gerbner, G., Gross, L. (1976). Living with Television: The Violence Profile. *Journal of Communication*, 26, 173- 199.

Gibson, C.L., Zhao, J., Lovrich, N.P., Gaffney, M.J. (2002). Social Integration, Individual Perceptions of Collective Efficacy, and Fear of Crime in Three Cities. *Justice Quarterly*, 19, 537-564.

Gibbs, J., Giever, D., Higgins, G. (2003). A Test of Gottfredson and Hirschi's Generally Theory Using Structural Equation Modeling. *Criminal Justice & Behavior*, 30, 441-458.

Hadjar, A. (2004). *Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen - Die Rolle des Hierarchischen Selbstinteresses*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hanslmaier, M., Kemme, S. (2011). Kriminalität in der öffentlichen Wahrnehmung: Welchen Einfluss hat die Mediennutzung? *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 32.

Hartnagel, T. F., Templeton, L. (2008). Perceptions, Emotions and Experiences of Crime: Effects on Attitudes Toward Punishment in a Canadian Sample. In: Kury, H. (Hrsg.), *Fear of Crime – Punitivity: New Developments in Theory and Research*. Crime and Crime Policy. Bochum: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer, pp. 349-370.

Heitmeyer, W., Heyder, A. (2002). Autoritäre Haltungen. Rabiate Forderungen in unsicheren Zeiten. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge I. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag, S. 59-70.

Hermann, D. (2001). Religiöse Werte, Moral und Kriminalität. In: Allmendinger, J. (Hrsg.), Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Teil B. Opladen: Leske und Budrich, 802-822.

Hopf, W.H., Huber, G.L., Weiß, R.H. (2008). Media Violence and Youth Violence. A 2-year Longitudinal Study. *Journal of Media Psychology*, 20, 79-96.

Hübner, M., Schmidt, P., Schürhoff, R., Schwarzer, S. (2008). Allgemeine Autoritarismus-Kurzform. In: Göchner-Rist, A. (Hrsg.), Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen. ZIS Version 12.00. Bonn: GESIS.

Ingelhart, R. (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.

Kemme, S.(2008). Jugenddelinquenz in westlicher und islamischer Welt -Interkulturell-vergleichende Dunkelfelduntersuchung bei Studierenden in Gießen, Madison und Izmir. Baden-Baden: Nomos.

Kemme, S., Hanslmaier, M. (2010). Elterliches Strafen und eigenes Strafbedürfnis: Die Bedeutung früher Viktimisierungserfahrungen. *Praxis der Rechtspsychologie*, 20, 256-278.

Kemme, S., Hanslmaier, M., Pfeiffer, C. (2011). Experience of Parental Corporal Punishment in Childhood and Adolescence and Its Effect on Punitiveness. Manuskript in Begutachtung.

Kreckel, R. (1992). *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt a.M.: Campus.

Kreuter, F. (2002). *Kriminalitätsfurcht: Messung und methodische Probleme*. Opladen: Leske+Budrich.

Kreuzer, A., Görgen, T., Krüger, R., Münch, V., Schneider, H. (1993). *Jugenddelinquenz in Ost und West*. Bonn: Forum Verlag Godesberg.

Kühnrich, B., Kania, H. (2005). Attitudes Towards Punishment in the European Union. Results from the 2005 European Crime Survey (ECSS) with Focus on Germany. Freiburg/Breisgau: Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law.

Kury, H., Ferdinand, T. (1999). Public Opinion and Punitivity. *International Journal of Law and Psychiatry*, 22, 373-392.

Kury, H., Obergfell-Fuchs, J. (2006). Zur Punitivität in Deutschland. *Soziale Probleme - Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle*, 17, 119-154.

Kury, H., Kania, H., Obergfell-Fuchs, J. (2004). Worüber sprechen wir, wenn wir über Punitivität sprechen? Versuch einer konzeptionellen und empirischen Begriffsbestimmung. In: Lautmann, R., Klimke, D., Sack, F. (Hrsg.), *Punitivität*. *Kriminologisches Journal*. 8. Beiheft. Weinheim: Juventa Verlag, S. 51-88.

- Lamnek, S. (1998). Kriminalität. In: Schäfers, B., Zapf, W. (Hrsg.). Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen: Leske und Budrich, S. 382-393.
- Liu, J., Messner, S.M., Zhang, L., Zhuo, Y. (2009). Socio-Demographic Correlates of Fear of Crime and the Social Context of Contemporary Urban China. *American Journal of Community Psychology*, 44, 93-108.
- Lüdemann, C. (2006). Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum - Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten verschiedener Dimensionen von Kriminalitätsfurcht. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58, 285-306.
- MacIntyre, D. I., Cantrell, P. J. (1995). Punishment History and Adult Attitudes towards Violence and Aggression in Men and Women. *Social Behavior and Personality*, 23, 23-28.
- Möller, I., Krahe, B. (2009). Exposure to Violent Video Games and Aggression in German Adolescents. *Aggressive Behavior*, 35, 75-89.
- Möble, T., Kleimann, M., Rehbein, F. (2007). *Bildschirmmedien im Alltag von Kindern und Jugendlichen: Nomos: Baden-Baden.*
- Muthén, L.K., Muthén, B.O. (2007). *Mplus User's Guide. Fifth Edition. Los Angeles, CA: Muthén & Muthén.*
- Oesterreich, D. (1993). *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung: Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen — eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West. Weinheim: Juventa-Verlag.*
- Oesterreich, D. (1996). *Flucht in die Sicherheit — Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion. Opladen: Leske + Budrich.*
- Pantazis, C. (2000). Fear of Crime, Vulnerability and Poverty: Evidence from the British Crime Survey. *British Journal of Criminology*, 40, 414-436.
- Pfeiffer, C., Baier, D. (2010) Gewalt durch Jungen und Mädchen. In: Dölling, D., Götting, B., Meier, B.-D., Verrel, T. (Hrsg.), *Verbrechen – Strafe – Resozialisierung. Festschrift für Heinz Schöch zum 70. Geburtstag am 20.8.2010. Berlin: de Gruyter, S. 69-80.*
- Pfeiffer, C., Wetzels, P. (1994). „Die Explosion des Verbrechens?“ Zu Missbrauch und Fehlinterpretationen der polizeilichen Kriminalstatistik. *Neue Kriminalpolitik. Forum für Praxis, Politik und Wissenschaft*, 6, 32-39.
- Pfeiffer, C., Wetzels, P., Enzmann, D. (1999). *Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und ihre Auswirkungen. KFN Forschungsbericht Nr. 80.*
- Pfeiffer, C., Windzio, M., Kleimann, M. (2004). Die Medien, das Böse, und wir. Zu den Auswirkungen der Mediennutzung auf Kriminalitätswahrnehmung, Strafbedürfnisse und Kriminalpolitik. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 87, 415-435.
- Quann, N., Hung, K. (2002). *Victimization Experience and the Fear of Crime. A Cross-National Study. In: Nieuwebeerta, P. (Ed.), Crime Victimization in Comparative Perspective.*

Results from the International Crime Victims Survey, 1989–2000. The Hague: NSCR, BJU, pp: 301–316.

Rehbein F. (2011). Mediengewalt und Kognition: Eine experimentelle Untersuchung der Auswirkungen gewalthaltiger Bildschirmmedien auf Gedächtnis- und Konzentrationsleistung am Beispiel der Computerspielnutzung. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Rehbein, F., Kleimann, M., Mößle, T. (2009). Computerspielabhängigkeit im Kindes- und Jugendalter. Empirische Befunde zu Ursachen, Diagnostik und Komorbidität unter besonderer Berücksichtigung spielimmanenter Abhängigkeitsmerkmale. KFN: Forschungsberichte Nr. 108.

Reuband, K.-H. (1980). Sanktionsverhalten im Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32, 535-558.

Reuband, K.-H. (2006). Steigende Punitivität in der Bevölkerung – ein Mythos? Neue Kriminalpolitik, 18, 99-103.

Rippl, S., Seipel, C., Kindervater, A. (Hrsg.) (2000). Autoritarismus. Ansätze und Kontroversen der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen: Leske und Budrich.

Rippl, S., Baier, D., Kindervater, A., Boehnke, K. (2005). Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für ethnozentrische Einstellungen? Zeitschrift für Soziologie, 34, 288-310.

Rippl, S., Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 57, 644-666.

Schneekloth, U. (2010). Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven, in: Shell Deutschland Holding (Hrsg.), Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich (16. Shell Jugendstudie). Frankfurt am Main: Suhrkamp, 129-164.

Schwartz, S. (1992). Universals in the Content and Structure of Values: Theoretical Advances and Empirical Tests in 20 Countries. In: Zanna, M. (Ed.), Advances in Experimental Social Psychology. New York: Academic Press, pp. 1-65.

Schwartz, S., Bardi, A. (2001). Value Hierarchies Across Cultures: Taking a Similarities Perspective. Journal of Cross Cultural Psychology, 32, 268-290.

Schwartz, S., Melech, G., Lehmann, A., Burgess, S., Harris, M., Owens, V. (2001). Extending the Cross-Cultural Validity of the Theory of Basic Human Values With a Different Method of Measurement. Journal of Cross Cultural Psychology, 32, 519-542.

Schwartz, S., Sagiv, L. (1995). Identifying Culture-Specifics in the Content and Structure of Values. Journal of Cross Cultural Psychology, 26, 92-116.

Serrano-Maíllo, A., Kury, H. (2008). Insecurity Feelings and Punitivity: Relationship in a National Sample of Adolescents and Young Adults in Spain. In: Kury, H. (Ed.), Fear of Crime – Punitivity: New Developments in Theory and Research. Crime and Crime Policy. Bochum: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer, pp. 321-348.

- Simonson, J. (2009). Punitivität: Methodische und konzeptionelle Überlegungen zu einem viel verwendeten Begriff. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe*, 20, 30-37.
- Skogan, W.G. (1987). The Impact of Victimization on Fear. *Crime and Delinquency*, 33, 135-154.
- Skogan, W.G. (1993). The Various Meanings of Fear. In: Bilsky, W., Pfeiffer, C., Wetzels, P. (Ed.), *Fear of Crime and Criminal Victimization*. Stuttgart: Enke, pp. 131-140.
- Smith, C., Thornberry, T.P. (1995). The Relationship between Childhood Maltreatment and Adolescent Involvement in Delinquency and Drug Use. *Criminology*, 33, 451-481.
- Smolej, M., Kivivuori, J. (2006). The Relation between Crime News and Fear of Violence. *Journal of Scandinavian Studies in Criminology and Crime Prevention*, 7, 211-227.
- Straus, M.A. (1979). Measuring Intrafamily Conflict and Violence: The Conflict Tactics Scales. *Journal of Marriage and the Family*, 41, 75-88.
- Straus, M.A. (1990). The Conflict Tactics Scale and its Critics: An Evaluation and New Data on Validity and Reliability. In Straus, M.A., Gelles, R.J. (Eds.), *Physical Violence in American Families: Risk Factors and Adaptations to Violence in 8,145 Families*. New Brunswick, NJ: Transaction Publishing, pp. 49-73.
- Suhling, S., Löbmann, R., Greve, W. (2005). Zur Messung von Strafeinstellungen. Argumente für den Einsatz von fiktiven Fallgeschichten. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 36, 203-213.
- Tseloni, A., Zarafonitou, C. (2008). Fear of Crime and Victimization: A Multivariate Multilevel Analysis of Competing Measurements. *European Journal of Criminology*, 5, 387-409.
- Tyler, T.R., Boeckman, R.J. (1997). Three Strikes and You Are Out, but Why? The Psychology of Public Support for Punishing Rule Breakers. *Law and Society Review*, 31, 237-266.
- Vazsonyi, A.T., Pickering, L.E., Junger, M., Hessing, D. (2001). An Empirical Test of a General Theory of Crime: A Four-Nation Comparative Study of Self-Control and the Prediction of Deviance. *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 38, 91-131.
- Wagner, U., Zick, A. (1998). Ausländerfeindlichkeit, Vorurteile und diskriminierendes Verhalten. In: Bierhoff, H.W., Wagner, U. (Hrsg.), *Aggression und Gewalt: Phänomene, Ursachen und Interventionen*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 145-164.
- Wenzel, M., Thielmann, I. (2006). Why we Punish in the Name of Justice: Just Desert Versus Value Restoration and the Role of Social Identity. *Social Justice Research*, 19, 450-470.
- Wetzels, P., Enzmann, D. (1999). Die Bedeutung der Zugehörigkeit zu devianten Cliquen und der Normen Gleichaltriger für die Erklärung jugendlichen Gewalthandelns. *DVJJ-Journal*, 10, 116-131.
- Wetzels, P., Greve, W., Mecklenburg, E., Bilsky, W., Pfeiffer, C. (1995). *Kriminalität im Leben alter Menschen. Eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht*. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.

Wetzels, P., Enzmann, D., Mecklenburg, E., Pfeiffer, C. (2001). Jugend und Gewalt. Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten. Baden-Baden: Nomos.

Windzio, M., Simonson, J., Pfeiffer, C., Kleimann, M. (2007). Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität in der Bevölkerung – Welche Rolle spielen die Massenmedien? Ergebnisse der Befragungen zu Kriminalitätswahrnehmung und Strafeinstellungen 2004 und 2006. KFN: Forschungsbericht Nr. 103.